

Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich - Benchmarking-Bericht 2007 -

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072
Fax: 0421 496 4072
e-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Begleit-AG Benchmarking
Referat 20, Frau Warnke
Telefon: 0421 361 10162
e-Mail: Marion.Warnke@Finanzen.Bremen.de

Gesamtherstellung:

Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Statistisches Landesamt
An der Weide 14-16
28195 Bremen
<http://www.statistik.bremen.de>

erschienen im Dezember 2007

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Einleitung	3
1.1 Auftrag und Zielsetzungen	3
1.2 Bearbeitung und Rahmenbedingungen	5
1.3 Datengrundlagen und methodische Hinweise	7
1.3.1 Datengrundlagen und –verarbeitung	7
1.3.2 Methodische Hinweise	9
1.4 Weiteres Vorgehen/Ausblick	10
II. Ausgaben- und Personalstruktur nach Produktplänen	11
III. Zentrale Strukturkennziffern	21
IV. Produktplan-Berichte	39
- Bürgerschaft	41
- Rechnungshof	44
- Senatskanzlei	47
- Bundes- und Europaangelegenheiten	49
- Datenschutz	53
- Inneres	54
- Gleichberechtigung der Frau (ZGF)	59
- Justiz	60
- Sport	65
- Bildung	68
- Kultur	71
- Hochschulen und Forschung	75
- Arbeit	78
- Soziales	83
- Jugend	90
- Gesundheit	96
- Bau, Umwelt und Verkehr	99
- Wirtschaft	104
- Häfen	109
- Finanzen / Personal	112
V. Prüfaufträge	117
VI. Benchmarking der Stadt Bremerhaven	121
VII. Anlagen	139
7.1 Quellen und Anmerkungen zu den Kennziffern	141
7.2 Zeitreihen der Kennziffern (CD)	

I. Einleitung

1.1 Auftrag und Zielsetzungen

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2006 zur Klage des Landes Berlin i. S. Haushaltssanierung haben Vergleichsbetrachtungen zwischen Gebietskörperschaften hinsichtlich der Leistungen und Standards öffentlicher Aufgabenwahrnehmung der Haushalte eine neue Qualität erhalten. Verstärkt stellt sich die Frage, welche Leistungen und Angebote vor dem Hintergrund der jeweiligen fiskalischen Rahmenbedingungen in welchem Umfang aufrecht erhalten werden können bzw. dürfen und wie eng die Grenzen für (fach-) politische Prioritätensetzungen bei sich abzeichnenden oder bestehenden Haushaltsnotlagen zu ziehen sind.

Die vom Bundesverfassungsgericht in diesem Sinne angestellten Vergleiche Berlins mit Hamburg und der Ländergesamtheit haben zwischenzeitlich dazu geführt, dass die Finanzministerkonferenz umfangreiche Arbeitsaufträge erteilt hat. Dadurch sollen statistische Mängel beseitigt und die Vergleichbarkeit finanzstatistischer Kennziffern verbessert werden. Die begonnene Abarbeitung hat bereits deutlich werden lassen, dass klare und eindeutige Strukturen wohl nur bedingt zu erreichen sein werden.

Auch für Bremen – als ebenfalls vor dem Bundesverfassungsgericht klagendes Land – stellt das zitierte BVerfG-Urteil einen wesentlichen Hinweis auf die **Verpflichtung** dar, die **Leistungsausgaben und Aufgabenbereiche** aufgrund der besonderen Haushaltsnotlage und der eingeforderten Sanierungshilfen **unter dem Aspekt der Angemessenheit und Vertretbarkeit im Ländervergleich zu betrachten**. In einem umfangreichen und detaillierten Stadtstaaten-Vergleich mit Hamburg ist Bremen dieser Verpflichtung bereits im ergänzenden Schriftsatz seiner BVerfG-Klage nachgekommen. Die zwischenzeitlich vorliegenden Stellungnahmen des Bundes und der Länder zu beiden Schriftsätzen verdeutlichen allerdings, dass die Diskussionen zum bremischen Ausgabevolumen im Länder- und Gemeinde-Vergleich damit erst begonnen haben.

Für Bremen ist von Bedeutung, dass **Vergleiche mit anderen Ländern oder** – angesichts seiner Stadtstaaten-Strukturen – mit vergleichbaren **Großstädten** dabei nicht gefürchtet, sondern bereits seit einigen Jahren **offensiv und transparent gesucht** werden. Schon im Jahre 2003 wurden im Auftrag der Staatsräte gemeinsam mit den bremischen Fachressorts Grundlagenarbeiten für umfassende Städte- und Ländervergleiche aufgenommen. Im Mittelpunkt dieser Vergleichsbetrachtungen sollten dabei neben den reinen Haushaltsdaten insbesondere auch Kennziffern zur Messung der Leistungen und Angebote sowie des Umfeldes ihrer Erbringung stehen.

Mit dem vorliegenden „Benchmarking-Bericht 2007“ werden die bremischen Ressorts bereits zum vierten Mal in dieser Weise im Städte- und Ländervergleich abgebildet. In den Ressorts sind die hierfür erforderlichen Vorarbeiten und Mitwirkungen inzwischen mit entsprechenden Strukturen und Verantwortlichkeiten etabliert.

Die **Vorstellungen des Senats** zum Umgang mit den Ergebnissen des Benchmarking-Prozesses sind in seinen Beschlüssen zum Jahresbericht 2006 vom 04. Oktober 2006 dokumentiert:

- o Der Senat bittet die Staatsräte, mögliche Konsequenzen aus dem Benchmarking-Bericht für die Haushaltsgestaltung der kommenden Jahre und die in diesem Zusammenhang zu formulierenden Ressortstrategien in der Staatsräte-Klausur zu erörtern und den Senat über die Ergebnisse dieser Beratungen zu informieren.
- o Der Senat bittet, auf Basis der bewährten Organisationsstrukturen insbesondere
 - die Validität der ausgewiesenen Vergleichsdaten weiter zu verbessern,
 - eine verstärkte Verknüpfung zwischen Zielorientierung und Abbildung der entsprechenden Kennziffern vorzunehmen und
 - dem Senat im kommenden Jahr einen weiteren Benchmarking-Bericht vorzulegen.
- o Der Senat bittet die Ressorts, insbesondere die zehn Prüfaufträge, die in besonderem Maße auch auf mögliche eigene Aktivitäten zur Verbesserung der Datengrundlagen gerichtet sind, umgehend abzuarbeiten.
- o Der Senat bittet die Benchmarking-Begleit-AG, im weiteren Verfahren
 - die den Städte- und Ländervergleichen zugrunde liegende Datenbank dauerhaft zu pflegen und auszubauen, den Datenbestand fortlaufend zu ergänzen sowie die allgemeine Datenverfügbarkeit für die bremische Verwaltung weiter zu entwickeln,
 - einen Vorschlag zur technischen und inhaltlichen Verzahnung der bestehenden und zu entwickelnden Vergleichsdaten mit dem Produktgruppenhaushalt zu unterbreiten und
 - die Einbeziehung der KLR-Verantwortlichen in den Benchmark-Prozess voranzutreiben.

Die zuständigen **Fachdeputationen bzw. Parlamentsausschüsse** haben die Einzelbeiträge des „Benchmarking-Berichtes 2006“ Ende 2006/Anfang 2007 beraten und bewertet. Die **Haushalts- und Finanzausschüsse** haben die Ergebnisse dieser Befassungen am 19. Januar 2007 zur Kenntnis genommen und die **Einbeziehung** der dokumentierten und erläuterten Vergleichsbetrachtungen **in das Haushaltsaufstellungsverfahren 2008/2009** erbeten.

Inhaltlich wurde im vorliegenden Benchmarking-Bericht das **Prinzip des schrittweisen Ausbaus und der qualitativen Weiterentwicklung** fortgesetzt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Aktualisierung standen dabei die Bemühungen, die Kosten- und Leistungsorientierten Kennzahlensysteme in engere **Bezüge zu fachpolitischen Zielsetzungen** zu bringen und damit zugleich eine verbesserte **Quantifizierbarkeit der Ziele und der Zielerreichungsgrade** anzustreben. Zwischenerkenntnis ist hier, dass die Zieldefinitionen bzw. – konkretisierungen hierfür in einigen Produktplänen noch nicht den erforderlichen Stand aufweisen. In den Fällen, in denen Ziele nicht durch Indikatoren-Sets mittels Städte- und Ländervergleichen gemessen werden können, sind rein bremische Kennziffern als Maßstäbe einzubeziehen.

Die bereits vor Jahresfrist dargestellte Annahme, dass bei der Abbildung der Kennzahlen-Systeme die **Grenzen der amtlichen und aus sonstigen offiziellen Quellen zugängigen Statistiken** annähernd erreicht sind, findet Bestätigung im diesjährigen Bericht. Erfreulicherweise ist es gelungen, an einigen Stellen Lücken bei Städte- und Ländervergleichen durch Ergebnisse verschiedener **Vergleichsringe** zu schließen. Auf das jeweilige Engagement der Ressorts in dieser Hinsicht wird in den Einzeldarstellungen der Produktpläne gesondert eingegangen.

Als zunächst noch wenig erfolgreich sind die Bemühungen zu bewerten, alternative Kosten- und Leistungsvergleiche zwischen der Aufgabenwahrnehmung in bremischen Ressorts und in anderen Ländern oder Städten auf der Basis von **Kostenträger-Betrachtungen** vorzunehmen. Mehrere bremische Produktpläne,

sowie auch die Stadt Bremerhaven, verfügen zwar bereits über die hierfür notwendigen systematischen Gliederungen des Rechnungswesens (vgl. Einzelberichte), eine Vergleichbarkeit mit anderen Gebietskörperschaften konnte – trotz z. T. durchaus intensiver Bemühungen – allerdings bisher noch in keinem einzigen Fall hergestellt werden.

Unter Benchmarking-Gesichtspunkten wenig zuversichtlich stimmt, dass auch diesbezügliche Aktivitäten auf überregionaler Ebene, zu denen insbesondere Versuche zur Festlegung eines einheitlichen Produktrahmens auf KLR-Basis gehören, bisher nur sehr geringe, durch unterschiedliche Sichtweisen belastete Fortschritte verzeichnen. Gleichwohl sind die Bestrebungen, Bremenintern eine **flächendeckende Kosten-Leistungs-Rechnung** mit entsprechenden aufgabenorientierten Darstellungsmöglichkeiten aufzubauen, fortzusetzen und zu forcieren. Nur so sind zumindest eigene Darstellungen und Auswertungen zu Niveau und Entwicklung von Kosten und Leistungen in einzelnen Aufgabenfeldern möglich. Bremen wäre zudem auf mögliche überregionale Vergleiche vorbereitet.

1.2 Bearbeitung und Rahmenbedingungen

Die Erstellung des „Benchmarking-Berichts 2007“ wurde erneut durch die **Begleit-AG „Benchmarking“** koordiniert, der unter gemeinsamer Federführung der **Senatorin für Finanzen** mit der **Senatskanzlei** - wie in den Vorjahren – Vertreter und Vertreterinnen des **Rechnungshofes**, des **Statistischen Landesamtes** und der **Magistratskanzlei Bremerhaven** angehören.

Aktuell sehen die Verantwortlichkeiten wie folgt aus:

Produktplan	Ressort	Begleit-AG
Bürgerschaft	Herr Zeh	Frau Kohl, Frau Warnke
Rechnungshof	Frau Gagelmann	Frau Kohl, Frau Warnke
Senatskanzlei	Frau Buhr	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Bundes-/ Europaan- gelegenheiten	Herr Brandstaeter , Frau Odenkirchen	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Datenschutz	Herr Tiedge	Herr Fries, Herr Polansky
Inneres	Herr Krawinkel	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Gleichber. d. Frau	Frau Melinkat	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Justiz	Herr Sperlich, Frau Staats	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Sport	Herr Krawinkel	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Bildung	Frau Moning	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Kultur	Frau Krupke	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Hochschulen/Forsch.	Herr Albensoeder, Herr Schütte-Thuy	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Arbeit	Frau Jung	Frau Kohl, Frau Warnke
Jugend und Soziales	Frau Jung	Frau Kohl, Frau Warnke
Gesundheit	Frau Jung	Herr Fries, Herr Polansky
Bau, Umwelt und Verkehr	Frau Westa, Fr. Rüpke	Herr Fries, Herr Polansky
Wirtschaft	Herr Knogge	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Häfen	Herr Lattner	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Finanzen/Personal	Herr Holzschneider	Herr Fries

Entsprechend der Vorgehensweise in den vergangenen Jahren hat die Begleit-AG im April 2007 unter Beteiligung der **Spiegelreferate** der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen in Kleingruppen ihre Gespräche mit den Benchmarking-Beauftragten der Ressorts aufgenommen. Auf dieser Grundlage wurde von der Begleit-AG in Abstimmung mit den Ressortverantwortlichen der Entwurf der Produktplan-Berichte erstellt und parallel dazu vom Statistischen Landesamt das Kennziffern-Set überarbeitet und so weit wie möglich ergänzt.

Ein zweites sog. Ressortgespräch diente meist zur abschließenden Verständigung über weitere Veränderungsbedarfe. Sofern keine Einigung erzielt werden konnte, ist dies in den jeweiligen Produktplan-Berichten dargestellt.

Die **Textpassagen der einzelnen Produktplan-Blätter** behandeln systematisch folgende Schwerpunkte und Fragestellungen:

- **Vorbemerkungen**
- **Ziele und Aufgabenschwerpunkte**
- **Haushalt und Personal**
- **Benchmarkingergebnisse**
- **Zusammenfassung und weiteres Verfahren**

Die Darstellung der Ziele und Aufgabenschwerpunkte in den Produktplänen erfolgt überwiegend in den alten Strukturen. Beschlüsse aus der Koalitionsvereinbarung und deren Schwerpunkte sind erst teilweise berücksichtigt. Die endgültige Umstellung erfolgt mit dem nächsten Bericht.

Mit der Koalitionsvereinbarung für die Wahlperiode 2007 bis 2011 wurde u. a. festgelegt, dass die Geschlechterperspektive grundsätzlich zu berücksichtigen und in alle Entscheidungsprozesse zu integrieren sei. Es geht dabei um geschlechtersensibles Handeln und um die Erweiterung bzw. Sicherstellung von geschlechtergerechtem Handeln. Danach sollen Datenerfassung und -auswertung grundsätzlich geschlechterspezifisch erfolgen. Mit dem Benchmarking-Bericht 2007 erfolgt eine Annäherung an diesen Anspruch. Soweit verfügbar wurden geschlechtsspezifische Daten aufgenommen. Allerdings sind in mehreren Politikbereichen noch Nachfragen bzw. Recherchen notwendig, um dem genannten Anspruch vollständig gerecht zu werden. Der enge Bearbeitungszeitraum ließ entsprechende detaillierte Arbeiten leider nicht zu.

In Zukunft wird es aber vermehrt darum gehen, auch im Benchmarking-Bericht die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in einzelnen Politikbereichen angemessen zu berücksichtigen. Hierzu ist beabsichtigt, das vorhandene Kennziffernsspektrum auf seine geschlechterspezifische Wirksamkeit hin zu prüfen und ggf. zusammen mit den Ressorts neue Kennziffern zu bilden.

Aus den Produktplan-Berichten ergibt sich eine ganze Reihe von **Prüfaufträgen**, die im **Kapitel V** zusammengefasst werden. Um diese im Rahmen der Fortsetzung des Benchmarking-Prozesses weiter zu verfolgen, bedarf es entsprechender **Beschlüsse auf Staatsräteebene**.

Im Wesentlichen geht es dabei um das Bestreben, zusätzliche Kennziffern möglichst flächendeckend bereit zu stellen. Außerdem sollen zukünftig abzubildende Kennziffern so ausgewählt werden, dass dadurch das Ausmaß der Zielerreichung in den jeweiligen Produktplänen erkennbar wird. Darüber hinaus soll die Teilnahme der Ressorts an bestehenden Vergleichsangeboten ausgebaut werden.

Im Abschnitt VI wird analog zur Darstellung für Bremen über die Benchmarking-Aktivitäten der Stadt **Bremerhaven** berichtet. Die Darstellungen zeigen, dass die Bemühungen der Stadt um Aufbau und Durchführung von Städtevergleichen – zumindest auf Seiten der Fachressorts – zum Teil noch deutlich über die Ansätze in Bremen hinausgehen. Bremerhaven ist in zahlreichen Vergleichsringen vertreten.

Der Benchmarking-Bericht stellt einen Teil der **umfassenden Benchmarkingaktivitäten**, an denen Bremen beteiligt ist, dar. Daneben wird seit April 2005 an einem **Stadtstaaten-Benchmarking** gearbeitet, das sechs Arbeitsschwerpunkte umfasst:

- Schulen,
- Kindertagesbetreuung,
- Hochschulen,
- Soziales,
- Verkehr und
- Personal.

Ein Bericht über das Stadtstaaten-Benchmarking ist für Dezember 2007 vorgesehen.

Das Projekt "**Benchmarking der norddeutschen Länder**" ist auf der Ebene der Chefs der Staats- und Senatskanzleien angebunden und geht auf einen Beschluss der KND (Konferenz Norddeutschland) vom Dezember 2003 zurück. Die norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg und Bremen verständigten sich auf unterschiedliche thematische Vergleichsgebiete, die wiederum mit Daten Bayerns verglichen werden sollen. So wurde bereits die Bearbeitung der Themen "Lehrerbildung" und "Besoldung, Versorgung und Beihilfe" in Norddeutschland abgeschlossen und zum weiteren Vergleich an Bayern weitergeleitet. Die Themen "Statistische Landesämter" und "Arbeitsteilige Profilbildung der Hochschulen" befinden sich derzeit noch in der Bearbeitung.

1.3 Datengrundlagen und methodische Hinweise

1.3.1 Datengrundlagen und -verarbeitung

Die Datenverarbeitung, -aufbereitung und -haltung erfolgt – mit Ausnahme der kameralen und Personaldaten - zentral im Statistischen Landesamt Bremen. Die Datengrundlagen für den Benchmarking-Bericht konnten nicht zuletzt wegen z. T. sehr engagierter Zuarbeiten der Ressorts in diesem Jahr qualitativ und quantitativ weiter entwickelt werden.

Datenverarbeitung und -aufbereitung

Die Datenverarbeitung, und -aufbereitung umfasst im Wesentlichen folgende Arbeitsschritte:

- Recherche und Aufbereitung der sog. Basiszahlen, welche die Grundlage für die Berechnung der Kennziffern bilden
- Verwaltung und Bereitstellung der Eingabemasken für die Erhebung ressortspezifischer Daten (s. u.)
- Berechnung der Kennziffern
- Aufbereitung der Kennziffern für die Tabellen im Bericht
- Verwaltung der Metadaten/ Aufbereitung der Metadaten für den Bericht
- Datenaufbereitung für das Benchmarking-Infosystem.

Methodisch finden verschiedene Datenverarbeitungs-, Datenbank- und Statistikprogramme Anwendung (SPSS, vba für Excel, Access).

Datenstand und Quellen

Die 365 Kennziffern des Benchmarking-Bericht 2007 sind aktuell mit ca. 36.000 Datensätzen hinterlegt (Stand Ende 09/2007), wobei ein Datensatz jeweils durch die Kombination der Eigenschaften "Ort" (=Vergleichsstadt/-land) – "Zeit" (=Berichtsjahr) – "Kennziffer" sowie dem eigentlichen Wert definiert ist.

Neben der Aufbereitung von Veröffentlichungen der **amtlichen Statistik** (hier sind insbesondere der Regionalstatistische Datenkatalog des Bundes und der Länder ("Statistik regional"), Fachserien oder die Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu nennen), gewinnt die Verarbeitung **ressortspezifischer Daten** zunehmend an Bedeutung. Das im Jahr 2006 eingeführte Verfahren zur standardisierten Erhebung von Basiszahlen aus den Ressorts wurde beibehalten und ausgebaut. Dazu stellt das Statistische Landesamt Bremen den Ressorts sog. Eingabemasken zur Verfügung. Per E-Mail werden die ausgefüllten Eingabemasken an das StaLa zurückgeschickt, programmgesteuert ausgelesen und die Daten der zentralen Datenbank angefügt. Korrekturen bzw. Ergänzungen erfolgen über den Austausch der jeweiligen Eingabemaske. Mehr als 200 Merkmale mit etwa 8.500 Merkmalswerten wurden auf diese Weise erhoben.

Verstärkt werden Informationen aus Vergleichsringen für den Benchmarking-Bericht genutzt, vorrangig aus der **IKON-Vergleichsdatenbank** der KGSt.

Tabellarische Darstellungen

Für die Tabellen im Benchmarking-Bericht werden die vorliegenden Daten auf unterschiedliche Weise aufbereitet:

Den Produktplan-Tabellen vorangestellt sind die **zentralen Strukturkennziffern** zu den Themen Einwohner, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskraft im Städte- und Ländervergleich. Diese bilden das Umfeld öffentlicher Aufgabenwahrnehmung ab, ohne unmittelbar mit den Aktivitäten eines einzelnen Ressorts in Verbindung gebracht zu werden. Ergänzt werden die Tabellen durch grafische Darstellungen und Kommentierungen.

Die folgenden **Produktplan-Tabellen** sind – je nach Datenverfügbarkeit – im Städte- oder Ländervergleich dargestellt. Für einige Produktpläne werden Ergebnisse aus Vergleichsringen verwendet. Diese werden ebenfalls in einheitlichen Tabellen dargestellt, gemäß der Vergleichsring-Philosophie können für diese Merkmale jedoch nur der eigene Städtewert, Minimum und Maximum und der Durchschnittswert veröffentlicht werden.

Sowohl die Zentralen Strukturkennziffern als auch die Produktplan-Tabellen zeigen das jeweils aktuelle verfügbare Berichtsjahr. Die **Zeitreihen** der Kennziffern befinden sich auf der **CD in der Anlage**. Für jedes Thema / jeden Produktplan wird eine Excel-Datei angelegt, die für jede Kennziffer ein Tabellenblatt mit den vorliegenden Berichtsjahren sowie zusätzlichen Erläuterungen (s. u. Metadaten) enthält.

Metadaten

Zur Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit für den/die Nutzer/in ist jede Kennziffer mit weiterführenden Informationen hinterlegt. Diese umfassen Angaben zur Datenherkunft, zur Berechnung der Kennziffer oder spezifische Hinweise, die für die Interpretation von Bedeutung sind. Dargestellt sind diese Metadaten an zwei Stellen: eine Kurzform mit Quellenangabe und Fußnoten zum aktuellsten Berichtsjahr befindet sich im Kapitel VII des Hauptbandes. Zusätzliche Angaben zur Berechnung der Kennziffer u. ä. befinden sich in der Anlage bei der Darstellung der Zeitreihen.

Datenbank im Intranet

Das gesamte Datenangebot des Benchmarking-Berichts – soweit es zur Veröffentlichung geeignet ist – soll zukünftig in einem **Benchmarking-Informationssystem** im verwaltungsinternen Intranet abrufbar sein. Das Informationssystem ist so konzipiert, dass sowohl die Kennziffern als auch die zugrunde liegenden Basiszahlen zeitlich, räumlich und thematisch individuell kombinierbar sind. Damit können nicht nur Informationen

abgerufen werden, sondern bei Bedarf auch neue, über das Informationsangebot des BM-Berichts hinausgehende Auswertungen, gemacht werden. Die Test-Version des Informationssystems wird parallel zur Veröffentlichung des Berichts den Mitgliedern der Benchmarking-AG zur Verfügung gestellt.

Nach Ablauf der internen Testphase und Rücksprachen mit den Ressorts kann die Datenbank in der gesamten Bremischen Verwaltung eingesetzt werden.

1.3.2 Methodische Hinweise

Auswahl der Vergleichsstädte und -länder

Grundlage des Berichts sind Städte- und Ländervergleiche. Die zwölf Vergleichsstädte der **Stadt Bremen** sind die Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern. Seit 2005 gehört auch Leipzig zu dieser Größenklasse, entsprechend wird die Stadt erstmals in die Vergleichsbetrachtungen aufgenommen. Sofern es die Datenlage zuließ, wurden die Daten auch für zurückliegende Berichtsjahre nacherfasst.

Am Städtevergleich **Bremerhavens** sind elf weitere Städte beteiligt. Neben Städten mit vergleichbarer Größe und zentralörtlichen Funktionen wurden auch zwei Küstenstädte (Rostock, Wilhelmshaven) ausgewählt, die für einen Vergleich mit Bremerhaven von Bedeutung sind.

Bisher wurden in den **Ländervergleichen** die Einzelwerte der Stadtstaaten sowie der Flächenländer West dargestellt, die neuen Länder gingen nur indirekt über die Betrachtung des Bundeswertes in den Vergleich ein. Um auch die Entwicklungen in den neuen Bundesländern stärker zu berücksichtigen, werden nun alle Bundesländer sowie der Bundeswert in den Tabellen aufgeführt.

Durchschnittsbildung

Die Errechnung der **Städte- und Länderdurchschnittswerte** erfolgt über eine ungewichtete Zusammenführung der Einzelwerte (Quotient der Summen). Dargestellt wird der Durchschnitt nur, wenn mind. sechs (Städtevergleiche) bzw. acht (Ländervergleiche) Einzelwerte vorliegen.

Rangfolge

Die Ermittlung des **Ranges** der Stadt bzw. des Landes Bremens innerhalb der Vergleichsregionen ist ein **rein rechnerischer Vorgang** und stellt keine inhaltliche Bewertung dar. Der Höchstwert der dargestellten Kennziffern ist als Rang 1 definiert. Für die Darstellung gilt die gleiche Regel wie für den Rang: es müssen mind. sechs (Städtevergleiche) bzw. acht (Ländervergleiche) Einzelwerte vorliegen.

Abweichung vom Städtedurchschnitt bzw. Bundeswert

Erstmals in diesem Berichtsjahr wurde in die Tabelle der Kennziffern ein **Balkendiagramm** eingebunden. Es zeigt für jede Kennziffer die relative Abweichung des Wertes der Stadt (Bremen oder Bremerhaven) bzw. des Landes Bremen vom Durchschnitt (Städtedurchschnitt/ Bundeswert). Hierzu werden die in unterschiedlichen Größenordnungen vorliegenden Werte auf eine Skala von -1 bis 1 normiert. Der niedrigste Kennzifferwert der Reihe (x_{\min}) repräsentiert -1 und der höchste Wert (x_{\max}) 1, während dem Städtedurchschnitt/Bundeswert (x_0) der Wert 0 zugeordnet wird. Der Wert Bremens/Bremerhavens wird dann per nichtlinearer Interpolation mittels der exponentiellen Funktion $y = a + b * \exp(c*x)$ berechnet, wobei die Koeffizienten a, b und c derart bestimmt werden, dass die Kurve (x,y) durch die Punkte ($x_{\min}, -1$), ($x_0, 0$) und ($x_{\max}, 1$) verläuft. Im Grenzfall, dass die Punkte auf einer Geraden liegen, erfolgt die Berechnung durch eine lineare Interpolation.

Entwicklungszeiträume/ Zeitreihen

Die jährliche Aktualisierung der bestehenden Kennziffern ermöglicht in zunehmenden Maß die Darstellung **zeitlicher Entwicklungen**, entweder als durchgehende **Zeitreihen** oder als relative Veränderung ausgehend von einem Basisjahr. Zudem können bei ausgewählten Kennziffern **Durchschnitte aus mehreren Berichtsjahren** gebildet werden. Dies betrifft vorrangig Kennziffern, deren jährliche Ausprägungen durch die Abhängigkeit von singulären Ereignissen oder konjunkturellen Einflüssen starken Schwankungen unterliegen.

1.4 Weiteres Vorgehen / Ausblick

Die bisher erreichten Ergebnisse zeigen, dass sich das Instrument der Städte- und Ländervergleiche - von wenigen Ausnahmen abgesehen - in den Ressorts etabliert hat. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, Städte- und Ländervergleiche zu einem systematischen Element der Zielbildung, Maßnahmenbewertung, Effizienzprüfung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Ressortstrategien auszubauen.

Im weiteren Verfahren muss es darum gehen, die Ziele und Zielerreichung noch messbarer zu machen. Voraussetzung hierfür sind **verbesserte Zieldefinitionen bzw. –konkretisierungen**, die es ermöglichen, die Kennzahlensysteme in einem engeren Bezug zu den fachpolitischen Zielsetzungen zu bringen. Nur so lassen sich auch Erkenntnisse für Ressortstrategien gewinnen und Daten für die Finanzplan-Fortschreibung, das Haushaltsaufstellungsverfahren sowie als Zielzahlbegründungen nutzen.

In einigen Bereichen werden sich jedoch wesentliche weitere Fortschritte nur über aufgabenorientierte Benchmarking-Ansätze wie z. B. einheitliche Kostenträger-Definitionen erzielen lassen. Dazu wird weiter die **Einbeziehung von KLR-Verantwortlichen in den Benchmarking-Prozess** angestrebt. In Einzelfällen ist die enge Abstimmung zwischen KLR und Benchmarking gegeben durch Personenidentität – eine systematische Verknüpfung zwischen der Kosten- und Leistungsbetrachtung und der vergleichenden Gegenüberstellung mit anderen Städten bzw. Ländern steht jedoch noch aus.

Ebenfalls fortzusetzen ist im Dialog zwischen den Benchmarking-Verantwortlichen aus Ressorts und Begleit-AG die Bewertung der Verlässlichkeit und des Aussagegehaltes der vorliegenden Vergleichsdaten sowie der sich aus den Vergleichen ergebenden Schlussfolgerungen.

Des Weiteren sollen die unterschiedlichen Benchmarking-Ansätze (Ressorts im Städte- und Ländervergleich; Stadtstaaten-Benchmarking und Benchmarking der Norddeutschen Länder) noch stärker miteinander verknüpft werden.

Beabsichtigt war, für alle Produktpläne die jeweilige Zielorientierung darzustellen. Im aktuellen Benchmarking-Bericht konnte dies bei folgenden Produktplänen nicht umgesetzt werden:

- Staatsgerichtshof
- Allgemeine Finanzen
- Investitionssonderprogramm
- Zentrale Finanzen

Es handelt sich hierbei um Produktpläne, mit einem spezifischen Aufgabenspektrum, für die keine Städte- und/oder Ländervergleiche gebildet werden können.

II. Ausgaben- und Personalstruktur nach Produktplänen

II. Ausgaben- und Personalstruktur nach Produktplänen

Im Benchmarking-Bericht 2006 wurde bereits der kamerale Mitteleinsatz in den jeweiligen Produktplanberichten ausgewiesen.

Im vorliegenden „Benchmarking-Bericht 2007“ wurde die Darstellung der kameralen Ausgangswerte **deutlich ausgeweitet**:

- o Neben den generellen Entwicklungsreihen für **Personalausgaben**, **Sonstige konsumtive Ausgaben**, **Investitionsausgaben** sowie **Gesamtausgaben** (gegliedert nach Produktplänen) wurden bei den konsumtiven und investiven Sachausgaben die jeweiligen **Ressortschwerpunkte** der Aufgabenwahrnehmung abgebildet. Damit wird eine Verbesserung der Bezüge zwischen (Leistungs-) Kennziffern und Mitteleinsatz erreicht; zumindest wird über die aufgabenbezogene Darstellung für das weitere Verfahren ablesbar, in welchen Bereichen aufgrund des dafür erforderlichen Mitteleinsatzes ein besonderes Interesse an Ausbau und Intensivierung der Benchmarking-Ansätze bestehen sollte.

Dargestellt werden jeweils die **Ist-Entwicklung 2002 bis 2006** (einschließlich der betraglichen und prozentualen Entwicklung im genannten Zeitraum) sowie die **Haushaltsanschlüsse 2007**.

- o Bei den **konsumtiven und investiven Sachausgaben** wurden – wie 2006 – zusätzlich die jeweiligen **ISP/AIP-Anteile** den Produktplänen zugeordnet. Da ab Haushaltsaufstellung 2008/2009 diese Zuordnung Grundbestandteil der Ressortbudgets ist, können somit bei Bedarf mittelfristige Zeitreihenanalysen vorgenommen werden.
- o Bei den **Personalausgaben** wurden gleichfalls die jeweiligen (Personal-) **ISP/AIP-Anteile** zugeordnet; zusätzlich wurden hier auch die (zentral veranschlagten) **Anteile an Versorgung** den PPI-Budgets zugeordnet.
Neu aufgenommen wurde die (nachrichtliche) Ausweisung des **Beschäftigungsvolumens** (in Vollzeitäquivalenten) sowie die **Pro-Kopf-Ausgaben** (je VZÄ) der Personalausgaben (ohne Versorgungsanteile).

Nachfolgend werden die **Personalausgaben (Tab. 1)**, **Sonstige konsumtive Ausgaben (Tab. 2)** und **Investitionsausgaben (Tab. 3)** für die Jahre 2002-2007 in der Gliederung nach Produktplänen dargestellt. Zusätzlich werden die in den Produktplan-bezogenen Darstellungen jeweils zugeordneten **ISP/AIP-Anteile (Tab. 4)** sowie **Anteile an Versorgung (Tab. 5)** ausgewiesen. Mit **Ausweisung des Beschäftigungsvolumens** (umgerechnet in Vollzeitäquivalenten; **Tab. 6**) wird die Darstellung der kameralen Ausgangswerte komplettiert.

Zwangsläufig beeinflusst und dementsprechend im Aussagegehalt beeinträchtigt sind die einzelnen Zeitreihen der Ausgabearten dabei durch Aus- und Wiedereingliederungen von Organisationseinheiten, Nettostellungen sowie Umschichtungen zwischen Personal-, konsumtiven und investiven Ausgaben in den verschiedenen Produktplänen. Zu den bedeutsameren **organisatorisch oder haushaltstechnisch bedingten Verzerrungen**, die bei der Analyse und Interpretation der Zeitreihen zu berücksichtigen sind, gehören dazu folgende Veränderungen:

2002:

- Ausgliederung der **Gebäude Technik Management** aus dem Stadthaushalt (Produktplan 68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa)

- Ausgliederung des Sondervermögen Fischereihafen aus dem Landeshaushalt (Produktplan 81 Hafen)
- Ausgliederung des Orchesters aus dem Stadthaushalt (Produktplan 22 Kultur)
- Umsetzung des Vermieter-Mieter-Modells durch Errichtung des Sondervermögens Immobilien und Technik im Landes- und Stadthaushalt (Produktplan 92 Allgemeine Finanzen)
- Ausgliederung der Hafenunterhaltung in das Sondervermögen Hafen der Stadtgemeinde Bremen (Produktplan 81 Hafen)

2003:

- Ausgliederung der Verkehrsinfrastruktur in das Sondervermögen Infrastruktur des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (Produktplan 68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa)
- Ausgliederung der Gewerbeflächen in das Sondervermögen Gewerbeflächen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (Produktplan 71 Wirtschaft)
- Verlagerung Konsumtiv-Investiv beim Verlustausgleich Holding im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen (Produktplan 92 Allgemeine Finanzen)
- Nettostellung der ÖPNV-Bundesfinanzhilfen im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen (Produktplan 68 Umwelt/Bau/Verkehr/Europa)

2004:

- Verlagerung der Zuständigkeit für die Arbeitsgerichtsbarkeit vom Senator für Arbeit zum Senator für Justiz und Verfassung (Produktpläne 11 Justiz und 31 Arbeit)
- Zusammenlegung von Ämtern:
 - Die Gewerbeaufsichtsämter Bremen und Bremerhaven (Produktplan 07 Inneres).
 - Die Eichämter Bremen und Bremerhaven (Produktplan 07 Inneres).
 - Das Hafengesundheitsamt Bremen und das Hafengesundheits- und Quarantäneamt Bremerhaven (Produktplan 51 Gesundheit).

2005:

- Ausgliederung der Kindertagesheime der Stadtgemeinde Bremen zum Eigenbetrieb KiTa Bremen (Produktplan 41 Soziales)
- Umorganisation der Sozialzentren, Gründung der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS)
- Neuerrichtung der Kultur-Einrichtungsförderung Bremen im Kernbereich

2006:

- Wiedereingliederung des Eigenbetriebs Judit in das Kapitel Justizvollzugsanstalt des Landeshaushalts (Produktplan 11 Justiz)
- Wiedereingliederung der Kasse der Performa-Nord als Landeshauptkasse in den Landeshaushalt (Produktplan 91 Finanzen/Personal)
- Reintegration des Bauamtes Bremen-Nord aus den Sonderhaushalten in den Kernbereich mit einer organisatorischen Umverteilung des Personals im senatorischen Bereich, ASV und im Eigenbetrieb Stadtgrün und Neuaufstellung eines verkleinerten Amtes in Bremen Nord
- Errichtung der Anstalt für Versorgungsvorsorge Bremen

Abschließend werden – wie im Benchmark-Bericht 2006 – die **Anteile der Eckdaten 2007 nach Produktplänen grafisch** dargestellt (jeweils Haushalt Land und Stadtgemeinde Bremen).

Tabelle 1

PPI	Personalausgaben nach Produktplänen:	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränderungen 2002-2006		Anschlag 2007
		Tsd. €					%		Tsd. €
01	Bürgerschaft	10.284	10.135	9.435	9.710	9.483	-800	-7,8	11.009
02	Rechnungshof	2.123	2.267	2.466	2.388	2.246	123	5,8	2.605
03	Senat / Senatskanzlei	4.631	4.968	4.706	4.709	4.825	194	4,2	4.719
05	Bundes- / Europaangelegenh.	2.682	2.718	2.658	2.688	2.642	-40	-1,5	2.723
06	Datenschutz	641	616	627	699	669	28	4,3	673
07	Inneres	156.442	155.430	151.876	152.455	148.595	-7.847	-5,0	145.170
08	Gleichberechtigung der Frau	747	892	783	807	788	40	5,4	757
09	Staatsgerichtshof	38	38	38	38	38	0	0,0	39
11	Justiz	57.424	59.293	59.702	59.541	62.034	4.610	8,0	60.690
12	Sport	1.307	1.321	1.260	1.258	1.177	-130	-9,9	1.140
21	Bildung	288.624	291.995	287.539	294.188	284.838	-3.785	-1,3	288.904
22	Kultur	9.167	5.731	6.050	6.535	6.541	-2.626	-28,6	6.574
24	Hochschulen / Forschung	24.808	27.107	2.298	2.289	2.211	-22.597	-91,1	2.233
31	Arbeit	16.725	15.660	13.086	13.086	12.268	-4.457	-26,7	12.142
41	Jugend und Soziales	84.754	94.392	93.070	53.872	51.977	-32.777	-38,7	49.793
51	Gesundheit	18.179	18.145	15.242	15.516	15.307	-2.871	-15,8	13.931
68	Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	38.826	39.751	41.035	40.643	42.437	3.611	9,3	40.068
71	Wirtschaft	4.971	5.198	5.685	5.992	5.585	614	12,4	5.348
81	Häfen	8.681	8.815	7.586	7.634	7.212	-1.469	-16,9	7.433
91	Finanzen / Personal	75.600	78.092	76.873	76.764	75.444	-156	-0,2	74.591
92	Allgemeine Finanzen 1)	295.221	304.944	298.959	312.677	314.012	18.792	6,4	334.871
93	Zentrale Finanzen	0	0	0	0	0	0	°	0
94	ISP / AIP 2)	1.744	2.059	2.114	2.237	2.103	359	20,6	2.472
95	Stadtrenovierungsfonds	0	0	0	0	0	0	°	0
Gesamtausgaben Personal:		1.103.618	1.129.565	1.083.088	1.065.723	1.052.431	-51.186	-4,6	1.067.882

- 1) PPI 92 einschließlich zentral veranschlagter Anteile an Versorgung (in den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die Anteile an Versorgung dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Vgl. hierzu auch Tabelle 5).
- 2) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die ISP/AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Vgl. hierzu auch Tabelle 4.

Tabelle 2

PPI	Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen:	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränderungen 2002-2006		Anschlag 2007
		Tsd. €					%		Tsd. €
01	Bürgerschaft	6.808	6.616	6.747	6.848	6.909	101	1,5	6.953
02	Rechnungshof	361	569	330	362	363	3	0,7	362
03	Senat / Senatskanzlei	1.821	1.927	1.704	1.774	1.706	-115	-6,3	1.406
05	Bundes- / Europaangelegenh.	3.030	2.817	2.813	2.812	2.399	-630	-20,8	2.555
06	Datenschutz	92	89	89	90	84	-8	-8,4	88
07	Inneres	69.365	64.388	67.344	66.143	64.365	-5.000	-7,2	59.897
08	Gleichberechtigung der Frau	160	191	199	297	238	78	48,6	274
09	Staatsgerichtshof	6	4	4	4	4	-2	-31,4	6
11	Justiz	32.363	38.078	37.704	42.137	39.995	7.633	23,6	34.988
12	Sport	9.179	9.158	8.529	8.681	8.041	-1.138	-12,4	9.013
21	Bildung	157.094	168.141	194.538	155.024	183.687	26.593	16,9	180.393
22	Kultur	66.218	68.981	69.895	66.826	64.232	-1.985	-3,0	63.144
24	Hochschulen / Forschung	174.082	183.490	205.541	205.521	193.497	19.415	11,2	192.594
31	Arbeit	58.625	52.094	50.287	44.814	43.157	-15.468	-26,4	54.051
41.01	Jugend	122.558	127.864	136.535	170.800	170.256	47.698	38,9	174.289
41.xx	Soziales	444.672	461.147	481.958	489.144	493.309	48.638	10,9	465.192
51	Gesundheit	11.120	12.979	12.455	11.540	12.631	1.511	13,6	12.911
68	Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	250.395	233.794	217.677	143.780	127.464	-122.932	-49,1	173.044
71	Wirtschaft	34.054	30.046	28.195	25.118	25.501	-8.553	-25,1	26.363
81	Häfen	28.593	19.500	18.999	17.778	17.519	-11.075	-38,7	14.978
91	Finanzen / Personal	29.824	16.287	18.164	20.095	26.430	-3.393	-11,4	16.694
92	Allgemeine Finanzen	92.665	79.410	64.000	69.333	63.073	-29.592	-31,9	15.967
93	Zentrale Finanzen	92.873	93.705	89.697	90.252	99.769	6.896	7,4	92.644
94	ISP / AIP 1)	18.344	21.257	17.629	21.091	82.109	63.765	347,6	100.949
95	Stadtrenovierungsfonds	765	2.093	0	0	0	-765	-100,0	0
Gesamtausgaben konsumtiv:		1.705.065	1.694.625	1.731.036	1.660.264	1.726.738	21.673	1,3	1.698.758

- 1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die ISP/AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Für 2007 werden die gebundenen Mittel ausgewiesen. Vgl. hierzu auch Tabelle 4.

Tabelle 3

PPI	Investive Ausgaben nach Produktplänen:	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränderungen 2002-2006		Anschlag
		2002	2003	2004	2005	2006		%	2007
		Tsd. €							Tsd. €
01	Bürgerschaft	282	254	949	296	376	94	33,2	369
02	Rechnungshof	0	120	5	10	25	25	°	27
03	Senat / Senatskanzlei	1.464	1.564	1.972	882	1.282	-182	-12,4	170
05	Bundes- / Europaangelegenh.	123	106	74	112	79	-44	-35,6	7
06	Datenschutz	20	92	11	12	11	-9	-44,8	3
07	Inneres	12.455	11.261	11.308	13.916	10.515	-1.940	-15,6	12.311
08	Gleichberechtigung der Frau	8	10	5	14	2	-6	-69,8	7
09	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0	°	0
11	Justiz	2.150	3.247	3.360	2.546	3.728	1.578	73,4	7.344
12	Sport	4.618	10.438	4.329	6.122	6.760	2.142	46,4	3.180
21	Bildung	6.601	15.842	22.021	25.639	24.963	18.362	278,2	19.677
22	Kultur	8.279	8.675	4.668	5.711	7.137	-1.141	-13,8	7.004
24	Hochschulen / Forschung	93.335	95.789	131.354	113.830	64.668	-28.667	-30,7	28.580
31	Arbeit	1.636	2.218	1.503	1.050	1.263	-373	-22,8	1.286
41.01	Jugend	2.068	1.465	3.976	3.976	1.667	-400	-19,4	610
41.xx	Soziales	8.868	9.697	9.321	10.658	8.880	13	0,1	5.048
51	Gesundheit	30.025	28.969	28.680	29.051	31.823	1.798	6,0	27.286
68	Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	72.676	70.263	73.574	88.208	62.956	-9.721	-13,4	79.576
71	Wirtschaft	66.133	76.935	54.373	56.965	84.117	17.985	27,2	59.062
81	Häfen	59.584	55.662	49.735	54.703	52.314	-7.270	-12,2	47.082
91	Finanzen / Personal	4.964	4.491	6.519	5.208	4.469	-495	-10,0	3.702
92	Allgemeine Finanzen	32.203	54.057	70.038	72.561	41.495	9.293	28,9	23.074
93	Zentrale Finanzen	13.550	13.533	9.423	10.526	8.937	-4.613	-34,0	12.584
94	ISP / AIP 1)	274.927	261.440	247.423	186.340	150.609	-124.318	-45,2	162.858
95	Stadtreparaturfonds	16.268	12.819	0	-1	0	-16.268	-100,0	0
Gesamtausgaben investiv:		712.236	738.946	734.621	688.335	568.079	-144.157	-20,2	500.847

1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die ISP/AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Für 2007 werden die gebundenen Mittel ausgewiesen. Vgl. hierzu auch Tabelle 4.

Tabelle 4

PPI	Umlage ISP/AIP nach Produktplänen:	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränderungen 2002-2006		Anschlag
		2002	2003	2004	2005	2006		%	2007
		Tsd. €							Tsd. €
I. Personalausgaben 1)									
07	Inneres/StaLa		45	59	61	42	42	°	49
24	Hochschulen / Forschung	283	225	228	189	168	-115	-40,6	198
68	Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	862	1.135	1.252	1.295	1.115	252	29,2	1.310
71	Wirtschaft	569	623	548	663	757	188	33,1	890
91	Finanzen / Personal	29	30	27	28	21	-8	-27,8	25
Summe AIP-Personalausg.:		1.744	2.059	2.114	2.237	2.103	359	20,6	2.472
II. Konsumtive Ausgaben 1)									
22	Kultur	614	614	614	614	716	102	16,7	2.271
24	Hochschulen / Forschung	95	283	315	2.160	61.389	61.294	°	74.895
68	Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	1.174	1.411	893	1.348	1.199	25	2,1	1.957
71	Wirtschaft	16.192	18.922	15.808	16.970	18.666	2.474	15,3	21.827
91	Finanzen / Personal	271	27			139	-131	-48,5	
Summe AIP-Kons. Ausg.:		18.344	21.257	17.629	21.091	82.109	63.765	347,6	100.949
III. Investive Ausgaben 1)									
12	Sport				27	15	15	°	
21	Bildung				178	24	24	°	
22	Kultur						0	°	2.440
24	Hochschulen / Forschung	23.666	10.613	19.066	30.850	8.319	-15.347	-64,8	9.159
41.01	Jugend				308	139	139	°	
51	Gesundheit				16		0	°	
68	Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	71.771	76.149	62.318	18.610	42.664	-29.107	-40,6	56.929
71	Wirtschaft	179.490	174.678	166.040	136.351	89.809	-89.681	-50,0	94.330
81	Häfen					9.638	9.638	°	
Summe AIP-Inv. Ausg.:		274.927	261.440	247.423	186.340	150.609	-124.318	-45,2	162.858

1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die ISP/AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet.

Tabelle 5

Zuzuordnende Anteile Personalausgaben im Produktplan 92 (Versorgung, etc.) 1)	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränderung 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%		Tsd. €
Produktplan	292.857	303.826	298.960	312.677	314.012	21.155	7,2	334.871
01 Bürgerschaft	593	739	734	862	747	154	26,0	988
02 Rechnungshof	1.863	1.965	1.931	1.994	1.965	102	5,5	1.945
03 Senat und Senatskanzlei	3.980	4.054	4.077	3.955	3.949	-31	-0,8	4.195
05 Bund	609	610	599	647	700	91	14,9	688
06 Datenschutz	63	88	82	75	68	5	8,2	118
07 Inneres	67.363	71.163	70.234	73.094	71.722	4.359	6,5	74.036
08 Gleichberechtigung der Frau	56	55	46	50	56	0	-0,5	119
11 Justiz	28.208	29.602	29.721	30.490	29.985	1.777	6,3	31.869
12 Sport	232	220	221	251	240	8	3,4	256
21 Bildung	115.193	119.174	119.250	125.957	127.525	12.332	10,7	138.918
22 Kultur	2.714	2.771	2.795	2.734	2.521	-193	-7,1	2.880
24 Hochschulen und Forschung	887	743	493	480	543	-344	-38,8	1.054
31 Arbeit	5.300	5.256	4.324	4.419	4.117	-1.183	-22,3	4.401
41 Jugend und Soziales (ab 2005 ohne KiTa)	8.944	9.043	8.485	8.991	8.962	18	0,2	10.090
51 Gesundheit	4.648	4.503	4.291	4.315	4.170	-478	-10,3	4.345
68 Bau, Umwelt und Verkehr	21.950	22.493	21.340	22.311	24.166	2.216	10,1	23.999
71 Wirtschaft	1.427	1.506	1.480	1.625	1.692	265	18,6	1.752
81 Häfen	6.279	6.334	6.277	6.252	5.980	-299	-4,8	6.034
91 Finanzen / Personal	22.547	23.506	22.580	24.173	24.904	2.357	10,5	27.182

- 1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die Anteile an Versorgung dem jeweiligen Produktplan zugeordnet.

Tabelle 6

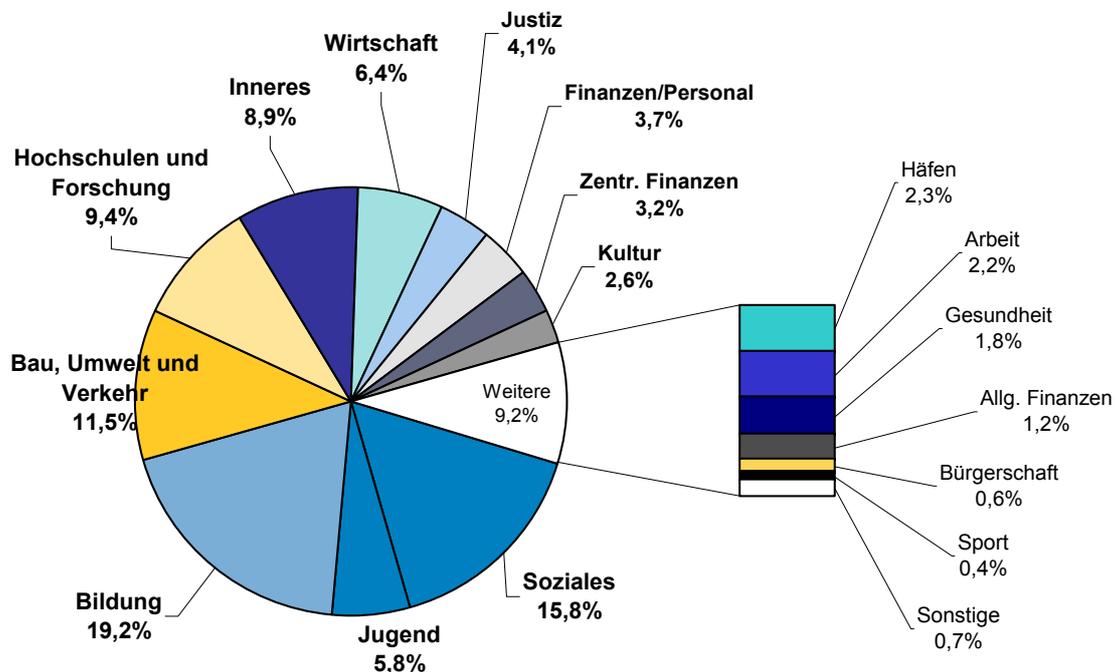
Beschäftigungsvolumen Produktpläne (inkl. Refinanzierte) 1)	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränderung 2002 - 2006		Anschlag 2007 (1)
	Beschäftigungsvolumen					%		BVOL
Produktplan	16.294	16.225	16.219	15.138	15.247	-1.047	-6,4	14.169
01 Bürgerschaft	58	56	57	59	59	1	1,2	60
02 Rechnungshof	38	40	42	42	39	1	2,4	42
03 Senat und Senatskanzlei	72	72	69	67	73	0	0,5	72
05 Bund	46	43	44	41	43	-3	-6,6	41
06 Datenschutz	12	12	12	13	13	1	7,2	12
07 Inneres	3.864	3.725	3.733	3.743	3.754	-110	-2,8	3.503
08 Gleichberechtigung der Frau	16	14	13	14	13	-3	-19,9	13
11 Justiz	1.229	1.205	1.249	1.224	1.305	75	6,1	1.256
12 Sport	33	32	32	29	28	-5	-16,3	30
21 Bildung	5.385	5.425	5.476	5.502	5.454	68	1,3	5.246
22 Kultur	114	114	114	121	122	9	7,6	80
24 Hochschulen und Forschung	53	54	40	39	41	-12	-22,2	39
31 Arbeit	333	324	260	248	239	-94	-28,2	239
41 Jugend und Soziales (ab 2005 ohne KiTa)	1.940	2.070	2.056	1.085	1.085	-855	-44,1	829
51 Gesundheit	293	272	259	263	270	-23	-7,8	222
61 Umwelt (bis 2003)	167	164	0	0	0	-167	-100,0	0
68 Bau, Umwelt und Verkehr	648	629	796	777	817	169	26,1	726
71 Wirtschaft	94	95	106	110	102	8	8,6	95
81 Häfen	174	168	145	139	133	-41	-23,6	140
91 Finanzen / Personal	1.692	1.679	1.680	1.583	1.622	-69	-4,1	1.523
94 ISP	32	32	36	38	36	4	10,8	0

(1) Anschlag 2007 ohne Refinanzierte

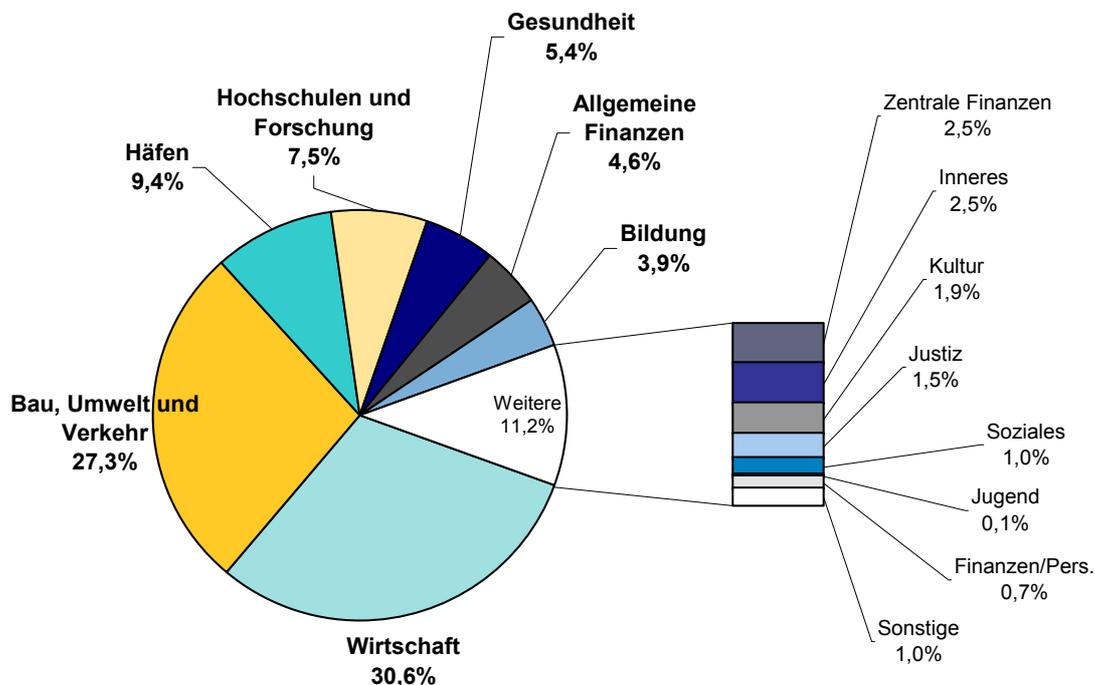
- 1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte ist das Beschäftigungsvolumen im jeweiligen Produktplan nachrichtlich ausgewiesen (in Vollzeitäquivalenten).

Benchmark-Eckdaten 2007 nach Produktplänen *)
(Land und Stadtgemeinde Bremen)

Die Gesamtausgaben betragen 3.267 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die investiven Ausgaben (inkl. AIP- Zuordnung) betragen 501 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:

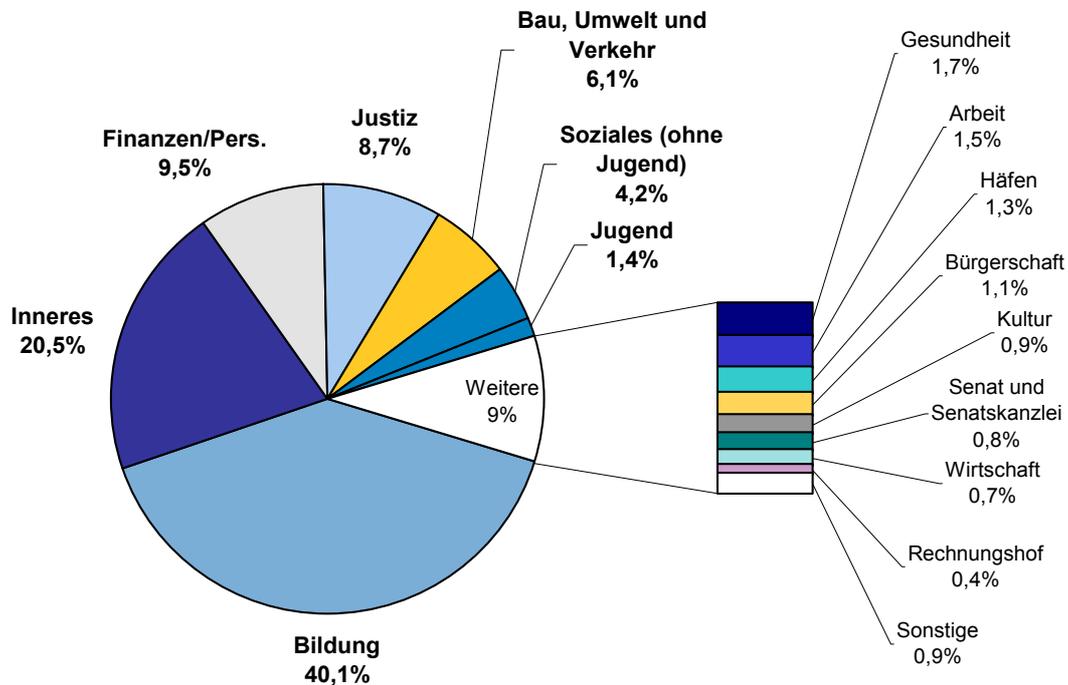


*) Ausgaben des Produktplans AIP wurden den bewirtschaftenden Ressorts inhaltlich zugeordnet. (158 Mio. € Wirtschaft, 49 Mio. € Bau/Umwelt, 31 Mio. € Hochschulen/Forschung)

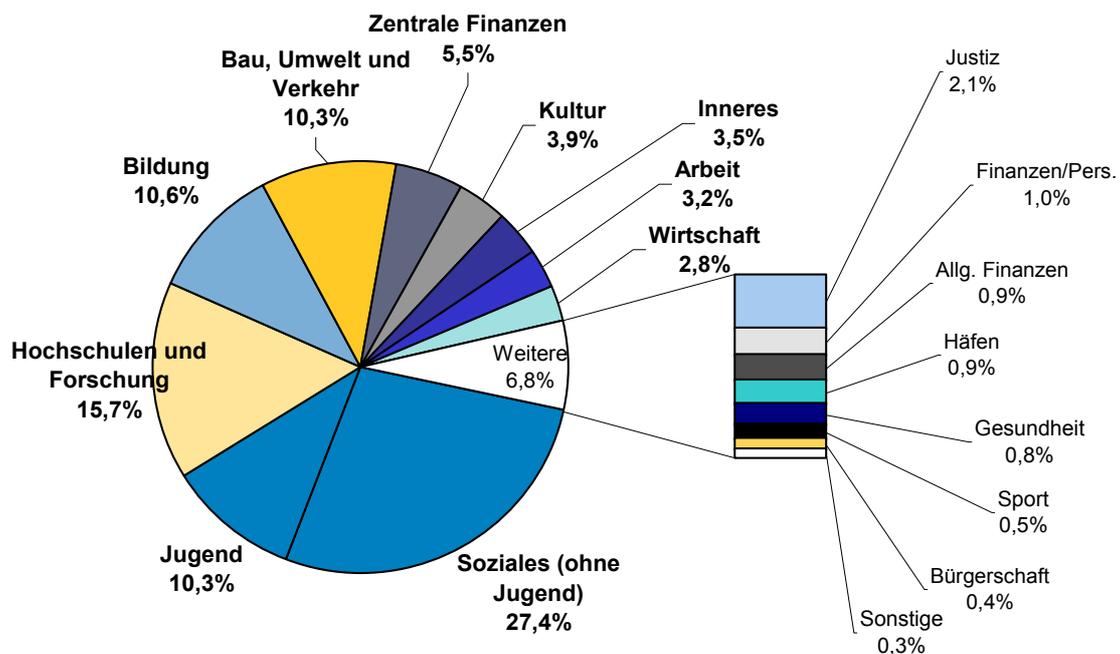
Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans AfI (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet (301 Mio. €).

Benchmark-Eckdaten 2007 nach Produktplänen *)
(Land und Stadtgemeinde Bremen)

Die Personalausgaben betragen 1.068 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die sonstigen konsumtiven Ausgaben betragen 1.699 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



*) Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans Afi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet.

III. Zentrale Strukturkennziffern

Tabelle A: Einwohner

Stand: 18.09.2007

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen Min	Bremen Ø	Bremen Max	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Essen	Dort- mund	Duis- burg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet
A-A-01	Bevölkerungsentwicklung in den letzten 5 Jahren	%	1,4	0,4	0,9	1,5	0,4	0,7	0,7	0,0	2,1	4,9	1,3	-1,7	-0,3	-2,6	2,5	1,1	5	0,0
A-A-02	Bevölkerungsentwicklung männlich in den letzten 5 Jahren	%	1,7	0,8	1,3	2,2	0,8	0,4	0,4	0,5	1,2	5,1	2,2	-1,4	0,2	-2,4	1,5	1,3	4	0,6
A-A-03	Bevölkerungsentwicklung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	0,8	-0,3	0,4	1,2	-0,3	0,7	0,7	-0,4	1,8	3,7	0,8	-2,0	-0,5	-3,1	1,1	0,5	6	0,1
A-B-01	Gesamtwanderungssaldo	je 1.000 EW	4,5	3,0	5,0	5,8	3,0	4,7	4,7	1,2	13,8	6,4	2,8	0,0	2,3	-1,9	10,7	4,7	7	1,0
A-B-02	Natürlicher Bevölkerungssaldo	je 1.000 EW	-2,8	-0,9	-1,8	-0,7	-0,9	1,7	1,7	-1,5	0,1	2,0	0,5	-4,5	-3,2	-3,7	-2,4	-0,9	10	-1,8
A-C-01	Zusammengesetzte Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		1,18	1,13	1,16	1,19	1,13	1,29	1,29	1,21	1,19	1,32	1,19	1,23	1,25	1,29	1,27	1,20	11	1,23
A-D-01	Bevölkerungsdichte	EW/qkm	1.680	3.807	2.647	2.309	3.807	2.625	2.625	2.528	2.427	4.058	2.858	2.783	2.098	2.154	1.689	2.713	13	231
A-E-01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	12,9	11,9	12,6	12,9	11,9	12,8	12,8	12,5	13,3	12,6	12,6	13,2	13,9	14,4	9,8	12,6	6	14,1
A-E-02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	66,8	70,8	67,9	68,8	70,8	70,2	70,2	67,9	68,9	70,0	69,2	65,0	65,9	64,6	69,0	68,9	10	66,6
A-E-03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	20,3	17,2	19,5	18,3	17,2	17,0	17,0	19,5	17,7	17,4	18,2	21,7	20,3	21,0	21,2	18,5	4	19,3
A-F-01	Ausländeranteil	%	13,2	13,7	17,9	14,2	13,7	21,9	21,9	15,1	17,0	24,0	23,7	11,8	15,9	16,5	6,3	16,0	11	8,8
A-G-01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	%	31,0	28,3	25,4	26,3	28,3	25,4	25,4	23,5	23,5	21,5	18,7	21,5	19,7	18,7	25,8	25,8	1 von 8	17,8
A-H-01	SGB II Leistungsempfänger (Alg 2, Sozialgeld) je 1.000 EW (0 bis unter 65 Jahre)	Anzahl	176,4	220,8	132,7	145,0	220,8	135,4	135,4	172,4	145,5	66,6	86,1	174,5	184,0	187,5	213,1	.	5	17,702
A-I-01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte	Euro / EW	20.293	14.797	21.210	22.908	14.797	17.851	17.851	18.281	16.400	29.763	21.116	18.281	16.400	15.412	14.019	18.418	5 von 12	17.702
A-I-02	Primäreinkommen privater Haushalte	Euro / EW	21.831	15.601	25.841	26.424	15.601	22.943	22.943	20.080	17.605	16.152	25.409	20.080	17.605	16.152	13.270	21.139	7 von 12	20.021

* Methodische Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle A: Einwohner

Stand: 18.09.2007

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert*		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
			Min	Max																		
A-A-01	%	2006			0,6	1,5	0,4	1,7	1,6	0,1	0,6	0,1	0,3	-1,9	1,3	-3,8	-1,7	-3,2	-5,5	-4,1	0,0	6
A-A-02	%	2005			0,8	2,2	0,8	2,4	2,4	0,5	1,3	0,5	0,8	-1,3	1,7	-3,6	-1,1	-3,0	-5,3	-3,3	0,6	8
A-A-03	%	2005			-0,2	1,2	-0,3	2,0	2,0	0,6	0,9	0,2	0,6	-1,8	1,7	-4,2	-1,8	-4,1	-6,1	-4,5	0,1	9
A-B-01	je 1.000 EW	2005			3,3	5,8	3,0	1,7	3,0	-0,5	1,2	0,9	1,9	-1,2	3,8	-4,3	-0,1	-1,5	-5,1	-5,0	1,0	3
A-B-02	je 1.000 EW	2005			-2,9	-0,7	-0,9	0,0	-1,0	-0,8	-2,0	-1,8	-2,5	-4,6	-2,3	-2,9	-3,2	-3,8	-4,9	-3,8	-1,8	10
A-C-01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)	2005			1,22	1,19	1,13	1,24	1,22	1,24	1,26	1,25	1,23	1,14	1,22	1,27	1,19	1,29	1,23	1,23	1,23	11
A-D-01	Bevölkerungsdichte EW/ qkm	2005			1.641	2.309	3.807	300	177	289	168	530	204	409	179	74	87	232	121	144	231	3
A-E-01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	2005			13,1	12,9	11,9	15,4	15,1	14,6	15,5	15,1	14,8	13,4	15,1	10,5	10,6	10,2	10,0	10,2	14,1	9
A-E-02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	2005			66,5	68,8	70,8	66,4	66,4	66,6	65,1	65,7	65,5	65,6	65,1	69,9	69,6	67,5	68,3	69,0	66,6	9
A-E-03	Altenquote (65 Jahre und älter)	2005			20,4	18,3	17,2	18,2	18,4	18,8	19,5	19,3	19,7	21,1	19,8	19,7	19,8	22,3	21,6	20,7	19,3	5
A-F-01	Ausländeranteil	2005			12,7	14,2	13,7	11,9	9,5	11,4	6,7	10,7	7,7	8,3	5,4	2,3	2,6	2,8	1,9	2,0	8,8	3
A-G-01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	2005			25,9	26,3	28,3	16,2	17,2	17,1	17,6	16,7	16,3	17,8	17,2	17,6	16,0	20,3	16,9	17,5	17,8	3
A-I-01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte	2005			19.933	22.908	14.797	19.261	18.775	18.658	17.105	18.724	17.101	17.138	16.920	13.953	14.634	14.599	14.005	14.152	17.702	2
A-I-02	Primäreinkommen privater Haushalte	2005			21.045	26.424	15.601	23.031	22.471	22.296	19.139	21.238	19.788	18.848	18.993	13.478	14.840	13.712	13.081	13.785	20.021	6

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle B: Beschäftigung

Stand: 18.09.2007

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Essen	Dort- mund	Duis- burg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes- gebiet
			Min	Max																
B-A-01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige am Arbeitsort	2005	589	602	455	807	906	725	649	738	786	512	492	432	551	600	8	471		
B-B-01	Erwerbstätige am Arbeitsort: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	2005	-1,1	0,5	-2,0	0,2	-0,3	-2,9	1,0	0,8	0,5	-2,9	4,0	-2,3	0,9	-0,4	9	-0,8		
B-C-01	SV Beschäftigte (Wohnort)	2006	291	312	274	326	332	310	312	365	326	284	278	284	299	304	9	319		
B-C-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	2005	321	329	274	360	355	330	348	394	357	326	317	345	291	324	10	352		
B-C-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	2005	262	292	273	301	312	292	283	353	299	248	242	227	291	286	10	282		
B-D-01	SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2006	-7,1	-4,8	-11,2	-7,0	-6,7	-6,2	-7,7	-4,9	-7,3	-9,9	-7,9	-9,1	-6,8	-7,8	7	-5,2		
B-D-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-9,6	-6,5	-16,5	-8,4	-7,1	-10,5	-9,3	-4,7	-8,1	-12,4	-11,4	-11,7	-14,9	-10,6	7	-8,0		
B-D-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-3,4	-2,5	-10,2	-2,9	-2,3	-5,9	-2,1	-1,3	-3,5	-5,4	-2,9	-4,9	-9,1	-5,2	7	-3,1		
B-E-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort)	2006	418	429	301	586	707	518	439	513	573	347	315	300	386	419	8	320		
B-E-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	2005	493	473	295	665	809	580	511	579	650	393	362	373	367	460	7	354		
B-E-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich	2005	346	376	302	510	608	463	379	481	506	302	283	229	384	380	9	282		
B-F-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2006	-5,2	-2,9	-9,0	-4,1	-6,3	-5,5	-6,3	-4,5	-3,9	-8,8	-5,7	-5,2	-4,1	-5,7	7	-5,3		
B-F-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-7,1	-4,6	-14,4	-6,1	-6,1	-11,2	-7,6	-3,6	-4,8	-12,4	-8,1	-8,1	-11,3	-8,1	6	-8,1		
B-F-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-0,7	-1,4	-7,6	-1,2	-0,2	-5,8	-1,4	0,8	1,2	-3,2	1,0	-0,7	-6,5	-2,7	5	-3,2		
B-G-01	Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	2005	42,7	37,5	19,9	27,4	65,8	23,3	45,7	60,0	40,6	39,1	40,6	40,6	40,6	39,1	4 von 8	x		
B-G-02	Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	2005	17,7	14,6	12,4	10,4	27,4	10,4	23,0	29,6	23,3	17,7	23,3	23,3	23,3	17,7	5 von 8	x		
B-G-03	Pendlersaldo insgesamt	2006	69.755	204.248	90.815	149.720	244.603	107.315	125.912	191.158	146.584	37.248	21.800	7.932	44.288	110.875	9	x		
B-G-04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2006	304	272	89	443	530	401	290	288	431	184	118	53	226	275	5	x		
B-H-01	Akademikerquote (Wohnort)	2005	12,2	12,1	14,1	14,9	17,2	14,6	14,9	19,5	18,2	10,6	9,8	5,9	17,6	14,4	9	9,5		
B-H-02	Akademikerquote (Arbeitsort)	2005	11,4	12,1	13,4	14,6	17,0	13,1	13,5	20,1	19,9	12,0	10,4	7,9	16,8	14,6	11	9,5		
B-I-01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	2005	0,5	1,2	0,9	0,6	0,5	0,8	0,6	0,6	0,2	1,1	0,9	0,9	0,6	0,7	11	0,8		

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle B: Beschäftigung

Stand: 18.09.2007

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert*		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
			Min	Max																		
B-A-01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige am Arbeitsort	2006	581	461	506	514	501	445	470	443	485	436	418	397	447	405	432	475	2			
B-B-01	Erwerbstätige am Arbeitsort: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	2006	-1,3	-0,2	0,2	0,1	-1,0	0,5	-0,4	1,3	-0,1	-1,4	-3,5	-3,0	-1,7	4,4	-4,3	-0,5	10			
B-C-01	SV Beschäftigte (Wohnort)	2006	286	274	335	340	324	306	303	317	300	302	327	328	327	329	342	319	15			
B-C-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	2005	314	274	377	378	361	345	350	358	352	324	326	329	341	343	361	352	15			
B-C-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	2005	257	273	292	298	286	264	257	272	247	274	316	314	306	304	313	282	15			
B-D-01	SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2006	-7,9	-11,2	-2,6	-2,1	-5,2	-3,9	-6,1	-2,9	-4,0	-4,6	-10,3	-6,9	-9,3	-9,8	-10,3	-5,2	11			
B-D-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-10,7	-16,5	-3,8	-3,6	-6,8	-7,3	-8,6	-5,9	-6,2	-8,5	-17,5	-13,7	-14,4	-14,6	-13,8	-8,0	10			
B-D-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-4,6	-10,2	-0,3	0,1	-1,4	-2,2	-2,1	0,8	-0,1	-2,9	-10,6	-6,1	-9,4	-10,1	-11,6	-3,1	10			
B-E-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort)	2006	409	301	348	346	345	291	308	286	326	275	297	277	316	297	309	320	2			
B-E-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	2005	476	295	394	386	390	325	357	317	388	294	285	281	322	297	315	354	1			
B-E-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich	2005	342	302	300	301	298	253	260	251	264	251	299	265	301	286	292	282	2			
B-F-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2006	-5,1	-9,0	-2,9	-2,5	-4,9	-4,1	-6,2	-3,0	-4,9	-4,7	-11,0	-9,4	-9,1	-10,3	-10,2	-5,3	9			
B-F-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-7,2	-14,4	-3,9	-3,7	-6,2	-7,7	-8,6	-6,5	-6,9	-8,2	-19,9	-17,1	-15,7	-16,6	-15,3	-8,1	7			
B-F-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	-1,7	-7,6	-0,2	-0,1	-0,9	-2,3	-2,2	0,2	-0,7	-3,4	-10,9	-10,1	-9,5	-11,2	-12,5	-3,2	7			
B-G-01	Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	2005	43,2	19,9	35,2	43,2	46,5	30,9	67,304	43,7	43,3	37,5	32,1	35,3	5,4	32,5	31,0	x	5			
B-G-02	Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	2005	18,8	12,4	32,7	42,3	43,2	34,4	67,304	49,3	38,3	43,1	38,1	44,9	8,6	39,0	37,8	x	12			
B-G-03	Pendlersaldo insgesamt	2006	82.053	90.815	138.558	67.304	127.292	-122.895	94.065	-127.808	26.612	-75.284	-50.295	-129.462	-46.194	-78.595	-77.169	x	6			
B-G-04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2006	302	89	37	16	61	-53	17	-110	78	-96	-100	-183	-34	-108	-108	x	1			
B-H-01	Akademikerquote (Wohnort)	2005	11,1	14,1	9,9	9,4	10,9	7,8	9,0	7,4	8,0	7,0	8,7	9,7	12,8	8,4	9,8	9,5	4			
B-H-02	Akademikerquote (Arbeitsort)	2005	10,7	13,4	10,0	9,3	11,2	7,3	9,0	7,0	7,4	6,0	9,1	9,9	13,0	8,7	10,3	9,5	5			
B-I-01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	2005	0,6	0,9	0,6	0,7	0,7	0,9	1,0	0,6	0,7	0,7	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	15			

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle C: Arbeitslosigkeit

Stand: 18.09.2007

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremer: Abweichung vom Ø *		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel-dorf	Frank-furt	Hannover	Köln	München	Stutt-gart	Essen	Dort-mund	Duis-burg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes-gebiet
C-A-01	Arbeitslosenquote	%	2006	Min	Max	15,0	12,6	20,1	13,6	12,6	.	14,6	8,8	9,4	16,8	18,7	17,6	20,8	15,4	6 von 12	12,0
C-A-02	Arbeitslosenquote Frauen	%	2006			13,9	11,4	17,6	11,6	11,2	.	13,3	9,3	9,2	15,7	17,8	18,0	18,7	14,0	6 von 12	12,0
C-B-01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			44,5	44,8	43,4	41,8	43,0	45,1	44,0	46,9	47,2	44,3	44,4	46,2	45,0	44,3	7	47,9
C-B-02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			9,4	9,3	11,3	5,4	10,8	11,4	7,6	9,0	8,4	10,0	9,5	8,4	12,2	10,0	7	11,7
C-B-03	Anteil der 55jährigen und älter an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			10,2	12,7	10,3	16,8	11,3	10,4	13,6	17,8	14,1	13,2	13,4	10,2	11,2	12,1	13	12,7
C-B-04	Anteil Langzeitarbeitslose (1 Jahr und mehr) an allen Arbeitslosen	%	2006			42,5	39,0	43,3	58,5	39,3	54,9	53,7	41,5	43,7	55,5	55,3	51,6	45,9	46,3	10	35,8

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremer: Abweichung vom Bundeswert *		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundes-gebiet	Rang HB*
C-A-01	Arbeitslosenquote	%	2006	Min	Max	16,3	12,6	20,1	7,1	7,8	10,4	11,8	12,6	9,0	10,8	11,3	20,8	18,7	18,9	19,9	17,0	12,0	7
C-A-02	Arbeitslosenquote Frauen	%	2006			15,1	11,4	17,6	7,4	8,1	10,3	11,9	12,5	9,1	11,2	10,9	20,3	18,1	19,1	20,2	17,8	12,0	7
C-B-01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			44,3	44,8	43,4	50,1	49,8	47,8	48,0	46,7	48,3	48,0	47,0	47,4	47,3	49,6	49,5	50,9	47,9	15
C-B-02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			10,1	9,3	11,3	11,1	12,7	11,9	12,1	10,7	13,4	11,0	12,0	11,9	12,7	12,3	11,6	11,5	11,7	15
C-B-03	Anteil der 55jährigen und älter an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			10,0	12,7	10,3	13,4	14,7	12,8	11,4	12,9	11,8	12,2	11,7	11,0	12,3	13,9	12,4	13,3	12,7	16
C-B-04	Anteil Langzeitarbeitslose (1 Jahr und mehr) an allen Arbeitslosen	%	2006			43,7	39,0	43,3	33,2	33,4	23,5	32,2	42,6	33,5	33,4	36,5	34,2	27,3	34,3	35,5	37,5	35,8	1

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle D: Wirtschaftskraft

Stand: 18.09.2007

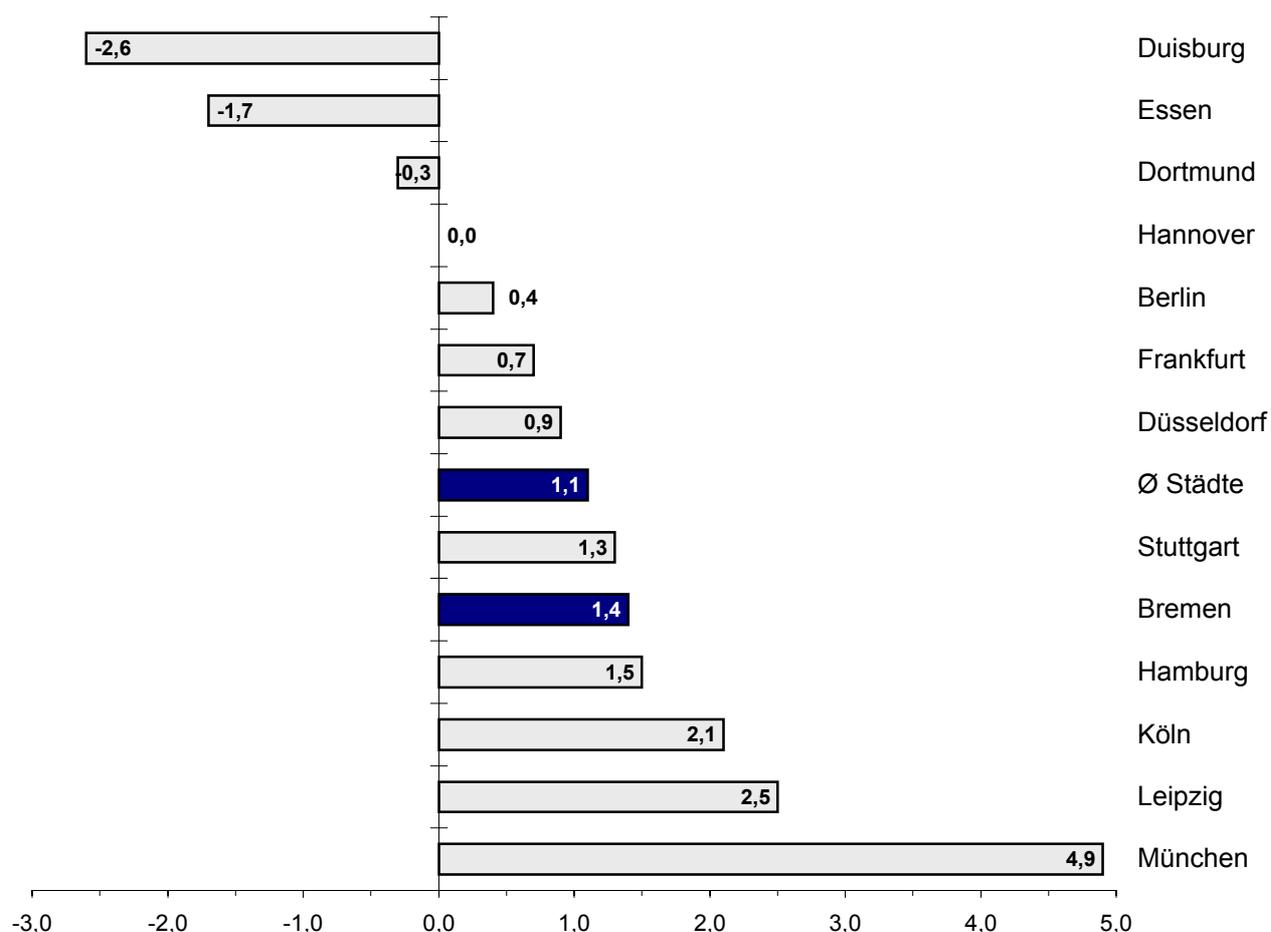
Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø*		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel-dorf	Frank-furt	Hannover	Köln	München	Stutt-gart	Essen	Dort-mund	Duis-burg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundes-gebiet
			Min	Max																
D-A-01	Euro/EW	2005			38.723	47.681	23.251	63.679	75.341	46.311	40.493	52.998	55.147	33.372	28.795	27.281	24.396	39.735	8	27.175
D-B-01	%	2005			11,6	14,3	0,6	6,6	10,7	11,8	5,6	7,1	14,0	9,7	15,2	12,5	14,5	8,8	7	8,7
D-C-01	Euro/ET	2005			65.770	79.210	51.090	78.882	83.176	63.851	62.380	71.789	70.198	65.232	58.547	63.079	44.276	66.271	6	57.724
D-D-01	%	2005			12,9	13,8	2,7	6,4	11,1	15,1	4,5	6,3	13,4	13,0	10,8	15,1	13,4	9,2	7	9,6
D-E-01	je 1.000 EW	2006			-0,14	-0,07	-0,08	-0,20	-0,38	0,00	-0,02	-0,39	0,62	-0,07	-0,08	-0,05	-0,10	-0,09	10	-0,07
D-E-02	je 1.000 EW	2006			2,01	4,09	4,03	2,83	4,54	2,74	4,06	4,56	1,59	2,26	3,55	1,42	4,92	3,63	11	2,60
D-F-01	je 10.000 EW	2005			20	15	15	13	15	18	12	12	9	10	16	8	20	14	2	12

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert*		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundes-gebiet	Rang HB*
			Min	Max																		
D-A-01	Euro/EW	2006			38.106	49.318	23.715	31.395	32.814	33.604	24.671	27.809	24.841	26.762	24.664	19.120	19.387	20.817	20.416	19.800	28.012	2
D-B-01	%	2006			11,4	12,7	2,5	8,9	10,8	7,8	8,4	8,6	10,6	11,4	5,1	6,0	7,7	13,6	13,9	10,4	9,2	5
D-C-01	Euro/ET	2006			65.639	81.118	51.406	61.993	63.896	67.126	55.430	59.202	56.046	55.133	56.524	45.732	48.775	46.540	50.431	45.853	58.999	3
D-D-01	%	2006			12,8	12,1	2,7	8,7	10,7	8,9	7,8	9,1	9,2	11,4	6,6	9,8	11,0	15,6	19,1	15,4	9,8	4
D-E-01	je 1.000 EW	2006			-0,13	-0,07	-0,08	-0,11	-0,07	-0,11	-0,04	-0,06	-0,08	-0,09	0,06	-0,10	0,02	-0,08	-0,04	-0,12	-0,07	16
D-E-02	je 1.000 EW	2006			1,84	4,09	4,03	2,15	3,34	2,84	2,40	2,19	2,56	1,55	2,81	2,24	2,80	2,69	1,59	2,11	2,60	14
D-F-01	je 10.000 EW	2005			19	15	15	9	9	10	14	12	11	15	15	16	14	13	15	12	12	1

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

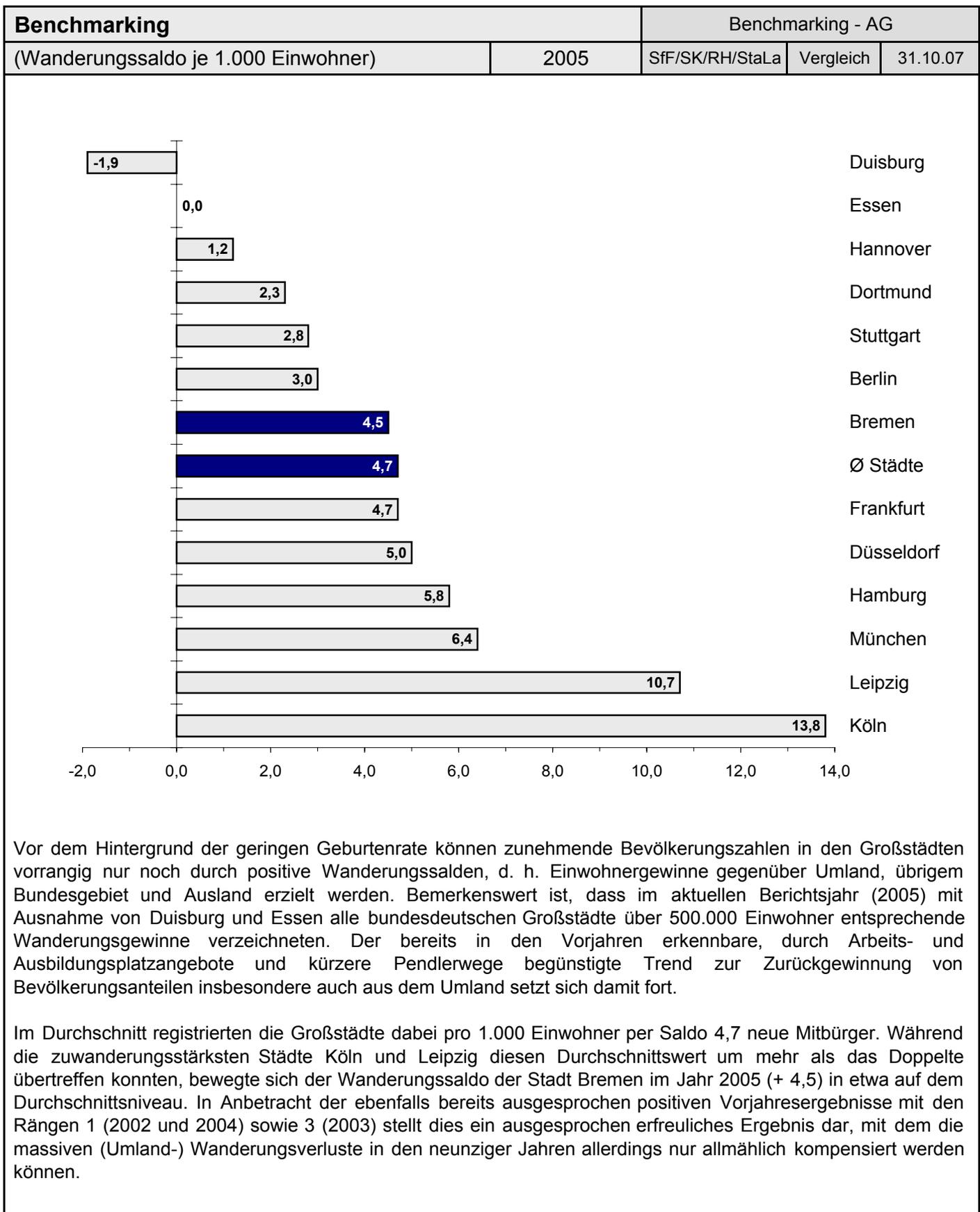
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Einwohnerentwicklung in %)	2001 - 2006	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	31.10.07

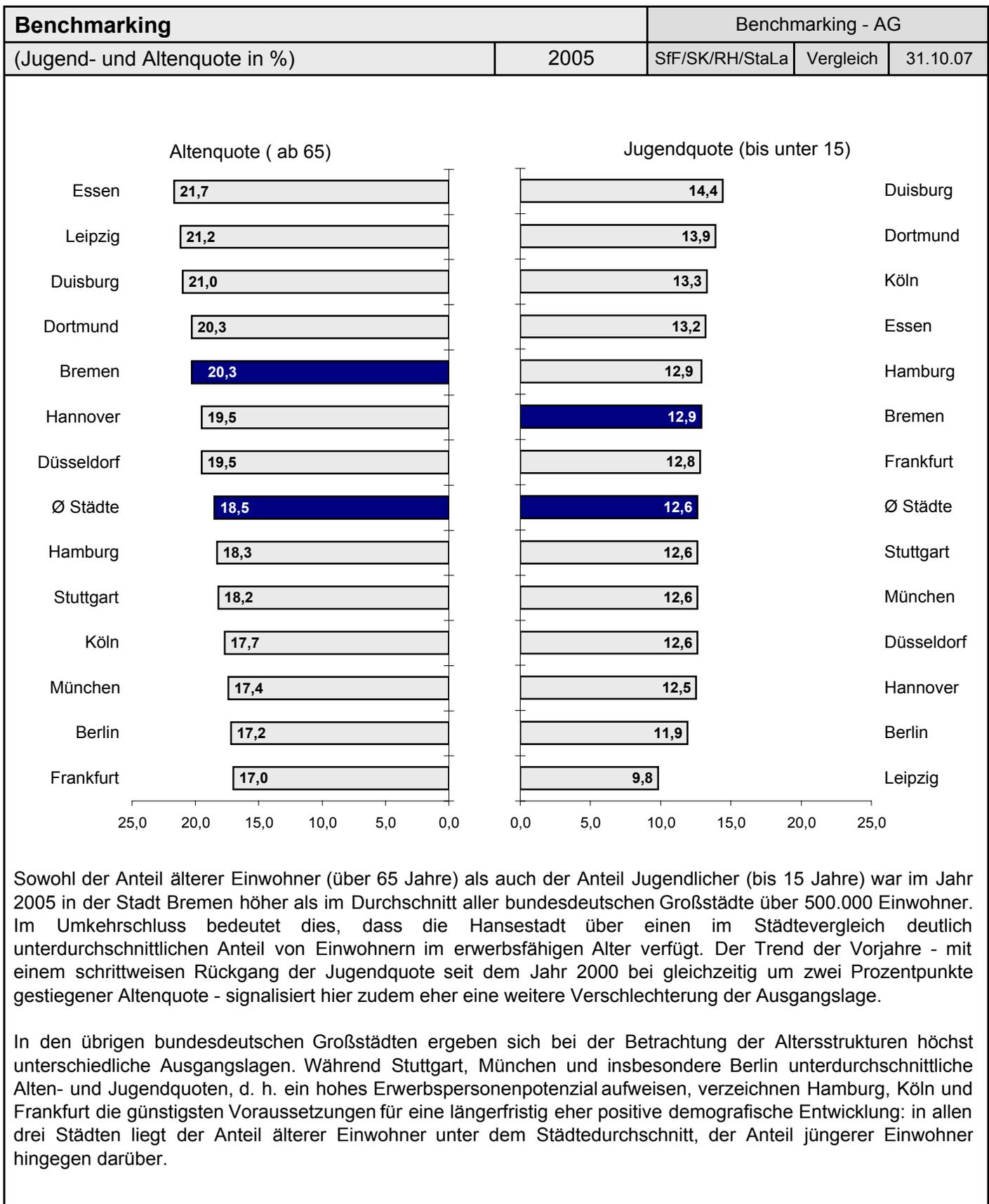


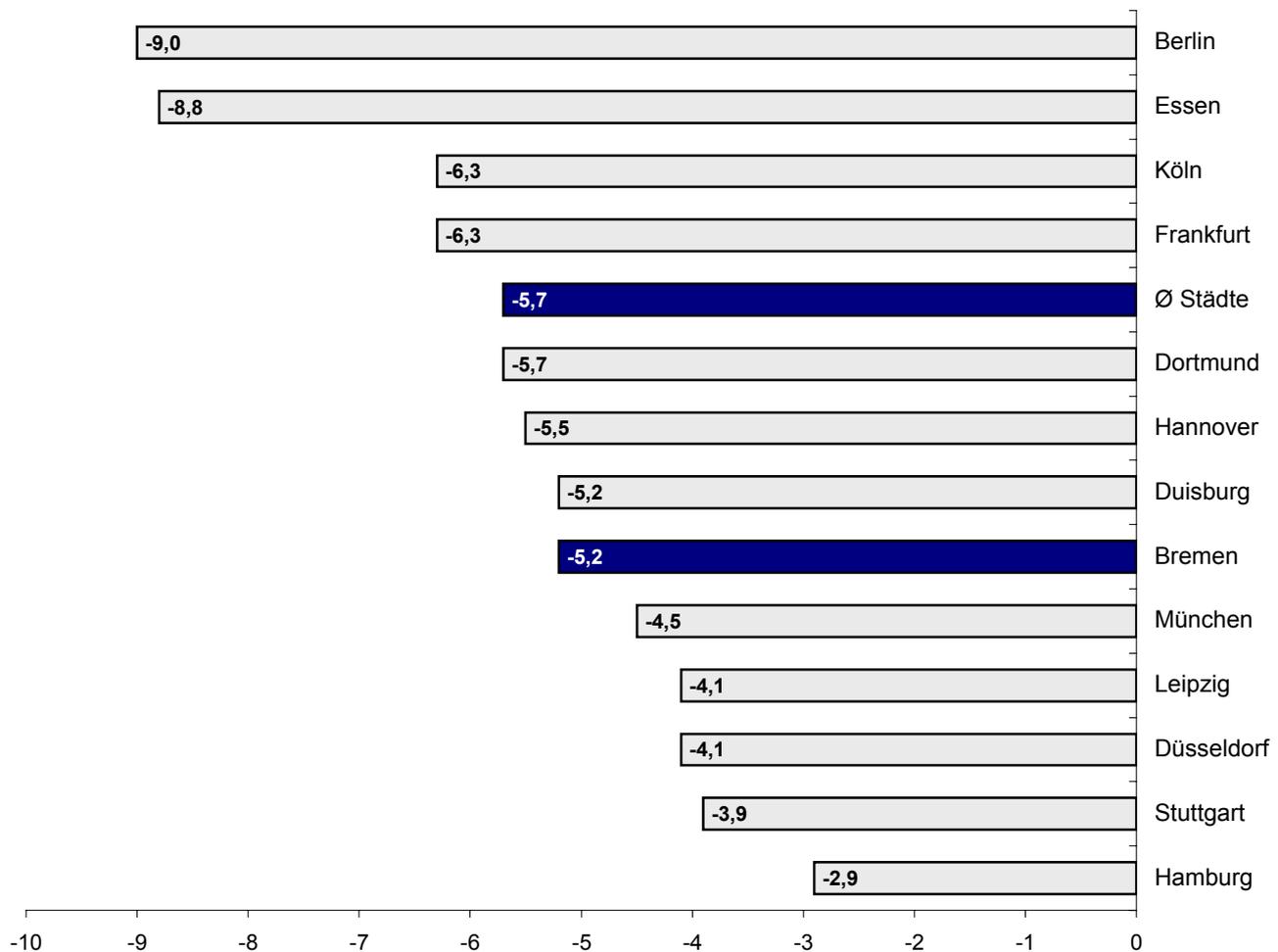
Nach den zuvor z. T. erheblichen abwanderungsbedingten Einwohnerverlusten befinden sich die bundesdeutschen Großstädte inzwischen wieder auf einem deutlichen Wachstumskurs. Zehn der dreizehn Städte über 500.000 Einwohner konnten im Zeitraum 2001/2006 wieder Bevölkerungszuwächse verzeichnen. Lediglich die Ruhrgebietsstädte Duisburg, Essen und Dortmund konnten diesen Trend nicht mitvollziehen und verloren in den vergangenen fünf Jahren weitere Bevölkerungsanteile.

Mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 1,1 % konnten die Großstädte eine positivere Einwohnerentwicklung verzeichnen als das Bundesgebiet insgesamt (+ 0,03 %). Vor allem München, aber auch Leipzig und Köln registrierten erhebliche Zugewinne. Auch die Stadt Bremen (+ 1,4 %) wies im abgelaufenen Fünfjahreszeitraum einen überdurchschnittlichen, in etwa der Entwicklung Hamburgs (+ 1,5 %) entsprechenden Bevölkerungszuwachs auf, der durch die wirtschaftliche Stabilisierung der Stadt und ihre zunehmende Bedeutung als Ausbildungs- und Studiensort begünstigt worden sein dürfte. Angesichts der größtenteils einwohnerbezogenen bundesstaatlichen Finanzverteilung ist dies von erheblicher Bedeutung für die Einnahmeentwicklung des Stadtstaates.

Die Bemühungen um weiteres Einwohnerwachstum sind unter diesen Vorzeichen fortzusetzen. Die geringe Einwohnerdichte Bremens (2005: 1.680 Einwohner pro qkm) im Großstädtevergleich (2.713 Einwohner) lässt hierfür hinreichend Potenziale.





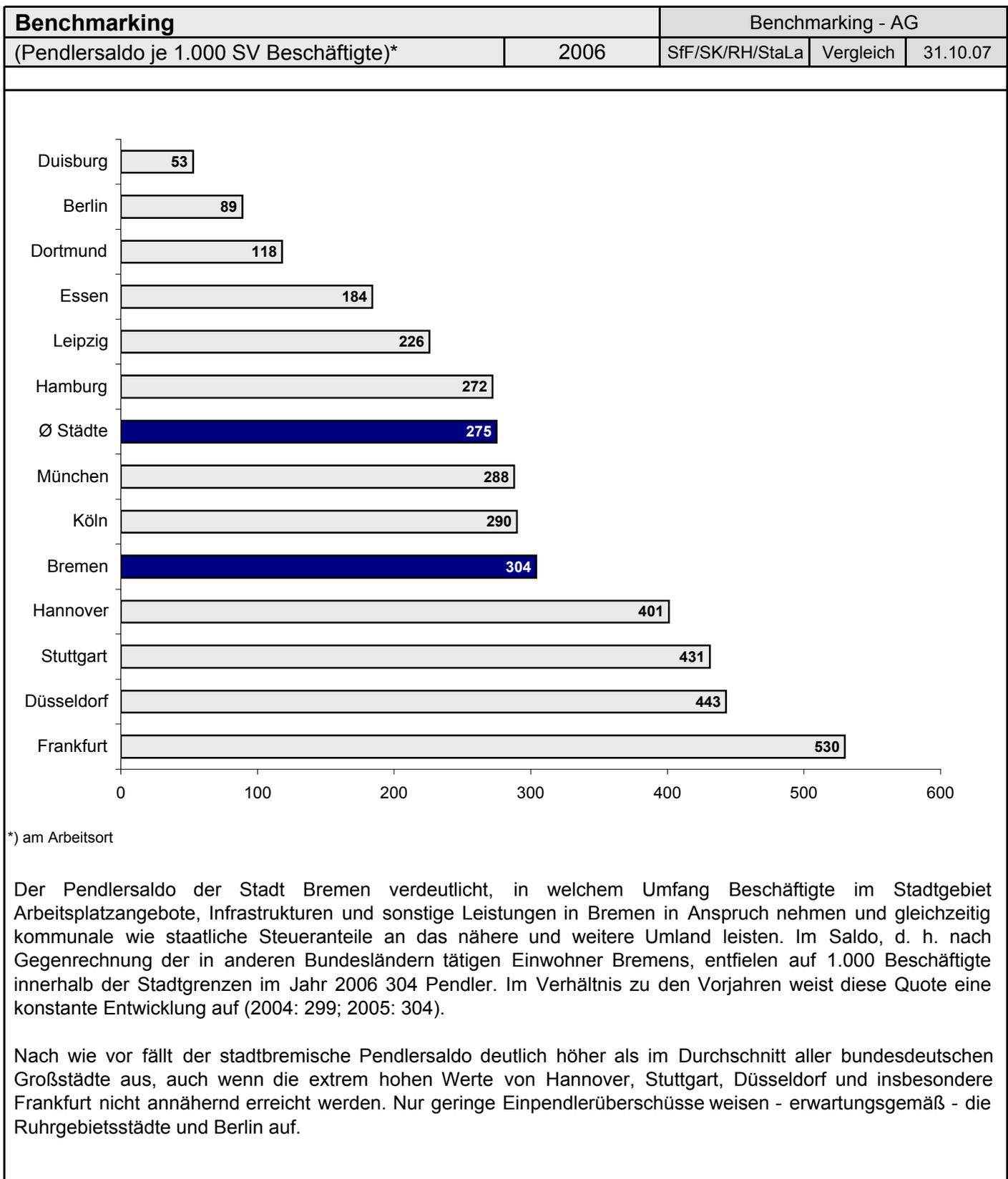


*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

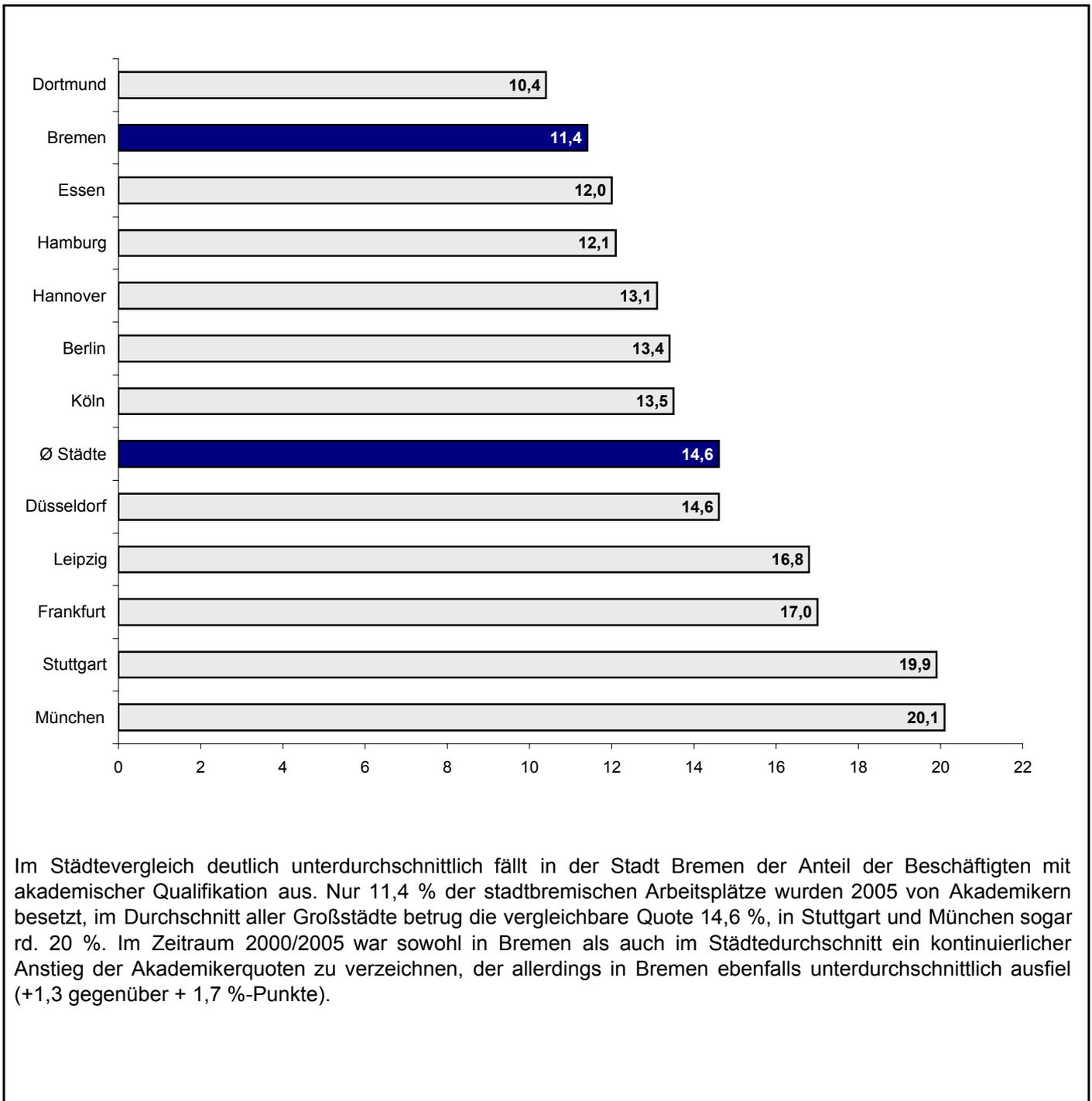
Trotz positiver Entwicklung am aktuellen Rand fällt die Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den Großstädten in der Bilanz des abgeschlossenen Fünfjahreszeitraumes 2001/2006 ausgesprochen negativ aus. Im Durchschnitt verloren die Städte 5,7 % ihres Arbeitsplatzbestandes, wobei vor allem Essen und Berlin erhebliche Verluste verzeichnen mussten.

Am Beispiel Berlins sind dabei die Konsequenzen unzureichender wirtschaftsstrukturpolitischer Impulse und in deren Folge ungenügenden Wirtschaftswachstums unmittelbar ablesbar. Im gegenwärtigen System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs wirken sich diese Defizite zwar nicht in entsprechenden Minderungen der steuerabhängigen Einnahmen aus, führen gleichwohl jedoch zu überdurchschnittlichen Ausgabelasten für soziale Sicherung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

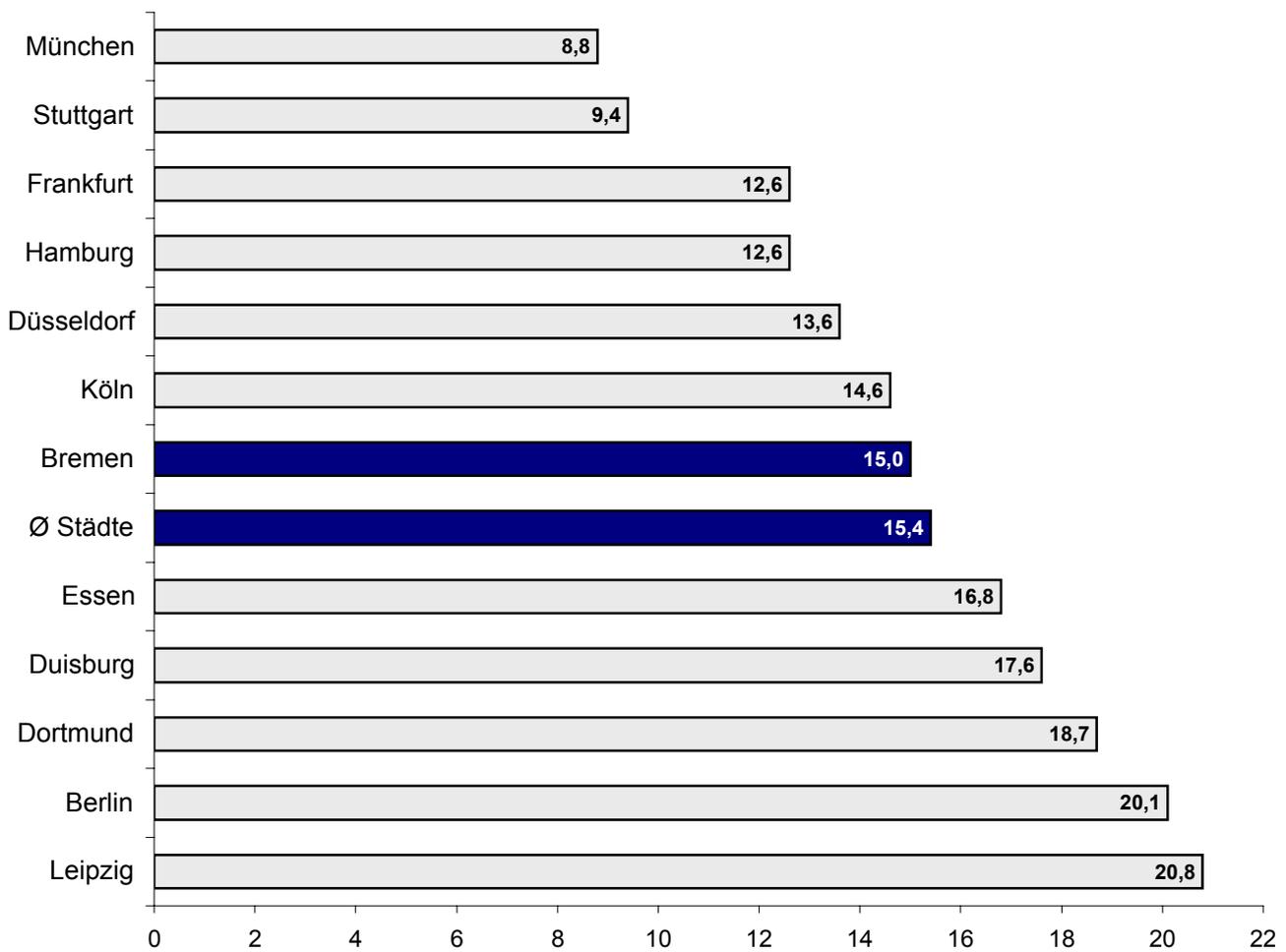
Keiner Großstadt ist es im betrachteten Zeitraum gelungen, Verluste bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die z. T. mit deutlichen Zunahmen der Zahl geringfügig Beschäftigter einhergingen, vollständig zu vermeiden. Die deutlich geringsten Rückgänge konnte dabei Hamburg verzeichnen. Die Arbeitsplatzverluste der Stadt Bremen (- 5,2 %) fielen ebenfalls geringer aus als im Durchschnitt aller Großstädte.



Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Akademikerquote am Arbeitsort in %)	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	31.10.07



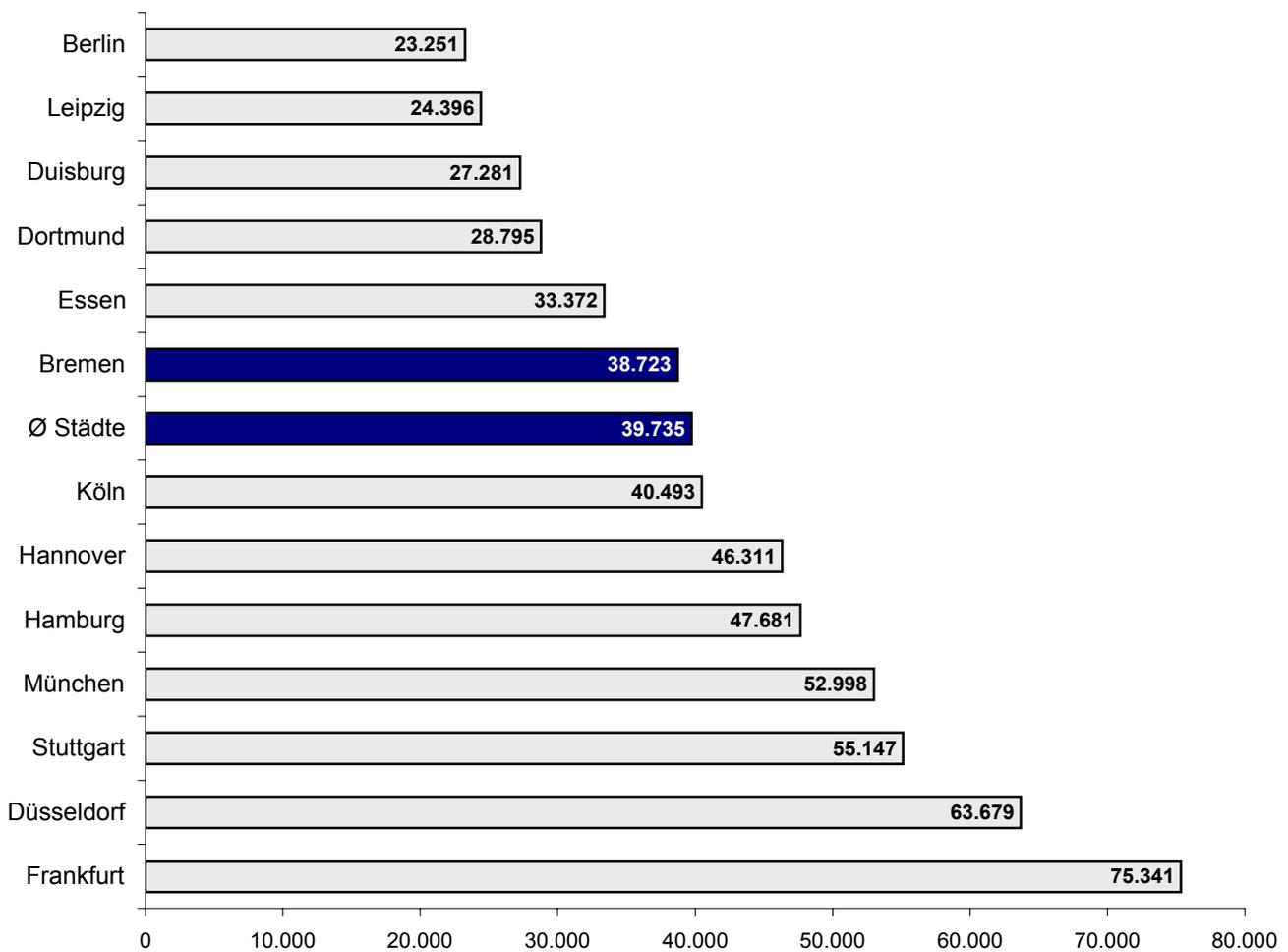
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitslosenquote in %) *	2006	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	31.10.07



*) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Allmählich wirkt sich der wirtschaftliche Aufschwung Bremens auch verstärkt auf dem Arbeitsmarkt der Stadt aus: Mit 15,0 % lag die Arbeitslosenquote der Hansestadt im Jahr 2006 erstmals wieder unter dem Durchschnittswert aller Großstädte. Die Arbeitsmarktlage weist damit zwar einerseits nach wie vor deutliche Abstände zu den wirtschaftsstarken Städten im Süden des Landes auf: in München und Stuttgart konnten 2006 Arbeitslosenquoten von unter 10 % verzeichnet werden.

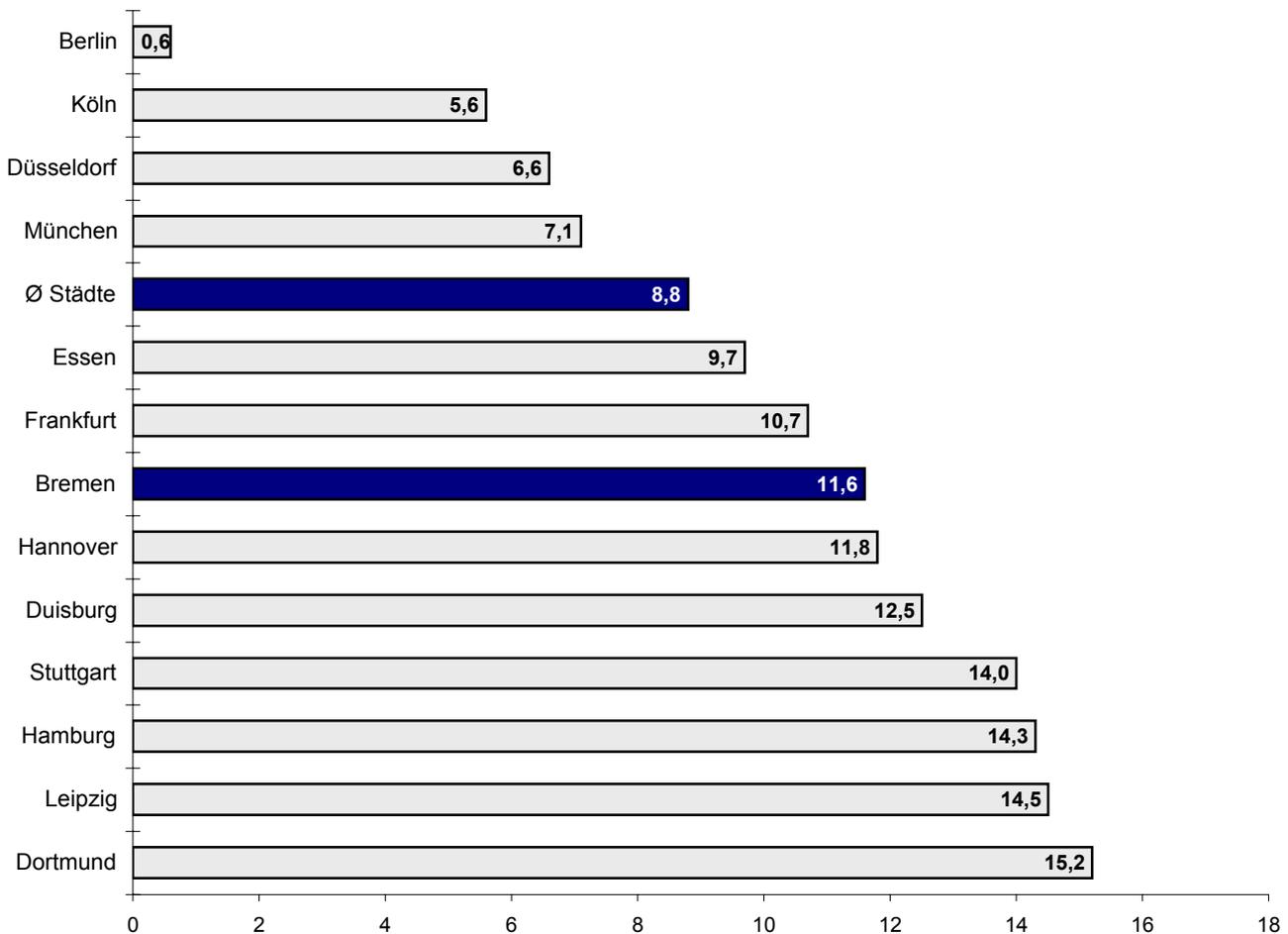
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Bruttoinlandsprodukt; nominal in € je Einwohner)	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	31.10.07



Das einwohnerbezogene Bruttoinlandsprodukt belegt, dass die Stadt Bremen, gemessen an den übrigen bundesdeutschen Großstädten noch einen gewissen Nachholbedarf aufweist. Zwar ist es gelungen, diesen Rückstand in den vergangenen Jahren deutlich zu verringern (vgl. folgende Seite). Im Jahr 2005 konnte der Durchschnittswert aller Städte - nicht zuletzt aufgrund der enorm hohen Wertschöpfungsquoten in München, Stuttgart, Düsseldorf und vor allem Frankfurt - allerdings nicht erreicht werden. Auch der Abstand zu Hamburg und Hannover fällt deutlich aus.

Weitere Anstrengungen zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt sind daher unverzichtbar. Dies gilt umso mehr, da die Rangfolge der übrigen Städte den relativ engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft und Arbeitsmarktlage der Städte deutlich bestätigt: mit den Ruhrgebietsstädten, Leipzig und insbesondere Berlin verzeichnen exakt jene Großstädte die höchsten Arbeitslosenquoten (vgl. Vorseite), deren in den Stadtgrenzen erwirtschaftetes Bruttoinlandsprodukt den nachhaltigsten Rückstand zum Städtedurchschnitt aufweist.

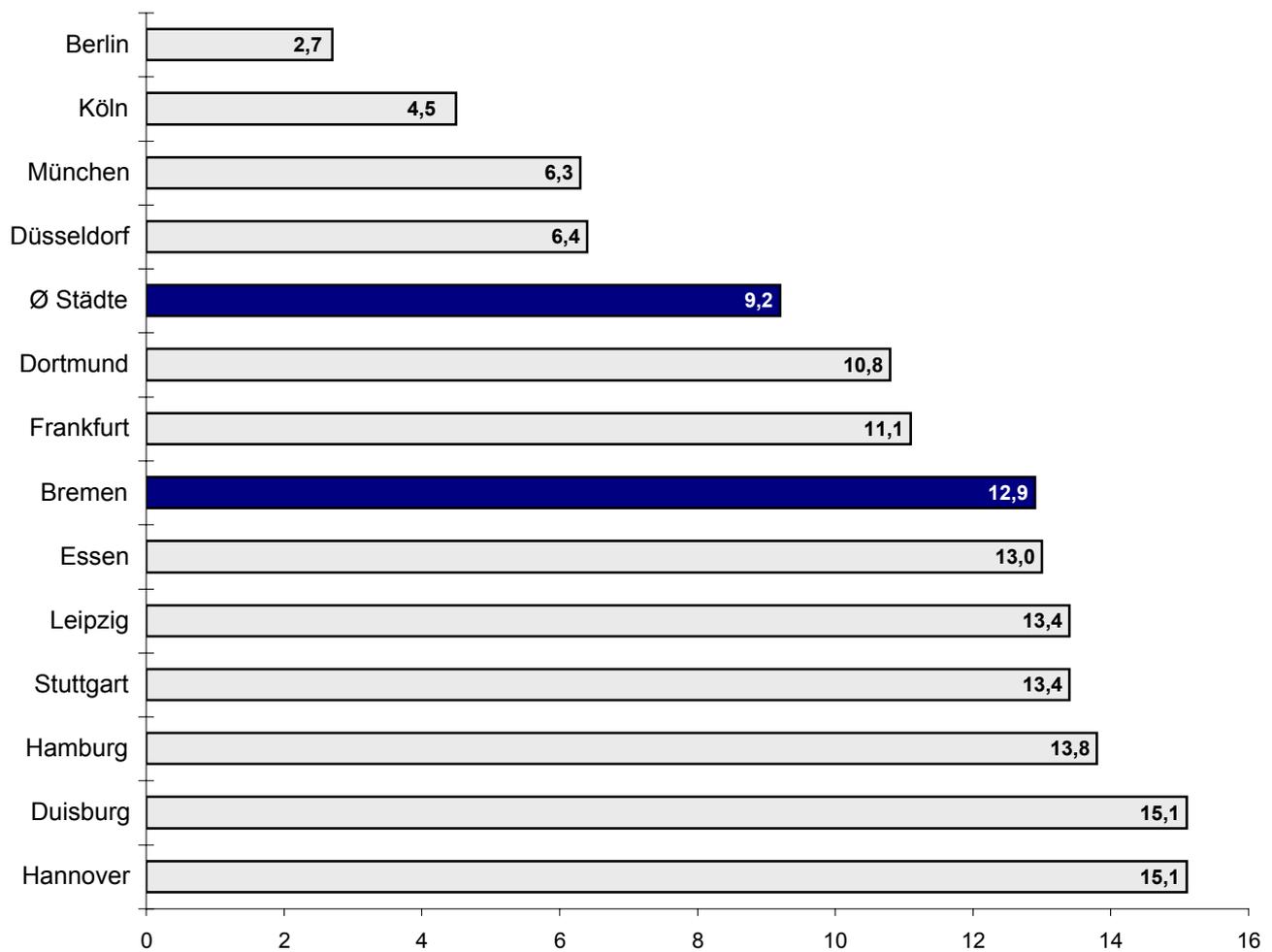
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung des nominalen BIP; in %)	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	31.10.07



Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes zeigt, dass die Stadt Bremen - möglicherweise begünstigt durch die besonderen wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Landes im Rahmen der bremischen Strategie zur Haushaltssanierung - den im Städtevergleich noch notwendigen Aufholprozess in den vergangenen Jahren erfolgreich eingeleitet hat. Im datenmäßig aktuellsten Fünfjahreszeitraum (2000/2005) stieg die Wirtschaftsleistung der Hansestadt nominal um 11,6 % und damit um fast 3 %-Punkte stärker als im Durchschnitt aller Großstädte. Zu den noch dynamischer wachsenden Metropolen zählen neben den beiden anderen norddeutschen Großstädten Hamburg und Hannover sowie Stuttgart vor allem auch wirtschaftsschwächere Regionen (Duisburg, Leipzig, Dortmund), die von noch niedrigerer Ausgangsbasis als Bremen überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielen konnten.

Bemerkenswert ist, dass die Stadt Bremen beim nominalen BIP-Wachstum vor allem auch die wirtschaftsstarken Städte Düsseldorf, München und Frankfurt überflügeln konnte. Schlecht auch hier die Situation Berlins: das geringste nominale BIP-Wachstum aller Großstädte (+ 0,6 % in fünf Jahren) entspricht preisbereinigt einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung der Produktivität* in %)	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	31.10.07



*) nominales BIP je Erwerbstätigen

Im Zusammenhang mit der vorstehend beschriebenen BIP-Entwicklung zeigt der Städtevergleich der Produktivitätsentwicklung, dass im Zeitraum 2000/2005 in der Regel vor allem diejenigen bundesdeutschen Großstädte Wachstumsfortschritte erzielen konnten, in denen zugleich im Durchschnitt produktivere, zukunftsorientiertere Arbeitsplätze entstanden sind. Die Stadt Bremen gehört dabei zu den Städten, deren überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte dazu beigetragen haben, dass die Dynamik des Wirtschaftsaufschwungs bisher nur in abgeschwächter - im Städtevergleich allerdings immer noch leicht positiverer - Form in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung Niederschlag gefunden haben. Gleichwohl ist die überproportionale Zunahme der Produktivität als Indiz dafür zu werten, dass der Strukturwandel der Stadt hin zu wettbewerbsfähigen und damit gesicherteren Arbeitsplätzen deutlich voran gekommen ist.

IV. Produktplan-Berichte

Produktplan 01 Bürgerschaft

Vorbemerkungen

Die Bremische Bürgerschaft ist die Volksvertretung des Landes Bremen. Von den 83 Abgeordneten werden 67 in der Stadt Bremen und 16 in Bremerhaven gewählt.¹ Die 67 Bremer Abgeordneten bilden zugleich die Stadtbürgerschaft, das Gemeindeparlament der Stadt Bremen. Der Produktplan Bürgerschaft umfasst neben der Verwaltungs- auch die parlamentarische Ebene (Landtag und Stadtbürgerschaft).

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Es ist nicht Aufgabe des Benchmarkings, die Ziele des Parlaments darzulegen, vielmehr werden nachfolgend die Aufgabenschwerpunkte der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft abgebildet.

Z1	Sicherstellung und Unterstützung der Arbeit der Bremischen Bürgerschaft
Z1-1	Unterstützung des Landtages und der Stadtbürgerschaft bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben (Gesetzgebung, Budgetrecht, Kontrolle des Senats), durch die Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft

Gleichwohl werden aufgrund der Kostenrelevanz neben der Abbildung der Verwaltungskosten auch Kennzahlen abgebildet, die die parlamentarische Ebene betreffen.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte spiegeln sich in nachfolgender Darstellung wider:

Ausgabepositionen Produktplan "Bürgerschaft"	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränd. 2002 - 2006	%	Anschlag 2007	
	2002	2003	2004	2005	2006				Tsd. €
	Tsd. €								
Personalausgaben (incl. Versorgung)	10.877	10.874	10.170	10.571	10.231	-646	-5,9	11.997	
davon: Personalausgaben (Produktplan)	10.284	10.135	9.435	9.710	9.483	-800	-7,8	11.009	
zugeordnete Anteile an Versorgung	593	739	734	862	747	154	26,0	988	
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) ¹⁾	58	56	57	59	59	1	1,2	.	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	176.693	181.960	166.117	164.294	161.008	-15.685	-8,9	.	
Sonstige konsumtive Ausgaben	6.808	6.616	6.747	6.848	6.909	0	1,5	6.953	
dar.: Mittel für die Fraktionen	4.610	4.755	4.810	4.846	4.748	138	3,0	4.964	
Sonstige konsumtive Ausgaben	2.198	1.861	1.937	2.002	2.161	-37	-1,7	1.989	
Investitionsausgaben	282	254	949	296	376	94	33,2	369	
Gesamtausgaben	17.966	17.744	17.867	17.715	17.515	-451	-2,5	19.319	

1) Einschließlich refinanzierter Stellen

Benchmarkingergebnisse

Die von der Bürgerschaft durchgeführte Aktualisierung des schon im letzten Bericht vorgenommenen Ländervergleichs ergibt für Bremen im Vergleich zu den übrigen Ländern weitgehend identische Ergebnisse zum letzten Bericht, wobei zu beachten ist, dass für die Länder in ihrem jeweiligen Wahljahr (2006: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin) erhöhte Personalkosten aufgrund des Doppeleffekts (neues und altes Parlament) auftreten können.

Der Vergleich zeigt, dass die Spanne bei den Abgeordneten im Jahr 2006 zwischen 51 (Saarland) und 187 (Nordrhein-Westfalen) liegt, wobei auch die geografische Größe des Bundeslandes² eine Rolle spielen kann. Das zur Zeit im Land Bremen existierende Parlament zählt 83 Sitze. Die Verwaltung der Bürgerschaft weist darauf hin, dass eine weitere Verkleinerung des Landesparlaments schon aus Gründen der verfassungsrechtlich gebotenen Wahlgleichheit und dem Erfolgswert der Stimmen in den

¹ Durch die Änderung des Wahlgesetzes werden ab der 17. Wahlperiode 68 Abgeordnete in der Stadt Bremen und 15 Abgeordnete in der Stadt Bremerhaven vertreten sein.

² Aus Sicht der Bürgerschaftsverwaltung ist ein Vergleich zu Flächenstaaten, aber auch zu den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, die neben dem Landesparlament über eine voll ausgestattete Bezirksebene mit Bezirksbürgermeistern und Bezirksparlamenten verfügen, nicht möglich.

beiden Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven nach der zu Beginn der 16. Wahlperiode erfolgten Verringerung der Abgeordnetenmandate nicht vorgenommen werden kann, da diese zu Lasten des Wahlbereiches Bremerhaven gehen würde.

Bei den Gesamtausgaben je Abgeordneten liegt das Land Bremen mit 78,9 Tsd. € je Abgeordneten hingegen insgesamt auf Rang 11 der Bundesländer und damit weit unter dem Länderdurchschnitt von 95,6 Tsd. €. Ähnliches gilt für die Verwaltungskosten: Die Bremischen Verwaltungskosten je Abgeordneten fallen niedriger als in allen anderen Ländern aus.

Im Städtevergleich 2005 zur Anzahl der Ratsmitglieder³ befindet sich die Stadt Bremen im unteren Mittelfeld der Städte über 500.000 Einwohnern (ohne Berlin und Hamburg), und auch insgesamt leicht unter dem Durchschnitt.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Bremen als kleinstes Bundesland steht hinsichtlich der Anzahl der Abgeordneten bundesweit an vierletzter Stelle. Gemessen an der Einwohnerzahl würde Bremen die Spitzenposition einnehmen. Eine einwohnerbezogene Auswertung der vorliegenden Ergebnisse ist nur eingeschränkt aussagefähig und wird aufgrund der verfassungsrechtlich vorgesehenen Doppelfunktion von Abgeordneten des Landtages und der Stadtbürgerschaft derzeit nicht weiter verfolgt. Zudem ist die Freie Hansestadt Bremen als Bundesland nach der Landesverfassung in zwei Wahlbereiche eingeteilt, in denen getrennt die Fünf-Prozent-Klausel Anwendung findet. Die Aussagekraft der Erhebungsdaten hat in erster Linie monetären Charakter, da - wie eingangs bereits angedeutet - aufgrund der Besonderheit dieses Bereiches keine zielgerichteten Kennzahlen gebildet werden. Dennoch ist die flächendeckende Erhebung der Vergleichsdaten weiter sicherzustellen und zu prüfen, ob aufgabenbezogene Vergleichskennzahlen auf parlamentarischer Ebene gebildet werden können.

³ auch hier gilt: einschließlich der Landtagsabgeordneten - vgl. Anmerkung in Fn. 2

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø* Min Ø Max	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
01-A-01	Ratsmitglieder	Anzahl	2005		67	121	141	83	93	64	90	80	60	82	88	74	70	86	12

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert* Min Ø Max	HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
01-A-02	Abgeordnete	Anzahl	2006		83	121	141	128	180	110	183	187	101	51	69	71	88	124	115	88	115	13
01-B-01	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen	1.000 Euro	2006		6.552	6.767	10.677	10.447	19.011	9.804	10.759	33.793	9.167	3.942	9.004	7.772	7.037	13.799	8.245	9.299	11.005	15
01-B-02	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Abgeordneten	Euro	2006		78.945	55.926	75.720	81.616	105.618	89.125	58.792	180.709	90.762	77.294	130.487	109.461	79.963	111.284	71.696	105.666	95.692	11
01-C-01	Länderparlamente: Verwaltungskosten	1.000 Euro	2006		1.848	3.439	3.933	6.564	9.511	5.955	5.129	24.717	4.671	1.485	4.792	3.444	2.511	4.378	3.385	4.203	5.623	15
01-C-02	Länderparlamente: Verwaltungskosten je Abgeordneten	Euro	2006		22.270	28.421	27.890	51.280	52.841	54.137	28.027	132.177	46.248	29.116	69.451	48.500	28.528	35.304	29.435	47.764	48.894	16

Quellenangaben und Anmerkungen: vgl. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt. * Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3 im Hauptband.

Produktplan 02 Rechnungshof

Vorbemerkungen

Die Tätigkeit des Rechnungshofs ist u. a. darauf ausgerichtet, zu einem wirtschaftlichen und ordnungsgemäßen Umgang mit öffentlichen Mitteln beizutragen sowie sicherzustellen, dass Bremen seine Interessen als Gesellschafter von Kapitalgesellschaften wahrnimmt, damit diese ihre Aufgaben effizient erfüllen. Zur Erreichung dieser Ziele sind gegenwartsnahe, maßnahmenbezogene Prüfungen in der Kernverwaltung einschließlich der Sondervermögen, der Betriebe sowie den landesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts und Zuwendungsempfänger durchzuführen. Aufbauend auf einer Analyse des Sachverhalts, Sachkenntnissen und Prüfungserfahrungen wird er auch beratend tätig.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Zentrales Ziel des Rechnungshofes ist es, die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sicherzustellen und zu fördern, siehe dazu nachstehende Abbildung.

Z1	Förderung und Sicherstellung der ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
Z1-1	Gegenwartsnahe, maßnahmenbezogene Prüfungen und Beratung der Kernverwaltung einschließlich der Sondervermögen, der Betriebe sowie der landesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts und der Zuwendungsempfänger hinsichtlich des wirtschaftlichen und ordnungsgemäßen Umgangs mit öffentlichen Mitteln
Z1-2	Begleitung der Reformvorhaben und Umsteuerungsprozesse im Rahmen des NSM

Benchmarking-Kennzahlen zur Quantifizierung dieser Zielsetzungen bzw. zur Messung der Zielerreichungsgrade liegen nicht vor. Ein Verfahren, die Zielerreichung zu messen oder die Einzel- oder Gesamtleistungen zu quantifizieren, gibt es bislang unter den Rechnungshöfen nicht. Erste Ansätze hierzu gibt es zwischen einzelnen Landesrechnungshöfen, darunter dem bremischen Rechnungshof. Solche Vergleiche sollen allerdings wegen der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe von Verwaltung und Legislative nur für interne Zwecke verwendet werden.

Auch die Detailziele und die genannten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele lassen sich nicht direkt durch Wirkungskennzahlen im Rahmen eines Benchmarkings abbilden, so dass nachfolgend Struktur- und Inputkennzahlen dargestellt werden, die die Rahmenbedingungen der Prüfung bzw. Beratung näher beschreiben:

- zu prüfendes Ausgabevolumen je Prüfer
- Anteil des Prüfungsdienstes an den Gesamtstellen des Rechnungshofs
- Ausgaben des Rechnungshofes je Einwohner

Bei der Berechnung der Kennzahlen im Tabellenblatt sind dem Rechnungshof auch die Ausgaben und Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) Bremerhaven zugerechnet worden, obwohl der Rechnungshof das Amt nicht steuern kann. Hierzu gibt der Rechnungshof Folgendes zu bedenken: Das RPA Bremerhaven und der Rechnungshof seien voneinander unabhängige selbstständige Einrichtungen im Zweistädtestaat Bremen. Insoweit hinke ein Vergleich mit den Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt.

Ausgabepositionen Produktplan "Rechnungshof"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	3.986	4.232	4.397	4.381	4.211	225	5,6	4.550
davon: Personalausgaben (Produktplan)	2.123	2.267	2.466	2.388	2.246	123	5,8	2.605
zugeordnete Anteile an Versorgung, Beihilfe etc.	1.863	1.965	1.931	1.994	1.965	102	5,5	1.945
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) ¹⁾	38	40	42	42	39	1	2,3	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	55.299	57.257	58.845	56.982	57.159	1.861	3,4	
Sonstige konsumtive Ausgaben	361	569	330	362	363	0	0,7	362
Investitionsausgaben	0	120	5	10	25	25	100,0	27
Gesamtausgaben	4.347	4.921	4.731	4.753	4.599	252	5,8	4.940

1) Einschließlich refinanzierter Stellen

Benchmarkingergebnisse

Bei der internen Struktur der Rechnungshöfe wird deutlich, dass Bremen den höchsten Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen des jeweiligen Rechnungshofes aufweist. Zu beachten ist jedoch, dass der Hamburger Rechnungshof durch Vorprüfungsstellen unterstützt wird. Bei dem maximal zu prüfenden Ausgabevolumen je Prüfer bleibt der Städtestaat Bremen (34 Prüfer Rechnungshof, 12 Prüfer RPA) hingegen mit rd. 88 Mio. € hinter den anderen Stadtstaaten zurück. In Berlin wird rechnerisch je Prüfer ein Haushaltsvolumen von 95 Mio. € geprüft. Bei der Inputbetrachtung, also der Betrachtung, wie viel Mittel den Rechnungshöfen zur Verfügung stehen, besteht zwischen Bremen (8,0 € je Einwohner) und Hamburg (8,2 € je Einw.) einerseits und Berlin (6,4 € je Einw.) andererseits ein deutlicher Unterschied. Bremen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 € je Einwohner verbessert, da die Ausgaben des Rechnungshofes in 2006 leicht rückläufig waren. Bei der Betrachtung der Landesebene (ohne kommunale Rechnungsprüfung) liegt Bremen mit 2,9 Mio. € an vorletzter Stelle aller Flächenländer. Die Spitzenposition nimmt vor Bayern (30,8 Mio. €) Nordrhein-Westfalen (36,4 Mio. €) ein. Eine Erklärung hierfür ist die Kleinheit Bremens. Die Kernaufgaben sind in allen Rechnungshöfen gleich und relativ unabhängig von der Einwohnerzahl des Landes. Eine andere Erklärung könnte die nur recht grob ermittelbare Trennung zwischen Landes- (60 %) und Kommunalausgaben (40 %) des Rechnungshofes Bremen sein, da eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben nicht möglich ist. Diese Vermutung wird durch den Großstadtvergleich gestützt, da der Rechnungshof Bremen (kommunale Ausgaben) mit 3,5 € je Einwohner die geringsten Kosten im Großstädtevergleich verzeichnet. Im Durchschnitt aller Großstädte liegen die Ausgaben der Rechnungsprüfungsämter mit 5,5 € je Einwohner sehr deutlich über dem Bremer Wert.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Der Rechnungshof Bremen verweist darauf, dass er als Stelle der externen Finanzkontrolle nicht ohne weiteres mit den Rechnungshöfen der Flächenländer und Stadtstaaten verglichen werden kann. Das liegt insbesondere an den länderspezifischen Besonderheiten (z. B. ausschließliche Zuständigkeit des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für die Prüfung des ZDF) und den vorhandenen Strukturunterschieden der Rechnungshöfe. Ein Vergleich ist daher nur bedingt möglich. So sind z. B. einige Landesrechnungshöfe auch für die kommunale Rechnungsprüfung zuständig.

Die Benchmarking-AG stellt fest, dass der Rechnungshof alle Prüfaufträge des Benchmarking-Berichts 2006 erfüllt hat.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø* Ø	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
02-C-01	Rechnungshof: kommunale Ausgaben des RH Bremen/der städtischen RPA	Euro je EW	2006		3,5			5,3	11,0	5,6	4,9	5,6	6,7	4,8	3,8	4,7	3,9	5,5	11 von 11

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert* Ø	HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*	
02-A-01	Rechnungshof: zu prüfendes Ausgabenvolumen je Prüfer	Mio. Euro	2006	87,7 ¹⁾	90,3	95,2																X	X
02-B-01	Rechnungshof: Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen der RH	%	2006	89,5 ¹⁾	86,2	87,2																X	X
02-C-02	Rechnungshof: Ausgaben der RH	Euro je EW	2006	8,0 ¹⁾	8,2	6,4																X	X
02-C-03	Rechnungshof: Ausgaben des RH Bremen und der RH der Flächenländer, teilweise mit überörtlicher Gemeindeprüfung	1.000 Euro	2006	2.913				18.381	30.870	22.227	11.915	36.434	18.380 ²⁾	2.533	7.108	5.651	10.075	13.654	8.755	9.325		13	

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

- 1) In den Ergebnissen des Rechnungshofs Bremen sind die Werte des Rechnungsprüfungsamtes Bremerhaven enthalten, obwohl der Rechnungshof das Amt nicht steuern kann. Ohne Berücksichtigung dieser Werte beträgt - das zu prüfende Ausgabenvolumen je Prüfer 118,8 Mio. € (RPA Bremerhaven: 44,6 Mio. €) - der Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen 87,8 % (RPA Bremerhaven 87,8 %) - die Ausgaben des Rechnungshofes 7,3 Euro je EW (RPA Bremerhaven 4,2 Euro je EW)
- 2) Siehe zusammenfassende Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

*Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 03 Senatskanzlei

Vorbemerkungen

Die Senatskanzlei koordiniert und vertritt die Interessen des Senats nach außen. Für das Aufgabenspektrum der Senatskanzlei liegen, wie auch schon in den vorangegangenen Jahren, Vergleichsdaten aus der amtlichen Statistik nicht vor. Vergleichsbetrachtungen können daher nur über die Kostenleistungsrechnung (KLR) hergestellt werden. Die Senatskanzlei verfügt seit 2004 über eine funktionierende KLR mit Kostenträgerrechnung. Aus dieser ergibt sich verdichtet zu 6 Kostenträger-Gruppen folgender Ressourcenverbrauch:

Kostenträger-Gruppen	2004		2005		2006	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
Präsidial-Angelegenheiten u. Ressortkoodinierung	1.742	26,0 %	1.600	27,0 %	1.663	26,0 %
Staats- u. Zentral-Angelegenheiten	1.744	26,0 %	1.600	27,0 %	1.747	27,5 %
Medien-Angelegenheiten	231	3,5 %	206	3,5 %	198	3,2 %
Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit	854	12,5 %	763	13,0 %	784	12,3 %
Kirchliche Angelegenheiten	474	7,0 %	568	10,0 %	568	9,0 %
Protokoll u. Veranstaltungswesen	1.693	25,0 %	1.143	19,5 %	1.392	22,0 %

Diese Kostenträgerstruktur könnte einen geeigneten Anknüpfungspunkt für Vergleichsbetrachtungen zum Ressourceneinsatz und zur Leistungserbringung auf Länder- und Städteebene darstellen.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

In der nachstehenden Abbildung sind die aus fachpolitischer Sicht der Senatskanzlei übergeordneten Zielsetzungen dargestellt.

Z1	Umsetzung der Koalitionsvereinbarung sowie der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats für die laufende Legislaturperiode
Z2	Aufgabenwahrnehmung als Dienststelle des Präsidenten des Senats sowie der Landesregierung (Senat)
Z3	Wahrnehmung der Ressortaufgabe „Der Senator für kirchliche Angelegenheiten“

Auf dieser Abstraktionsebene ist es auch bremenintern nicht möglich, die zentralen Zielsetzungen und Aufgabenstellungen zu messen. Dies schließt zwangsläufig auch Vergleiche auf Länder- bzw. Städteebene aus.

Aus der grundsätzlichen Aufgabenstellung der Senatskanzlei, den Präsidenten des Senats und den Senat bei der Wahrnehmung der Regierungsaufgaben zu unterstützen, werden keine Detailziele, jedoch Leistungen abgeleitet, die der Zielerreichung des Produktplanes dienen (Ressortkoordinierung und Gesamtsteuerung; Grundsatzangelegenheiten und Sitzungen des Senats; Medienangelegenheiten; Protokoll; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Verwaltungs- und Veranstaltungsaufgaben; überregionale und regionale Kooperation; internationale Beziehungen). Zu einigen Leistungen aus diesen Geschäftsbereichen lassen sich statistische Kennzahlen bilden, entsprechend erhebt die Senatskanzlei die nachfolgenden Kennzahlen und ordnet sie den Kostenträgern zu, siehe dazu nachstehende Abbildung:

Kennzahlen	2004	2005	2006
Zahl der Senatsveranstaltungen	586	507	472
Zahl der Drittveranstaltungen	75	64	97
Zahl der Eheschließungen im Rathaus	109	132	127
Belegungswochen der Unteren Rathaushalle	30	27	33
Zahl der Ehrungen f. Alters-, Ehe-, Arbeitsjubilare sowie Ordensvorgänge	4.853	3.978	4.176
Zahl der Veröffentlichungen im Verkündungswesen	355	352	307

Für einzelne dieser Kennzahlen werden im Produktgruppenhaushalt Zielzahlen gebildet, die nachträgliche Betrachtungen zur Zielerreichung ermöglichen.

Um Leistungskennzahlen auch im Städte- oder Ländervergleich abbilden und bewerten zu können, hat die Senatskanzlei ein Pilotprojekt zur Vereinheitlichung von KLR-Strukturen in Protokollabteilungen mit der Staatskanzlei des Landes Hessen und mit der Stadt Frankfurt/M. begonnen. Ziel ist es, vergleichende Betrachtungen zum Ressourceneinsatz und zur Leistungserbringung durchzuführen. Ab dem II. Quartal 2006 wurden für den Bereich der Protokollabteilung die Kostenträger-Strukturen verändert und dementsprechend bebucht. Die Beteiligten haben sich darauf verständigt, dass als Grundlage der Vergleiche die ermittelten Daten nach der neuen KLR-Struktur für ein vollständiges Jahr vorliegen sollen. Ab 2008 sind dann erste Vergleichsbetrachtungen möglich. Bei der jährlichen Tagung der Protokollbeauftragten des Bundes und der Länder und dem Arbeitskreis des Deutschen Städtetages der Protokollchefs der großen Städte im Oktober und November dieses Jahres soll die Entwicklung des Projektes sowie das weitere Vorgehen besprochen werden. Zudem soll ermittelt werden, ob weitere Städte/Länder beabsichtigen, an dem Projekt teilzunehmen.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt.

Ausgabepositionen Produktplan "Senatskanzlei"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	8.611	9.022	8.783	8.664	8.774	163	1,9	8.915
davon: Personalausgaben (Produktplan)	4.631	4.968	4.706	4.709	4.825	194	4,2	4.719
zugeordnete Anteile an Versorgung	3.980	4.054	4.077	3.955	3.949	-31	-0,8	4.195
nachr. Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	72	72	69	67	73	1	1,1	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €) 2)	52.407	56.180	55.055	56.378	54.041	1.634	3,1	
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.821	1.927	1.704	1.774	1.706	-115	-6,3	1.406
dar.: Senatsfonds	191	260	148	341	259	68	35,9	170
Öffentlichkeitsarbeit	203	187	164	166	162	-41	-20,3	153
Leistungen an Jüdische Gemeinde	235	235	235	253	244	9	3,9	235
Sonstiges	1.192	1.245	1.158	1.014	1.040	-152	-12,7	849
Investitionsausgaben	1.464	1.564	1.972	882	1.282	-182	-12,4	170
dar.: Rathausanierung	680	682	501	376	527	-153	-22,5	0
Leistungen an Jüdische Gemeinde	0	327	164	164	287	287	x	0
Sonstiges	784	554	1.307	343	468	-316	-40,3	170
Gesamtausgaben	11.896	12.512	12.459	11.320	11.762	-134	-1,1	10.491

1) Einschließlich refinanzierte Stellen
2) Ohne Amtsbezüge und Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des Senats

Die sich bei der Betrachtung der kameralen Daten im Vergleich zum Ressourcenverbrauch der 6 Kostenträger-Gruppen nach betriebswirtschaftlicher Rechnung ergebenden Differenzen resultieren vor allem aus den in den Kostenträger-Gruppen verrechneten Gemeinkosten, der Einbeziehung kalkulatorischer Kosten sowie der Berechnung der Personalkosten nach Durchschnittswerten.

Benchmarkingergebnisse

Es liegen keine Ergebnisse vor.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Der von der Senatskanzlei initiierte Modellversuch für den Protokollbereich hat bestätigt, dass auf Länder- und Städteebene aufgrund unterschiedlicher Aufgaben und Ausgangsbedingungen aussagefähige Vergleiche nur dann möglich sind, wenn es gelingt, zwischen den mit vergleichbaren Aufgaben betrauten Organisationseinheiten der Länder und/oder Städte einheitliche Kostenträgerstrukturen zu verabreden und zu schaffen, denen Kosten und Leistungen in identischer Definition und Abgrenzung zugeordnet werden können.

Im Rahmen der Kooperation der Stadtstaaten ist vorgesehen, den Aufbau vergleichbarer Kostenträgerstrukturen auch für die Aufgabenbereiche der Senatskanzleien zu prüfen.

Produktplan 05 Bundes- und Europaangelegenheiten

Vorbemerkungen

Trotz intensiver Bemühungen des Bereichs belastbare Kennzahlen zu ermitteln, die einen Ländervergleich an Hand der Ziele, Kosten und Leistungen des bisherigen Produktplanes „Bundes- und Europaangelegenheiten“ zu lassen, stößt dieses nach wie vor auf erhebliche Probleme. Zunächst lässt es das auf sehr unterschiedliche Schwerpunkte bezogene Aufgabenspektrum des Bereichs kaum zu, ein integriertes Zielsystem für den gesamten Produktplan zu erstellen. Bei den für den Bereich definierten Zielen handelt es sich überwiegend um abstrakte, politisch übergeordnete Zielsetzungen, denen Kosten- und Leistungskennzahlen nur in begrenztem Umfang über die bereichsinternen Kostenträger-Betrachtungen zugeordnet werden können. Detailziele und Aufgabenschwerpunkte, die allenfalls an wenig aussagefähigen Output-Kennzahlen gemessen werden können, geben lediglich Arbeitsinhalte und Einzelaufgaben des Bereichs wieder. Der Ländervergleich wird zudem erheblich erschwert, weil die Aufgaben in den Landesvertretungen und EU-Repräsentanzen unterschiedlich wahrgenommen werden. Ein Vergleich an Hand einwohnerbezogener Betrachtungen ist nicht in jedem Falle sinnvoll, da die Anzahl der zu bearbeitenden Vorgänge und Verfahren nicht in Abhängigkeit zu der jeweiligen Größe des Bundeslandes steht.

Mit Beginn der Legislaturperiode 2007/2011 wurde der Produktplan „Bundes- und Europaangelegenheiten“ aufgeteilt. Die Bereiche „Europa“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ sind zukünftig dem Ressort „Umwelt, Bau, Verkehr und Europa“ zugeordnet. Für die aktuelle Darstellung bedeutet dies, dass der Produktplan zwar noch in seiner bisherigen Abgrenzung abgebildet wird, Berichterstellung und Abstimmung jedoch bereits orientiert an den geänderten Zuständigkeiten durchgeführt wurden.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Die für die Teilbereiche des bisherigen Produktplanes benannten übergeordneten Zielsetzungen sind in der nachfolgenden Übersicht zusammengefasst:

Z1	Sicherstellung der Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes für das Land Bremen
Z2	Präsenz des Landes Bremen in Berlin als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort zur Sicherung der Position Bremens gegenüber dem Bund, Ländern und ausländischen Vertretungen
Z3	Aktive Vertretung bremischer Interessen (politische Repräsentanz; Begleitung von Gesetzesvorhaben; Vermittlung von Gesprächen und Kontakten)
Z4	Sicherung der spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Landes Bremen auf EU-Ebene
Z5	Förderung nachhaltiger Entwicklung in Entwicklungsländern gemeinsam mit Partnern

Der Teilbereich „**Bundesangelegenheiten**“ verfolgt dementsprechend drei relativ konkrete Hauptziele (Z1 bis Z3), die nicht mit Detailzielen, jedoch mit einer Vielzahl einzelner Aufgabenwahrnehmungen und Verantwortlichkeiten hinterlegt sind. Hierzu gehören insbesondere Tätigkeiten im Bundesrat (Gesetzgebung, Ausschussarbeit, Vorbereitung von Senatsvoten), die inhaltliche Begleitung bremischer Zuständigkeiten (Vorsitz im ständigen Beirat der Länder beim Bundesrat; Vermittlungsausschuss), Zusammenarbeit und Informationsaustausche mit Bundesregierung, Bundestagsabgeordneten, anderen deutschen Ländern, diplomatischen Vertretungen, Wirtschaft, Medien und gesellschaftlichen Institutionen sowie die Durchführung vielfältiger Veranstaltungen (parlamentarische Abende, Symposien, Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen).

Im Bereich „**Europaangelegenheiten**“ soll die Sicherung der bremischen Interessen (Z4) durch Aktivitäten nach außen und innen gewährleistet werden. In Richtung der EU sind dabei vorrangig die Profilierung Bremens als europäisches Kompetenzzentrum (Raumfahrt, maritime Technologien o. ä.), die Intensivierung interregionaler Zusammenarbeit sowie die Mitwirkung an Grundsatzfragen der Europapolitik Zielsetzungen. Innerbremisch stehen die ressortübergreifende Koordination von EU-Angelegenheiten, die Stärkung der Europafähigkeit der Verwaltungen sowie die europabezogene Öffentlichkeitsarbeit (einschließlich Verbesserung des Informationsangebotes für Fördermittelakquisition) im Mittelpunkt.

Ebenfalls zweigeteilt sind die Detailziele der „**Entwicklungszusammenarbeit**“ (Z5). Einerseits sollen die Ziele der internationalen Entwicklungshilfe (Erreichung der „Millenium Development Goals“ (Armutskämpfung; Umwelt- und Ressourcenschutz durch Förderung angepasster Technologien / erneuerbarer Energien); nachhaltige Entwicklung von Küstenzonen; Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming))

ming)) unterstützt werden. Andererseits wird innerbremisch die Bewusstseinsbildung durch Informations- und Bildungsarbeit und die Standortstärkung im Bereich Umwelttechnologien / erneuerbare Energien sowie als maritimes Kompetenzzentrum angestrebt.

Haushalt und Personal

Entwicklung, Stand und Struktur der kameralen Eckdaten des bisherigen Produktplanes sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. 84 % der für Bundesangelegenheiten 2007 veranschlagten sonstigen konsumtiven Ausgaben betreffen Aufwendungen für Mieten, Miet- und Bewirtschaftungskosten (1,4 Mio. €).

Ausgabepositionen Produktplan "Bundes- und Europaangelegenheiten"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%		Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	3.291	3.328	3.257	3.335	3.342	51	1,5	3.410
davon: Personalausgaben (Produktplan)	2.682	2.718	2.658	2.688	2.642	-40	-1,5	2.723
zugeordnete Anteile an Versorgung	609	610	599	647	700	91	14,9	687
nachr. Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	46	44	44	41	43	-3	-6,5	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	58.809	62.491	60.678	65.096	62.011	3.202	5,4	
Sonstige konsumtive Ausgaben	3.030	2.817	2.813	2.812	2.399	-630	-20,8	2.555
dar.: Bundesangelegenheiten	1.739	1.591	1.840	1.728	1.598	-141	-8,1	1.684
Europaangelegenheiten	391	344	342	302	310	-81	-20,7	365
Entwicklungs- und Projektarbeit	900	881	631	782	492	-408	-45,3	506
Investitionsausgaben	123	106	74	112	79	-44	-35,8	7
Gesamtausgaben	6.443	6.251	6.144	6.259	5.820	-623	-9,7	5.972

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Vergleiche für den Bereich „Bundesangelegenheiten“ sind zwangsläufig auf die Länderebene zu beschränken und können nur den Ressourceneinsatz abbilden. Zudem ergibt sich das bereits erwähnte Problem mangelnder Vergleichbarkeit aufgrund der in diesem Bereich nur eingeschränkt aussagefähigen Pro-Kopf-Betrachtungen. In absoluten Beträgen weist Bremen bei den Sachaufwendungen (ohne Mietzahlungen) erwartungsgemäß sowohl insgesamt (341 T€) als auch im Veranstaltungsbereich (40 T€) die niedrigsten Werte aller erfassten Ländervertretungen beim Bund auf. Der Anteil des Veranstaltungsetats an den Gesamtausgaben (12 %) stellt ebenfalls den geringsten Länderwert dar. Verzichtet wird nach Angaben des Bereichs zu Gunsten politisch-parlamentarischer Anlässe vor allem auf Großveranstaltungen zur Präsentation des Landes.

Der Stellenbestand der bremischen Vertretung (28) bleibt nur relativ knapp unter dem Vergleichswert Hamburgs (32) zurück und wird absolut vom Saarland (24) sowie von vier der neuen Länder (im Schnitt 26) unterschritten. Ein Vergleich mit Berlin, das aufgrund des Standortvorteils Verwaltungs- und Repräsentationsaufgaben auf die Senatskanzlei verlagert, ist aus diesem Grund nicht möglich. Die pro Stelle in der bremischen Vertretung verausgabten Sachmittel liegen deutlich unter den Vergleichswerten aller anderen Länder.

Die Einschätzung des Bereichs, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Stellen und konsumtive Sachmittel) zur Bewältigung des gleichen Anforderungsprofils wie bei den anderen Ländern ein aufgabenbedingtes Minimum darstellen, ist mit den verfügbaren Kennzahlen weder eindeutig zu bestätigen noch zu widerlegen. Der Bereich geht davon aus, dass die (Personal-) Kapazitäten für die Aufgabenbereiche „Gesetzgebungsarbeit“ und „Bremen-Marketing“, die als Aufgaben der politischen Führung verstanden werden, ohne Qualitätseinbußen nicht weiter zu verringern sind. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen, ist der Bereich bemüht, auf Arbeitsebene mit den übrigen Vertretungen der Länder zu verbesserten bzw. erweiterten Bewertungs- und Vergleichsmaßstäben zu gelangen. Ansatzpunkte könnten dabei auch vergleichbare Kostenträgerstrukturen sein. In der Landesvertretung Bremen sind die hierfür erforderlichen Voraussetzungen mit Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung bereits geschaffen. Nach Kostenträgern verteilen sich die Kosten der Vertretung 2006 – mit dominierenden Anteilen für Gebäude und Personal – demnach wie folgt:

- Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung	16,4 %
- Beobachtung und Kontaktpflege Deutscher Bundestag	14,5 %
- Kontakte zu Ressorts Bund und Ländern	9,7 %
- Besucher, Veranstaltungen, Repräsentation	51,9 %
- Gästehaus	7,6 %

Hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung im Bereich „**Europaangelegenheiten**“ steht als Kennzahl für Ländervergleiche lediglich die Stellenzahl der Landesvertretung bei der EU zur Verfügung. Das zuständige Fachressort weist darauf hin, dass – im Unterschied zu anderen Länderbüros in Brüssel – die bremische EU-Vertretung als Teil der Europaabteilung an der inhaltlichen Gestaltung der europapolitischen Positionen des Landes beteiligt ist und EU-bezogene Aufgaben der Senatskanzlei übernehme. Im Übrigen sei aufgrund zunehmender Bedeutung der Entscheidungen in Brüssel generell eine Aufstockung der Personalkapazitäten in den Ländervertretungen zu beobachten. Mit knapp 9 Stellen wird der absolute Personalbestand der bremischen Vertretung derzeit nur noch von Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Thüringen unterschritten.

Für Zwecke der „**Entwicklungszusammenarbeit**“ wurden im Jahr 2006 in den bremischen Haushalten gut 650 T€ verausgabt. Mit 0,98 € leistete Bremen im Ländervergleich (Durchschnittswert: 0,57 €) damit einwohnerbezogen den dritthöchsten Beitrag an Entwicklungsländer nach Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die drei Aufgabenfelder des bisherigen Produktplanes 05 sind nur bedingt für Ländervergleiche geeignet. Ein Hauptgrund ist, dass die Aufgaben in den Landesvertretungen und EU-Repräsentanzen im Detail sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Hinzu kommt, dass die Bereitstellung der Ressourcen bei den einzelnen Vertretungen verschiedentlich geregelt ist und nicht immer aus dem jeweiligen Haushalts- bzw. Stellenplan abgeleitet werden kann.

Erschwerend kommt hinzu, dass bei der Bewertung überwiegend Leistungs- anstelle Zielkennzahlen (begleitete Gesetzesvorhaben; Medienkontakte; Sitzungen o. ä.) herangezogen werden müssen, deren Aussagekraft eingeschränkt ist.

Gleichwohl sollten die für den Bereich „Bundesangelegenheiten“ auf Arbeitsebene unternommenen Versuche, zwischen den Vertretungen der Länder beim Bund die Vergleichbarkeit bereits vorliegender Daten abzusichern und u. U. neue Vergleichsfelder zu ermitteln, unbedingt fortgesetzt werden. Als positiv erweist sich hier insbesondere die in der bremischen Vertretung bereits etablierte Kosten-Leistungs-Rechnung, die u. U. als Einstieg in Kostenträger-Vergleiche mit anderen Landesvertretungen genutzt werden kann.

Für alle drei Bereiche gilt, dass im weiteren Benchmarking-Verfahren – u. U. auch durch Konkretisierung der Ziele – insbesondere Verbesserungen bei der Messbarmachung von Zielen und deren Erreichung anzustreben sind. Zumindest einzelne Detailziele und Aufgabenschwerpunkte könnten hierfür geeignete Anknüpfungspunkte bieten, wobei an die Stelle fehlender Ländervergleichsdaten auch rein bremische oder an Durchschnittswerten orientierte Zielgrößen treten könnten.

Die Bereiche Bundes- und Europaangelegenheiten werden gebeten zu prüfen, ob für den nächsten Benchmarking-Bericht Kennziffern mit Einwohnerbezug gebildet werden können.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert*		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Ø Länder	Rang HB*
Z1	05-A-01	Anzahl	2006	Min	Max	27,8	31,5	.	61,0	64,0	45,5	42,0	50,0	59,0	24,0	34,0	27,0	28,0	25,0	27,0	26,0	38,1	10
Z2	05-A-02	1.000 Euro	2006			340,6	663,0	.	1.070,0	1.209,4	1.318,1	587,0	1.245,5	934,4	623,4	671,6	343,6	401,1	412,0	432,0	643,8	726,4	15
Z3	05-A-03	Euro	2006			12.253	21.048	.	17.541	18.897	28.969	13.976	24.910	15.837	25.975	19.753	12.726	14.325	16.480	16.000	24.762	19.055	15
Z4	05-A-04	1.000 Euro	2006			40,0	100,0	.	333,1	189,2	376,0	215,0	260,0	160,0	114,0	155,0	101,0	107,0	130,0	77,0	140,1	166,5	15
Z5	05-A-05	%	2006			11,7	15,1	.	31,1	15,6	28,5	36,6	20,9	17,1	18,3	23,1	29,4	26,7	31,6	17,8	21,8	22,9	15
Z6	05-B-01	Anzahl	2007			8,7	13,0	9,0	24,0	32,0	11,8	18,5	27,0	10,7	5,7	13,0	5,0	10,8	14,0	11,0	6,6	13,8	13
Z7	05-C-01	1.000 Euro	2006			649	5.149	2.318	6.681	4.107	3.386	879	19.219	2.017	136	1.479	13	179	488	121	394	2.951	10
Z8	05-C-02	Euro	2006			0,98	2,94	0,68	0,62	0,33	0,56	0,11	1,07	0,50	0,13	0,52	0,01	0,07	0,11	0,05	0,17	0,57	3

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 06 Datenschutz

Vorbemerkungen

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) hat seinen Hauptsitz in Bremerhaven und ein nicht ständig besetztes Außenbüro in Bremen. Darüber hinaus bietet er durch sein umfangreiches Internetangebot den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich über Belange des Datenschutzes und der Informationsfreiheit zu informieren sowie über dieses Medium Kontakt aufzunehmen. Entsprechend der landes- und bundesgesetzlichen Grundlagen behandelt die Landesbehörde Angelegenheiten im öffentlichen Bereich des Landes Bremen und seiner beiden Stadtgemeinden wie auch in der Privatwirtschaft.

In der Vergangenheit wurde insbesondere wegen der geringen Budgetrelevanz von einer Kennzahlendarstellung des Produktplans Abstand genommen. Aus Gründen der Vollständigkeit wird dieser Bericht gleichwohl um eine kurze Dokumentation von Zielen und Haushaltsdaten ergänzt.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Der gesetzliche Auftrag des LfDI besteht darin, die Einhaltung des verfassungsrechtlich garantierten informationellen Selbstbestimmungsrechts nach Maßgabe der Datenschutzbestimmungen des Bundes und des Landes Bremen in Wirtschaft und Verwaltung sowie der Bestimmungen des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes zu kontrollieren und zu gewährleisten.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den Produktplan Datenschutz stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan Datenschutz	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränderung		Anschlag
	2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006	%	2007
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	704	704	709	774	737	33	4,6	791
davon: Personalausgaben (Produktplan)	641	616	627	699	669	28	4,3	673
zugeordnete Anteile an Versorgung	63	88	82	75	68	5	8,2	118
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	12	12	12	13	13	1	7,4	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	52.557	53.108	51.811	55.461	51.047	-1.510	-2,9	
Sonstige konsumtive Ausgaben	92	89	89	90	84	-8	-8,4	88
Investitionsausgaben	20	92	11	12	11	-9	-44,8	3
Gesamtausgaben	816	884	809	876	832	16	2,0	882

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Es liegen keine Ergebnisse vor.

Weiteres Verfahren

Offen ist, ob aus den o.g. Gründen zukünftig komplett auf die Darstellung des Produktplans 06 im Benchmarking-Bericht verzichtet werden soll. Hierzu ist eine Entscheidung des Senats zu treffen.

Produktplan 07 Inneres

Vorbemerkungen

Im Ressort Inneres wird der Benchmarkingprozess intensiv vorangetrieben. Neben dem Vergleichsring zur Feuerwehr trat das Ressort im vergangenen Jahr einem neuen Vergleichsring bei der KGSt (mit den Teilnehmerstädten Hamburg, Berlin, Hannover und Bremen) zum Aufgabenfeld der Polizei bei.

Die in diesem Bericht verwendeten Daten zur Kriminalitätsbekämpfung stammen allerdings noch nicht aus den Vergleichsringergebnissen, sondern aus direkten Abfragen bei den beteiligten Städten.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Gefahrenabwehr
Z1-1	- Senkung der Kriminalitätsbelastung
Z1-2	- Erhalt der subjektiven Sicherheit
Z1-3	- Verbesserung der Verkehrssicherheit (Reduzierung schwerer Verkehrsunfälle bzw. Verkehrsunfallfolgen)
Z1-4	- Sicherstellung einer schnellen und verlässlichen Hilfeleistung nach „110- Anrufen“
Z2	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr
Z2-1	- Brandschutz
Z2-2	- Notfallversorgung
Z2-3	- Katastrophenschutz
Z3	Weiterentwicklung zu leistungsstarkem Dienstleister für Bevölkerung und Wirtschaft
Z3-1	- Verkürzung von Warte- und Bearbeitungszeiten
Z3-2	- Verstärkte Nutzung von eGovernment (unter Einbindung der Wirtschaft)
Z3-3	- Kooperationen in der Region Nordwest und mit den norddeutschen Ländern

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt.

Ausgabepositionen Produktplan Inneres	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränderung		Anschlag
	2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006	%	2007
	Tsd. €							
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	223.805	226.638	222.169	225.610	220.359	-3.488	-1,5	219.255
davon: Personalausgaben (Produktplan)	156.442	155.430	151.876	152.455	148.595	-7.847	-5,0	145.170
zugeordnete Anteile an Versorgung	67.363	71.163	70.234	73.094	71.722	4.359	6,5	74.036
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile		45	59	61	42			49
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	3.864	3.725	3.733	3.743	3.754	-110	-2,8	
darunter Polizeivollzug	2.346	2.328	2.337	2.377	2.411	65	2,8	
darunter Feuerwehr	489	489	521	507	502	13	2,7	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	40.491	41.729	40.681	40.736	39.586	-904	-2,2	
Sonstige konsumtive Ausgaben	69.365	64.388	67.344	66.143	64.365	-5.000	-7,2	59.897
darunter Personalkostenerstattung Polizei Bremerhaven	31.063	31.444	31.691	31.806	31.108	45	0,1	31.500
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	12.455	11.261	11.308	13.916	10.515	-1.940	-15,6	12.311
Gesamtausgaben	305.625	302.287	300.821	305.669	295.239	-10.386	-3,4	291.463

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Die Polizeidichte (Einwohner je Polizeibeamten) weist im Städtevergleich den 5. Rang (von 11 Vergleichsstädten) auf und ist damit im Vergleich zum Vorjahr weiter verringert worden. Dies bedeutet, dass nur noch in vier anderen Städten die Anzahl der Einwohner, die von jeweils einem Vollzugs-Beschäftigten der Polizei versorgt werden noch höher ist.¹

Die **Straftaten** sind in Bremen im Vergleich zum letzten Jahr, wie bei den meisten anderen Städten auch, zwar leicht gesunken, dennoch ist Bremen immer noch in der Spitzengruppe einzuordnen.

Die Anzahl der bearbeiteten Strafanzeigen liegen bei allen Städten in etwa auf Vorjahresniveau, wobei ein Bremer Polizeibeamter im Städtevergleich, wie in den Jahren zuvor, die meisten Strafanzeigen zu bearbeiten hat. Das hat auch Auswirkung auf die Aufklärungsquote, die sich in Bremen auf einem stabil niedrigen Niveau bewegt.

Positiv ist die unterdurchschnittliche Anzahl der Verkehrsunfälle sowie der bei Verkehrsunfällen Verunglückten in Bremen. Die Verkehrsunfallbelastung steht mit 14.771 Verkehrsunfällen jedoch in keinem Verhältnis zur Kriminalitätsbelastung mit 80.491 Straftaten. Darüber hinaus ist der Bearbeitungsaufwand pro Straftat im Durchschnitt ungleich höher, als bei einem Verkehrsunfall.

Auffällig ist der in Bremen hohe Unterschied zwischen der **Anzahl von Notrufen** und den durch diese ausgelösten **Einsätzen**. In keiner der Vergleichsstädte ist die Diskrepanz so groß wie in Bremen. Hier werden die Informationen des neuen Vergleichsrings der Polizeien hoffentlich eine Aufklärung ermöglichen, wenn sowohl das Meldeverhalten der Bürgerinnen und Bürger und die Kriterien, nach denen Einsätze ausgelöst werden, inhaltlich vergleichbar werden.

Für den Bereich der Feuerwehr wurden für diesen Bericht erstmalig Daten aus dem Vergleichsring der Berufsfeuerwehren dargestellt. Nach den ersten Ergebnissen aus der Teilnahme am KGSt-Vergleichsring „Berufsfeuerwehren“ lässt sich feststellen, dass das Schutzziel der Feuerwehr Bremen im Brandschutz mit acht Funktionen in zehn Minuten niedriger ist als in den übrigen Vergleichsstädten, wobei sich dieses insbesondere auf die Anzahl der Funktionen bezieht und nicht auf die Eintreffzeit in Minuten. Hinsichtlich der Brandeinsätze je 1000 Einwohner befindet sich die Stadtgemeinde Bremen über dem Minimum, jedoch deutlich unterhalb des Maximumwertes. Bezüglich der Anzahl der Feuerwehrbeamten ist in der Stadtgemeinde Bremen im Städtevergleich ein durchschnittlicher Wert zu verzeichnen. Der Personalfaktor entspricht dabei dem Minimumwert.

Im Bereich des Rettungsdienstes verfügt die Stadtgemeinde Bremen im Vergleich zu anderen Städten des Vergleichsrings über eine durchschnittliche Anzahl an Rettungswagen je 1000 Einwohner. Dieses korrespondiert mit der Anzahl der RTW-Einsätze und der Anzahl an Notarzteinsetzungsfahrzeugen je 1000 Einwohner.

Eine zentrale Zielsetzung ist für den Bereich Inneres u.a. die „Weiterentwicklung des Ressorts zu einem leistungsstarken, an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft orientierten Dienstleister“.

Auch wenn es zu vielen in diesem Bezug aufgenommenen Arbeiten noch keine Vergleichsdaten gibt, ist auf folgende Projekte hinzuweisen:

- Teilnahme an dem Projekt „Bürgerservice im Auftrag“ der virtuellen Region Nordwest (Produktiv im Pilot für die Bestellung von Personenstandsunterlagen und verwaltungsinterne Datenübermittlungen)
- Überregionaler Einsatz der Internetanwendung „FundInfo“ (Ermöglicht die elektronische Suche von zu Hause aus und optimiert die Verfahrensabläufe im Fundamt)
- Aufbau eines Online-Verfahrens für Kfz-Zulassungen (Reduzierung der Bearbeitungsdauer bei Zulassungen aus dem Händlerbereich).

¹ Hierbei ist anzumerken, dass die Beschäftigtenzahlen der Städte Bremen, Hamburg und Berlin um einen Landesanteil von jeweils 16,3% bereinigt wurden, um eine Vergleichbarkeit mit den anderen Großstädten zu erreichen. Methodisch problematisch ist der Wert von Hannover, da die Anzahl der Polizeibediensteten von Hannover für die gesamte Region angegeben wird, die Bevölkerungszahl sich aber auf die Stadt Hannover bezieht.

Für den **Standesamtsbereich** konnten Vergleichskennzahlen aktualisiert werden, wobei sich das Antwortverhalten der Vergleichsstädte erheblich verbessert hat. Bemerkenswert ist dabei das unterschiedliche Ranking bei der Differenzierung, ob eine Bewertung mit dem Stellenvolumen insgesamt oder nur in Bezug auf Standesbeamte erfolgt. Dieses ist bis zur Erstellung des nächsten Berichtes aufzuklären.

Neu aufgenommen ist das Benchmarking für den **Zulassungsbereich**. Unter Berücksichtigung dieser Daten -so problematisch eine Vergleichbarkeit im Detail wegen unterschiedlicher Rahmenbedingungen auch sein mag- ist zumindest eine grundsätzliche Aussage zur jeweiligen Personalressource im Verhältnis zur Aufgabe möglich. Die Stadtgemeinde Bremen befindet sich dabei in diesem Städtevergleich sowohl bei den **Zulassungsvorgängen** insgesamt als auch bezüglich der **Anzahl der zugelassenen Fahrzeuge** leistungsbezogen im oberen Drittel der Rangfolge.

Wie in dem letzten Bericht bereits dargelegt, beteiligt sich das **Statistische Landesamt Bremen** seit 2006 am bundesweiten Benchmarking der Statistischen Landesämter. Im Rahmen dieses Benchmarkingprozesses werden für ausgewählte Statistiken in den Statistischen Landesämtern Prozessdaten zur Art und Weise der Leistungserstellung sowie fallbezogen der Arbeitszeitaufwand verglichen. Inwieweit diese Daten für die Aufnahme in den Benchmarking-Bericht geeignet sind, muss nach Erscheinen des Berichts für 2006 geprüft werden. Weiterhin ist beabsichtigt, in den nächsten Bremer Benchmarking-Bericht einen Landesvergleich bezüglich der Kosten der amtlichen Statistik pro Einwohner (Bundes- und Landesstatistiken) aufzunehmen. Darüber hinaus sollen in dem Bericht die Kosten für die kommunalstatistischen Aufgaben, die das Statistische Landesamt für die Stadt Bremen neben seiner Landesaufgabe wahrnimmt, im Verhältnis zu denen der Vergleichsstädte, die hierfür eigene Ämter für Stadtforschung und Statistik betreiben, ausgewiesen werden.

Bereits jetzt konnten im Ländervergleich Daten zur **Termintreue** zusammengeführt werden. Die angestrebte Verbesserung in diesem Bereich, der ebenfalls in dem Produktbereich „Statistiken“ unter Leistungsangaben als Ziel mit aufgenommen wurde, ist erreicht worden. Sowohl isoliert für das Land Bremen aber auch im Vergleich zu den anderen Ländern konnte eine deutliche Verbesserung erzielt werden.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Benchmarking - Ergebnisse weisen auf eine für den Polizeibereich geringe Polizeidichte sowie eine überdurchschnittliche Belastung und Anforderung im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung hin, die durch die positiven Werte im Bereich der Verkehrssicherheit nur geringfügig relativiert werden können. Die Ergebnisse des neuen Vergleichsringes sollten, wenn möglich schon zum nächsten Benchmarking- Bericht veröffentlicht werden.

Die Feuerwehr Bremen wird sich weiter an der Arbeit des KGSt-Vergleichsringes „Berufsfeuerwehren“ beteiligen, dem sie im Herbst 2006 beigetreten ist. Auch im Bereich des Rettungswesens sind keine Besonderheiten im Vergleich mit anderen Städten zu verzeichnen. Beim Vergleich der rettungsdienstlichen Daten ist allerdings zu berücksichtigen, dass es im Jahr 2006 zu einer grundlegenden Systemumstellung gekommen ist, die sich zunächst noch konsolidieren muss. Nachsteuerungen sind nicht auszuschließen, so dass erst aufgrund der Vergleichsarbeit der nächsten Jahre valide Aussagen getroffen werden können. Hieraus wird aber auch deutlich, wie wichtig die kontinuierliche Teilnahme am KGSt-Vergleichsring „Berufsfeuerwehren“ ist.

Neben der Fortführung der bereits begonnenen Erhebungen und Vergleiche und den angekündigten Vorbereitungen für den Statistikbereich, ist ein Benchmarking im **Ausländer-** und im **Staatsangehörigkeitswesen** für den nächsten Bericht in Vorbereitung.

Produktplan 07: Inneres

Stand: 22.10.2007

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
Z1-1	07-A-01 Einwohner/in je Polizeibeamten (Polizeidichte)	Anzahl	2006	Min	Max	293	279	220	276	208		295	232	254	380	346	442		258	5 von 11
Z1-1	07-B-01 Straftaten je 100.000 Einwohner/innen (HZ)	Anzahl	2006			14.692	13.541	14.614	15.149	16.471	16.168	13.951	8.716	9.284	9.261	10.843	9.499	12.070	13.004	4
Z1-1	07-B-02 Straftaten je 100.000 Einwohner/innen (HZ): 5-Jahresdurchschnitt	Anzahl	2006			14.932	14.778	15.881	14.716	17.044	15.298	13.922	9.181	9.257	9.548	11.379	9.546	13.625	13.662	4
Z1-1	07-B-03 Aufklärungsquote	%	2006			42,3	47,0	50,2	49,1	57,2	61,6	39,4	58,2	62,7	46,4	50,2	50,2	50,0		12
Z1-1	07-C-01 Bearbeitete Straftaten je Polizeibeamten	Anzahl	2006			43,0	37,6	32,1	41,7	34,0		41,1	20,0	23,5	35,3	37,5	42,1		33,2	1 von 11
Z1-2	07-D-01 Verkehrsunfälle (UHZ) je 100.000 Einwohner/innen	Anzahl	2006			2.696	3.353	3.552	4.345	3.187		3.541	3.256	3.914	1.107	4.068	3.083		3.366	10 von 11
Z1-2	07-D-02 Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen (VHZ) je 100.000 Einwohner/innen	Anzahl	2006			483	597	493	518	516		532	517	501	397	488	339		505	9 von 11
Z1-1	07-E-01 Polizeireviere (24h)	Anzahl	2006			7	32	42	9	19		13	24	14	3	14	6		17	9 von 11
Z1-3	07-G-01 Notrufe über Tel. 110 je 100 Einwohner/innen	Anzahl	2006			49,5		41,5	52,4	38,8		44,6	45,8	27,7	39,3	34,3	34,2		41,5	2 von 10
Z1-3	07-G-02 Notrufe über Tel. 110: Ausgelöste Einsätze je 100 Einwohner/innen	Anzahl	2006			10,6	11,0	17,6	19,4			24,3	19,3	24,3	14,2	15,1	23,4		17,4	10 von 10
Z1-4	07-G-03 Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens	%	2005			75,0													X	X
Z3-1	07-M-01 Standesämter: Einwohner/in je Stelle im Standesamtsbezirk	Anzahl	2006			18.183	17.774			22.697	15.616	24.984		18.074	13.694	7.407	30.210		16.204	4 von 9
Z3-1	07-M-02 Standesämter: Beurkundungen je Stelle im Standesamtsbezirk	Anzahl	2006			495	192			690	466	628		556	371	117	712		403	5 von 9
Z3-1	07-M-03 Standesämter: Einwohner/in je Standesbeamten im Standesamtsbezirk	Anzahl	2006			32.600	34.278			29.062	25.518	28.454		38.316	32.334	8.824	33.231		23.049	4 von 9
Z3-1	07-M-04 Standesämter: Beurkundungen je Standesbeamten im Standesamtsbezirk	Anzahl	2006			888	370			884	762	716		1.179	876	139	794		573	2 von 9
Z3-1	07-N-01 Zulassungswesen: Zulassungsvorgänge je Stelle (VZÄ)	Anzahl	2006			4.572			4.027	2.612	3.194	5.258		4.979		3.338		8.715	4.214	4 von 8
Z3-1	07-N-02 Zulassungswesen: Anzahl zugelassener Fahrzeuge je Stelle (VZÄ)	Anzahl	2006			9.947			10.000	5.443	5.470	8.041		7.959		5.890		10.541	7.391	3 von 8

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
Z1	07-A-02 Einwohner je Beschäftigten der Polizei (VZÄ)	Anzahl	2005	Min	Max	202	181	149	367	339	348	363	391	361	309	372	280	257	290	252	298	319	14
Z1/Z2	07-F-01 Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz	Euro je EW	2004			321	357	419	186	202	228	212	220	198	217	226	286	286	242	280	225	230	3
Z1	07-F-02 Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei	Euro je EW	2004			219	284	324	122	134	138	121	122	129	134	126	162	161	137	160	129	142	3
Z1	07-F-03 Personalkosten Polizei	Euro je Polizist	2004			37.104	36.229	36.652	37.985	37.860	37.448	37.451	37.797	37.817	35.882	37.208	34.923	33.155	33.513	34.306	32.524	36.772	8
Z3-1	07-O-01 Statistik: Termintreue	%	2006			93,2	87,8	94,0	88,4	94,0	91,6	89,6	88,4	97,9	97,9	87,4	97,8	95,0	97,1	96,2	98,3	93,4	10

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 07 Inneres: Kennziffern aus KGSt-Vergleichsringen

Stand: 11.10.2007

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Ø Städte**
					Min	Ø	Max				
Z2-1	07-H-01	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Funktionen)	Anzahl	2006				8,0	8,0	18,0	11,6
Z2-1	07-H-02	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Minuten)	Anzahl	2006				10,0	8,0	10,0	9,8
Z2-1	07-I-02	Ist-Zahl der Feuerwehrbeamten	je 1.000 EW	2006				0,91	0,85	1,43	1,06
Z2-1	07-J-01	Brandeinsätze	je 1.000 EW	2006				3,7	3,4	8,8	4,6
Z2-1	07-K-01	Personalfaktor bei der Feuerwehr	Anzahl	2006				4,2	4,2	5,4	4,4
Z2-2	07-L-01	Rettungsdienst: Anzahl Rettungswagen (RTW)	je 1.000 EW	2006				0,057	0,028	0,086	0,045
Z2-2	07-L-02	Rettungsdienst: Rettungswagen (RTW) - Einsätze	je 1.000 EW	2006				89,0	60,6	100,2	84,6
Z2-2	07-L-03	Rettungsdienst: Rettungswagen (RTW) - Besetzstunden	Anzahl	2006				178.600	41.000	830.500	168.700
Z2-2	07-L-04	Rettungsdienst: Anzahl Notarzteinsetzfahrzeuge (NEF)	je 1.000 EW	2006				0,011	0,007	0,016	0,009
Z2-2	07-L-05	Rettungsdienst: Notarzteinsetzfahrzeuge (NEF) Einsätze	je 1.000 EW	2006				25,3	16,9	49,5	24,9
Z2-2	07-L-06	Rettungsdienst: Notarzteinsetzfahrzeuge (NEF) Besetzstunden	Anzahl	2006				50.500	17.500	141.500	44.000

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

** Beteiligte Städte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig, München

Produktplan 08 Gleichberechtigung der Frau

Vorbemerkungen

Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) hat ihren Hauptsitz in Bremen und ein Büro in Bremerhaven. Die Querschnittsaufgaben der ZGF bedingen, dass sowohl ihr Produkt „Gleichberechtigung der Frau“, als auch ihre Leistungen und Ressourcen einer Vielzahl von Produktplänen diverser Politikbereiche zuzuordnen sind. Darüber hinaus werden von der ZGF sowohl ministerielle als auch kommunale Aufgaben wahrgenommen, was eine Vergleichbarkeit mit anderen Städten unmöglich macht. Auch der Vergleich mit den Stadtstaaten Hamburg und Berlin bereitet wegen des unterschiedlichen Aufgabenzuschnitts methodische Probleme, die absehbar nicht überwindbar sind.

In der Vergangenheit wurde daher und wegen der insgesamt geringen Budgetrelevanz von einer Kennzahlendarstellung Abstand genommen. Lediglich im Benchmarking-Bericht 2005 erfolgte eine Darstellung in Anlehnung an einen dem Senat im Mai 2005 vorgelegten punktuellen Ausstattungsvergleich mit den anderen Stadtstaaten und einigen Großstädten.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Der gesetzliche Auftrag der ZGF besteht darin, im Lande Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau insbesondere in der Arbeitswelt, in Bildung und Gesellschaft erfüllt wird.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den PPI Gleichberechtigung der Frau stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "ZGF"	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränd. 2002 - 2006	Anschlag	
	2002	2003	2004	2005	2006			2007
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	804	946	829	857	844	40	5,0	875
davon: Personalausgaben (Produktplan)	747	892	783	807	788	40	5,4	757
zugeordnete Anteile an Versorgung	56	55	46	50	56	0	-0,5	119
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	16	14	13	14	13	-3	-19,9	°
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	46.099	62.743	59.679	55.728	60.612	14.513	31,5	°
Sonstige konsumtive Ausgaben	160	191	199	297	238	78	48,6	274
dar.: Öffentlichkeitsarbeit	21	53	51	141	85	65	°	83
Sonstiges (Geschäftsbedarf, Bewirtsch., Mieten)	139	138	148	156	152	13	9,2	192
Investitionsausgaben	8	10	5	14	2	-6	-69,8	7
Gesamtausgaben	972	1.147	1.033	1.168	1.084	112	11,5	1.157

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Es liegen keine Ergebnisse vor.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Offen ist, ob aus den o.g. Gründen zukünftig komplett auf die Darstellung des Produktplans 08 im Benchmarking-Bericht verzichtet werden soll. Hierzu ist eine Entscheidung des Senats zu treffen.

Produktplan 11 Justiz

Vorbemerkungen

Für den Produktplan Justiz liegt umfangreiches Benchmarking-Material auf Länderbasis vor. Um die Übersichtlichkeit zu verbessern und die Aussagekraft des verwendeten Datenmaterials zu erhöhen, ist bereits im Benchmarking-Bericht 2006 eine veränderte Darstellungsweise gewählt worden. Dabei sind die Ausführungen um Ergebnisübersichten ergänzt worden, die in der Darstellung dem Bericht der Sachverständigenkommission „Justiz Bremen im Benchmark“ entsprechen und justiztypische Vergleichskennzahlen enthalten. Diese Berichtsgestaltung ist auf Zustimmung gestoßen und soll mit dem folgenden Bericht fortgeführt werden.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Kernaufgabe der bremischen Justiz ist die Gewährung individuellen Rechtsschutzes und damit verbunden die Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit als Standortvorteil und wesentlicher Faktor für ein funktionierendes Gemeinwesen. Besonderer Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang eine am Schutz der Bevölkerung orientierte Kriminalitätsbekämpfung zu. Staatsanwaltschaft, Gerichte und Strafvollzug leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit im Lande Bremen.

Z1	Gewährung individuellen Rechtsschutzes / Rechtssicherheit für die Allgemeinheit
Z1-1	Gewährung von Rechtsschutz / Herstellung von Rechtssicherheit durch Rechtsprechung in den gerichtlichen Verfahren der Ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den fachgerichtlichen Verfahren.
Z1-2	Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs/ Sicherstellung der Strafverfolgung.
Z1-3	Vollzug von Freiheitsstrafe mit dem Ziel, den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung zu befähigen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.
Z1-4	Justizgewährung innerhalb angemessener Frist; effiziente Steuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen in Abhängigkeit vom Geschäftsanfall (Personal-/Finanzmanagement).

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den Produktplan Justiz stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Justiz"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränderung 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	85.632	88.895	89.424	90.031	92.018	6.386	7,5	92.558
davon: Personalausgaben (Produktplan)	57.424	59.293	59.702	59.541	62.034	4.610	8,0	60.690
zugeordnete Anteile an Versorgung	28.208	29.602	29.721	30.490	29.985	1.777	6,3	31.869
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	1.229	1.205	1.249	1.224	1.305	75	6,1	°
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	46.713	49.189	47.796	48.637	47.546	834	1,8	°
Sonstige konsumtive Ausgaben	32.363	38.078	37.704	42.137	39.995	7.633	23,6	34.988
dar.: Auslagen in Rechtssachen	13.786	15.268	17.938	20.798	23.226	9.440	68,5	20.360
Öffentliche Rechtsberatung	433	448	410	403	403	-30	-6,9	405
Aufwendungen für Gefangene	88	87	106	90	3.746	3.658	°	3.674
Alternativer Strafvollzug / Haftvermeidung	951	923	900	853	761	-190	-20,0	812
An JUDIT, Entgelte für Dienstleistungen 2)	10.046	12.508	7.807	9.600	1.176	-8.870	-88,3	0
Sonstiges	7.059	8.844	10.544	10.393	10.683	3.625	51,3	9.737
Investitionsausgaben	2.150	3.247	3.360	2.546	3.728	1.578	73,4	7.344
dar.: Sanierung Justizvollzugsanstalt	0	0	0	313	1.630	1.630	°	4.282
Ausstattung Justizzentrum II	0	0	0	0	0	0	°	284
An FIDATAS, Entgelte für Dienstleistungen	0	0	0	1.021	1.154	1.154	°	1.200
Sonstiges	2.150	3.247	3.360	1.212	944	-1.206	-56,1	1.578
Gesamtausgaben	120.145	130.220	130.488	134.714	135.741	15.597	13,0	134.890

1) Einschließlich refinanzierte Stellen
2) aufgelöst per 31.12.2005

Benchmarkingergebnisse

Für den Produktbereich **Justizvollzugsanstalt** werden Daten für 2006 abgebildet. Die Zahl der Bediensteten je 100 Gefangene konnte in Bremen im Vergleich zu den Vorjahren nochmals von 53,3 auf 48,6 abgesenkt werden. Beim Personaleinsatz liegt Bremen damit im Bundesdurchschnitt, obwohl die noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Gebäudestruktur sowie die Tatsache, dass in Bremen alle Haftarten vollstreckt werden, einen vergleichsweise höheren personellen Aufwand erforderlich machen. Insbesondere im Vergleich mit den beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin wird der bremische Justizvollzug mit deutlich geringerem Personaleinsatz betrieben. Auch bei den Tageshaftkosten liegt Bremen etwa im Bundesdurchschnitt. Hamburg belegt 2006 wie in den Vorjahren den Spitzenplatz mit den höchsten Tageshaftkosten je Gefangenen. In Bremen bewegen sich diese Kosten auf dem gleichen Niveau wie in Niedersachsen. Mit der Umsetzung des umfangreichen Sanierungskonzepts in der JVA Bremen soll eine entscheidende Voraussetzung dafür gelegt werden, dass die weiteren vorgesehenen Personaleinsparungen erbracht werden können.

Die Daten für die Kennzahlen bei den **Gerichten** und **Staatsanwaltschaften** resultieren überwiegend aus dem Jahre 2005; für die Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit konnten bereits die Vergleichszahlen für 2006 zugrunde gelegt werden. Bezogen auf die Ermittlungsverfahren je 100 Tsd. Einwohner sind die Stadtstaaten signifikant höher belastet als die anderen Bundesländer. Die Quoten für Hamburg und Berlin liegen dabei noch höher als für Bremen, was auf eine noch stärkere Kriminalitätsbelastung hindeutet.

Auch die Eingangszahlen der Gerichte weisen darauf hin, dass die Stadtstaaten gemessen an ihrer Einwohnerzahl eine besondere Verfahrenslast zu tragen haben. Allein die Zivilverfahren erster Instanz vor dem Landgericht bewegen sich leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Die Verwerfungen bei den Verfahren vor den Verwaltungsgerichten und den Sozialgerichten sind darauf zurückzuführen, dass die Zuständigkeit für die so genannten Hartz-IV - Verfahren (Verfahren nach SGB II und SGB XII) in Bremen anders als in den anderen Bundesländern nicht bei den Sozialgerichten, sondern bei den Verwaltungsgerichten liegt.

Eine genauere Betrachtung der Leistungsfähigkeit der bremischen Justiz im Ländervergleich wird durch die folgenden Übersichten zu den ressourcenintensiven Bereichen der Amtsgerichte, des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft ermöglicht. Zu beachten ist, dass die Rangfolge bei diesen Übersichten anders als sonst in diesem Benchmarking-Bericht üblich eine positive bzw. negative Bewertung enthält. Sowohl der geringste Wert (z. B. bei der Quote der streitigen Urteile) als auch der höchste Wert (z. B. bei den Erledigungsquoten) können ausschlaggebend für Rangplatz 1 sein. Diese auch in bundesweiten Übersichten für den Justizbereich übliche Wertung wurde hier übernommen, um Missverständnissen und Irritationen, die sich aus einer Angleichung bzw. Umkehrung der Rangfolge ergeben würden, vorzubeugen.

Bewertet werden:

- Viele Erledigungen je Richter → positiv,
- kurze Verfahrensdauer in Monaten → positiv,
- hohe Vergleichsquote (Anteil der Vergleiche an allen Erledigungen) → positiv,
- hoher Anteil streitiger Urteile an allen Erledigungen → negativ,
- hohe Rechtsmittelerfolgsquote (Anteil erfolgreicher Berufungen an allen Erledigungen) → negativ.

Amtsgerichte Bremen nach ausgewählten Indikatoren:

2005	Zivilsachen				Familiensachen				Strafsachen ⁴⁾			
	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Richter	2	705,2	706,1	659,3	14	383,6	478,1	412,1	6	424,7	492,7	432,4
durchschnittl. Verfahrensdauer in Monaten ¹⁾	9	4,7	3,7	4,4	3	9,8	7,9	10,3	4	3,8	3,0	4,0
Quote Vergleiche/ Erledigungen ²⁾	4	15,1%	18,5%	13,5%	12	38,6%	56,3%	39,9%				
Quote streitige Urteile/ Erledigungen	1	15,7%	15,7%	24,6%								
Rechtsmittelerfolg ³⁾	2	42,1%	32,0%	50,6%								

Quelle: Berliner Übersicht/ eigene Auswertung

¹⁾ In Familiensachen: durchschnittliche Verfahrensdauer in Ehesachen.

²⁾ In Familiensachen bezieht sich die Vergleichsquote auf abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen (Anteil der Vergleiche an den Erledigungen, die den Kindes- oder Ehegattenanteil, das Güterrecht, die Ehwohnung oder den Haushalt betreffen).

³⁾ Urteilsaufhebungsquote an allen streitigen Urteilen in der Berufungsinstanz.

⁴⁾ Spruchkörper insgesamt.

Im Bericht der Sachverständigenkommission aus dem Jahre 2002 ist die Leistungskraft der bremischen Amtsgerichte im Hinblick auf die Benchmarkfaktoren Erledigungen je Richter, Verfahrensdauer, Art der Erledigungen (Vergleiche/streitige Urteile) und Rechtsmittelerfolg eingehend untersucht und bewertet worden.

Bei der Mittelwertbetrachtung der Jahre 1994 bis 2000 erreichte Bremen im Bereich der Zivilsachen bereits damals gute Werte. Bezogen auf die Erledigungen je Richter und die Verfahrensdauer wurden die Plätze 7 bzw. 5 belegt. Die besonderen Stärken lagen bei den qualitativ ausgerichteten Merkmalen: Anteil der Vergleiche: Platz 3, Anteil der streitigen Urteile: Platz 1 und Rechtsmittelerfolgsquote: Platz 1. Die in der Langzeitbetrachtung ermittelten Leistungswerte, die durch das in dem Benchmarking-Bericht 2006 wiedergegebene Datenmaterial aus 2004 bestätigt worden waren, sind durch die jetzt vorliegenden Vergleichszahlen noch einmal verbessert worden. Während im Jahre 2000 die Zivilrichter in Bremen im Schnitt noch 638 Verfahren durchschnittlich pro Jahr erledigten, waren es im Jahr 2004 688 (Rangplatz 6) und 2005 705 Verfahren. Damit ist Bremen in einem besonders ressourcenintensiven Bereich auf Platz 2 im Länderranking vorgeückt. Die Verfahrensdauer liegt weiterhin nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt. Die sehr guten Platzierungen bei den qualitativen Merkmalen konnten im Wesentlichen gehalten werden.

In Familiensachen konnte die überdurchschnittliche Erledigungsquote aus dem Jahre 2004 im Folgejahr 2005 nicht vollständig gehalten werden. Auch im Bundesdurchschnitt ist ein Rückgang bei den Erledigungen pro Richter festzustellen. Dies deutet auf eine Zunahme der Schwierigkeit und Komplexität der Verfahren hin. Bei der durchschnittlichen Verfahrensdauer hat sich Bremen im Jahre 2005 auf Platz 3 im bundesweiten Ranking verbessert (Vorjahr Platz 5); die Vergleichsquote liegt mit nunmehr 38,6 % im Bereich des Bundesdurchschnitts.

In Strafsachen haben die Amtsgerichte in Bremen im Jahre 2005 das gute Ergebnis des Jahres zuvor bei der Verfahrensdauer noch weiter verbessert. Gegenüber dem von der Sachverständigenkommission festgestellten Mittelwert von 4,6 Monaten liegt die durchschnittliche Verfahrensdauer nunmehr bei 3,8 Monaten und damit um 0,2 Monate besser als der Bundesschnitt. Im Vergleich mit den anderen Ländern belegt Bremen einen sehr guten 4. Rangplatz. Auch die Erledigungsquote konnte im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise gesteigert werden. Mit 425 erledigten Verfahren pro Richter hat Bremen den Bundesdurchschnittswert (432) nahezu erreicht und belegt Platz 6 im Länderranking.

Landgericht Bremen nach ausgewählten Indikatoren:

2005	Zivilsachen I. Instanz				Zivilsachen II. Instanz				Strafsachen I. Instanz				Strafsachen II. Instanz			
	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Richter	1	225,8	225,8	192,4	4	200	247,8	185,8	13	11,1	21,5	14,6	12	136,9	208,0	165,5
durchschnittl. Verfahrensdauer in Monaten	11	8,5	5,7	7,5	5	4,7	4,1	4,9	15	8,0	5,6	6,4	16	7,2	3,5	3,9
Quote Vergleiche/ Erledigungen	6	23,0%	30,0%	22,7%	7	12,7%	16,5%	11,5%								
Quote streitige Urteile/ Erledigungen	2	20,2%	19,5%	24,1%	8	32,0%	22,9%	32,8%								
Rechtsmittelerfolg ¹⁾	1	29,3%	29,3%	52,5%												

Quelle: Berliner Übersicht

¹⁾ Urteilsaufhebungsquote an allen streitigen Urteilen in der Berufungsinstanz.

Das Landgericht Bremen zeichnet sich in Zivilsachen seit Jahren durch eine besonders hohe Produktivität aus. Auch im Jahr 2005 weist der Ländervergleich Bremen erneut als das Bundesland mit der höchsten Erledigungsquote pro Richter aus. Bereits in der Sachverständigenkommission ist auch in der mehrjährigen Betrachtung der best-practice-Wert von den Zivilkammern des Landgerichts erzielt worden. Die guten Plätze bei der Urteils- und Vergleichsquote sind Ausdruck einer Verhandlungsführung, die Raum für ein ausführliches Rechtsgespräch mit den Parteien und den Rechtsanwälten bietet. Die geringe Rechtsmittelerfolgsquote unterstreicht den hohen Leistungsstand auch in qualitativer Hinsicht. Die überdurchschnittliche Verfahrensdauer ist Folge der hohen Verfahrensbelastung.

Der Umfang und die Verfahrensdauer in erstinstanzlichen Strafsachen sind bundesweit auch 2005 weiterhin sehr unterschiedlich. Die Vergleichswerte sind wegen ihrer statistisch gesehen geringen Größe nicht sehr aussagekräftig. Darüber hinaus fallen in großstädtischen Bereichen wie in Bremen mehr so genannte "Umfangsverfahren" an als in Landgerichtsbezirken mit mittleren und kleinen Städten.

Staatsanwaltschaft Bremen nach ausgewählten Indikatoren:

2005	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Dezernent (StA/AA)	1	1.210,5	1.210,5	1.036,0
durchschnittl. Verfahrensdauer in Monaten	14	2,5	1,2	1,8

Quelle: Berliner Übersicht

Die Staatsanwaltschaft Bremen hat im Jahre 2005 wiederum die bundesweit höchste Erledigungsquote erreicht. Der hohe Leistungsstand wird auch durch eine langjährige Betrachtung bestätigt. Schon nach den Feststellungen der Sachverständigenkommission gehörte die Staatsanwaltschaft Bremen bei Zugrundelegung der Erledigungszahlen von 1994 bis 2000 zur Spitzengruppe. Die Verfahrensdauer konnte geringfügig von 2,6 Monaten auf 2,5 Monaten verkürzt werden; sie liegt aber noch immer über dem Durchschnitt der Länder von 1,8 Monaten. Die vergleichsweise lange Verfahrensdauer ist ebenso wie die hohe Zahl an Eingängen und Beständen Ausdruck der hohen Belastung der Staatsanwaltschaft Bremen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Betrachtet man die Benchmarking-Ergebnisse insgesamt, so ist festzustellen, dass die Justiz in Bremen trotz einer Reihe von ungünstigen Rahmenbedingungen ganz überwiegend erheblich überdurchschnittliche Leistungsergebnisse erbringt. Dies gilt sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Anspruch wird sein müssen, diesen Stand auch in der Zukunft zu halten und sich dabei weiterhin an dem Vergleich mit den anderen Ländern messen zu lassen. Die zentralen Zielsetzungen der Justiz haben auch unter Berücksichtigung weiterer Haushaltseinsparungen oberste Priorität.

Die gewählte Darstellungsform der Ländervergleiche soll in Folgeberichten beibehalten werden.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Max																		
11-A-01	Inhaftierte	Je 100.000 EW	2006			105	144	156	76	100	89	84	99	97	83	55	94	83	97	107	97	95	4
11-B-01	Tageshaftkosten ohne Baukosten	Euro	2006			87,2	105,5	78,2	73,5	61,9	91,8	86,5	74,1	88,9	95,1	90,2	99,2	94,2	69,9	86,0	72,6	84,7	8
11-C-01	Kosten für den Strafvollzug	Euro je EW	2006			33,5	55,4	44,6	20,5	22,5	29,8	26,6	26,8	28,1	29,0	18,2	34,1	28,6	24,7	33,5	25,7	27,0	4
11-D-01	Bedienstete je 100 Gefangene im Strafvollzug	Anzahl	2006			48,6	61,4	53,2	43,2	40,5	50,3	59,1	45,3	48,6	56,8	55,3	52,4	63,0	50,3	56,4	47,6	48,7	11
11-E-01	Ermittlungsverfahren, vs Verfahren ohne Abgabe innerhalb der SA	Je 100.000 EW	2005			8.549	10.388	10.198	4.553	4.877	5.813	5.721	6.117	6.710	5.483	5.493	6.212	7.767	6.166	6.378	5.931	6.005	3
11-F-01	Amtsgerichte: Familiensachen, Eingänge	Je 100.000 EW	2005			718	805	666	536	551	642	703	758	706	855	694	559	591	455	554	506	639	4
11-F-02	Amtsgerichte: Zivilsachen, Eingänge	Je 100.000 EW	2005			1.933	2.725	3.226	1.338	1.417	1.788	1.546	1.962	1.671	1.737	1.544	1.484	1.619	1.423	1.415	1.372	1.700	4
11-F-03	Amtsgerichte: Strafverfahren, Eingänge	Je 100.000 EW	2005			1.560	1.438	1.621	767	1.011	891	945	1.248	892	839	813	1.142	1.390	1.118	1.020	1.059	1.061	2
11-G-01	Landgerichte: Zivilsachen I. Instanz, Eingänge	Je 100.000 EW	2005			481	1.050	823	483	560	578	430	518	438	483	402	426	456	429	361	381	514	8
11-G-02	Landgerichte: Strafsachen I. Instanz, Eingänge	Je 100.000 EW	2005			22	25	31	14	16	22	16	19	20	21	11	14	17	13	17	15	18	4
11-H-01	Verwaltungsgerichtsverfahren, Eingänge	Je 100.000 EW	2006			490	279	396	149	153	220	305	226	133	145	229	322	310	165	252	189	218	1
11-I-01	Finanzgerichtsverfahren, Eingänge	Je 100.000 EW	2006			115	100	112	49	54	63	91	89	44	67	48	43	78	55	78	44	70	1
11-J-01	Sozialgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	Je 100.000 EW	2006			240	428	612	305	322	347	373	387	379	442	383	543	551	505	566	532	395	16
11-K-01	Arbeitsgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	Je 100.000 EW	2005			802	788	855	540	598	654	493	661	541	552	478	589	637	618	739	602	635	2

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 12 Sport

Vorbemerkungen

Gegenüber dem Benchmarking-Bericht 2006 konnte die Datenlage deutlich verbessert und aktualisiert werden. Wiederholte Anfragen in den Vergleichsstädten führten dazu, dass die im Bericht des Jahres 2006 noch enthaltenen Datenlücken weitgehend geschlossen werden konnten.

Aufgrund der in den letzten Jahren erreichten Fortschritte im Sportbereich wurden die Zielsetzungen den Entwicklungen angepasst.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Die Steuerung des Sportbereichs mit den Schwerpunkten Sportinfrastruktur, Sportförderung und Sportbetrieb und die Gewährleistung des Bäderbetriebes durch die Bremer Bäder GmbH werden vom Sportressort mit Vorrang verfolgt.

Z1	Sport
Z1-1	Anpassung der Sportinfrastruktur und der Nutzungsintensität von Sportstätten u. a. unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
Z1-2	Optimierung von Sportflächen und Sportgebäuden mit dem Ziel, freiwerdende Mittel für die Modernisierung von Sportstätten zu nutzen
Z1-3	Entwicklung der in die Verantwortung der Vereine übergebenen Sportplätze
Z2	Bäder
Z2-1	Sicherung des Schwimmbangebots
Z2-2	Konsolidierung und Ausbau des Besucheraufkommens
Z2-3	Anpassung des konsumtiven Zuschussbedarfs

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den PPI Sport stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Sport"	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränd. 2002 - 2006	%	Anschlag 2007
	2002	2003	2004	2005	2006			
	Tsd. €							
Personalausgaben (incl. Versorgung)	1.540	1.541	1.481	1.509	1.417	-122	-7,9	1.396
davon: Personalausgaben (Produktplan)	1.307	1.321	1.260	1.258	1.177	-130	-9,9	1.140
zugeordnete Anteile an Versorgung	232	220	221	251	240	8	3,4	256
nach: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	33	32	32	29	28	-5	-16,3	°
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	39.126	41.404	39.920	43.613	42.098	2.971	7,6	°
Sonstige konsumtive Ausgaben	9.179	9.158	8.529	8.681	8.041	-1.138	-12,4	9.013
dar.: Städtische Sportanlagen	4.048	4.154	3.297	4.183	3.612	-436	-10,8	4.592
Bremer Bäder	3.930	3.853	3.906	3.583	3.361	-569	-14,5	3.321
Übungsleiter	1.202	1.152	1.327	914	1.069	-134	-11,1	1.100
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	4.618	10.438	4.329	6.149	6.775	2.157	46,7	3.180
dar.: Städtische Sportanlagen	2.376	5.528	3.344	2.268	2.541	165	6,9	764
Bremer Bäder	2.056	4.552	555	2.089	4.011	1.955	95,1	2.375
Sporthafen Grohn/Badesee Grambke/Sonst.	186	358	429	1.766	208	22	11,7	42
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	0	0	0	27	15	15	°	0
Gesamtausgaben	15.337	21.137	14.339	16.340	16.234	897	5,8	13.590

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Sport

Bei der Bewertung der Ergebnisse ist festzustellen, dass Bremen bei den Ausgaben für Sport und Sportflächen pro Einwohner jeweils im hinteren Drittel der Vergleichsstädte liegt.

Gleichzeitig hält Bremen aber eine quantitativ umfangreiche Sport-Infrastruktur für seinen Bürgerinnen und Bürger vor und erscheint somit bei den Sportflächen, –plätzen und –hallen in der Relation zur Einwohnerzahl im vorderen Bereich der Vergleichsstädte.

Auch bei der Versorgung mit Kunstrasenplätzen nimmt Bremen nach Berlin, Düsseldorf und Stuttgart einen vorderen Platz ein.

Die Anzahl der Daten konnte vor allem im Sportbereich erhöht werden, aber methodische Probleme bleiben: Nach wie vor blieb die kommunale Nutzung von – in Bremen nicht vorhandenen - Olympiastützpunkten und Bundesleistungszentren unberücksichtigt, so dass eine Bewertung der Kennzahlen zu den kommunalen Sportflächen nur eingeschränkt möglich ist.

Bäder

Die Bremer Kennzahlen zum Bäderbereich beziehen sich auf die Bäder, die von der Bremer Bäder GmbH bzw. dem Produktplan Sport verantwortet werden. Vergleichsdaten wurden von der Bremer Bäder GmbH eingebracht. In Bremen ist es demnach gelungen, mit vergleichsweise geringen Zuschüssen ein relativ großes Angebot an Bädern und Schwimminfrastruktur mit 5 Hallen-, 2 Frei- und 3 Kombibädern vorzuhalten.

Vor allem aufgrund des vielseitigen, attraktiven Gesamtangebots in den Bädern gelingt es, mit vergleichsweise geringen öffentlichen Zuschüssen das Schwimmangebot zu sichern. Mit dem Kostendeckungsgrad von über 73 Prozent erreicht Bremen ein Spitzenergebnis unter den Vergleichsstädten.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Für den Sportbereich ist festzustellen, dass Bremen im Vergleich zu den anderen Städten mit relativ geringen Haushaltsmitteln ein quantitativ gutes Angebot an Sport-Infrastruktur zur Verfügung stellt.

Für den Bäderbereich ist eine sehr günstige Position Bremens mit einem großen Angebot bei vergleichsweise geringen Ausgaben festzuhalten.

Die noch verbliebenen, aber deutlich verminderten Datenlücken sollen durch entsprechende Nachfragen in den Vergleichsstädten bis zur Erstellung des nächsten Berichtes geschlossen werden.

Im nächsten Benchmarking-Bericht sollen die Ergebnisse der Sportförderung verstärkt einfließen. Dazu sollen Kennzahlen zum Leistungs- bzw. Spitzensport entsprechend aufbereitet und im Städtevergleich dargestellt werden.

Außerdem soll im Folgebericht die in diesem Jahr erstmalig durchgeführte Erfassung der den Vereinen übergebenen kommunalen Sportplätze weiter geführt werden.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø*		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Max															
	12-A-01	Ausgaben für Sport (ohne Bäder)	2006			13,6	14,4		23,6	16,0	7,4	20,5	13,2	74,9			16,2	4,9	19,3	7 von 10
	12-A-02	Sportflächen (kommunal): Ausgaben je Einwohner	2006			3,8	2,5		11,7	13,1	1,3	4,6		17,6			16,4		7,4	6 von 8
	12-A-03	Sportflächen (kommunal): Ausgaben je m²	2006			1,2	1,2		3,6	7,8	12,3	1,8					2,7		2,5	7 von 7
	12-A-04	Sportflächen (kommunal): Ausgaben je Vereinssportler	2006			15,3	8,8		60,3	58,3	6,9	24,9		63,4			78,9		31,6	6 von 8
Z1-1	12-A-05	Sportflächen (kommunal) pro Einwohner	2006			3,2	2,1	1,8	3,2	1,7	0,1	2,6					6,0	0,1	2,1	3 von 9
Z1-1	12-A-06	Sportplätze (kommunal): Einwohner je Anlage	2006			1.943	11.569	10.333	3.838	12.004	73.651	6.125	2.808	4.492	5.077	5.545	4.466	8.560	5.899	13
Z1-1	12-A-07	Sporthallen (kommunal): Einwohner je Anlage	2006			3.204	2.926	3.174	31.985	3.662	3.125	2.900	3.415	21.175	5.077	25.553	2.748	3.946	3.679	8
Z1-2	12-A-08	Kunstrasenplätze: Einwohner je Platz	2006			42.142	67.188	13.544	14.393	46.303	85.927	89.652	64.031	19.763	97.315	195.906	71.449	101.014	28.866	10
Z1-3	12-A-09	Sportplätze: Vereinen übergebene kommunale Sportplätze	2006			80	0		9	43	99	55		120			98	54	62	4 von 9
Z2-1	12-B-01	Bäder: Einwohner pro Bad	2006			42.142	69.876	53.117	28.786	49.865	30.327	44.826	75.330	45.608	38.926	34.572	62.518	33.671	48.148	8
Z2-1	12-B-02	Bäder: Einwohner je Hallenbad	2006			109.570	124.778	103.015	38.382	216.080	85.927	65.745	142.290	74.112	58.389	48.976	100.028	63.134	87.205	4
Z2-1	12-B-03	Bäder: Einwohner je Freibad	2005			109.245	289.909	125.622	143.431	92.707	73.689	244.197	156.801	118.373	146.671	117.614	502.799	99.936	141.094	10
Z2-1	12-B-04	Bäder: Einwohner je Kombibad	2006			182.617	291.149	849.878	575.727	216.080	0	328.723	0	0	291.946		250.071	505.069	475.303	9 von 9
Z2-2	12-B-05	Bäder: Besuche pro Bad	2006			140.385	176.000	76.563	82.800	176.923	49.088	94.455		136.231		43.474	116.282	26.667	96.184	3 von 11
Z2-3	12-B-06	Bäder: Zuschuss pro Besuch	2006			1,7	3,6	7,0	3,6	8,7	6,0	0,4		4,1			5,5	10,5	4,8	9 von 10
Z2-3	12-B-07	Bäder: Zuschuss pro Einwohner	2006			5,7	9,0	10,1	10,4	30,9	9,7	0,8		12,3			10,3	8,3	10,2	9 von 10
Z2-3	12-B-08	Bäder: Zuschuss pro Bad	2006			241.923	628.000	539.063	299.450	1.538.462	294.118	34.364	560.308				640.875	280.000	484.290	9 von 10
Z2-3	12-B-09	Bäder: Kostendeckungsgrad	2006			73,1	58,0		45,0	39,0	32,0	53,6		44,5		22,4	25,1			1 von 9

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 21 Bildung

Vorbemerkungen

Das Benchmarking für den Produktplan Bildung setzt sich zusammen aus einem lückenlosen Ländervergleich auf der Basis von Materialien des Statistischen Bundesamtes und der KMK-Statistik (jeweils inkl. Privatschulen) sowie Angaben aus dem KGSt-Vergleichsring (nur öffentliche Schulen). Durch die Aufnahme der Daten für die neuen Bundesländer in den Ländervergleich ergeben sich erhebliche Veränderungen für Bremen bei der Rangordnung gegenüber den Vorjahren.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Schulentwicklung mit den Zielen: - Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg - Verbesserung der Qualität von Schule - Weiterentwicklung integrativer Pädagogik und Unterrichtsorganisation - Stadtteilbezogene Kooperation der für Kinder, Jugendliche und ihre Familien arbeitenden Einrichtungen
Z2	Reduzierung der Wiederholerquoten
Z3	Fortschreibung einer Innovations- und Qualitätsentwicklung im Schulbereich als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung
Z4	Fortsetzung des Ausbaus der bestehenden Schulen zu Ganztagschulen
Z5	Weiterentwicklung der „Eigenverantwortung“ von Schule (wirtschaftlich und inhaltlich) auf der Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den PPI Bildung stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Bildung"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%		Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	403.816	411.169	406.790	420.145	412.363	8.547	2,1	427.822
davon: Personalausgaben (Produktplan)	288.624	291.995	287.539	294.188	284.838	-3.785	-1,3	288.904
dar.: zugeordnete Anteile an Versorgung	115.193	119.174	119.250	125.957	127.525	12.332	10,7	138.918
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	5.385	5.425	5.476	5.502	5.454	68	1,3	°
dar.: Lehrer	4.382	4.443	4.447	4.347	4.260	-122	-2,8	°
Personalausgaben je VZÄ (in €)	53.595	53.829	52.506	53.469	52.228	-1.367	-2,6	°
Sonstige konsumtive Ausgaben 2)	157.094	168.141	172.452	177.015	183.687	26.593	16,9	180.393
dar.: Gesetzliche Aufgaben	103.274	107.090	106.831	107.548	108.256	4.982	4,8	111.108
Schulbetrieb Stadtgemeinde Bremen	43.978	44.742	47.174	49.942	53.487	9.509	21,6	52.298
Inhaltliche (Neu-)Gestaltung der Schulen	4.154	9.012	10.914	12.394	15.053	10.899	°	11.835
Weiterbildung	2.396	2.320	2.296	2.164	2.135	-261	-10,9	1.001
Steuerungsebene (einschließlich Entgelte Performa)	3.292	4.977	5.237	4.967	4.756	1.464	44,5	4.151
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	6.601	15.842	22.021	25.818	24.988	18.387	278,6	19.677
dar.: Immobille Investitionen	3.798	10.346	15.569	18.360	18.929	15.131	°	15.094
Mobile Investitionen	2.803	5.496	6.452	7.280	6.035	3.232	115,3	4.583
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	0	0	0	178	24	24	°	0
Gesamtausgaben	567.511	595.152	601.263	622.978	621.039	53.527	9,4	627.892

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

2) Die konsumtiven Ausgaben 2004 und 2005 beinhalten Ausgaben im Treuhandfonds **Bildungsinfrastruktur**.

Benchmarkingergebnisse

Die Gesamtausgaben pro Schüler/in erreichten im Berichtsjahr 2004 nahezu den Bundesdurchschnitt und lagen damit deutlich unter den entsprechenden Werten der Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Die Schüler-Lehrer-Relation liegt in Bremen im Berichtsjahr 2006 erneut - im Gegensatz zu den Vorjahren auch stärker - über dem Bundesdurchschnitt und deutlich über den Vergleichswerten der anderen Stadtstaaten.

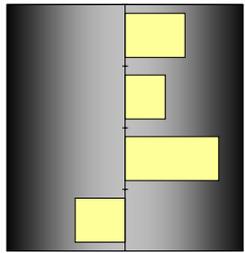
Interessant ist außerdem ein Blick auf die Absolventenzahlen und den Anteil der Studienberechtigten:

Der Anteil der Absolventen allgemein bildender Schulen mit Hochschulreife ist in Bremen zwar überdurchschnittlich, liegt aber noch deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Stadtstaaten. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft weist darauf hin, dass solche Betrachtungen demografischen Wirkungen ausgesetzt sind, da mehrere, unterschiedlich starke Jahrgänge einfließen und zu Verzerrungen führen können. Ein besseres Bild gibt bei der Bewertung der Absolventen-/Abgängerzahlen der Bezug auf die entsprechende gleichaltrige Wohnbevölkerung. Der Anteil der Studienberechtigten (Absolventen aller Bremer Schulen mit allgemeiner oder Fachhochschulreife) an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung ist zwischen 2004 und 2006 stark gestiegen (+4,5 %-Punkte) und liegt damit nur hinter Nordrhein-Westfalen und Hessen und hat seit 2005 auch Hamburg hinter sich gelassen.

Im Rahmen des KGSt-Vergleichsrings liegen Daten für 2005 vor. Die Personalkosten Hausmeister je m² Bruttogrundfläche (BGF) sind in Bremen gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Betriebskosten je m² BGF sind von 2004 auf 2005 aufgrund von Energiepreissteigerungen auf 22,14 € gestiegen.

Produktplan 21 Bildung: Kennziffern aus KGSt-Vergleichsringen

Stand: 07.08.2007

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Ø Städte**
					Min	Ø	Max				
Z-5	21-G-01	Schulverwaltung: Betriebskosten*** insgesamt je m ² BGF	Euro	2005				22,1	14,6	23,7	20,1
Z-5	21-G-02	Schulverwaltung: Wärmekosten je m ² BGF	Euro	2005				5,7	4,6	6,6	5,3
Z-5	21-G-03	Schulverwaltung: Reinigungskosten je m ² BGF	Euro	2005				11,2	5,0	11,8	8,8
Z-5	21-G-04	Schulverwaltung: Personalkosten Hausmeister je m ² BGF	Euro	2005				6,0	4,3	10,7	7,3

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

** Beteiligte Städte: Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Karlsruhe, Krefeld, Leipzig, Nürnberg, Stuttgart

*** Zu den Betriebskosten zählen: Abfallbeseitigungs-, Strom-, Wärme-, Versicherungs-, Reinigungs-, Grünflächenpflege-, Außenreinigungs- und sonstige Betriebskosten. Personalkosten Hausmeister zählen nicht dazu sondern werden gesondert ausgewiesen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Der Ländervergleich für den Produktplan Bildung zeigt, dass die Stadtstaaten hier eine besondere Rolle spielen. Offenbar treten Problemlagen im Politikbereich Bildung verstärkt in den Städten (hier Stadtstaaten) auf und erfordern besondere (Betreuungs-) Maßnahmen, was sich dann im Benchmarking vor allem beim Personalkostenvergleich niederschlägt.

Soweit möglich soll im weiteren Verlauf des Benchmarkingprozesses der Aspekt Stadtstaatenvergleich eine zusätzliche, hervorgehobene Bedeutung erhalten.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Min	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *	Max	HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
Z-5	21-A-01 Gesamtausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	2004				4.800	5.900	5.200	4.800	4.700	4.500	4.500	4.400	4.400	4.300	4.500	4.400	4.600	4.900	5.100	5.500	4.700	6
Z-5	21-A-02 Personalausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	2004				4.100	4.500	4.700	3.900	3.800	3.600	3.800	3.500	3.700	3.700	3.700	3.600	3.800	3.900	4.400	4.500	3.800	5
Z-5	21-A-03 Sachausgaben je Schüler/in (alle Schularten)	Euro	2004				500	500	400	400	400	800	500	500	500	600	400	500	400	500	600	600	500	7
Z-1 Z-3	21-B-01 Schüler-Lehrer-Relation (alle Schularten)	Schüler/innen je Lehrer	2006				17,3	16,1	15,1	16,1	17,5	18,4	17,5	18,0	17,7	17,5	18,0	17,1	16,2	14,3	13,9	13,2	16,9	8
Z-1 Z-3	21-B-02 Schüler-Lehrer-Relationen an allgemein bildenden Schulen	Schüler/innen je Lehrer	2006				15,7	14,8	13,9	15,2	16,1	17,3	16,5	16,7	16,4	15,7	16,8	14,3	14,2	12,2	11,8	11,5	15,7	7
Z-1 Z-3	21-B-03 Schüler-Lehrer-Relation an beruflichen Schulen	Schüler/innen je Lehrer	2006				24,6	21,7	21,8	19,8	26,1	23,7	21,9	25,8	24,8	26,4	25,0	29,5	27,2	21,4	24,8	18,9	23,4	9
Z-1 Z-3	21-C-01 Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler an allgemein bildenden Schulen	Anzahl	2006				1,55	1,60	1,69	1,58	1,46	1,49	1,45	1,43	1,52	1,50	1,44	1,74	1,72	1,81	1,83	1,81	1,52	9
Z-1 Z-3	21-D-01 Absolventen der allgemein bildenden Schulen mit Hochschulreife	%	2006				29,6	34,8	38,8	22,8	20,0	24,7	22,3	27,2	24,1	25,8	21,4	25,2	30,9	28,1	24,1	31,1	25,2	4
Z-1 Z-3	21-D-02 Abgänger der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss	%	2005				7,2	11,5	10,0	6,6	7,4	7,9	8,5	6,6	7,6	7,9	9,7	11,4	10,2	8,6	10,8	8,1	7,9	14
Z-1 Z-3	21-E-01 Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	%	2006				48,3	45,8	45,8	45,8	34,6	49,1	41,4	53,4	38,4	48,1	40,5	32,2	40,0	37,4	34,3	40,2	43,5	3
Z-2	21-F-01 Wiederholerquote	%	2005				2,4	1,8	2,9	1,9	3,9	3,1	2,8	2,4	2,2	3,1	2,4	2,7	4,3	2,2	3,7	2,4	2,7	10

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 22 Kultur

Vorbemerkungen

Die Bemühungen des Kulturressorts, verstärkt in Vergleichsbetrachtungen des eigenen Leistungsspektrums und der hierfür eingesetzten Kapazitäten einzusteigen, werden nicht nur durch den hohen Ausgliederungsstand des Bereichs erschwert, sondern auch durch die noch mangelhafte Datenverfügbarkeit im Bereich der Städtestatistik. Das Kulturressort vertritt die Auffassung, "dass Benchmarking-Vergleiche vor allem auf Ebene kommunaler Vergleiche durchzuführen sind, weil es – zumindest aus kulturfachlicher Sicht – kein mit dem Zwei-Städte-Staat Bremen vergleichbares Bundesland gibt". Dieser Einschätzung ist grundsätzlich zuzustimmen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass

- o auch aus Ländervergleichen wesentliche Benchmarking-Ergebnisse abzuleiten sind (stadtstaaten-spezifische Besonderheiten im Flächenländer-Vergleich; Vergleiche mit Berlin und insbesondere Hamburg gemäß laufendem Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht) und
- o belastbare Städtevergleiche aufgrund kaum bestehender Zurechenbarkeit von Landesleistungen – zumindest für Input-Kennzahlen des Kulturbereiches - praktisch nicht vorliegen.

Insofern ist für die Abbildung des Bereichs zunächst weiterhin vorrangig auf Ländervergleichsdaten zurückzugreifen. Auf die Verwendung von Daten des „Kulturfinanzberichtes“, der sich nach Informationen des Kulturressorts in der Überarbeitung befindet (Datenabstimmung mit Kulturverwaltungen; Darstellungsvorschläge des Deutschen Städtetages), wurde dabei allerdings vorübergehend verzichtet. Aufgenommen wurden hingegen erste – derzeit noch begrenzt aussagefähige - Vergleichsring-Ergebnisse. Die überwiegend umgesetzte Kosten- und Leistungsrechnung dient im Kulturressort in erster Linie der internen Steuerung – Ansätze für überregionale Kostenträger-Betrachtungen bestehen noch nicht.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Der Bereich „Kultur“ befindet sich in der Erarbeitungsphase einer neuen Darstellungsstruktur für den Produktgruppenhaushalt. Der Gliederungsentwurf sieht die Einrichtung von sechs Produktbereichen vor, die sich wiederum in 40 Produktgruppen teilen. Jeder dieser Ebenen sind erste Zieldefinitionen und Kennzahlen-Vorschläge zugeordnet.

Vor dem Hintergrund der Eckwertberatungen im Senat und unter Berücksichtigung der noch nicht umgesetzten Schwerpunktsetzung aus der Koalitionsvereinbarung und dem Masterplan, können derzeit jedoch noch keine aktuellen zentralen strategischen Zielsetzungen formuliert werden. Das Kulturressort verweist auf den Produktplan Kultur 2006/07, der die derzeit gültigen strategischen Ziele enthält:

Z1	Profilierung der kulturellen Landschaft (insbesondere Museen und freie Szene)
Z2	Stärkung der Ausstrahlungs-, Anziehungs- und Bindungskräfte Bremens durch kulturelle Angebote

Aufgabe und Zielsetzung der gemeinsam mit den Ressorts zu gestaltenden Benchmarking-Berichte ist es, Städte- und Ländervergleiche zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Produktplänen in einen möglichst engen Zusammenhang zu den fachpolitischen Zielsetzungen der Bereiche und den zu ihrer Abbildung geeigneten Kennzahlen zu setzen. Die derzeitigen Kennzahlen-Vorschläge für die Detailziele sind einerseits angebotsorientiert (Anzahl von Veranstaltungen, Projekten, Förderanträgen, Geförderten, Beständen etc.), weisen andererseits allerdings auch nachfrageorientierte Ansätze (Zahl (auswärtiger) Besucher des Theaters; Zuschuss pro Besuch in Museen und Sammlungen; Teilnehmerzahlen im Bereich der „kulturellen Bildung“ (VHS, Musikschule etc.)) auf.

Haushalt und Personal

Aussagen zu Umfang, Struktur und Entwicklung der kamerale Ausgaben des Produktplanes „Kultur“ bedürfen einer äußerst differenzierten Betrachtung der hierfür verfügbaren Ausgangswerte. Insbesondere die Ausgliederung des Theaters (ab 2003), die zu Verlagerungen von Personal- zu sonstigen konsumtiven Ausgaben (Erstattungen) geführt hat, und die hohe Zahl refinanzierter Beschäftigter in den Eigenbetrieben und Museen, die den Bestand der in nachfolgender Tabelle ausgewiesenen umgerechneten Vollzeitbeschäftigten des Kernbereichs (einschließlich dort refinanzierter Stellen) um mehr als das 2,5fache

übersteigt, verhindern eine konsistente Gesamtsicht auf die aufgabenorientierte Mittelverfügbarkeit und -verausgabung.

Feststellbar ist, dass – ohne Drittmittel und Refinanzierungen in den ausgelagerten Bereichen – im Kernhaushalt mit leicht sinkender Tendenz in den letzten Jahren aktuell (Ist 2006) rd. 81 Mio. € für den Kulturbereich verausgabt wurden. Ein Anstieg der investiven Ansätze (einschließlich AIP), aber auch zunehmende Personal- und sonstige konsumtive Mittel erhöhen diesen Ausgabenbetrag im Anschlag des laufenden Jahres auf über 84 Mio. €. Einen besonderen Schwerpunkt der Produktplan-Ausgaben bildet der Produktbereich „Theater und Musik“, auf den 2006 mit insgesamt knapp 34 Mio. € allein etwa 42 % des Mittelvolumens entfielen. Weitere 21 % der Ausgaben (rd. 17 Mio. €) flossen an Museen.

Ausgabepositionen Produktplan "Kultur"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006 1)		Anschlag 2007
	Tsd. €					%		Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	11.881	8.503	8.845	9.268	9.062	-2.819	-23,7	9.454
davon: Personalausgaben (Produktplan)	9.167	5.731	6.050	6.535	6.541	-2.626	-28,6	6.574
- Theater und Musik	3.463	143	146	154	0	-3.463	-100,0	0
- Museen	2.326	2.385	2.242	2.341	2.315	-11	-0,5	2.406
zugeordnete Anteile an Versorgung	2.714	2.771	2.795	2.734	2.521	-193	-7,1	2.880
nachr. Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 2)	114	114	114	121	122	9	7,6	
- Museen			44	44	44			
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)		50.231	53.273	54.024	53.534	3.303	6,6	
- Museen			50.943	53.210	52.610			
Sonstige konsumtive Ausgaben	66.831	69.594	70.509	67.439	64.948	-1.883	-2,8	65.415
dar.: Kommunale Kulturarbeit	4.951	5.476	6.346	5.727	6.050	1.099	22,2	5.123
Theater und Musik	33.707	35.356	33.699	33.083	32.786	-921	-2,7	30.473
Museen	9.718	11.091	10.869	10.465	10.555	837	8,6	10.113
Stadtbibliothek	9.650	8.615	9.388	9.173	8.837	-813	-8,4	9.391
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	614	614	614	614	716	102	16,6	2.271
Investitionsausgaben	8.279	8.675	4.668	5.711	7.137	-1.141	-13,8	9.444
dar.: Theater und Musik	1.321	3.146	1.281	1.541	1.124	-197	-14,9	700
Museen	4.233	3.724	2.079	3.130	4.270	37	0,9	5.425
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	0	0	0	0	0			2.440
Gesamtausgaben	86.991	86.773	84.022	82.419	81.148	-5.843	-6,7	84.313

1) Für Personalausgaben je VZÄ: Veränderung 2003 - 2006
2) Einschließlich refinanzierte Stellen

Die durchschnittlichen Personalausgaben für die im Kernhaushalt erfassten Beschäftigten (VZÄ) des Produktplanes betragen im Haushaltsjahr 2006 – ohne zuzuordnende Versorgungsanteile – rd. 53.500 €.

Benchmarkingergebnisse

Die **Kulturausgaben** im Stadtstaat Bremen (Land und Städte) lagen 2004, dem derzeit aktuell in der Jahresrechnungsstatistik erfassten Haushaltsjahr, mit 128 € pro Einwohner unter den Vergleichswerten Hamburgs (134 €) und Berlins (168 €) und sogar deutlich unter dem Pro-Kopf-Betrag des Flächenlandes Sachsen-Anhalt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt übertrafen die bremischen Kulturausgaben (einschließlich Aufwendungen für kirchliche Angelegenheiten: 0,35 %) zwar den Wert des wirtschaftsstarken Stadtstaates Hamburg (0,29 %), blieben im Ländergesamtvergleich – aufgrund der wirtschaftsschwachen, jedoch relativ hohe Kulturausgaben aufweisenden neuen Länder – allerdings durchschnittlich (Rang 7).

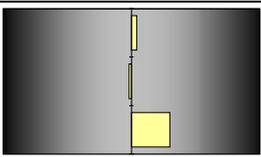
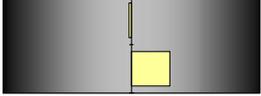
Deutlicher höher als im Länderdurchschnitt und in Hamburg fielen 2004 in Bremen die Pro-Kopf-**Ausgaben für Theater und Musik** aus, die im Stadtstaat 57 % der Kulturausgaben verursachten (Hamburg: 48 %; Berlin: 47 %). Im Zwei-Jahres-Zeitraum 2002/2004 - längerfristige Vergleiche sind aufgrund methodischer Änderungen nicht möglich - stiegen die bremischen Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur nach Jahresrechnungsstatistik, die auch vor dem Bundesverfassungsgericht Verwendung findet, um 9,9 % (Hamburg: 15,9 %; Berlin: - 5,6 %), während die Zahlungen für Theater und Musik um - 4,2 % sanken (Hamburg: - 2,2 %; Berlin: - 5,2 %).

Sowohl die Museums- als auch die Theaterbesuche fallen in Bremen einwohnerbezogen deutlich überdurchschnittlich aus. Die oberzentrale Ausstrahlung und Aufgabenwahrnehmung der bremischen Einrichtungen spiegelt sich dabei in Besucherquoten wider, die bei den **Museen** nur von Berlin und im **Theater-**

Bereich von keinem anderen Bundesland übertroffen werden. Allerdings erbringt Bremen hier auch entsprechende Vorleistungen: Die an den Theater-Bereich geleisteten Zuweisungen entsprechen – aufgrund der hohen Frequentierung der Häuser – zwar mit 110 € pro Besucher in etwa dem Länderdurchschnitt, stellen mit 55 € pro Einwohner des Landes jedoch im Ländervergleich den Spitzenwert dar. Gleichzeitig bleibt das Einspielergebnis der bremischen Theater mit 13,2 % der Gesamtausgaben unter dem Durchschnittswert und deutlich hinter den Vergleichswerten Hamburgs (20,5 %) und Berlins (23,8 %) zurück. Ergänzende Daten des Kulturressorts besagen, dass die dabei berücksichtigten Daten des Bremer Theaters (Stadtgemeinde Bremen) bei der Besucherfrequenz (39 pro 100 Einwohner) und den Zuweisungen (45 € pro Einwohner) unter dem Landesdurchschnitt, beim Einspielergebnis (15,2 %) hingegen darüber liegen.

Aufgrund uneinheitlicher Zuordnungspraxis in den Ländern werden öffentliche und wissenschaftliche **Bibliotheken** in der amtlichen Statistik in der Regel zusammengefasst betrachtet. Das Land Bremen belegt bei der Frequentierung dieser Einrichtungen mit 184 Benutzern je Einwohner (Stand 2005) im Ländervergleich mit deutlichem Abstand den Spitzenrang. Und auch die tatsächliche Inanspruchnahme der angebotenen Medien fällt im Ländervergleich stark überdurchschnittlich aus: Nur Sachsen verzeichnet höhere Entleihzahlen pro Besucher als die bremischen Bibliotheken (jährlich rd. 50), ein Spitzenwert, der – obwohl die Stadtbibliothek Bremen sogar knapp 52 Entleihungen pro Besucher und Jahr registriert – in den Ergebnissen eines (hinsichtlich der Einwohnergrößenklassen für Bremen nicht repräsentativen) Städte-Vergleichsringes allerdings zunächst nicht bestätigt wird (vgl. Übersicht).

Kennziffern aus dem Vergleichsring "IKV Reformbetriebe"

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Ø Städte**
				Min	Ø	Max				
22-E-02	Bibliotheken: Entleihungen / EW	Anzahl	2005				6,9	3,5	15,1	6,7
22-F-02	Musikschulen: Zuschuss ¹⁾ je Belegung	Euro	2005				650	386	1.325	658
22-G-03	Volkshochschulen: Zuschuss je Belegung	Euro	2005				62,3	16,2	75,0	54,9

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

1) bereinigter Zuschuss nach gemeinsamer Definition des Vergleichsringes

** Beteiligte Städte: Bremen, Dortmund, Frankfurt/Oder, Schwerte, Witten

Besondere Ausgaben-Bedarfe bestehen – gemessen an den Vergleichswerten der übrigen Bundesländer – im Land Bremen bei den **Musikschulen**, die nur knapp ein Drittel ihrer Gesamtausgaben durch Unterrichtsgebühren decken (Länderdurchschnitt: 47 %), sowie bei den **Volkshochschulen**, die mit 8,20 € pro Einwohner – trotz überdurchschnittlicher eigener Einnahmen – den deutlich höchsten Betrag öffentlicher Zuschüsse aller Länder erhalten. Das Kulturressort ergänzt diese Ergebnisse um Werte der Stadt Bremen, die für die Musikschule ebenfalls eine Eigenfinanzierungsquote von 33 % bei gleichzeitig städte-durchschnittlichen Zuschüssen je Belegung und für die Volkshochschule einen Zuschussbedarf von 6,42 € pro Einwohner ausweisen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Auch für den Kulturbereich gilt, dass die fachpolitische Aufgabenwahrnehmung und Leistungserbringung bestimmten inhaltlichen Zielen zu folgen hat und dass anhand von Kennzahlen intern wie extern zu beurteilen sein muss, ob und in welchem Maße Fortschritte bei der Realisierung dieser Zielsätze erreicht werden können bzw. mit welchem Input sie verfolgt werden. Gemessen an diesen Ansprüchen sind nach Auffassung der Begleit-AG noch deutliche Weiterentwicklungen erforderlich: Sowohl für den Produktgruppenhaushalt als auch für die jährlichen Benchmarking-Betrachtungen bedarf es insbesondere noch einer deutlichen Konkretisierung der Ziele des Bereichs sowie der Zuordnung adäquater Indikatoren zum Ressourceneinsatz und zur Erfolgskontrolle. Das Ressort strebt konsequent an, Produktgruppenziele und Kennzahlen weiter anzupassen. Wobei Basis der Anpassung die entsprechenden aktuellen kulturpolitischen Setzungen sind.

Hilfreich wäre es zudem, wenn einige der dabei Verwendung findenden Indikatoren – nicht zuletzt aufgrund der besonderen Anforderungen an Bremen als Haushaltsnotlagenland – auch in Länder- und Städtevergleichen darzustellen und zu bewerten wären. Die Bemühungen des Ressorts, hierzu verstärkter belastbare Städtevergleiche einzufordern bzw. über Vergleichsring-Arbeit zu ermöglichen, ist dabei ausdrücklich zu begrüßen und zu unterstützen. Auch die vom Ressort geforderten einrichtungsbezogenen Betrachtungen werden im weiteren Benchmarking-Prozess – insbesondere mit betriebs- und regionalwirtschaftlichen Maßstäben – ergänzend zu berücksichtigen sein.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Min	Bremen: Abweichung vom Bundeswert*	Max	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
22-A-01	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten: Anteil am BIP	%	2004		0,35	0,29	0,73	0,29	0,29	0,23	0,24	0,24	0,24	0,26	0,25	0,22	0,47	0,45	0,79	0,57	0,59	0,31	7
22-A-02	Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik: Anteil am BIP	%	2004		0,20	0,14	0,34	0,12	0,12	0,08	0,11	0,10	0,10	0,10	0,02	0,10	0,24	0,11	0,27	0,26	0,27	0,13	6
22-B-01	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten je Einwohner	Euro	2004		128,2	134,2	167,7	86,2	86,2	73,4	79,6	55,6	64,6	60,9	61,4	52,4	87,5	84,9	156,5	108,0	110,4	83,0	4
22-B-02	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten je Einwohner: Entwicklung in den letzten zwei Jahren	%	2004		9,9	15,9	-5,6	-3,6	-3,6	-18,5	-2,1	-5,2	-8,7	5,4	5,5	-7,4	4,0	-4,8	-1,1	-6,1	-3,2	-5,7	2
22-C-01	Museumsbesuche je Einwohner	Anzahl	2004		2,1 ¹⁾	1,2	3,3	1,3	1,3	1,6	0,8	0,9	0,8	1,0	0,6	1,0	1,9	1,4	1,8	1,1	1,8	1,3	2
22-D-01	Theaterbesuche je 100 Einwohner	Anzahl	2004		50,2 ²⁾	48,7	48,9	22,1	22,1	22,3	17,7	18,3	17,8	14,3	20,4	18,9	35,5	15,0	46,4	24,2	31,4	23,5	1
22-D-02	Öffentliche Theater: Plätze je 1.000 Einwohner	Anzahl	2004		4,4 ³⁾	2,6	4,0	2,5	2,5	2,8	2,6	2,4	2,5	1,8	2,3	3,2	9,9	2,6	5,8	6,0	6,3	3,1	5
22-D-03	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Einwohner	Euro	2004		55,1 ⁴⁾	53,7	48,0	23,0	23,0	21,2	27,6	17,5	19,5	14,2	23,7	20,9	35,8	18,3	49,0	34,8	39,5	25,5	1
22-D-04	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Besucher	Euro	2004		109,6 ⁵⁾	110,2	98,2	104,0	104,0	95,0	156,5	95,6	109,7	99,2	116,1	110,9	101,0	121,9	105,7	144,0	125,9	108,5	9
22-D-05	Einspielergebnis	%	2004		13,2 ⁶⁾	20,5	23,8	14,0	14,0	18,8	10,5	15,0	14,3	14,5	11,8	10,3	13,1	8,1	16,2	8,5	9,8	15,2	9
22-E-01	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer je 1.000 Einwohner	Anzahl	2005		184,0 ⁷⁾	49,4	140,3	155,4	155,4	161,6	123,1	152,9	125,3	113,8	64,6	129,7	142,5	106,1	118,3	108,4	135,6	134,7	1
22-E-02	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Entlehnungen je Benutzer	Anzahl	2005		49,9 ⁸⁾	23,6	44,2	42,3	42,3	34,7	29,0	30,6	39,5	29,2	33,5	47,6	36,4	41,5	55,1	40,5	33,1	37,9	2
22-F-01	Musikschulen: Anteil der Unterrichtsgebühren an den Ausgaben	%	2005		32,6 ⁹⁾	39,4	52,4	51,8	51,8	45,4	60,9	50,8	42,4	47,4	52,7	63,2	32,9	37,7	35,0	28,0	32,5	46,6	14
22-G-01	Volkshochschulen: Einnahmen pro Einwohner	Euro	2005		9,3 ¹⁰⁾	3,8	3,2	7,7	7,7	8,1	7,0	12,4	5,0	4,7	5,5	7,2	2,9	1,5	2,6	2,3	2,9	6,3	2
22-G-02	Volkshochschulen: öffentliche Zuschüsse je Einwohner	Euro	2005		8,2 ¹¹⁾	3,7	4,6	4,3	4,3	4,1	5,8	6,0	6,9	3,1	4,4	4,6	3,4	2,3	2,0	2,4	2,8	4,8	1

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Werte für die Stadt Bremen:

- 1) 0,9
- 2) 39,0
- 3) 3,4
- 4) 45,4
- 5) 116,3
- 6) 15,2
- 7) 133,6^a
- 8) 51,7^a
- 9) 32,8^b
- 10) 6,4^c
- 11) 6,5^c

- ^a Stadtbibliothek Bremen, Jahresabschluss 2005
- ^b Musikschule Bremen, Jahresabschluss 2005
- ^c Bremer Volkshochschule, Jahresabschluss 2005

Produktplan 24 Hochschulen und Forschung

Vorbemerkungen

Der Wissenschaftsbereich wird bereits seit mehreren Jahren über Zielvereinbarungen und Kennzahlen gesteuert. Umfangreiches Zahlenmaterial – auch in der Zeitreihe – liegt aufgrund von Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes vor. Ein lückenloser Großstadtvergleich ist somit auch für das Jahr 2004 möglich. Der Produktplan 24 ist vor allem durch die dynamische Entwicklung gekennzeichnet. Diese wird besonders deutlich bei der Betrachtung der Datenreihen ab 1995 bzw. 1998 im Anlagenband.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu einem profilierten und exzellenten Wissenschaftsstandort sowie Erschließung und Nutzung des Potentials der Metropolregion Bremen - Oldenburg
Z1-1	Stärkung der hervorragenden und transferrelevanten Bereiche in den Wissenschaftsschwerpunkten und Positionierung der Universität Bremen als eine international anerkannte Forschungsuniversität
Z1-2	Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte in exzellenten und innovativen Wissenschaftsfeldern
Z1-3	Stabilisierung des hohen Drittmittelvolumens und Verstärkung der Transferleistungen
Z1-4	Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung der Hochschulen insbesondere durch eine Steigerung der Absolventenzahlen und eine Verkürzung der Studiendauer
Z1-5	Weiterentwicklung der innovativen wissenschaftlichen Kernbereiche mit den stärksten Wachstums- und Beschäftigungseffekten
Z1-6	Schaffung zukunftsfruchtiger neuer Arbeitsplätze durch Wissenschaft und Wissenstransfer als Voraussetzung zur Bewältigung des Strukturwandels und der demographischen Entwicklung
Z1-7	Bereitstellung eines Arbeitskräftepotentials mit hohem Qualifikationsniveau und Gewinnung neuer Einwohner/innen

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den PPI Hochschulen und Forschung stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Hochschulen und Forschung"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	25.979	28.074	3.019	2.958	2.923	-23.056	-88,7	3.485
davon: Personalausgaben (Produktplan) 1)	24.808	27.107	2.298	2.289	2.211	-22.597	-91,1	2.233
zugeordnete Anteile an Versorgung	887	743	493	480	543	-344	-38,8	1.054
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	283	225	228	189	168	-115	-40,6	198
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 2)	53	54	40	39	41	-12	-22,2	°
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	°	°	58.175	58.721	53.775	°	°	°
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	174.176	183.773	205.856	207.681	254.886	80.709	46,3	267.489
dar.: UNI/HOS - Zuschüsse Personalausgaben	92.058	95.764	88.390	79.965	68.210	-23.849	-25,9	65.405
UNI/HOS - Zuschüsse Versorg.bezüge/Beihilfen	0	0	25.586	27.975	29.672	29.672	°	30.402
UNI/HOS - Zuschüsse Sachausgaben	27.872	30.534	32.956	33.332	33.457	5.585	20,0	34.705
BAföG-Zuschüsse Tertiärbereich	10.285	11.926	12.856	13.482	13.314	3.029	29,5	14.410
Forschungsförderung	37.887	38.782	39.513	44.539	42.857	4.970	13,1	40.887
Sonstiges	5.979	6.485	6.241	6.228	5.987	7	0,1	6.785
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	95	283	315	2.160	61.389	61.294	°	74.895
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP) 3)	117.001	106.402	150.420	144.679	72.988	-44.013	-37,6	39.189
dar.: Budgetaufstockung UNI (HGP)	27.250	36.115	36.128	33.369	0	-27.250	-100,0	0
Hochschulbauförderung (HBFÜG)	39.384	41.918	76.315	63.232	47.827	8.443	21,4	10.653
Zuschüsse zu den Invest. Uni/HOS/Sonstiges	26.701	17.756	18.910	17.229	16.842	-9.859	-36,9	19.377
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	23.666	10.613	19.066	30.850	8.319	-15.347	-64,8	9.159
Gesamtausgaben	317.156	318.249	359.295	355.318	330.796	13.640	4,3	310.163

1) Versorgungsbezüge der Hochschulen ab H'h. 2004 ff. bei den konsumtiven Ausgaben ausgewiesen.

2) Einschließlich refinanzierte Stellen

3) Anschlag 2007 einschl. 1.450 Tsd. € für Neubau "Informatik".

Benchmarkingergebnisse

Bremen ist 2004 verstärkt zur „Studierenden-Stadt“ geworden. Während Hamburg und Berlin gegenüber den Vorjahren beim Studierendenanteil verloren haben, legte Bremen - wie in den Vorjahren – zu auf nunmehr gut 5 %. Damit ist die Grundlage gegeben für die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte entsprechend des Arbeitskräftepotentials für die Region und für die Einwohnergewinnung.

Die Versorgungsquote für auswärtige Studierende (38,5 %) reflektiert die in der Kapazitätsplanung des HGP IV angestrebte Eigennutzungsquote i. H. v. 65 % (oberzentrale Funktion).

Die Absolvent/innenquote (das Verhältnis der jeweils aktuellen Absolvent/innendaten eines Jahres zu den Studienanfängerzahlen im 1. Hochschulsesemester vor 4 Jahren) war bereits zwischen 2002 und 2003 geradezu eingebrochen und bleibt 2004 auf diesem reduzierten Niveau und somit trotz allgemein rückläufiger Zahlen noch deutlich unter dem Durchschnittswert der Städte. Ursächlich dürfte nach Einschätzung des Fachressorts ein deutlicher Anstieg der Studienanfängerzahlen zum Ende der 90er Jahre gewesen sein, mit dem die Absolventenzahl vier Jahre später wegen längerer Studiendauer nicht Schritt zu halten vermochte. Es ist davon auszugehen, dass der Einbruch temporärer Natur ist und die Quote bereits im kommenden Bericht wieder in etwa das Ausgangsniveau erreichen wird.

Die Absolvent/innen-Zahlen pro Professor/in sind gegen den allgemeinen Trend gestiegen. Ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr war ansonsten nur in Berlin zu verzeichnen; in den übrigen Vergleichsstädten ist der Wert auch über die Jahre zum Teil deutlich gesunken. Auch hier ist bereits im nächsten Berichtsjahr eine günstigere Relation zu erwarten. Gleichwohl wird an einer Verbesserung der Erfolgsquote weiter gearbeitet.

Die Grundmittelausstattung wurde sowohl auf die Einwohner/innenzahlen als auch auf die Absolvent/innenzahlen bezogen. Im Ergebnis fällt auf, dass Bremen wie in den Vorjahren bei den Grundmitteln pro Einwohner/in den geringsten Wert im Verhältnis zu den Vergleichsstädten aufweist und im Mittelfeld bei den Grundmitteln je Absolvent/in liegt.

Die Stärken Bremens im Drittmittelbereich werden in der Kennzahlendarstellung besonders deutlich: Sowohl bezogen auf die Professor/innen als auch auf die Grundmittel nimmt Bremen hier einen Spitzenplatz ein. Gegenüber den Vorjahren ist – anders als in Hamburg und Berlin – das Drittmittelaufkommen je Professor/in 2004 noch mal deutlich gestiegen (+ 14 % gegenüber 2003). Beachtlich ist auch 2004 das Verhältnis von Drittmitteln zu Grundmitteln, bei dem Bremen einen Spitzenplatz deutlich über dem Durchschnitt der Vergleichsstädte einnimmt. Hieran wird die hohe Effizienz und Effektivität im Forschungsbereich deutlich.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Anhand der Kennzahlen und deren Entwicklung im Zeitverlauf wird deutlich, dass die Zielerreichung im Wissenschaftsbereich grundsätzlich gelungen ist. Besonders die Stärke im Forschungsbereich wird durch das vorgelegte Datenmaterial belegt.

Allerdings werden – wie in den vorangegangenen Benchmarking-Berichten – Schwächen in der Lehre deutlich. Zu beachten ist hierbei, dass das verfügbare Zahlenmaterial sich auf 2004 (bzw. auf die Entwicklung bis 2004) bezieht und seitdem erfolgte Veränderungen im Lehrbetrieb, die vor allem durch die weitreichende Umstellung auf BA/MA-Studiengänge beruhen, noch keine Auswirkungen zeigen. Insofern ist davon auszugehen, dass Folgeberichte eine positive Entwicklung für Bremen und auch für die Vergleichsstädte insgesamt erwarten lassen.

Mit Beginn der Legislaturperiode 2007-2011 erfolgten darüber hinaus Schwerpunktsetzungen im Wissenschaftsbereich zugunsten der Lehre und der Betreuung der Studierenden.

Nach den Beiträgen der wissenschaftlichen Tagung „Amtliche Hochschulstatistik und Hochschulrankings“ ist gegenwärtig eine Einbeziehung der öffentlich bekannten Hochschulrankings im Benchmarking nicht angezeigt, da im erheblichem Maße methodische Probleme bestehen. Rankings mit besserer methodischer Fundierung beziehen sich auf einzelne Fächer und haben als Zielgruppe die künftigen Studierenden im Fokus. Der Ratingansatz des Wissenschaftsrats ist als Pilotstudie kurz vor dem Abschluss. Nach der Evaluation der Pilotstudie und dem Abschlussbericht wird sich der Wissenschaftsrat in 2008 mit der Frage beschäftigen, ob in Deutschland ein Forschungsrating regelmäßig und flächendeckend eingeführt werden soll. Das Ressort wird die Entwicklung weiterhin beobachten.

Ziel	Städte-/ Stadtstaatenvergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø* Min Max	Land Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
Z1-2 Z1-5 Z1-6 Z1-7	24-A-01 Studierende je 1.000 Einwohner	Anzahl	2004		50,4	34,8	37,7	45,6	68,5	70,1	72,1	64,8	45,7	31,3	50,9	.	72,8	48,5	7 von 12
Z1-7	24-B-01 Versorgungsquote für auswärtige Studierende	%	2004		38,5	24,4	30,3	25,4	56,5	27,0	60,7	60,4	40,5	32,0	54,6	.	61,3	42,8	7 von 12
Z1-4	24-C-01 Absolventenquote	%	2004		48,7	65,1	64,6	69,8	56,6	67,3	63,5	67,0	51,3	60,9	57,7	.	57,7	62,3	12 von 12
Z1-4 Z1-5 Z1-6	24-C-02 Absolventen je Professor/in	Anzahl	2004		3,4	3,6	4,9	4,2	3,6	3,5	5,4	4,1	3,8	3,9	4,5	.	4,0	4,2	12 von 12
Z1-4	24-D-01 Grundmittel je Einwohner	Euro	2004		273	286	318	507	380	805	463	586	408	285	344	.	473	390	12 von 12
Z1-4	24-D-02 Grundmittel je Absolvent	1.000 Euro	2004		89,3	85,9	84,7	111,6	69,2	110,2	69,6	84,6	101,8	108,6	74,2	.	70,6	85,8	5 von 12
Z1-1 Z1-3 Z1-6 Z1-7	24-E-01 Drittmittel je Professor	1.000 Euro	2004		132,5	57,5	94,4	71,2	70,3	96,1	72,8	131,3	163,3	78,1	52,1	.	56,6	91,0	2 von 12
Z1-3	24-E-02 Drittmittel je Grundmittel	%	2004		44,0	18,8	23,0	15,2	28,2	24,9	19,5	38,2	42,5	18,6	15,5	.	20,0	25,5	1 von 12

Quellenangaben und Anmerkungen: vgl. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3 im Hauptband.

Produktplan 31 Arbeit

Vorbemerkungen

Die Aufgaben des Produktplanes Arbeit sind breit gefächert. Sie reichen von Fragen der Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, über das Arbeitsrecht, die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts bis hin zum Arbeitsschutz.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte und den Arbeitsuchenden bei der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu helfen
Z1-1	Sicherung vorhandener und Schaffung zusätzlicher Beschäftigung, Unterstützung der Betriebe bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer
Z1-2	Förderung von Frauen im Beruf
Z1-3	Bekämpfung von Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit
Z2	Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Beruf und Gesellschaft, Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechtes
Z2-1	Förderung, und Sicherung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft
Z2-2	Gewährung von Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechtes (Renten und Heilbehandlungen), besonders für Opfer von Gewalttaten
Z3	Durchführung der staatlichen Aufgaben des sozialen, technischen und gesundheitlichen Arbeitsschutzes, der technischen Sicherheit und des Eichwesens
Z3-1	Schaffung eines leistungsfähigen, Arbeitsschutzsystems, das die Gesundheit der Arbeitnehmer erhält, schützt und fördert
Z3-2	Schutz der Arbeitnehmer vor negativen Einwirkungen und Überbeanspruchung, Schutz der Benutzer von technischen Arbeitsmitteln und Anlagen, bei Medizinprodukten auch der Patienten.
Z3-3	Verbraucherschutz beim Erwerb messbarer Güter und Dienstleistungen, Gewährleistung von Messsicherheit im Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz sowie in ähnlichen Bereichen des öffentlichen Interesses

Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist es, den Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte und den Arbeitsuchenden bei der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu helfen. Arbeitsmarktpolitik soll präventiv ausgerichtet sein und gleichzeitig der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Der Schwerpunkt der Arbeitsförderung liegt auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote verfolgen damit vorrangig das Ziel, die Bedingungen zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung zu verbessern.

Die Förderung von Frauen im Beruf, in der Ausbildung und in den Programmen der Arbeitsmarktpolitik soll eine gleichberechtigte Teilnahme am Arbeitsleben ermöglichen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll im Sinne der Doppelstrategie des Gender Mainstreaming verbessert werden.

Unterschiedliche Qualifizierungsangebote sowie finanzielle Eingliederungshilfen im Bereich der Beschäftigungsförderung stehen im Mittelpunkt der Förderangebote. Die Bekämpfung von Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit bleibt besonderer Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt liegt im Bereich des Schwerbehindertenrechts. Durch ein entsprechendes Feststellungsverfahren nach dem SGB IX erwächst schwerbehinderten Menschen eine Reihe von Nachteilsausgleichen. Damit soll eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleistet werden. Insbesondere dienen die Leistungen aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen.

Mit den Leistungen des Opferentschädigungsgesetzes soll die Lebenssituation von Menschen, die Opfer einer Gewalttat geworden sind, verbessert werden. Den Opfern wird die Behandlung der gesundheitlichen Schäden und ein materieller Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitsverletzung gewährt.

Der Arbeitsschutz kümmert sich um die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit, sowie sichere Arbeitsmittel. Marktüberwachungsmaßnahmen bei technischen Produkten und gefährlichen Stoffen dienen dem Verbraucherschutz. Das Eichwesen schützt Wirtschaft und Verbraucher vor fehlerhaften Messungen im Handel und Gesundheitswesen und trägt damit erheblich zur Markttransparenz bei.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte des Produktplans stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Arbeit"	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag
	2002	2003	2004	2005	2006		%	2007
	Tsd. €							
Personalausgaben (incl. Versorgung)	22.079	20.695	17.410	17.505	16.385	-5.694	-25,8	16.543
davon: Personalausgaben (Produktplan)	16.779	15.439	13.086	13.086	12.268	-4.511	-26,9	12.142
zugeordnete Anteile an Versorgung	5.300	5.256	4.324	4.419	4.117	-1.183	-22,3	4.401
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) ¹⁾	333	324	260	248	239	-94	-28,2	.
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	50.463	47.710	50.292	52.702	51.395	48.092	1,8	.
Sonstige konsumtive Ausgaben	58.625	52.094	50.287	44.814	43.158	-15.467	-26,4	54.051
dar.: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	39.614	33.669	33.526	29.435	27.656	-11.958	-30,2	38.218
Soziale Sicherheit	17.439	16.652	15.976	14.644	14.825	-2.614	-15,0	15.030
Arbeitsschutz, techn. Sicherheit, Eichwesen	687	665	726	695	639	-48	-7,0	753
Sonsitiges	885	1.108	59	40	37	-848	-95,8	50
Investitionsausgaben	1.636	2.218	1.503	1.050	1.263	-373	-22,8	1.286
Gesamtausgaben	82.340	75.007	69.200	63.369	60.806	-21.534	-26,2	71.880

1) Einschließlich refinanzierter Stellen

Benchmarkingergebnisse

1. Arbeitsmarktpolitik in finanzieller Verantwortung des Ressorts Arbeit (Kennziffern unter 31–A)

Die ermittelten Werte im Bereich Arbeitsmarktpolitik stellen die Ausgaben bezogen auf arbeitsmarktpolitische Programme für arbeitslose Personen dar. Finanzmittel, die sich z. B. auf berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen beziehen und damit Beschäftigte zur Zielgruppe haben, bleiben unberücksichtigt, weil die Datenlage unter den Vergleichsstädten nicht gesichert ist. Die vorliegenden Kennzahlen, die auf Ebene der drei Stadtstaaten sowie der Städte München und Bremen gebildet wurden, spiegeln das Ziel wider, Arbeitslose durch Aktivierung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. München konnte als Stadt erstmals in den Vergleich einbezogen werden.

Der erste auf eine Relation bezogene Finanzindikator betrifft das eingesetzte Finanzvolumen pro geförderter Person. Hier entfallen in der Stadt und im Land Bremen mit 1.153 € bzw. 1.209 € deutlich weniger Mittel pro Teilnehmer/-in als in Berlin mit 1.602 € und München mit 2.618 €. Da in Hamburg für einen Teil der Förderprogramme keine belastbare Erfassung der Teilnehmerzahlen erfolgt, ist diese Kennziffer für Hamburg nicht darstellbar.

Gemessen an den beiden Indikatoren „Mittleinsatz pro arbeitsloser Person“ und „Mittleinsatz pro Einwohner/-in“ setzt Bremen die mit großem Abstand geringsten Mittel zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt ein. D.h., dass Bremen, gemessen an den auf Städte- und Länderebene vorliegenden Daten, nur rd. die Hälfte des Aufkommens der Vergleichsregionen pro arbeitsloser Person einsetzt.

Während Hamburg, Berlin und München zwischen ca. 400 € und 550 € pro arbeitsloser Person einsetzen, sind es in Bremen ca. 200 € (Stadt Bremen) bzw. 240 € (Land). Der Vergleich zum Vorjahr zeigt, dass der Rückgang des Mittleinsatzes unter den 3 Stadtstaaten in Bremen am größten ausfällt: Während in Bremen der Rückgang 15 % beträgt, machte er in Hamburg 6 % aus, in Berlin ist im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 24 % zu verzeichnen.

Ähnlich verhält es sich beim Mittleinsatz, der pro Einwohner/-in aufgewandt wird. Bereits im Jahr 2005 wies Bremen den niedrigsten Wert aus. Im Vergleich zum Vorjahr weist Bremen eine Abnahme von 24 %, Hamburg von 9 % und Berlin eine Zunahme um 13 % aus.

Wie oben dargestellt, verfügt Bremen bezogen auf Arbeitslose, Einwohner und geförderte Personen über deutlich weniger Mittel als die Vergleichsregionen. Dies hat u.a. seinen Grund darin, dass in Bremen die originären Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik, die sich an Arbeitslose richtet, in den letzten Jahren kontinuierlich auf einen Sockelbetrag hin reduziert wurden.

Angesichts dieser Befunde nimmt Bremen bei der Ausschöpfungsquote mit Werten von 19,7 % (Land) bzw. 17,7 % (Stadt) im Vergleich zu München mit 15,0 % und Berlin mit 26,3 % eine mittlere Position ein.¹ Trotz geringem Mittleinsatz kann man unterstellen, dass ein relativ hoher Anteil arbeitsloser

¹ Die Ausschöpfungsquote kann für Hamburg aus dem genannten Grund nicht dargestellt werden.

Personen von den Fördermaßnahmen erreicht wird, es also eine hohe Outputeffizienz gibt. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass sich die hier erhobene Ausschöpfungsquote auf durch Mittel des Landes und der EU geförderte Personen bezieht und nichts über die jeweiligen Aktivierungsquoten in den Vergleichsregionen insgesamt aussagt. Die umfassenden Ausschöpfungsquoten werden wesentlich durch Mittel der Agenturen über Programme des SGB III und die ARGE n über Programme des SGB II beeinflusst.

Auch die Eingliederungsquote als Wirksamkeitsindikator lässt angesichts der Mittellage Bremens ähnliche Rückschlüsse zu. Mit 16,8 % (Stadt) und 20,1 % (Land) ist der Abstand zu Berlin (20,9 %) und München (20,5 %) gering. Hamburg erhebt diesen Wert nicht für alle Förderprogramme, daher ist ein Vergleich nicht möglich.²

2. Arbeitsmarktpolitik in finanzieller Verantwortung der Bremer Agentur für Integration und Soziales (BAgIS) und der ARGE Job Center Bremerhaven (Kennziffern unter 31-B)

Dem Prüfauftrag des Senats entsprechend hat das Ressort Kennzahlen zu den Eingliederungshilfen gem. SGB II aufgenommen, auch wenn diese Leistungen nicht der Steuerung des Ressorts unterliegen. Hierbei ist neben Berlin, Bremen und Hamburg auch München als weitere Stadt in den Vergleich aufgenommen werden.

Die SGB II-Quote, die das Verhältnis von erwerbsfähigen Hilfeempfängern zur erwerbsfähigen Bevölkerung darstellt, weist den Problemdruck aus, der in einer Region hinsichtlich der SGB II – Dichte besteht. Dieser Indikator weist in den Vergleichsregionen eine breite Streuung aus. München verfügt mit 6 % über den niedrigsten Wert, Hamburg hat eine Quote von 13 %, die Stadt Bremen hat 15 %, das Land Bremen 17 % und Berlin weist mit 19 % die höchste SGB II – Quote aus.

Obwohl Stadt und Land Bremen demnach nicht den höchsten Problemdruck unter den Vergleichspartnern aufweisen, haben die beiden Arbeitsgemeinschaften bei der Kennziffer „Fördermittelquote“ mit großem Abstand den höchsten Mitteleinsatz pro SGB II – Hilfeempfänger/-in realisieren können.

Im Bereich der sozialen Sicherheit hat das Ressort erstmals Kennzahlen entwickelt und mit Werten hinterlegt:

- Bei den Ausgaben im Bereich des Opferentschädigungsrechtes liegt Bremen wie auch Hamburg und Berlin weit über dem Bundesdurchschnitt und nimmt den 3. Rang ein. Sachsen nimmt hier die Schlussposition ein. Bei der Betrachtung auf Länderebene ist zu berücksichtigen, dass in ländlichen Gebieten erfahrungsgemäß im Verhältnis zu Großstädten weniger Gewalttaten verübt und daher auch weniger Anträge auf Entschädigung gestellt werden. Beim Vergleich der Stadtstaaten untereinander wird deutlich, dass sich die Werte für die Ausgaben je 1.000 Einwohner in der gleichen Größenordnung bewegen. Bremen belegt hinter Berlin und Hamburg den letzten Rang. Mit 8,6 Anträgen (pro 10.000 Einwohner) auf Entschädigung liegt Bremen ebenfalls an der Spitze, gefolgt von Berlin (4,8) und Hamburg (4,2). Die geringste Anzahl von Anträgen nehmen die Behörden in Bayern (1,3) entgegen. Der hohen Antragszahl in Bremen steht eine ebenso hohe Ablehnungsquote aufgrund von offensichtlich unbegründeten Anträgen gegenüber.
- Die Werte der Schwerbehindertenquote differieren zwischen den Bundesländern zum Teil erheblich. Bezogen auf das Bundesgebiet lag die Schwerbehindertenquote im Jahr 2005 bei 9,4%. Bremen liegt mit 9,7% nur leicht über diesem Wert. In den ostdeutschen Bundesländern weisen Brandenburg (10,6%) die höchste sowie Sachsen-Anhalt (8,7%) die niedrigste Schwerbehindertenquote auf. In den alten Bundesländern liegt der Wert für das Saarland (11,2 %) an der Spitze. Der Wert für Bayern (8,5 %) ist am niedrigsten.
- Die kürzesten Bearbeitungszeiten für Anträge auf Feststellung einer Schwerbehinderung gibt es in Schleswig-Holstein mit 2,4 Monaten und Bremen mit 2,5 Monaten. Die längste Wartezeit muss die Bevölkerung in Berlin (5,5 Monate) in Kauf nehmen.
- Die Ausgaben der Integrationsämter aus der Ausgleichsabgabe als begleitende Hilfe zum Erhalt der Arbeitsplätze Schwerbehinderter differieren in den Bundesländern zum Teil sehr deutlich. Das Land Bremen rangiert mit 3,4 Euro pro 1000 Einwohner an drittletzter Stelle vor Mecklenburg-Vorpommern (2,9 Euro je 1000 EW) und Sachsen-Anhalt (3,0 Euro je 1000 Einwohner). Hessen liegt mit 8,7 Euro über dem Bundesdurchschnitt von 5,6 Euro je Einwohner. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Ausgaben nur in Höhe der Einnahmen für die Ausgleichsabgabe geleistet werden können. Diese Einnahmen entstehen durch die direkt von den Arbeitgebern am Hauptfirmensitz erhobene Abgabe.

² Angesichts der in Bremen zukünftig stärkeren Orientierung auf arbeitslose Personengruppen, die absehbar nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren sind, wird die Eingliederungsquote auch hier an Bedeutung abnehmen.

- Bundesweit wurden 32.150 Anträge auf Zustimmung zur Kündigung schwerbehinderter Menschen gestellt. Auch hier ist die Spannweite sehr groß. In Nordrhein-Westfalen werden mit 8.318 die meisten Anträge gestellt.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Das Ressort hat die Prüfaufträge aufgenommen und Kennzahlen für weitere Aufgabenschwerpunkte entwickelt und mit Daten hinterlegt.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik arbeitet das Ressort zur Zeit sowohl im Bereich des SGB II wie auch im Bereich seiner originären Landesarbeitsförderung an einer Stabilisierung und Verbesserung des Benchmarking unter den Bedingungen sich gesetzlich und regional verändernder Rahmenbedingungen. Veränderte oder zusätzliche Kennziffern werden voraussichtlich in den Benchmarking-Bericht des Jahres 2008 eingehen. Es strebt weiterhin eine Erweiterung des Kreises der beteiligten Städte an.

Darüber hinaus ist das Ressort bemüht, Kennzahlen für die Aufgabenbereiche Arbeitsschutz, technischen Sicherheit und Eichwesen darzustellen. Mit kurzfristigen Ergebnissen ist jedoch nicht zu rechnen, da zum einen die Erarbeitung und Verabschiedung einer gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie und die damit verbundene Definition von Kennzahlen nicht vor dem Jahr 2011 erfolgen und auch die Umorganisation im Bereich des Eichwesens noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Das Ressort wird gebeten, die vorliegenden Kennzahlen im Hinblick auf die Zielsetzungen des Ressorts weiter fortzuschreiben bzw. unter vorgenannten Aspekten auszubauen sowie zu prüfen, ob eine Erweiterung des Kreises der Beteiligten auf Städte- bzw. Länderebene bereits zum nächsten Bericht möglich ist.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremer: Abweichung vom Ø*		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremer
Z1-1	31-A-01	%	2006	Min	Max	16,8		20,9					20,5						X	X
Z1-1	31-A-02	1.000 Euro	2006			7.443	53.900	123.500					21.438						X	X
Z1-1	31-A-03	Euro	2006			1.153		1.602					2.618						X	X
Z1-1	31-A-04	Euro	2006			204	562	421					393						X	X
Z1-1	31-A-05	Euro	2006			13,6	30,7	36,3					16,6						X	X
Z1-1	31-A-06	%	2006			17,7		26,3					15,0						X	X
Z1-1	31-B-01	%	2006			15,4	12,5	18,7					6,1						X	X
Z1-1	31-B-02	Euro	2006			1.035	723	973					454						X	X

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremer: Abweichung vom Bundeswert*		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
Z1-1	31-A-01	%	2006	Min	Max	20,1		20,9														X	X
Z1-1	31-A-02	1.000 Euro	2006			11.365	53.900	123.500														X	X
Z1-1	31-A-03	Euro	2006			1.209		1.602														X	X
Z1-1	31-A-04	Euro	2006			238	562	421														X	X
Z1-1	31-A-05	Euro	2006			17,1	30,7	36,3														X	X
Z1-1	31-A-06	%	2006			19,7		26,3														X	X
Z1-1	31-B-01	%	2006			16,6	12,5	18,7														X	X
Z1-1	31-B-02	Euro	2006			1.154	723	973														X	X
Z2-2	31-C-01	Euro	2005			2.517	2.718	2.851	1.403	1.024	1.814	1.935	1.880	1.422	1.312	1.125	1.564	2.101	551	1.885	1.392	1.614	3
Z2-2	31-C-02	%	2005			8,6	4,2	4,8	2,6	1,3	2,3	2,6	3,3	1,9	4,3	2,2	2,7	4,6	2,2	2,3	3,1	2,7	1
Z2-1	31-C-03	Monate	2005			9,7	8,9	11,0	9,1	8,5	9,6	9,0	9,4	10,3	11,2	10,2	10,3	10,6	8,7	8,9	9,0	9,4	7
Z2-1	31-C-04	Euro	2005			2,5	3,5	5,5	2,7	3,1	3,5	3,8	2,6	3,1	3,6	2,4	5,1	3,9	4,9	3,5	4,1	3,9	15
Z2-1	31-C-05	Euro	2005			3,4	8,0	6,0	5,6	5,5	8,7	5,8	6,0	5,2	7,3	3,6	2,9	3,7	3,0	5,1	3,5	5,6	14
Z2-1	31-C-06	Anzahl	2005			273	893	1.632	4.077	3.671	2.451	8.318	1.188	284	863	654	1.095	1.572	916	1.009	2.009		16

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt. * Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 41 Ressort Jugend und Soziales – Teilbereich Soziales

Vorbemerkungen

Der Produktplan Jugend und Soziales wurde - wie auch schon in den letzten Berichten - aufgrund der politischen Bedeutung, des Mittelvolumens und der klaren Abgrenzungsmöglichkeit in den Bereich Soziales (PPL 41 ohne 41.01) und den Bereich Jugend (41.01) getrennt, wobei nachfolgend der Bereich Soziales (ohne Jugend) kommentiert wird.

Der Bereich gliedert sich in Leistungen nach dem SGB XII und II, Hilfe zur Pflege, Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Eingliederungshilfe.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Soziale Leistungen dienen - ob zum Ausgleich bei zu geringem Einkommen oder in besonderen Lebenslagen wie bei Behinderung oder Pflegebedürftigkeit - dem Ziel, ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Die öffentliche Sozial- und Daseinsvorsorge orientiert sich dabei am Leitbild des aktivierenden Staates und dem Grundsatz von Fördern und Fordern.

Integration, Bürgernähe, Selbstverantwortung sowie Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei neben Effizienz und Effektivität im Verwaltungshandeln von grundlegender Bedeutung. Ziel der aktivierenden Politik ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu ermuntern und zu unterstützen, aktiv an der Lösung der eigenen, aber auch der gesellschaftlichen Probleme, mitzuarbeiten.

In der Hilfe zur Pflege richten sich generell die Steuerungsziele auf den mittelbaren Einfluss zur Vermeidung und Verzögerung von stationärer Versorgung zugunsten der ambulanten Pflege. Innerhalb der ambulanten Versorgung gilt es bei der Feststellung von zusätzlichen Hilfeleistungen und der Vermittlung von Hilfen einen "Hilfemix" von Pflegedienstleistungen und Nachbarschaftshilfen (z.B. durch Dienstleistungszentren) zu erzielen, um eine kostengünstige Versorgung sicherzustellen.

Die Hilfen und Leistungen für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Erwachsene zielen auf die Förderung und Erhaltung der Selbständigkeit, die Stabilisierung lebenspraktischer, sozialer und kommunikativer Fähigkeiten sowie des Gesundheitszustandes. Angestrebt wird die Selbstbestimmung und Unterstützung durch Angehörige sowie die Eingliederung ins Arbeitsleben. Dabei hat die ambulante und gemeindenahere Versorgung Vorrang.

Z1	Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II und XII
Z1-1	Unterstützung derjenigen, die nicht dazu in der Lage sind, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu sichern, so dass ihnen ein Leben in Würde möglich ist.
Z1-2	Unterstützung derjenigen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, soweit dieses im Rahmen der kommunal zu erbringenden Leistungen zu erfolgen hat.
Z1-3	Ausgestaltung der Hilfen und Leistungen, die laufend oder einmalig zur Gewährleistung des Existenzminimums erforderlich sind; effektive und verlässliche Organisation der Entscheidungen dazu; effektive und verlässliche Übermittlung der Leistungen.
Z1-4	Selbsthilfekräfte stärkende und vorrangige Hilfemöglichkeiten systematisch und effizient nutzen.
Z2	Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge
Z2-1	Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Z3	Hilfen zur Pflege
Z3-1	Gewährleistung von ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen für Menschen, deren Pflegesachleistungsbedarf durch die Pflegekasse nicht abgedeckt wird sowie bedarfsdeckende Hilfen für nicht pflegeversicherte Personen und Personen unterhalb Pflegestufe 1.
Z3-2	Vorrang der ambulanten und teilstationären Versorgung vor stationärer Versorgung unter Beachtung der Notwendigkeit zu stationärer Versorgung.
Z3-3	Sicherstellung einer kostengünstigen ambulanten Versorgung durch „Hilfemix“ von Pflegedienstleistungen und Nachbarschaftshilfen.
Z4	Hilfen für Erwachsene mit Behinderung
Z4-1	Hilfen und Leistungen für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Erwachsene, die aufgrund ihrer Behinderung auf besondere Hilfen zur Eingliederung in die Gesellschaft angewiesen sind.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im folgenden, zusammenfassend für den Produktplan Jugend und Soziales, dargestellt:

Ausgabepositionen Produktplan Jugend & Soziales	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränderung 2002 - 2006	%	Anschlag 2007
	2002	2003	2004	2005	2006			
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (ab 2005 Herauslösung KiTa Bremen)	93.698	103.434	101.555	62.863	60.938	-32.760	-35,0	59.883
davon: Personalausgaben (Produktplan)	84.754	94.392	93.070	53.872	51.977	-32.777	-38,7	49.793
zugeordnete Anteile an Versorgung	8.944	9.043	8.485	8.991	8.962	18	0,2	10.090
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	1.940	2.070	2.056	1.085	1.085	-855	-44,1	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	43.684	45.610	45.274	49.665	47.912	4.228	9,7	
Sonstige konsumtive Ausgaben	567.230	589.011	618.494	659.944	663.565	96.336	17,0	639.481
darunter Konsumtive Ausgaben Bereich Soziales	444.672	461.147	481.958	489.144	493.309	48.638	10,9	465.466
Konsumtive Ausgaben Bereich Jugend	122.558	127.864	136.535	170.800	170.256	47.698	38,9	174.015
darunter Personalkostenzuschuss an Kita Bremen				35.240	31.886			41.241
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	10.935	11.162	13.297	14.634	10.548	-387	-3,5	5.658
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile				308	139			
darunter Investitive Ausgaben Bereich Soziales	8.868	9.697	9.321	10.658	8.880	13	0,1	5.048
Investitive Ausgaben Bereich Jugend	2.068	1.465	3.976	3.976	1.667	-400	-19,4	610
Gesamtausgaben	671.863	703.607	733.346	737.441	735.052	63.189	9,4	705.022

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II und XII

Bedingt durch die Hartz-IV-Umstellung wurde anstelle der früheren Kennzahl der Sozialhilfedichte (Anteil Empfänger lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt nach BSHG je 1.000 Einwohner) im Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (KZV) eine neue Kennzahl zur Dichte von Transferleistungsempfängern gebildet. Diese bildet den Anteil der Leistungsempfänger nach SGB II¹ und SGB XII 3. + 4. Kapitel² pro 1.000 Einwohner ab³.

Für Bremen ergibt sich eine Transferleistungsdichte von 153,8 auf Rang 5 hinter den Städten Berlin (191,5), Leipzig (172,3), Dortmund (160,1) und Duisburg (159,2). Diese liegt deutlich über dem Mittelwert von 144,5, aber nicht mehr an 1. Position wie lange Zeit bei der Sozialhilfedichte.

Empfänger von ALG II bilden zusammen mit den Sozialgeldempfängern die Gruppe der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, die im wesentlichen aus den erwerbsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfängern und den zur Bedarfsgemeinschaft gehörenden Personen, sowie aus ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern und ihren Angehörigen bestehen.

Es gibt dabei deutlich mehr ALG II -Empfänger als Sozialgeldempfänger.

Die Aufteilung bewegt sich in der Stadt Bremen bei 72 % ALG II -Empfänger zu 28 % Sozialgeldempfänger. Letztere sind zu rd. 95 % unter 15 Jahre alt.

Die letztmalig im Jahr 2004 erhobene Sozialhilfedichte lag bei 83 Empfängern je 1.000 Einwohner. Bremen wies damit den höchsten Wert unter den deutschen Großstädten aus.

Seit 2005 werden in Anlehnung an die gesetzlichen Änderungen zum SGB II und SGB XII 3. + 4. Kapitel verschiedene Dichten nach Leistungsarten ausgewiesen.

Der überwiegende Teil ehemaliger Sozialhilfeempfänger erhält, so es nicht zwischenzeitlich zu einem Ausscheiden aus dem Leistungsbezug gekommen ist, seither Leistungen nach dem SGB II.

¹ Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld

² 3. Kapitel: laufende Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU) a. v.E.; 4. Kapitel: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GsiAE) a.v.E.

³ Bezugsgröße für die Berechnungen zu den Dichten SGB II und SGB XII im KZV ist die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz gemäß Einwohnermeldedatei Städte zum Stichtag 31.12. des Jahres.

Der Anteil der Leistungsempfänger SGB II an der Bevölkerung entspricht aber systematisch nicht der alten Sozialhilfedichte, da neben den ehemaligen Sozialhilfeempfängern nach BSHG auch ehemalige Empfänger von Arbeitslosenhilfe und deren Familienangehörige⁴ i.d.R. in den Leistungsbezug des SGB II wechselten.

Betrachtet man 2006 die SGB II- Dichte, so zeigt sich, dass diese in Bremen bei 140,1 Empfängern je 1.000 Einwohner liegt und damit nur geringfügig über dem Vorjahreswert von 139,4. Anstiege der Dichte-Werte 2006 gegenüber 2005 sind in allen Städten zu verzeichnen, in Bremen ist dieser Anstieg aber moderater als in anderen Städten ausgefallen. Ursache hierfür ist vor allem das vergleichsweise hohe Ausgangsniveau in Bremen (siehe ehemalige Sozialhilfedichte vor 2005).

Bremen liegt mit dem aktuellen Wert deutlich hinter Berlin (178) und Leipzig (167), in der Nähe der Werte von Duisburg (148), Dortmund (146) und Hannover (136), und im Ergebnis auf Rang 5. Der Durchschnitt aller Städte liegt bei 132 Empfängern je 1.000 Einwohnern, wobei die Städte München (56) und Stuttgart (70) die mit Abstand niedrigsten Werte verzeichnen. Stuttgart und München sind prosperierende Regionen, was dazu führt, dass schneller in neue Arbeitsverhältnisse vermittelt werden kann, so dass es zu einem Bezug von SGB II- Leistungen seltener kommt. Ein zudem höheres Lohnniveau führt dazu, dass es seltener zu ergänzendem Bezug von SGB II Leistungen zusätzlich zum Bezug von ALG I (SGB III) kommt. In München leben viele ältere Menschen in der Stadt, die keine Leistungen nach SGB II, sondern Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE, SGB XII 4. Kap.) erhalten.

Die Höhe der Zahl der Leistungsempfänger bzw. die Anteile an der Bevölkerung spiegeln sich auch in den einwohnerbezogenen Ausgaben wider. Städte mit einer hohen Dichte von Leistungsempfängern haben tendenziell auch höhere Ausgaben pro Einwohner. Die durchschnittliche Höhe der Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) lag für Leistungsempfänger in der Stadt Bremen bei 338 € je Einwohner, in Berlin mit dem höchsten Wert bei 437 € je Einwohner, in München mit dem niedrigsten Wert jedoch nur bei 135 € je Einwohner. Der Bremer Wert liegt wie bei den Empfängerzahlen auch bei den Ausgaben leicht über dem Durchschnitt von 320 €.

Bei den Ausgaben je Leistungsempfänger liegt Bremen mit 2.415 € ziemlich exakt beim Durchschnitt von 2.433 €. Bei den Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft liegt Bremen mit 4.587 € (2005: 4135 €) leicht über dem Durchschnitt von 4.508 €.

Die Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft (BG) sind in allen Städten im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dieses ist zu einem wesentlichen Teil auch darauf zurückzuführen, dass zum 1.7.2006 unter 25-jährige Leistungsempfänger, die im Haushalt der Eltern leben, wieder der Bedarfsgemeinschaft der Eltern zugeführt wurden, so dass die Zahl der BG rechnerisch zurückgegangen ist, die der Leistungsempfänger und Ausgaben aber nicht, mithin also der Durchschnittsbetrag sich rechnerisch erhöht hat.

Die Kosten der Unterkunft (KdU) sind die größte Position der kommunalen Ausgaben im Bereich des SGB II. Hier nimmt Bremen mit 4.072 € pro Bedarfsgemeinschaft den 10. Rang ein und liegt damit etwas unter dem Durchschnitt (4.167 €). Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da sich die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften (siehe vorhergehender Absatz) geändert hat, was sich auf die Durchschnittswerte steigernd auswirkt. Aus diesem Grund ist eine Betrachtung „pro Leistungsempfänger“ in den Vergleich aufgenommen worden. Danach liegt Bremen mit durchschnittlich 2.144 € auf Rang 8 und unter dem Durchschnittswert von 2.253 €.

Bei den Hilfen zum Lebensunterhalt (3. Kap. SGB XII) liegt Bremen mit 16,9 € pro Einwohner auf dem 3. Rang und damit über dem Durchschnitt von 12,4 €. Den gleichen Rang belegt Bremen bei den Ausgaben pro Leistungsempfänger (7.484 €, Durchschnitt: 6.698 €). Laut Benchmarking-Bericht 2006 lag Bremen im Jahr 2005 für beide Kennzahlen dagegen deutlich unter dem Durchschnitt: 12,6 € pro Einwohner, 5.799 € pro Leistungsempfänger). Das Ressort verweist darauf, dass die niedrigen Werte für das Jahr 2005 auf unkorrekte Buchungen zurückzuführen sind. Die inzwischen veranlasste korrekte Zuordnung der Ausgaben führt dazu, dass in diesem Bereich Ausgaben erscheinen, die bisher an anderer Stelle verbucht wurden und daher hier höhere Ausgaben sichtbar werden.

Für den Bereich 4. Kap. SGB XII (Ausgaben pro Einwohner für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) nimmt Bremen einen mittleren, 6. Rang, ein. Hier liegt Bremen mit 54 € Ausgaben pro Einwohner im Durchschnitt der Städte (53 €), bei den Ausgaben pro Leistungsempfänger mit 4.756 € leicht unter dem Durchschnitt (4.916 €).

⁴ Die Familienangehörigen von Arbeitslosenhilfeempfänger/-innen wurden vor 2005 statistisch nicht erfasst.

Im Bereich des 4. Kap. SGB XII ist eine steigende Anzahl von Leistungsempfängern festzustellen. Diese Entwicklung könnte sich fortsetzen, da durch Unterbrechungen des Arbeitslebens (unterbrochene Erwerbsbiographien) und /oder zunehmend lange Phasen des Leistungsbezugs nach SGB II vermehrt ältere Personen auf die Grundsicherung angewiesen sein werden. Das gilt auch für Personen mit ununterbrochenen Erwerbsbiographien, deren Rente nicht ausreichend ist, weil z.B. das Lohnniveau entsprechend niedrig war. Zudem führt die demographische Entwicklung zu einem Anstieg der Leistungsempfänger.

Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes konnten in der Vergangenheit weder für Bremen noch für Vergleichsstädte Grunddaten geliefert werden. Auf Einladung von Bremen hat eine Arbeitsgruppe des Benchmarkingkreises Definitionen und Indikatoren/Kennzahlen erarbeitet, um einen Vergleich zum AsylbLG mit ausgewählten Merkmalen zu ermöglichen.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz pro Einwohner in Bremen bei 34,9 € liegen und Bremen damit den höchsten Wert aufweist (Durchschnitt: 20,1 €). Ein Grund dafür dürfte die hohe Bestandszahl an Leistungsberechtigten in der Stadtgemeinde Bremen sein. Das Ressort hat keine Möglichkeiten der Einflussnahme auf diese Zahl, sondern folgt mit der Leistungsbewilligung den aufenthaltsrechtlichen Verfügungen des Innenressorts.

Bei den Ausgaben pro Leistungsempfänger liegt Bremen mit 5.567 € im Durchschnitt der betrachteten Städte (5.565 €) auf Rang 7.

Das Ressort merkt an, dass trotz Definition der Kennzahlen im Vergleichsring noch keine vollständige Klarheit über die zugrundeliegenden Ausgabenpositionen besteht. In einigen Städten, so z.B. in München, der Stadt mit dem niedrigsten Wert, wurden die Ausgaben für Gemeinschaftsunterkünfte z.B. nicht miterfasst. In einem Teil der Städte sind die Gemeinschaftsunterkünfte kommunal betrieben, so dass z.B. keine Kosten der Unterkunft anfallen oder ausgewiesen werden können. Für München und Leipzig gilt zudem, dass die Kosten vollständig vom Land erstattet werden.

Die Großstädte haben sich für die Zukunft darauf verständigt, die Ausgaben für Kosten der Unterkunft in Gemeinschaftsunterkünften bei der Erfassung nicht zu berücksichtigen. Ob es für 2006 noch eine Nacherfassung geben wird oder die Erhebungsmethode dann ab dem Erhebungsjahr 2007 verändert wird, ist noch offen.

Zum Stadtstaatenvergleich mit Hamburg ist zu berücksichtigen, dass dort Kosten für besondere Leistungen, wie z. B. Krankenhilfe, nicht eingerechnet wurden.

Hilfe zur Pflege

Relevante Kennzahlen in diesem Bereich liegen inzwischen für alle 16 großen Großstädte fast vollständig vor, so dass für diesen Bericht erstmalig eine Datenlage besteht, die vergleichende Aussagen ermöglicht.

Bremen liegt bei allen Kennzahlen zur Pflege im „mittleren Bereich“ (Rang 4 bis 7). Auffallend sind die großen Unterschiede bei den Ausgaben pro Hilfeempfänger sowohl bei der ambulanten Hilfe (3.338 € Leipzig, 26.552 € München, 9.456 € Bremen) als auch bei der stationären Hilfe (Leipzig: 3.512 €, Frankfurt: 28.215 €, Bremen: 12.217 €). Das Ressort verweist darauf, dass sich zu den Unterschieden in den Städten ausführliche Erläuterungen im Bericht „Leistungen nach dem SGB XII (ohne Eingliederungshilfen)“ der großen Großstädte für das Jahr 2006 finden. Unter anderem kann festgestellt werden:

- Bei den stationären Hilfen sind bundesweit unterschiedliche Zuständigkeitsregelungen vorhanden, die dazu führen, dass die tatsächlichen kommunalen Ausgaben in diesem Bereich nicht ohne weiteres vergleichbar sind. So gibt es zum Teil Abgrenzungen nach Alter und für Leistungen der Kurzzeitpflege. In den Stadtstaaten sind entsprechende Differenzierungen nicht vorhanden.
- Die Stadt Frankfurt begründet ihre hohen Kosten im stationären Bereich ferner damit, dass in den vergangenen Jahren viele neue stationäre Einrichtungen geschaffen wurden. Dieses führt zu vergleichsweise hohen Investitionsanteilen in den Heimentgelten.
- Bei den Werten von Bremen ist im Gegensatz zu den übrigen Städten zu berücksichtigen, dass in den Ausgaben für stationäre Leistungen auch Leistungen nach dem III. Kapitel des SGB XII enthalten sind.

- In der ambulanten Pflege sind die durchschnittlichen Ausgaben u. a. davon abhängig, inwieweit Pflegebedürftige ausschließlich bzw. überwiegend von Angehörigen gepflegt werden. Gerade hier ist der entsprechende Anteil in Leipzig besonders hoch mit der Folge, dass Pflegedienste im Vergleich deutlich seltener in Anspruch genommen werden müssen.

Im ambulanten Bereich sind ferner die fachlichen Einschätzungen und Zielsetzungen der Städte unterschiedlich. Einige Städte verfolgen sehr konsequent das Ziel, Pflegebedürftigen möglichst lange ein Leben in einer eigenen Wohnung zu ermöglichen, auch wenn dieses zu deutlich höheren Ausgaben führt. So hat z.B. die Stadt München recht kostenintensive ambulante Pflegearrangements im Rahmen einer ambulanten Vollzeitpflege.

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen:

Zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen können für diesen Benchmarking-Bericht keine Kennzahlen aufgenommen werden, da sich im Vergleichsring für die Daten 2005 und 2006 noch Korrekturbedarfe ergeben haben und eine Freigabe der Daten bisher nicht erfolgt ist. Der Abstimmungsprozess wird erst Ende des Jahres 2007 erfolgt sein.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Das Sozialressort beteiligt sich weiterhin aktiv an Benchmarking-Aktivitäten, insbesondere Vergleichsringen. Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes und bei der Hilfe zur Pflege können somit erstmalig vergleichende Kennzahlen dargestellt werden. Für den Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wird das Ressort gebeten, soweit möglich, darauf hinzuwirken, dass für die nächsten Berichte die Daten wieder zeitnah zur Verfügung stehen.

Produktplan 41: Soziales (ohne Jugend)

Stand: 10.10.2007

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø*		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel-dorf	Frank-furt	Hannover	Köln	München	Stutt-gart	Essen	Dort-mund	Duis-burg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
Z1	41-K-01	je 1.000 EW	2006			153,8	128,7	191,5	122,4	126,4	153,1	133,8	66,8	79,7	147,9	160,1	159,2	172,3	144,5	5
Z1-2	41-L-01	je 1.000 EW	2006			140,1	116,2	178,1	108,9	108,9	136,1	120,6	56,2	70,0	135,9	145,8	147,5	166,7	131,7	5
Z1-2	41-L-02	je 1.000 EW	2006			100,4	84,5	132,7	80,6	78,4	98,9	88,2	41,1	50,1	96,9	105,0	105,9	128,7	96,8	5
Z1-2	41-L-03	je 1.000 EW	2006			39,7	31,7	45,4	28,3	30,5	37,2	32,4	15,2	25,0	39,0	40,7	41,6	37,9	35,2	4
Z1-1	41-M-01	je 1.000 EW	2006			2,25	1,71	2,08	0,91	2,84	2,59	1,41	2,21	1,47	1,81	2,48	1,77	0,74	1,91	4
Z1-1	41-N-01	je 1.000 EW	2006			11,4	10,8	11,4	12,6	14,7	14,4	11,8	8,3	8,2	10,2	11,9	9,9	4,9	10,9	6
Z1-1	41-N-02	je 1.000 EW	2006			5,6	4,5	6,7	4,4	7,1	6,5	4,3	3,1	3,9	5,2	5,5	5,4	2,4	5,2	4
Z1-1	41-N-03	je 1.000 EW	2006			38,9	43,0	39,8	50,1	58,1	52,2	50,9	37,4	30,9	32,0	41,7	31,4	15,5	40,5	8
Z1	41-O-01	Euro	2006			338,3	279,7	436,9	270,5	254,6	.	300,4	134,8	164,0	324,8	356,9	362,3	401,6	320,1	5 von 12
Z1	41-O-02	Euro	2006			321,7	268,5	418,2	259,8	242,6	.	286,5	130,5	156,5	307,3	338,8	344,5	391,5	306,3	5 von 12
Z1	41-O-03	Euro	2006			16,6	11,2	18,7	10,6	12,0	.	13,9	4,4	7,5	17,6	18,0	17,9	10,1	13,8	5 von 12
Z1-2	41-P-01	Euro	2006			2,415	2,407	2,454	2,484	2,339	.	2,490	2,399	2,343	2,391	2,448	2,456	2,409	2,433	6 von 12
Z1-2	41-P-02	Euro	2006			4,587	4,449	4,467	4,586	4,416	.	4,715	4,191	4,399	4,693	4,840	4,869	4,197	4,508	5 von 12
Z1-2	41-P-03	Euro	2006			4,072	4,264	4,091	4,338	4,839	3,804	4,556	4,933	4,371	4,152	4,083	3,771	3,330	4,167	10
Z1-2	41-P-04	Euro	2006			2,144	2,307	2,247	2,349	2,563	2,129	2,406	2,823	2,328	2,115	2,065	1,902	1,911	2,253	8
Z1	41-Q-01	Euro	2006			16,9	16,9	.	4,3	23,9	13,4	10,5	12,9	6,2	10,7	12,0	5,7	4,1	12,4	3 von 12
Z1-1	41-Q-02	Euro	2006			7,484	9,878	.	4,707	8,418	5,199	7,464	5,817	4,232	5,925	4,856	3,200	5,548	6,698	3 von 12
Z1	41-R-01	Euro	2006			54,4	52,0	52,8	68,2	69,0	77,3	58,9	50,7	41,8	45,4	58,4	45,9	20,5	53,4	6
Z1-1	41-R-02	Euro	2006			4,756	4,832	4,645	5,409	4,690	5,370	4,993	6,083	5,082	4,445	4,912	4,622	4,209	4,916	8

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø* Min Ø Max	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Essen	Dort- mund	Duis- burg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*	
Z3	Hilfe zur Pflege/ Ambulante und stationäre Hilfe: Ausgaben pro Einwohner	Euro	2006		67,3	62,3	85,3	45,8	134,2	78,3	50,6		53,2	63,9	78,7	61,8	11,4		5 von 12	
Z3	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Hilfeempfänger	je 1.000 EW	2006		2,2	3,1	3,5	1,6	3,1	2,1	2,1	0,9	0,8	1,3	1,6	1,4	1,3	2,3		4
Z3	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Ausgaben pro Hilfeempfänger	Euro	2006		9,456	10,877	12,402	4,257	17,275	9,892	4,190	26,552	12,692	6,924	8,541	4,299	3,338	11,295		7
Z3	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Hilfeempfänger	je 1.000 EW	2006		3,8	3,3	3,4	3,4	2,7	4,8	3,3		2,8	5,4	5,1	6,5	2,0	3,7		5 von 12
Z3	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben pro Hilfeempfänger	Euro	2006		12,217	8,343	11,897	11,707	28,215	11,745	12,589		15,231	10,148	12,630	8,601	3,512	11,739		5 von 12
Z3	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben pro Einwohner	Euro	2006		46,6	27,9	40,5	40,1	77,1	55,9	42,1		42,6	54,9	64,9	55,9	7,1	43,1		6 von 12
Z2-1	Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Ausgaben pro Einwohner	Euro	2006		34,9	23,8	25,5	4,9	19,8	11,6	24,7		10,4	30,9	13,9	17,0	12,9	20,1		1
Z2-1	Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Ausgaben pro Leistungsberechtigtem	Euro	2006		5,567	4,120	6,621	4,099	6,493	5,178	8,155	2,942	5,030	5,960	6,902	4,707	6,700	5,565		7

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert* Min Ø Max	HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundes- gebiet	Rang HB*	
41-U-01	Eingliederungshilfe: Kosten für Stationäres Wohnen	Euro / EW	2006																			X	X
41-U-02	Eingliederungshilfe: Kosten für Werkstätten	Euro / EW	2006																			X	X
41-U-03	Eingliederungshilfe: Kosten für Tagesförderung	Euro / EW	2006																			X	X

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 41 Ressort Jugend und Soziales – Teilbereich Jugend

Vorbemerkungen

Für den Bereich Jugend ist in Bremen der Produktbereich „Hilfen für Junge Menschen und Familien“ zu betrachten. Dieser gliedert sich in die Bereiche Förderung von Familien und jungen Menschen, Tagesbetreuung, Wiederherstellung / Stärkung der Familie als Lebensort, Betreuung und Unterbringung außerhalb der Familie, Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Unterhaltsvorschuss.

Wie in den letzten Benchmarking-Berichten, werden auch in diesem Bericht schwerpunktmäßig die Bereiche Kindertagesbetreuung und Erziehungshilfe dargestellt.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Ziel der Jugend- und Familienpolitik ist es, Beiträge für ein familien- und kinderfreundliches Bremen zu leisten. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, leistungsfähige Angebote der Kinderbetreuung, familienfreundliche Wohn- und Lebensverhältnisse sowie Fragen der Bildung, Förderung und Ausbildung stehen dabei besonders im Mittelpunkt.

Um Kinder altersgerecht zu betreuen und zu fördern, sollen die Betreuungsangebote ausgeweitet und qualitativ verbessert werden. Im Mittelpunkt steht die Bereitstellung von neuen Plätzen ausschließlich für Kinder unter 3 Jahren und der Ausbau der Kindertagesheime zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen.

In der Erziehungshilfe sind die Kindeswohlsicherung und die Wiederherstellung und Stärkung der Familie als Lebensort vorrangige Ziele.

Z1	Förderung von Familien und jungen Menschen
Z1-1	Kinder- und Jugendförderung
Z2	Tagesbetreuung
Z2-1	Sicherstellung der Tagesbetreuung für 3 bis unter 6jährige
Z2-2	Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren
Z2-3	Ausbau und Qualifizierung der Kindertagespflege
Z3	Wiederherstellung und Stärkung der Familie als Lebensort
Z3-1	Beratung und Unterstützung von Familien und Erziehungsberechtigten in besonderen Lebenssituationen und zur Stärkung der Erziehungskompetenz
Z3-2	Hilfen zur Integration von behinderten Kindern
Z3-3	Teilstationäre Hilfen zur Unterstützung und Erhaltung der Familien als Lebensort
Z3-4	Beratung und Unterstützung von jungen Menschen zur Entwicklung von Eigenständigkeit und Eigenverantwortung
Z4	Betreuung und Unterbringung außerhalb der Familie
Z4-1	Kindeswohlsicherung in akuten Gefährdungssituationen
Z4-2	Sicherstellung der Erziehung und Entwicklung von Kindern und jungen Menschen bis zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie oder Verselbständigung
Z5	Andere Aufgaben der Jugendhilfe
Z6	Unterhaltsvorschuss

Für die in diesem Bericht benannten Vergleichsstädte sind für den Bereich der Kindertagesbetreuung zum großen Teil bisher lediglich bremische Kennzahlen verfügbar. In Zukunft ist jedoch eine Verbesserung der Datenlage zu erwarten, weil in diesem Jahr die bereits 2006 angestrebte Gründung eines Vergleichsringes zur Kindertagesbetreuung realisiert werden konnte. Teilnehmende Städte sind neben Bremen Bielefeld, Düsseldorf, Duisburg, Hamburg, Hannover, Köln und Nürnberg. Der Vergleichsring wird durch die Beratungsfirma con_sens Hamburg koordiniert und unterstützt und wird Kennzahlen, z.B. zu Kosten der Kindertagesbetreuung, Angebotsstruktur, Betreuungsumfang und Personalausstattung erheben.

Lediglich mit den Kennzahlen zur Betreuungsquote, die den veröffentlichten Statistiken des Statistischen Bundesamtes entnommen wurden, sind Vergleichszahlen vorhanden.

Im Ländervergleich stehen neben der Betreuungsquote auch Angaben zu den Ausgaben (ebenfalls auf Grundlage der Daten des Statistischen Bundesamtes) und zur Gruppenraumfläche zur Verfügung.

Zur Kindeswohlsicherung und Stärkung der Familie als Lebensort werden Betreuungszahlen und Kosten betrachtet.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im folgenden, zusammenfassend für den Produktplan Jugend und Soziales, dargestellt:

Ausgabepositionen Produktplan Jugend & Soziales	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränderung		Anschlag
	2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006	2007	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (ab 2005 Herauslösung KiTa Bremen)	93.698	103.434	101.555	62.863	60.938	-32.760	-35,0	59.883
davon: Personalausgaben (Produktplan)	84.754	94.392	93.070	53.872	51.977	-32.777	-38,7	49.793
zugeordnete Anteile an Versorgung	8.944	9.043	8.485	8.991	8.962	18	0,2	10.090
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	1.940	2.070	2.056	1.085	1.085	-855	-44,1	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	43.684	45.610	45.274	49.665	47.912	4.228	9,7	
Sonstige konsumtive Ausgaben	567.230	589.011	618.494	659.944	663.565	96.336	17,0	639.481
darunter Konsumtive Ausgaben Bereich Soziales	444.672	461.147	481.958	489.144	493.309	48.638	10,9	465.466
Konsumtive Ausgaben Bereich Jugend	122.558	127.864	136.535	170.800	170.256	47.698	38,9	174.015
darunter Personalkostenzuschuss an Kita Bremen				35.240	31.886			41.241
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	10.935	11.162	13.297	14.634	10.548	-387	-3,5	5.658
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile				308	139			
darunter Investitive Ausgaben Bereich Soziales	8.868	9.697	9.321	10.658	8.880	13	0,1	5.048
Investitive Ausgaben Bereich Jugend	2.068	1.465	3.976	3.976	1.667	-400	-19,4	610
Gesamtausgaben	671.863	703.607	733.346	737.441	735.052	63.189	9,4	705.022

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Die für die Kindertagesbetreuung der Statistik des Statistischen Bundesamtes entnommenen Vergleichskennzahlen werden zukünftig jährlich aktualisiert. Stichtagsbezogen werden die Angaben zu den in Tageseinrichtungen betreuten Kindern erhoben, d.h., für jedes einzelne Kind werden von den Statistischen Landesämtern die Angaben direkt in den Einrichtungen ohne Rückkopplung mit dem Ressort erfragt. Gegenüber den bislang erhobenen Kennzahlen, die angebotsorientiert waren (Platz-Kind-Relationen) wird nun eine nachfrageorientierte Betreuungsquote erhoben, die die tatsächliche Zahl der betreuten Kinder und den zeitlichen Betreuungsumfang erfasst.

Sowohl bei der Betreuungsquote (Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Tagespflege inklusive „kindergartenähnliche Einrichtungen“, d.h. auch Spielkreise) der unter 3-Jährigen als auch der 3 bis 6-Jährigen nimmt Bremen von 12 Städten den 8. Rang ein: Die Betreuungsquote beträgt 10,4 % bzw. 85,2 %.

Im Ländervergleich nimmt das Land Bremen bei der Betreuungsquote der unter 3-Jährigen mit 9,2 % den 10. Rang ein, bei der Betreuungsquote der 3 bis 6-Jährigen mit 84,4 % den 12. Rang. Vergleicht man die Bremer Werte bei den 3 bis 6-Jährigen (85,2 % Stadt, 84,4 % Land) mit den relevanten Durchschnittswerten, so liegen diese nahe beieinander (85,6 % Durchschnitt der betrachteten Städte, 86,9 % Bundesdurchschnitt).

Die große Bandbreite bei den Werten bei den unter 3-Jährigen reflektiert den unterschiedlichen Stand beim Ausbau der Tagesbetreuung für diese Altersgruppe. Die Stadt Bremen liegt mit 10,4 % deutlich unter dem Durchschnitt der betrachteten Städte (21,5 %), wobei berücksichtigt werden muss, dass einige Städte hier bereits deutlich über oder nahe an der 20 %-Quote liegen (Hamburg, München, Stuttgart; Berlin und Leipzig liegen aufgrund der Historie nahe an der 40 %-Marke und erhöhen damit deutlich den Durchschnittswert, der ohne diese beiden Städte bei 12,4 liegt).

Sowohl die Stadt Bremen (10,4 %) als auch das Land Bremen (9,2 %) liegen auch unter dem Bundesdurchschnitt, der (im Ländervergleich) bei 13,6 % liegt. Dies relativiert sich allerdings etwas, wenn man nur den westdeutschen Durchschnitt betrachtet, der bei 9,5 % liegt.

Die vom Ressort erhobene Versorgungsquote (ohne Tagespflege und Spielkreise) bei den unter 3-Jährigen in den Kitas beträgt 2006 8,6 % (2005: 6,2 %). Vergleichende Aussagen, wie sie im Benchmarking-Bericht 2006 auf der Grundlage einer Ressortumfrage erfolgten, liegen für 2006 nicht vor.

Bezüglich des Anteils des kommunalen Trägers und der Ausgaben gibt es ebenfalls keine vergleichenden Kennzahlen; diese können daher nur im Zeit-Reihen-Vergleich für Bremen betrachtet werden.

Die Ausgaben pro betreutem Kind bei den unter 3-Jährigen betragen 2006 beim kommunalen Träger 14.620 €, bei den Zuschüssen an andere Träger 12.329 € (Vergleichswerte 2005: kommunaler Träger: 12.795 €; andere Träger: 10.426 €). Der Unterschied zwischen dem kommunalen Träger und den anderen Trägern erklärt sich dadurch, dass es sich bei den anderen Trägern vorrangig um Elternvereine handelt, die vor dem Hintergrund ihrer ehrenamtlichen Arbeit nach anderen Richtlinien gefördert werden. Bei den 3 bis 6-Jährigen betragen die Ausgaben pro betreutem Kind 2006 3.452 €, bei den Zuschüssen an andere Träger 3.578 € (Vergleichswerte 2005: kommunaler Träger 3.129 €; andere Träger 3.156 €).

Die Ausgaben pro betreutem Kind sind daher sowohl bei den unter 3-Jährigen (um jeweils ca. 2.000 €) als auch bei den 3 bis 6-Jährigen (kommunal: 320 €; andere Träger: 420 €) im Vergleich zu 2005 gestiegen.

Die dargestellten Mehrkosten ergeben sich aus der Erhöhung des Nettopreises pro Jahresganztagesplatz (unter anderem durch höhere Personal- und Energiekosten) und bei den Kindern unter 3 Jahren zusätzlich aus der Ausweitung der Betreuungszeiten. Die Kosten- bzw. Betreuungszeitensteigerung erhöhen die Ausgaben insbesondere bei den Angeboten für Kinder unter 3 Jahren, da hier mit vergleichsweise hohem Personalschlüssel gearbeitet wird. Dieses wird bei der Pauschalberechnung nach Jahresganztagesplätzen auch berücksichtigt.

Gegenüber 20 Kindern pro Fachkraft bei den 3 bis 6-Jährigen im Jahre 2005, liegt dieser Wert 2006 nun bei 17 Kindern pro Fachkraft. 2005 wurde die nach den Richtlinien vorgesehene personelle Mindestausstattung gemeldet, 2006 wurde ein Ist-Wert angegeben, der auch die Differenzierungskräfte berücksichtigt. Demnach lässt sich diese Kennzahl also nicht als Verbesserung der Betreuungsrelation innerhalb eines Jahres bewerten.

Datenquelle für die Kennzahlen im Bereich Erziehungshilfe ist die Erhebung des IKO-Vergleichsringes der Großstadtjugendämter. Der Vergleichsring ermöglicht einen interkommunalen Vergleich der Fall- bzw. Leistungsdichte sowie Ausgaben zu den im SGB VIII normierten Hilfen zur Erziehung. Eine Bewertung der Struktur- und Leistungsqualität des Gesamtversorgungssystems für Junge Menschen sowie eine sozialstrukturelle Analyse und Bewertung nach Sozialindikatoren ist nicht Gegenstand des Benchmarking und daher auf dieser Basis nicht darstellbar.

Positiv anzumerken ist, dass nunmehr auch die Daten von Hamburg, München und Leipzig in die Vergleiche einbezogen wurden. Die Daten liegen für das Jahr 2005 vor.

Bei der stationären Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner nimmt Bremen mit 15,3 den 2. Rang – nach Essen – ein. Die Quote bei der ambulanten und teilstationären Betreuung liegt bei 12,8 (Rang 5).

Bei den Kosten für diese Betreuungsformen liegt Bremen jeweils auf dem 4. Rang.

Im Vorjahresvergleich ist die Betreuungsquote stationär konstant geblieben (2004: 15,2), im ambulanten und teilstationären Bereich ist sie etwas gesunken (2004: 14,0). Ursache für die in 2004 höhere Betreuungsquote im ambulanten und teilstationären Bereich war die starke Fluktuation in der teilstationären Tagesgruppe bei unverändertem Platzangebot.¹

Bei der Kennzahl Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Jugendhilfeverwaltung hatte Bremen in den letzten Jahren einen im Bundesländervergleich sehr hohen Anteil aufgewiesen. Das Ressort hatte die Validität der Daten in Frage gestellt, diesbezüglich auf die Problematik der Stadtstaatenstruktur hingewiesen und angekündigt, in Abstimmung mit den anderen Bundesländern eine Verbesserung der Datenlage anzustreben. Eine dazu gestartete Abfrage bei den Stadtstaaten Hamburg und Berlin wird wahrscheinlich im November zu einer fachlichen Einschätzung zum Verfah-

¹ Die Betreuungsquoten basieren auf sog. „laufenden Fällen“, d.h. Fallbestand am Anfang des Jahres plus Zugänge im Laufe des Jahres. Abgänge werden nicht mindernd berücksichtigt.

ren der Datenermittlung und in der Folge möglichst zu einer Verständigung über eine Vereinheitlichung führen.

Das Ressort hat zwischenzeitlich das interne Berechnungsverfahren überprüft sowie eine weitere Aufschlüsselung und Differenzierung der Personalausgaben angekündigt. Diese Änderungen werden demnach in der Berichterstattung für das Land insgesamt zukünftig zu einer deutlichen Kostensenkung bei dieser Kennzahl führen.

Für 2005 – noch auf der Basis des alten Berechnungsverfahrens ermittelt - beträgt der Anteil 7,1 % und hat sich demnach gegenüber 2004 (7,6 %) etwas reduziert.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Im Vergleich zum letzten Benchmarking-Bericht hat sich die Datenlage für den Bereich Jugend in einigen Bereichen verbessert und ist aktueller geworden (Amtliche Statistik zur Kindertagesbetreuung, einbezogene Städte bei der Erziehungshilfe).

Es ist zu hoffen, dass für die politische Schwerpunktsetzung Kindertagesbetreuung auch der hierzu initiierte Vergleichsring, insbesondere zu Kosten- und Strukturvergleichen, zukünftig belastbare Kennzahlen für das Benchmarking liefern kann. Ob auf dieser Grundlage bereits Kennzahlen und Daten für den Benchmarking-Bericht 2008 lieferbar sind, kann frühestens Anfang 2008 eingeschätzt werden.

Die AG Benchmarking und das Ressort haben zudem vereinbart, im Vorfeld des Benchmarking-Berichts 2008 zu prüfen, ob weitere, geeignete Kennzahlen zu den Hilfen zur Erziehung im Hinblick auf das Thema „Kindeswohl-Sicherung“ in den Bericht aufgenommen werden können.

Produktplan 41: Jugend und Soziales/ Bereich Jugend

Stand: 25.09.2007

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø*		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen ¹
				Min	Max															
Z-1-1	Kitas: Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl ¹⁾ , 0 bis unter 3 Jahre	%	2006			3,2														X
Z-1	Kitas: Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl ¹⁾ , 3 bis unter 6 Jahre	%	2006			41,9														X
Z-1-1	Kitas: Ausgaben ²⁾ pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre); kommunale Träger	Euro	2006			14.620														X
Z-1	Kitas: Ausgaben ²⁾ pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre); kommunale Träger	Euro	2006			3.452														X
Z-1-1	Kitas: Ausgaben ²⁾ pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre); Zuschüsse an andere Träger	Euro	2006			12.329														X
Z-1	Kitas: Ausgaben ²⁾ pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre); Zuschüsse an andere Träger	Euro	2006			3.578														X
Z-1-1	Kitas: Versorgungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2006			8,6														X
Z-1-1	Kitas: Auslastungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2006			102,2														X
Z-1	Kitas: Auslastungsquote 3 bis unter 6 Jahre	%	2006			97,6														X
Z-1-1	Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2006			10,4	21,0	37,8	10,1	14,1		10,6	17,2	19,2	9,5	7,4	4,1	36,6	21,5	8 von 12
Z-1	Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre	%	2006			85,2	78,7	88,3	85,6	86,3		87,7	81,1	94,0	84,9	81,6	86,9	94,2	85,6	8 von 12
Z-1-1	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (kommunale Träger)	%	2006			14,1														X
Z-1-1	Kitas: Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (andere Träger)	%	2006			26,9														X
Z-1	Kitas: Kinder pro Fachkraft (0 bis unter 3 Jahre)	Anzahl	2006			4,0														X
Z-1	Kitas: Kinder pro Fachkraft (3 bis unter 6 Jahre)	Anzahl	2006			17,0														X
Z-2	Erziehungshilfe: ambulante und teilstationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner	Anzahl	2005			12,8	10,4		11,8	18,8		12,0	30,3		9,3	21,2		15,6	16,0	5 von 9
Z-2	Erziehungshilfe: stationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner	Anzahl	2005			15,3	13,9		14,8	13,6		12,6	12,3		17,1	14,3		14,8	14,0	2 von 9
Z-2	Erziehungshilfe: Kosten ambulante und teilstationäre Betreuung je Jugendeinwohner	Euro	2005			116,7	83,8		111,7	208,8		123,4	231,4		66,2	82,6		61,8	125,2	4 von 9
Z-1-1	Erziehungshilfe: Kosten stationäre Betreuung je Jugendeinwohner	Euro	2005			366	311		332	459		365	372		418	299		261	351	4 von 9
Z-1-1	Erziehungshilfe: Gesamtkosten je Einwohner	Euro	2005			92,1	73,4		80,1	119,6		95,2	106,3		93,3	76,3		55,4	88,4	5 von 9

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.
 1) ohne Tagespflege
 2) Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung einschl. evtl. Landeszuschüsse
 * Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Breiten: Abweichung vom Bundeswert *		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundes- gebiet	Rang HB*
				Min	Max																		
Z-1-1	41-D-03 Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2006			9,2	21,0	37,8	8,7	8,2	9,0	5,1	6,5	9,4	10,2	7,5	43,1	40,4	33,5	50,2	37,9	13,6	10
Z-1	41-D-04 Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre	%	2006			84,4	78,7	88,3	93,2	84,9	88,8	79,3	83,7	93,6	93,8	81,0	91,7	91,5	92,7	91,3	94,9	86,9	12
Z-1	41-E-01 Kitas: Landesvorgaben zu Gruppenraumfläche je Kind	m²	2006			2,5	2,2	3,0	2,2			2,0	2,7		2,0		2,5	3,5	2,5		2,5		5 von 11
Z-1	41-H-01 Tageseinrichtungen für Kinder: Ausgaben	Euro / EW	2005			146,3	188,0	233,0	136,9	46,0	160,6	108,0	139,6	196,3	121,6	110,5	140,8	182,6	168,1	163,4	153,1	134,1	9
Z-1	41-H-02 Tageseinrichtungen für Kinder: reine Ausgaben	Euro / EW	2005			141,5	185,5	219,0	123,0	37,5	136,2	94,2	121,2	183,1	113,9	95,4	125,0	153,8	142,9	135,0	136,5	118,0	6
Z-1	41-I-01 Jugendhilfe: Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Jugendhilfeverwaltung	%	2005			7,1	3,3	3,2	5,4	6,3	3,1	2,1	7,3	3,0	12,4		9,8	4,5				5,3	4 von 12

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 51 Gesundheit

Vorbemerkungen

Der Schwerpunkt der Vergleichsbetrachtung liegt erneut im Bereich Krankenhausversorgung. Auf die noch im vergangenen Berichtsjahr dargestellte Kennziffer zur Lebensmittelüberwachung wird nach Übereinkunft mit dem Fachressort bis auf Weiteres verzichtet; diese – nicht steuerungsrelevanten – Daten sind nur schwierig und durch umfangreiche eigene Berechnungen zu ermitteln, so dass eine Ausweitung auf zusätzliche Länder nicht sinnvoll erscheint.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Solidarisch finanzierte, hochwertige, qualitätssichernde und gleichwohl wirtschaftlich erbrachte Gesundheitsleistungen. Die Gesundheitswirtschaft im Lande Bremen soll dabei nicht nur für eine qualitative Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen sorgen; sie soll auch einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung und zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes leisten.
Z1-1	Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Krankenhäuser im Land Bremen durch Konzentration von Disziplinen, durch Erschließung hausübergreifender Rationalisierungspotenziale sowie durch Ausbau telematischer medizinischer Leistungen und Erweiterung des Leistungsspektrums durch die Integration nicht stationärer Leistungen
Z1-2	Konkretisierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen für Bremen und Bremerhaven auch im Hinblick auf Fallpauschalen
Z1-3	Nutzung von Möglichkeiten für verstärkte Kooperationen und Expansionen mit dem Ziel ausgeglichener Budgets
Z1-4	Sicherung der oberzentralen Funktion der Krankenhäuser mit einem hohen Versorgungsgrad auch niedersächsischer Patienten zur Erhaltung der Arbeitsplätze
Z1-5	Fortführung der Regionalisierung der psychiatrischen Versorgung, Ausbau der Behandlungsplätze in der Forensik und Differenzierung des therapeutischen Angebotes
Z1-6	Fortsetzung der bremischen Drogenpolitik mit den Säulen Prävention, gesundheitliche und soziale Hilfen, Schadensbegrenzung sowie repressiven Elementen
Z1-7	Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz und Gesundheitshilfe durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, insbesondere durch die Förderung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen, Gesundheitsbildung und –vorsorge und Aufsicht über Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens
Z1-8	Ausbau der Kooperation zwischen Bremen und Niedersachsen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt:

Ausgabepositionen Produktplan Gesundheit	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	21.965	21.683	19.532	19.830	19.477	-2.488	-11,3	18.276
davon: Personalausgaben (Produktplan)	17.317	17.181	15.242	15.516	15.307	-2.010	-11,6	13.931
zugeordnete Anteile an Versorgung	4.648	4.503	4.291	4.315	4.170	-478	-10,3	4.345
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	293	272	259	263	271	-23	-7,8	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	59.042	63.141	58.939	58.973	56.588	-2.453	-4,2	
Sonstige konsumtive Ausgaben	11.120	12.979	12.455	11.540	12.631	1.511	13,6	12.911
dar.: Gesundheitsamt Br./Gesundh.förd./-schutz/-hilfe	3.766	4.083	5.885	5.590	5.637	1.872	49,7	5.268
LMTVet	3.816	5.153	3.169	2.454	2.511	-1.305	-34,2	3.167
Zuschuss LUA	1.537	1.490	1.653	1.760	1.808	272	17,7	1.887
Schuldendiensthilfen/Krankenhausfinanzierung	1.423	1.349	1.376	1.410	1.357	-65	-4,6	1.311
Sonstiges	580	904	372	325	1.318	738	127,4	1.277
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	30.025	28.969	28.680	29.067	31.823	1.798	6,0	27.286
dar.: Kurzfristige Invest. an Kliniken	15.780	16.006	15.822	15.771	15.740	-40	-0,3	15.935
Mittel- u. langfristige Invest. an Kliniken	6.978	6.381	3.825	9.500	8.339	1.361	19,5	5.232
Schuldendiensthilfen/Krankenhausfinanzierung	3.056	1.479	1.701	2.444	6.138	3.082	100,8	5.066
Sonstiges	4.210	5.103	7.332	1.336	1.606	-2.604	-61,8	1.054
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	0	0	0	16	0	0	0,0	0
Gesamtausgaben	63.110	63.632	60.667	60.437	63.931	821	1,3	58.473

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Entsprechend der politischen Schwerpunktsetzung des Ressorts bilden auch die Kennziffern den Bereich der Krankenhausversorgung ab. Dennoch ist eine unmittelbare Zuordnung Kennziffer – Detailziel nur schwer möglich. Eine Ausnahme bildet das o. a. Ziel „hoher Versorgungsgrad auch niedersächsischer Patienten“ (Z1-4), für das eine zuordenbare Kennzahl besteht (51-A-01).

Wie bereits im Vorjahr nimmt das Land Bremen bei der **Versorgungsquote auswärtiger Patienten** den höchsten Rang ein. Die Versorgungsquote stellt einen Wanderungsindex dar, der die Patientenbewegungen zwischen den Bundesländern saldiert. Am Beispiel Bremens: Eine Versorgungsquote von rd. 145 % bedeutet, dass auf 100 im Bundesgebiet behandelte Bremer 145 im Bundesland Bremen insgesamt behandelte Patienten kommen. Je höher dieser Wert, desto größer – relativ gesehen – ist der saldierte „Wanderungsgewinn“ aus anderen Bundesländern, insbesondere also aus dem nahen Niedersachsen. Bremen nimmt hier nach wie vor eine ausgeprägte zentralörtliche Funktion wahr und zwar im Verhältnis zu seiner Größe in einem stärkeren Ausmaß als Hamburg und Berlin.

Auch zur Sicherstellung dieser hohen Versorgungsquote bedarf es einer – im Verhältnis zur Einwohnerzahl – überproportionalen Zahl von Planbetten sowie entsprechender Investitionen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG). Demgemäß wäre zu erwarten, dass Bremen, ähnlich wie im vergangenen Jahr – bei den **KHG-Investitionen pro Planbett** deutlich überdurchschnittliche Werte aufweist. Es ist jedoch festzustellen, dass Bremen mit 5.873 Euro/Einwohner zwar Ausgaben in Vorjahreshöhe (5.863 €) geleistet hat, die Investitionen in allen anderen westdeutschen Ländern hingegen teils massiv erhöht wurden (Hamburg: + 45%). Außerdem wirkt sich erstmals auch die Ergänzung der Benchmarking-Auswertungen um die ostdeutschen (Flächen-) Länder aus, die in diesem Fall ausnahmslos höhere Investitionen als Bremen vorweisen. Mithin bewegten sich die bremischen KHG-Investitionen 2006 nur noch etwas über dem Bundesdurchschnitt (5.745 €).

Infolge dieser Entwicklung nimmt das Land Bremen auch bei den **KHG-Investitionen je Einwohner** nicht mehr wie 2005 Spitzenplätze ein. Die durch die hohe Versorgungsquote bedingte Anzahl der Planbetten führt zwar – unbereinigt – weiterhin zu einem weit überdurchschnittlichen Wert. Dieser relativiert sich jedoch, wenn die Kennziffer entsprechend **bereinigt** wird, um den Einfluss der hohen Versorgungsquote auf diese Kennziffer zu neutralisieren. Nach diesem Maßstab wird mit 35,7 € weiterhin eine Position zwischen Hamburg (50,6 €) und Berlin (26,6 €) eingenommen.

Im Bundesdurchschnitt werden die Krankenhausbetten (incl. Psychiatrie) zu 75,6 % genutzt, in Bremen liegt die Quote bei 75,8 %. Damit bleibt Bremen wie im Vorjahr hinter dem Wert Berlins (80,6 %) zurück, in diesem Berichtsjahr zudem auch hinter dem Wert Hamburgs (78,7 %).

Die unzureichende Aussagekraft dieser Kennzahl wird hingegen deutlich, wenn sie der **durchschnittlichen Verweildauer (mit Psychiatrie)** gegenübergestellt wird, zumal diese auch Bemühungen um Bettenreduktionen und ähnliche Optimierungsanstrengungen widerspiegelt. Insofern kann festgestellt werden, dass die im letzten Jahresbericht skizzierten Anstrengungen die gewünschten Effekte hervorrufen: So konnte die durchschnittliche Verweildauer der Patienten von zuletzt 8,5 Tagen auf 8,1 Tage reduziert werden, was – nach Mecklenburg-Vorpommern – den zweitniedrigsten Wert aller Bundesländer bedeutet.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Datenlage der aufgeführten Kennziffern ist gut. Naturgemäß sind für den Bereich der Krankenhausversorgung nur Länder- und keine Städtevergleiche möglich.

Das Gesundheitsressort ist bemüht, weitere Möglichkeiten der Vergleichbarkeit bzw. Analyse der Aufgabenerfüllung zu nutzen. Es beobachtet beispielsweise aufmerksam die Bestrebungen der KGSt zur Gründung eines Vergleichsringes zur Lebensmittelüberwachung für Städte bis 300.000 Einwohner, um gfls. auf dieser Grundlage Erkenntnisse für die Bildung von Kennzahlen zum Aufbau entsprechender Benchmarks zu erhalten.

Der derzeitige Umsetzungsstand der KLR im Gesundheitsressort ermöglicht keine Bildung valider Benchmarking-Daten. Lediglich das Hafengesundheitsamt und der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst verfügen über eine differenzierte Kosten- und Leistungsrechnung, die jedoch nicht als Grundlage zur Bildung von Benchmarks geeignet ist. Das Hafengesundheitsamt wirkt darüber hinaus im Arbeitskreis der Küstenländer an der Entwicklung und Definition einheitlicher Standards mit. Die Begleit-AG regt an, nach Abschluss dieser Arbeiten eine Ergänzung des Kennzahlen-Sets des Produktplans um diese Daten zu prüfen, sofern sie budget- bzw. steuerungsrelevant sind.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *		HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Max																	
Z1-4	51-A-01 Versorgungsquote auswärtiger Patienten	%	2005			124,5	110,0	103,1	101,7	97,8	94,1	100,3	94,9	104,2	95,2	100,1	89,4	101,2	97,1	99,3	100,0	1
	51-B-01 KHG-Investitionen pro Planbett	Euro	2006			9.837	5.556	5.429	6.598	8.219	2.988	3.868	4.997	4.191	6.613	9.517	7.149	6.668	9.874	9.797	5.745	10
	51-B-02 KHG-Investitionen je Einw. - unbereinig-	Euro	2006			63,0	29,3	27,6	36,3	42,5	15,2	26,2	29,3	25,0	31,3	47,4	44,5	39,3	62,8	55,1	33,1	4
	51-B-03 KHG-Investitionen je Einw. - bereinigt-	Euro	2006			50,6	26,6	26,8	35,7	43,4	16,2	26,1	30,9	24,0	32,8	47,3	49,8	38,8	64,7	55,4	33,1	8
	51-C-01 zuglassene Betten je 1.000 EW (Bettenindex, unbereinigt)	-	2006			7,4	6,2	5,8	6,3	5,9	5,4	7,3	6,5	7,3	5,7	6,1	6,3	6,5	7,3	6,2	6,4	1
	51-C-02 zuglassene Betten je 1.000 EW (Bettenindex, bereinigt)	-	2006			6,0	5,7	5,6	6,2	6,1	5,8	7,3	6,9	7,0	6,0	6,1	7,0	6,5	7,5	6,3	6,4	9
	51-D-01 Durchschnittliche Verweildauer (incl. Psychiatrie)	Tage	2005			8,6	8,4	8,6	8,3	8,4	8,6	8,9	8,3	8,2	8,5	7,9	8,7	8,7	8,6	8,7	8,6	15
	51-E-01 Bettennutzung (incl. Psychiatrie)	%	2005			78,7	80,6	73,8	74,1	73,2	77,9	74,6	72,3	79,4	77,0	81,1	79,9	79,0	77,5	75,8	75,6	11

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 68 Bau, Umwelt und Verkehr

Vorbemerkungen

Im Bericht 2006 wurden die Benchmarkingergebnisse des damaligen Ressorts Bau, Umwelt und Verkehr noch in zwei Bereichsdarstellungen (Bau/ Verkehr und Umwelt) gegliedert. Diese Unterscheidung wird mit dem diesjährigen Bericht nicht mehr vollzogen. Daher finden sich in den tabellarischen Darstellungen die Kennzahlen beider Bereiche wieder.

Während in den Berichten der letzten Jahre regelmäßig Länder- **und** Städtevergleiche durchgeführt und dokumentiert worden sind, wird in diesem Jahr ausschließlich ein Städtevergleich dargestellt. Dies resultiert daraus, dass etliche der bisher verwendeten Kennzahlen bundeseinheitlich ausschließlich in größeren Zeitabständen erhoben werden und die Erhebungszeitpunkte bis zu drei Jahren zurückliegen. Die zuletzt erfassten (noch aktuellen) Einzelwerte sind im Bericht 2006 abgedruckt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Aktualität wird in diesem Bericht daher auf die erneute Darstellung dieser Kennzahlen verzichtet.

Einige der vormals verwendeten Kennzahlen besitzen den Charakter einer Strukturkennziffer und sind daher in den entsprechenden ressortübergreifenden Teil dieses Berichts eingearbeitet worden.

Die Fortführung des ressortinternen Benchmarkings führte dazu, dass neue Kennzahlen definiert und erhoben werden konnten. Diese Zahlen können nach derzeitigem Stand jährlich aktualisiert werden.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Das Ressort ist verantwortlich für Bau, Planung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung umweltpolitischer Belange, wie dem Natur-, Klima-, Ressourcen- und Immissionsschutz. Darüber hinaus ist das Ressort verantwortlich für die Vertretung Bremens bei der Europäischen Union und die Entwicklungszusammenarbeit¹. Es besteht der Anspruch, lebenswerte, moderne Städte zu erhalten und weiter zu entwickeln, in denen Mensch und Natur in Einklang leben und Umwelt- und Klimaschutz höchste Priorität besitzen.

Z1	Weitere Ausgestaltung einer klimaschonenden Energieversorgung
Z2	Ausrichtung der Baupolitik an ökologischen und energetischen Aspekten
Z3	Umweltverträgliche Gestaltung der Verkehrspolitik
Z4	Weitere Verbesserung der Lebens- und Standortqualität
Z5	Nachhaltige Entwicklung der städtischen Infrastruktur
Z6	Ausbau des ÖPNV
Z7	Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV und Verbesserung der Erreichbarkeit im Straßenverkehr
Z8	Beitrag zum ausgeglichenen Wohnungsmarkt und Verbesserung der Wohnqualität
Z9	Lenkung städtebaulicher Entwicklung und Gestaltung der Stadt
Z10	Leistungen von Beiträgen zum aktiven Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz und insgesamt zu einer Nachhaltigen Entwicklung durch effiziente Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe
Z11	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
Z12	Schutz von Boden, Luft und Wasser

¹ Der Bereich Europa und Entwicklungszusammenarbeit wird im vorliegenden Bericht noch als Produktplan 05 abgebildet.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangsdaten sind im folgenden dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass im Anschlag 2007 bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben der konsumtive Verlustausgleich der BVG enthalten, während dieser in den IST-Zahlen im Produktplan 92 (Allgemeine Finanzen) verbucht ist.

Die hohe Abweichung der konsumtiven Ausgaben in 2005 gegenüber 2004 resultiert aus den Hartz-IV-Effekten, die zu einer Entlastung des Landeswohngeldes geführt haben.

Ausgabepositionen Produktplan "Umwelt, Bau, Verkehr und Europa 1)"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007 2)
	Tsd. €					%		Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorg./Beih./AIP etc.)	60.776	62.244	62.375	62.954	66.603	5.827	9,6	64.067
davon: Personalausgaben (Produktplan)	38.826	39.751	41.035	40.643	42.437	3.611	9,3	40.068
zugeordnete Anteile an Versorgung, Beihilfe etc.	21.950	22.493	21.340	22.311	24.166	2.216	10,1	23.999
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten)	814	793	796	777	817	2	0,3	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	47.671	50.107	51.529	52.289	51.965	4.293	9,0	
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	250.395	233.794	217.677	145.128	128.663	-121.733	-48,6	175.001
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	0	0	0	1.348	1.199	1.199	-	1.957
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	72.676	70.263	73.574	106.197	105.620	32.943	45,3	136.505
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	0	0	0	17.989	42.664	42.664	-	56.929
Gesamtausgaben	383.848	366.302	353.626	314.278	300.885	-82.963	-21,6	375.573

- 1) Die kameralen Ausgangswerte enthalten noch nicht die Ansätze für "Entwicklung und Europa".
- 2) Beschäftigungsvolumen 2002 bis 2006 inkl. Refinanzierte; **Anschlag 2007 ohne Refinanzierte.**

Benchmarkingergebnisse

Die **ÖPNV-Kennzahlen** bezüglich der Nutzwagen- und Personenkilometer sowie Streckenlänge Straßenbahn/ Stadtbahn“ wurden der Statistik 2005 des VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) entnommen. Die Angaben zu den Verlustausgleichen entstammen den Geschäftsberichten der ÖPNV-Unternehmen des entsprechenden Jahres.

Das Ressort stellt folgende Erläuterungen voran:

„Bremen hat historisch gesehen ein sehr dichtes Straßennetz, welches aus der Struktur mit dem sog. Bremer Haus und den kleinen Grundstücken (siehe Neustadt), der Bandstadtstruktur mit 2 Städten und dem Mehraufwand für die Wahrnehmung der Hafenfunktion resultiert.

Charakteristisch für den ÖPNV in Bremen ist - neben der traditionell gut aufgestellten Konkurrenz durch das Fahrrad - das im Vergleich zu allen anderen Städten sehr kleine Stadtbahn-/ Straßenbahnnetz (siehe geringen bremsischen Wert bei der entsprechende Kennziffer) und das große Busnetz. Die nahezu gleich großen Städte Düsseldorf, Stuttgart und Hannover besitzen eine fast doppelt so große Netzlänge bei der Stadtbahn-/Straßenbahn wie Bremen. Busse schneiden in der Nachfrage der Fahrgäste generell schlechter ab als Straßenbahnen (sog. "Schienenbonus" von 20%) und sind wegen der geringeren "Gefäßgrößen" auf nachfragestarken Linien unwirtschaftlicher.

Ein wesentlicher Grund für diesen geringen Ausbau des Stadtbahn-/Straßenbahnnetzes ist die im Vergleich zu den Flächenländern nicht vorhandene Möglichkeit, Bundesmittel und die Komplementärmittel des Landes in den größeren Städten zu konzentrieren.

Bremen hat – nach erfolgter "Standardisierter Bewertung" mit positivem Ergebnis - beim BMVBS in 2006 den Antrag zur Aufnahme der Vorhaben einer Verlängerung der Straßenbahnlinien 1, 2 und 10 sowie der Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Farge-Vegesacker Eisenbahn in das GVFG-Großvorhaben-programm gestellt, um eine 60% Finanzierung der förderfähigen Kosten durch den Bund zu erreichen. Dem Antrag ist inzwischen stattgegeben worden.

Die ausgewiesenen Verluste der Verkehrsunternehmen wurden um verschiedene Faktoren ergänzt bzw. korrigiert, um eine näherungsweise Vergleichbarkeit zu ermöglichen: So erhalten die Verkehrsbetriebe in Berlin, Frankfurt, Hannover und Stuttgart vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlungen, die bis zu viermal so hoch sind, wie die ausgewiesenen Verluste. Keine Informationen liegen für München hinsichtlich der geleisteten Zahlungen vor. Hannover hat seit dem Jahr 2002 die Infrastruktur aus dem Verkehrsunternehmen in eine eigenständige Gesellschaft ausgegliedert, deren Verluste zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus ist die Verlusthöhe durch Erträge bzw. Aufwendungen beeinflusst, die

nicht im Jahr 2005 entstanden sind und deswegen als „aperiodisch“ bzw. „periodenfremd“ bezeichnet werden. Schließlich sind in den Ergebnissen Gewinne bzw. Verluste enthalten, die aus Beteiligungen stammen und nicht den ÖPNV in den jeweiligen Städten betreffen (besonders: Hamburg und Düsseldorf).“

Bei der Kennzahl „**Nutzwagenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/ -in (km)**“ liegt Bremen wertmäßig im unteren Drittel. Nur die Städte Essen, Dortmund und Duisburg kommen auf weniger km je Einwohner/ -in. Das Ressort kommentiert dazu:

„Beim ÖPNV-Angebot liegt Bremen – im Sinne eines niedrigen Aufwands – in der Spitzengruppe. Günstiger schneiden nur Dortmund, Duisburg und Essen ab: Diese Städte haben ihre Straßenbahn- und Busnetze im Zuge des unterirdischen Stadtbahnausbaus ausgedünnt; in Duisburg wird der ÖPNV schon traditionell im Vergleich zu anderen Städten wenig genutzt. Düsseldorf, München, Berlin, Hannover und Hamburg leisten sich im Hinblick auf das Angebot einen fast doppelt so hohen Aufwand wie Bremen. Gegenüber den Werten aus 2004 hat es mit Ausnahme von Reduzierungen in Berlin, Frankfurt und München keine nennenswerten (> 1%) Veränderungen gegeben.“

Bei der nachfrageorientierten Kennzahl „**Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/ -in (km)**“ schneidet Bremen nach Duisburg, Frankfurt und Essen am schlechtesten ab. In Düsseldorf, Stuttgart, Köln und Hannover liegt die Nachfrage pro Einwohner/-in aufgrund des gut ausgebauten Schienennetzes von einem Viertel bis fast zum Doppelten höher als in Bremen. Gegenüber den Werten aus 2004 hat es im wesentlichen keine Veränderungen gegeben: Steigerungen gab es nur in Köln und Essen, Rückgänge in Hamburg und Frankfurt.

Bremen liegt beim **Verlustausgleich** je Fahrgast bzw. je Personenkilometer im hinteren Drittel und beim Verlustausgleich je Einwohner/-in im Mittelfeld. Mit Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Stuttgart und Duisburg weist die Hälfte der Vergleichsunternehmen schlechtere Werte in mindestens einer der drei Kennziffern auf; bei allen Kennziffern schneiden lediglich Hamburg und Dortmund besser als Bremen ab.

In Bremen haben sich die Werte seit dem Jahr 2000 kontinuierlich verbessert, der Verlust wurde um rd. 15 Mio. € gesenkt. Aus Sicht des Ressorts kann das im Vergleich zu anderen Städten ungünstige Verhältnis von Nachfrage zu Angebot dauerhaft nur durch den weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes verbessert werden. Die Kostenstruktur stellt sich bereits heute besser dar, weitere Maßnahmen zur Kostensenkung werden durchgeführt. Der Senat hat mit der BSAG einen Kontrakt vereinbart, der bis 2010 eine Reduzierung des Verlustausgleichs auf 45,7 Mio. € vorsieht (zum Vergleich: Ist 2003 = 73,8 Mio. €/ Plan 2007 = 61,0 Mio. €).

Die Kennzahlen zu den **Baugenehmigungen** betreffen jeweils Aspekte des Baugenehmigungsverfahrens. Nur in einer Gesamtbetrachtung können sie einen Hinweis auf den Aufwand der Bauordnungsbehörde in diesem Aufgabenfeld geben. Bei den Gebühreneinnahmen liegt Bremen exakt im Durchschnitt der drei Vergleichsstädte. Da das genehmigte Bauvolumen in Bremen deutlich über dem Durchschnitt liegt, während die Anzahl der Baugenehmigungen und Baufreigaben unterdurchschnittlich ausgefallen ist, muss es in Bremen mehr größere Bauvorhaben als in den Vergleichsstädten gegeben haben.

In Bremen gibt es keinen **Mietspiegel**. Die Vergleichsmieten für die Kennzahl „Wohnungskaltmieten“ wurden daher aus dem Mietspiegel des IVD (früher RDM) entnommen. Aus dem Vergleich der Mieten ergibt sich, dass die Mieten in Bremen am oberen Rand vergleichbarer Großstädte liegen. Die Mieten in den wirtschaftsstarken Ballungsräumen liegen deutlich höher.

Bei der Kennzahl „**Erreichung der 100 % Bestickhöhe nach dem Generalplan Küstenschutz in km Deichlänge und in %**“ ist ein Vergleich mit den Flächenländern nicht sinnvoll. Der Vergleich mit Hamburg zeigt, dass Bremen einen erheblichen Nachholbedarf hat. Das Ressort verweist darauf, dass dem Nachholbedarf mit der Umsetzung des im Mai 2007 beschlossenen „Generalplan Küstenschutz Niedersachsen / Bremen“ begegnet werden wird.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die im vorliegenden Benchmarking-Bericht dargelegten Kennzahlen können systembedingt die große Aufgabenbreite des Ressorts nur zum Teil abbilden. Kennzahlen, die bundeseinheitlich nicht jährlich erhoben werden oder zu denen es keine Zulieferungen aus anderen Kommunen gibt, erschweren eine umfassende und aktuelle Darstellung. Das Vorhaben, Kennzahlen für die Unterhaltskosten der Natur- und Vogelschutz sowie für FFH-Gebiete darzustellen konnte im Berichtszeitraum noch nicht abgeschlossen werden. Die Bildung von Vergleichsringen gestaltet sich weiterhin langwierig.

Produktplan 71 Wirtschaft

Vorbemerkungen

Die amtliche Statistik bietet ein breites Spektrum an Auswertungsmöglichkeiten zu Kennzahlen, die Ausgangslagen und Entwicklungen in den (Wirtschafts-) Bereichen abbilden, auf die die fachpolitischen Aktivitäten des Ressorts bisher gerichtet sind. Dadurch sind Verknüpfungen zu den Zielsetzungen des Ressorts möglich und die meist indirekten und langfristigen Wirkungen von Wirtschaftspolitik erkennbar.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Zentrale Zielsetzung des Bereichs ist es, durch Gestaltung der Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaft die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes zu stärken und Arbeitsplätze in Bremen zu schaffen bzw. zu sichern, siehe dazu nachstehende Abbildung:

Z1	Wirtschafts- und Finanzkraft stärken und Arbeitsplätze schaffen und sichern
Z1-1	Steigerung der Produktivität
Z1-2	Stärkung und Modernisierung der mittelständischen Unternehmen
Z1-3	Förderung der Existenzgründungen
Z1-4	Stabilisierung der industriellen Kerne durch Modernisierung
Z1-5	Stärkung des Dienstleistungssektors
Z1-6	Förderung der touristischen Infrastruktur
Z1-7	Erschließung von weiteren Wachstumsfeldern

Dabei treten zwangsläufig Überschneidungen zu anderen Produktplänen auf, deren Tätigkeiten - zumindest teilweise – ebenfalls auf diese Zielsetzungen ausgerichtet sind. Zudem zählt die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft zu den vordringlichen, übergeordneten Zielen des Landes bei der Überwindung der Haushaltsnotlage. Die den zentralen Zielsetzungen des Bereichs zuzuordnenden (Städte-) Vergleichsdaten sind dementsprechend auch unter den „Zentralen Strukturkennziffern“ im Einleitungsteil des Benchmarking-Berichts ausgewiesen und kommentiert.

Hinsichtlich der zu stärkenden regionalen **Wirtschaftskraft** ist feststellbar, dass die aufgrund der Stadtstaaten-Funktion deutlich überdurchschnittliche Wirtschaftskraft Bremens im Ländervergleich durch den Großstädte-Vergleich relativiert wird. Das im Stadtgebiet erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt erreichte im Jahr 2005 mit (nominal) knapp 38.700 € pro Einwohner im Städtevergleich Rang 8 und wurde dabei vergleichbar zum Vorjahr lediglich von den Werten der 3 Ruhrgebietsstädte, Leipzig und der wirtschaftsschwachen Stadt Berlin unterschritten. Bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 2000/2005 konnte Bremen unter den Großstädten über 500.000 Einwohner über einen Platz im Mittelfeld nicht hinauskommen (vgl. „Zentrale Strukturkennziffern“).

Ähnlich stagnierend fallen die Fortschritte beim Ziel der **Arbeitsplatzschaffung und -sicherung** aus: Aufgrund des anhaltenden Strukturwandels konnte bei der Erwerbstätigenentwicklung (am Arbeitsort) im Fünf-Jahres-Zeitraum 2000/2005 mit - 1,1 % - vor Hannover, Essen, Berlin und Duisburg – nur der neunte Rang aller Großstädte über 500.000 Einwohner erreicht werden und auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Zahl im Zeitraum 2001/2006 in der Stadt Bremen um 5,2 % rückläufig ausfiel, belegt Bremen weiterhin nur einen Platz im Mittelfeld.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt.

Ausgabepositionen Produktplan "Wirtschaft"	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag
	2002	2003	2004	2005	2006		%	2007
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	6.967	7.327	7.712	8.279	8.035	1.068	15,3	7.990
davon Personalausgaben (Produktplan)	4.971	5.198	5.685	5.992	5.585	614	12,4	5.348
dar.: zugeordnete Anteile an Versorgung	1.427	1.506	1.480	1.625	1.692	265	18,6	1.752
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	569	623	548	663	757	188	33,1	890
nachr. Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	94	95	107	110	102	8	8,7	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	52.826	54.539	53.377	54.470	54.598	1.772	3,4	
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	50.246	48.969	44.003	42.088	44.167	-6.079	-12,1	48.190
dar.: zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	16.192	18.922	15.808	16.970	18.666	2.474	15,3	21.827
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	245.623	251.613	220.413	193.316	173.926	-71.696	-29,2	153.392
dar.: Sonstige investive Maßnahmen	66.133	76.935	54.373	56.965	84.117	17.985	27,2	59.062
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	179.490	174.678	166.040	136.351	89.809	-89.681	-50,0	94.330
Gesamtausgaben	302.835	307.909	272.128	243.684	226.128	-76.708	-25,3	209.572

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Maßstab und Vergleichsgröße für die angestrebte **Steigerung der Produktivität der (regionalen) Wirtschaft** ist das in Bremen erwirtschaftete (nominale) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Hier belegte die Stadt Bremen im Vergleich der Großstädte über 500.000 Einwohner aktuell (Stand 2005) mit knapp 66.000 € Rang 6. Mit 12,9 % liegt der Produktivitätszuwachs im Fünf-Jahres-Zeitraum 2000/2005 über dem Städtedurchschnitt von 9,2 %. Bremen belegte hier Rang 7.

Zur Zielsetzung der **Stärkung und Modernisierung der mittelständischen Unternehmen** liegen Beschäftigtenzahlen vor, die ausweisen, dass Bremen 2006 im Ländervergleich mit 34 % den geringsten Beschäftigtenanteil in kleineren Unternehmen (bis unter 50 Beschäftigte), gleichzeitig jedoch mit knapp 41 % bzw. 25 % den dritt- bzw. vierthöchsten Anteil in mittleren Betrieben (50 bis unter 500 Beschäftigte) und Großbetrieben (500 Beschäftigte und mehr) verzeichnete. Im Fünf-Jahres-Zeitraum 2001/2006 belegte Bremen bei der Entwicklung der Beschäftigten in mittleren Betrieben mit einer Zuwachsrate von + 2,2 % Rang 1 gefolgt von Hamburg, das ebenfalls eine positive Zuwachsrate auswies. Deutliche Beschäftigtenverluste verzeichnete Bremen hingegen im Zeitraum 2001/2006 bei Großunternehmen (-15,0 %, Rang 10), was insbesondere auf Entwicklungen zwischen den Jahren 2001 und 2003 zurückzuführen ist.

Erfolge der **Förderung von Existenzgründungen** sind in erster Linie an den Gewerbeneuerrichtungen ablesbar. Hier wurde im Jahr 2006 mit 89 Neuerrichtungen je 10.000 Einwohner ein Wert registriert, der im Städtevergleich nur von Hannover und Stuttgart unterschritten wurde. Eine vergleichbare Platzierung am Ende des Großstädtefeldes war auch in den Vorjahren zu verzeichnen. Bei der relativ schwachen Platzierung Bremens im Ranking der Gewerbeneuerrichtungen ist nach Einschätzung des Ressorts die Qualität der Gründungen zu berücksichtigen, die sich in ergänzenden Analysen (z. B. ZEW-Gründungspanel) in positiven Ergebnissen für den regionalwirtschaftlich wichtigen Bereich der technologie-orientierten und -intensiven Gründungen niederschlägt.

Gemessen an der Produktivität des Verarbeitenden Gewerbes besteht bei der Zielsetzung **Stabilisierung der industriellen Kerne durch Modernisierung** in Bremen nach wie vor Handlungsbedarf: Im Städtevergleich rangierte die bremische Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe 2005 im Mittelfeld (Rang 6 von 11) und auch die Entwicklung im vorhergehenden Fünf-Jahres-Zeitraum fiel mit der gleichen Platzierung relativ wenig dynamisch aus. Das Verarbeitende Gewerbe der Stadt weist allerdings mit 56 % die dritthöchste Exportquote aller Vergleichsstädte – nach München und Stuttgart – auf. Positiv fällt in Bremen die Höhe der ausländischen Direktinvestitionen auf (Rang 5 von 16). Im Vergleich zum Vorjahr sind die ausländischen Direktinvestitionen in fast allen Bundesländern, außer in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt, angestiegen.

Hinsichtlich des Beschäftigtenstandes fallen die Fortschritte bei der **Stärkung des Dienstleistungssektors** bisher eher verhalten aus: Die stadtbremische Arbeitsplatzdichte im Dienstleistungsbereich weist für das Jahr 2005 mit 455 Erwerbstätigen je 1.000 Einwohner den gleichen Wert wie 2004 auf. Die Arbeitsplatzdichte wird nur von Berlin und den Ruhrgebietsstädten unterboten, dies ist fast aus-

schließlich auf den Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ zurückzuführen, bei dem Bremen im Städtevergleich aktuell Rang 5 bei der Arbeitsplatzdichte und sogar Rang 1 beim Erwerbstätigenanteil einnimmt. In allen übrigen Dienstleistungsbereichen bestehen noch erhebliche Nachholbedarfe. Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung konnten im Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ bereits positive Ergebnisse erzielt werden (vierthöchste Zuwachsrates aller Städte 2000/2005), während die Erwerbstätigenentwicklung bei „Öffentlichen und privaten Dienstleistern“ im gleichen Zeitraum – u. a. auch aufgrund des eingeleiteten Beschäftigungsabbaus im öffentlichen Dienst – weiterhin den Schlusswert aller Vergleichsstädte bildete.

Nur allmählich spiegelt die Statistik des Gastgewerbes, die allerdings Tagesbesucher nicht erfasst, Effekte der **Förderung der touristischen Infrastruktur** wider: Die einwohnerbezogenen Übernachtungszahlen der stadtbremischen Beherbergungsbetriebe wurden 2005 lediglich von den Ruhrgebietsstädten unterschritten. Nach Hannover weist Bremen die geringste Zuwachsrates im Fünf-Jahres-Zeitraum 2000/2005 aller Vergleichsstädte aus (dies ist allerdings auf das durch die Expo bedingte hohe Niveau im Jahr 2000 zurückzuführen). Ab 2007 sind hier positive Effekte durch die Ansiedlung der Fluggesellschaft Ryanair schon zu verzeichnen. Deutlich unterdurchschnittlich fällt im Städtevergleich unverändert das stadtbremische Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten aus, der Auslastungsgrad entspricht in etwa dem Städtedurchschnitt. Die Einzelhandels-Zentralität in der Stadt Bremen, die im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig war, übertraf 2006 mit Rang 6 u. a. die Werte von Hamburg, Frankfurt, Berlin und Leipzig.

Beispiele für die angestrebte **Erschließung von weiteren Wachstumsfeldern** bilden u. a. die Bereiche Logistik und Raumfahrt, für die jedoch eindeutig abgrenzbare Kennzahlen für die Bemessung der Zielerreichung weder bremenintern noch im Städte- oder Ländervergleich vorliegen. Im reinen Ländervergleich liegen Kennzahlen zu den FuE-Aktivitäten (Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten) in Bremen vor. Wie auch schon im letzten Jahr liegen die FuE-Personalintensität deutlich, die FuE-Aufwendungen der privaten Wirtschaft leicht über dem Durchschnitt der Länder.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die für den Produktplan im Städte- und Ländervergleich vorliegenden Kennzahlen ermöglichen einen relativ umfassenden Überblick über Ausgangslagen und Fortschritte bei der vom Ressort bisher verfolgten zentralen und differenzierteren fachpolitischen Zielsetzung. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Vergleichsdaten bestätigen, dass Bremen vor dem Hintergrund schwieriger Ausgangsbedingungen die z. T. erheblichen Niveaurückstände noch nicht im befriedigenden Maße abbauen konnte.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *		Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Max														
Z1	71-A-01 Gewerbeflächen je 10.000 EW	ha	2004	36,6	20,9	10,4	18,4	17,8	28,2	26,4	9,4	13,6	26,3	32,6	49,2	16,9	19,5	2	
Z1	71-A-02 Gewerbeflächen: Entwicklung in den letzten 4 Jahren	%	2004	-2,7	6,4	-2,1	5,0	-5,3	3,0	2,8	-4,4	-0,5	-4,5	-0,8	-5,6	33,1	0,4	9	
Z1-1	71-B-01 Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	Euro/ET	2005	65.770	79.210	51.090	78.882	83.176	63.851	62.380	71.789	70.198	65.232	58.547	63.079	44.276	66.271	6	
Z1-4	71-B-02 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe	Euro / ET	2005	79.315	.	.	68.731	117.466	75.670	79.548	91.256	86.489	60.489	67.432	97.415	40.576	82.968	6 von 11	
Z1-1	71-B-03 Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	12,9	13,8	2,7	6,4	11,1	15,1	4,5	6,3	13,4	13,0	10,8	15,1	13,4	9,2	7	
Z1-4	71-B-04 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	23,9	.	.	24,8	20,7	11,3	34,2	19,4	37,6	2,5	51,6	55,0	20,8	.	6 von 11	
Z1-5	71-C-01 Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich	Je 1.000 EW	2005	455	507	389	683	799	604	551	598	592	417	411	317	459	498	9	
Z1-5	71-C-02 Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Je 1.000 EW	2005	175	178	106	221	263	160	185	161	150	128	130	120	123	152	5	
Z1-5	71-C-03 Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistung	Je 1.000 EW	2005	109	157	101	244	333	193	161	210	208	124	117	69	139	155	11	
Z1-5	71-C-04 Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern	Je 1.000 EW	2005	171	172	182	217	204	250	205	227	234	165	163	128	197	191	10	
Z1-5	71-D-01 Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	1,5	3,0	2,9	2,3	2,2	-0,5	4,0	2,9	3,8	-0,4	10,2	1,7	5,2	2,9	11	
Z1-5	71-D-02 Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	-2,7	-1,7	-0,4	-3,7	2,1	-12,5	0,0	-1,8	-5,7	-4,5	-3,0	-4,0	0,6	-2,1	7	
Z1-5	71-D-03 Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	11,7	9,5	8,3	7,0	1,2	6,0	5,4	5,2	7,9	0,2	20,8	13,8	11,8	7,1	4	
Z1-5	71-D-04 Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	0,1	2,4	2,0	3,9	4,1	3,6	6,7	4,2	7,0	2,6	15,5	1,5	3,8	3,8	13	
Z1-5	71-E-01 Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	2005	77,3	84,2	85,5	84,5	88,2	83,2	84,9	81,0	75,4	81,5	83,5	73,2	83,3	83,1	11	
Z1-5	71-E-02 Erwerbstätige in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	2005	29,7	29,5	23,3	27,4	29,0	22,1	28,6	21,8	19,1	25,0	26,5	27,7	22,3	25,4	1	
Z1-5	71-E-03 Erwerbstätige in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	2005	18,5	26,1	22,1	30,3	36,7	26,7	24,8	28,5	26,5	24,2	23,8	15,9	25,3	25,8	12	
Z1-5	71-E-04 Erwerbstätige bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Anteil an allen Erwerbstätigen	%	2005	29,1	28,5	40,1	26,9	22,5	34,5	31,5	30,7	29,8	32,3	33,2	29,7	35,8	31,9	10	
Z1-6	71-F-01 Zentralitätskennziffer Einzelhandel		2006	124,7	120,2	106,0	134,3	117,0	133,6	130,2	129,5	129,2	117,0	109,1	98,7	106,9	.	6	
Z1-6	71-G-01 Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben	Anzahl je EW	2005	2,1	3,7	4,3	4,7	7,0	2,9	4,3	6,7	4,0	1,6	1,2	0,7	3,5	4,0	10	
Z1-6	71-G-02 Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2005	3,9	31,8	28,1	10,9	5,2	-25,7	37,4	7,7	14,4	6,1	16,5	5,2	17,9	17,1	12	
Z1-6	71-H-01 Gästeketten in Beherbergungsbetrieben	Je 1.000 EW	2005	14,3	19,5	24,1	31,4	44,3	22,9	25,0	34,3	27,0	10,9	9,1	5,2	22,3	23,5	10	
Z1-6	71-H-02 Gästeketten: durchschnittliche Auslastung der letzten 5 Jahre	%	2005	41,3	48,1	48,0	41,2	44,6	34,1	43,5	51,3	41,3	41,6	34,7	34,6	39,1	45,3	7	
Z1-3	71-I-01 Gewerbenennerrichtungen	Je 10.000 EW	2006	89,1	110,1	120,9	117,2	162,9	86,1	115,4	140,3	79,9	101,8	101,8	110,3	90,4	131,4	116,0	11
Z1-4	71-K-01 Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	%	2005	55,7	19,3	30,4	47,6	46,4	35,1	42,8	63,2	58,8	22,3	46,0	24,1	33,8	40,8	3	

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Min	Max	HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundes- gebiet	Rang HB*
Z1-7	71-J-01 FUE-Personal (alle Sektoren): Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) je 1.000 Einwohner	Anzahl	2004			8,2	6,6	8,7	9,8	7,8	6,4	4,6	4,2	4,0	2,7	2,5	2,5	2,4	4,7	2,5	3,8	5,7	3
Z1-7	71-J-02 FUE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors	Euro/EW	2004			504	505	472	925	743	696	487	289	302	97	116	48	62	200	53	183	468	5
Z1-7	71-J-03 Entwicklung der FUE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors in den letzten 2 Jahren	%	2003			37,4	48,2	-10,8	3,4	4,7	11,3	19,6	1,6	-10,8	5,2	-5,7	54,0	-34,9	-9,4	-9,9	-4,9	4,7	3
Z1-4	71-L-01 Ausländische Direktinvestitionen	Euro/EW	2005			4.352	19.872	4.130	3.873	6.292	11.434	2.006	5.613	2.033	2.001	2.380	1.576	810	607	1.786	904	4.724	5
Z1-4	71-L-02 Ausländische Direktinvestitionen: Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr	%	2005			3,6	10,7	4,7	2,7	52,5	0,6	-29,3	19,6	18,7	10,7	-8,0	20,3	9,1	3,8	0,0	9,0	12,9	11
Z1-4	71-M-01 Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP	%	2004			14,0	22,1	14,6	17,0	18,8	15,2	18,1	14,9	18,2	15,3	15,7	23,5	23,2	21,8	20,2	20,6	17,4	16
Z1-7	71-N-01 Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner	Anzahl	2006			2,1	5,4	2,8	12,4	11,2	5,3	3,3	4,5	3,2	3,0	2,1	1,1	1,7	1,9	1,4	2,8	5,8	11
Z1-7	71-N-02 Entwicklung der Patentanmeldungen in den letzten 3 Jahren	%	2006			-13,4	-5,2	-14,4	-3,9	-1,9	-19,6	-12,7	-6,8	-48,2	-3,6	-9,6	-20,8	10,9	-1,7	-24,6	-22,3	-8,4	10
Z1-2	71-O-01 Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2006			34,0	34,2	35,8	38,7	41,0	37,6	44,6	39,1	44,4	37,9	50,2	51,4	48,0	47,1	45,7	48,0	41,2	16
Z1-2	71-O-02 Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2006			40,8	35,9	35,8	37,7	35,3	37,4	36,4	39,1	36,1	36,1	37,4	38,7	38,5	38,7	41,5	41,9	37,6	3
Z1-2	71-O-03 Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2006			25,2	29,9	28,4	23,6	23,7	25,1	19,0	21,8	19,5	26,0	12,4	9,9	13,5	14,3	12,8	10,2	21,2	4
Z1-2	71-P-01 Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			-5,1	-4,0	-8,5	-4,6	-3,9	-6,0	-4,2	-7,0	-5,2	-4,6	-5,0	-12,6	-13,0	-11,4	-11,0	-13,3	-6,6	7
Z1-2	71-P-02 Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			2,2	1,9	-2,4	-1,5	-0,2	-3,9	-3,4	-3,1	-1,6	-1,9	0,0	-6,3	-5,5	-3,3	-0,6	-4,1	-2,3	1
Z1-2	71-P-03 Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr): Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			-15,0	-6,9	-16,7	-2,0	-3,5	-4,6	-5,3	-10,0	-0,4	-9,3	-16,0	-18,8	-6,4	-15,6	-30,7	-18,1	-7,7	10

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 81 Häfen

Vorbemerkungen

Auch für den Benchmarking Bericht 2007 gilt für den Aufgabenbereich Häfen, dass ein Vergleich weder auf kommunaler, noch auf Landesebene möglich ist. Daher wird, wie in den Vorjahren auch wieder nicht über Vergleichsstädte sondern Vergleichshäfen der sogenannten „Nord- Range“ berichtet. Mit Hamburg, Rotterdam, Antwerpen, Emden und Zeebrügge können sich die Bremischen Häfen nach Auffassung des Ressorts am ehesten vergleichen. Somit ist dieser Produktplan weiterhin der einzige, der über einen nationalen Vergleich hinaus geht. Allerdings sind auch diese Vergleiche nach Angaben des Ressorts nur bedingt aussagefähig, da die verschiedenen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Häfen die Zahl der vergleichbaren Indikatoren weiter schmälern.

Somit liegen für den Bereich Häfen nur wenige Informationen vor, die für ein externes Benchmarking, also den Vergleich in diesem Falle mit Mitbewerbern, geeignet sind. Daher hat die Begleit- Arbeitsgruppe vorgeschlagen, den Produktplan an den eigenen Erwartungen zu messen, um auf mittlere Sicht ein internes Benchmarking zu ermöglichen. Die Orientierung an Plandaten erscheint dabei weniger interessant, als an Prognosen unabhängiger Institute über die Entwicklung im Häfenbereich. Letztlich werden mit diesen Einschätzungen Ziele definiert, die von externer Seite als realistisch angesehen werden. Ein späterer Abgleich mit diesen Prognosen sollte als Gradmesser der Zielerreichung etabliert werden. Grundlage sind die beiden Studien: „Maritime Wirtschaft und Transportlogistik - Strategie 2030“ des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes sowie die „Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtung“ der PLANCO Consulting, Essen. Die beiden Studien eröffnen einen Prognosezeitraum bis 2030 (HWWI) bzw. 2025 (PLANCO).

In der Studie des HWWI wird ein allgemein hohes Umschlagswachstum im Häfenbereich prognostiziert. Eine herausragende Stellung nehmen Containergüter ein, deren Umschlag bis zum Jahr 2030 mit 620% Wachstum prognostiziert wird.

Für die Bremischen Häfen gehen die Studien von jährlichen Zuwachsraten bei den Containerumschlägen in Höhe von 6,2% (HWWI bis 2030) bzw. 6,0 % (PLANCO bis 2025) aus.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Im Ressort Häfen gibt es derzeit Überlegungen, das noch geltende zentrale Ziel: **Erfüllung des staatlichen Auftrages, einen reibungslosen Hafendienst sicherzustellen**, zu spezifizieren, um bspw. den Bezug zu den Umschlagsindikatoren besser darstellen zu können. Über etwaige Änderungen wird allerdings erst im Benchmarking- Bericht 2008 berichtet werden. Wie im Vorjahresbericht bezeichnet der Bereich über dieses abstrakte zentrale Ziel hinaus keine Detailziele, sondern Maßnahmen(bündel), deren Realisierung den „reibungslosen Hafendienst“ ermöglichen sollen und die mit konkreten Einzelzielen verknüpft werden.

Z1	Erfüllung des staatlichen Auftrages, einen reibungslosen Hafendienst sicherzustellen
Z1-1	Neubau und die Modernisierung von Anlagen sowie die Privatisierung von Aufgaben
Z1-2	wirtschaftlicher Einsatz von Ressourcen
Z1-3	Steigerung der Umschlagszahlen mit dem Ziel der Verbesserung der Einnahmesituation

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt.

Ausgabepositionen Produktplan "Häfen"	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Veränderung		Anschlag
	2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006 1)	%	2007
	Tsd. €							
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	14.959	15.149	13.862	13.886	13.192	-1.768	-11,8	13.466
davon: Personalausgaben (Produktplan)	8.681	8.815	7.586	7.634	7.212	-1.469	-16,9	7.433
zugeordnete Anteile an Versorgung	6.279	6.334	6.277	6.252	5.980	-299	-4,8	6.034
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	174	168	145	139	133	-41	-23,6	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	49.862	52.614	52.242	54.895	54.227	4.365	8,8	
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	28.593	19.500	18.999	17.778	17.519	-11.075	-38,7	14.978
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	59.584	55.662	49.735	54.703	61.952	2.368	4,0	47.082
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile					9.638			
Gesamtausgaben	103.137	90.311	82.596	86.367	92.662	-10.475	-10,2	75.527

1) Einschließlich refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Eine Steigerung der Umschlagszahlen, die für den **Seehafenumschlag** vorliegen, ist bei allen entsprechenden Kennzahlen erreicht worden. Der **Anteil des Containerumschlag in Mio. t** am Gesamtumschlag ist in Bremen im Vergleich zu den anderen Städten am höchsten. Der mittlere Rang bei den absoluten Umschlagszahlen dieses Bereiches geht einher mit einem Wachstum von 51,9 % in den vergangenen 5 Jahren, während z.B. in Hamburg ein Wachstum von knapp 80 % zu verzeichnen war.

Das **nicht-containerisierte Stückgut** liegt ebenfalls weiter im Wachstumstrend. Während in den Vergleichshäfen diese Kennzahl in den letzten 5 Jahren moderat stieg oder sogar, wie in Hamburg abnahm, ist das Wachstum in Bremen mit rund 37 % am höchsten.

Der **Massengutumschlag** hat sich in den Jahren 2002/2006 um 8 % gesteigert. Insgesamt ist dieser Bereich in den bremischen Häfen in den vergangenen 5 Jahren am geringsten gestiegen.

Der ebenfalls zum Aufgabenbereich des Produktplans „Häfen“ gehörende **Flughafen Bremen** zeigt bei den Fluggastzahlen rückläufige Kennzahlen auf. Die **Fluggastzahlen des Flughafens Bremen pro Einwohner** bewegen sich mit 3,1 am unteren Ende der Verkehrsflughäfen in den Vergleichsstädten.

Der Flughafen Bremen ist außerdem der einzige der Vergleichsflughäfen, dessen Fluggastzahlen im Vergleich zum Vorjahr (2005: 3,2) rückläufig sind.

Die **Frachtmenge (in t je 1.000 EW)** ist jedoch entgegen dem rückläufigen Trend (in den vergangenen 5 Jahren -40%) in Bremen wieder leicht von 1,4 im Jahr 2005 auf 1,9 im Jahr 2006 gestiegen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Bremischen Häfen unterliegen einem dynamischen Wachstum, welches aus globalen Entwicklungen insbesondere beim Containerumschlag resultiert. Für zukünftige Benchmarking- Darstellungen ist ein Abgleich der jährlichen Wachstumsraten mit den prognostizierten Werten, sowie eine Ausdehnung des Kennzahlenspektrums erforderlich.

Hierfür wäre eine Spezifizierung der zentralen Zielsetzungen des Ressorts sowie eine Formulierung konkret umsetzbarer Detailziele erforderlich.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø		Brem. Häfen	Hamburg	Rotterdam	Antwerpen	Emden	Zeebrügge	Rang Bremen*
				Min	Max							
81-A-01	Containerumschlag in Mio. t	Mio. t	2006			44,8	89,5	94,8	80,8	0,0	18,0	4
81-A-02	Containerumschlag in Mio t: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			51,9	79,7	52,4	74,1	0,0	69,8	5
81-A-03	Containerumschlag in Mio t: Anteil am Gesamtumschlag	%	2006			69,5	66,4	25,1	48,3	0,0	45,7	1
81-B-01	Containerumschlag in Mio TEU	Mio TEU	2006			4,4	9,0	9,7	7,0	0,0	1,7	4
81-B-02	Containerumschlag in Mio TEU: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			46,7	91,5	59,0	66,7	.	89,0	5
81-C-01	Nicht-containerisiertes Stückgut	Mio. t	2006			8,9	2,6	19,0	22,2	2,3	13,2	4
81-C-02	Nicht-containerisiertes Stückgut: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			36,9	-23,5	11,1	1,4	21,0	-5,0	1
81-C-03	Nicht-containerisiertes Stückgut: Anteil am Gesamtumschlag	%	2006			13,8	1,9	5,0	13,3	59,0	33,5	3
81-D-01	Automobilumschlag	Mio Units	2006			1,9	0,2	0,3	0,9	1,0	1,9	2
81-D-02	Automobilumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			58,3	-57,0	37,5	12,5	25,0	54,2	1
81-E-01	Massengutumschlag	Mio t	2006			10,8	42,7	264,7	64,3	1,6	8,2	4
81-E-02	Massengutumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006			8,0	8,9	12,4	4,2	6,7	7,9	3
81-E-03	Massengutumschlag: Anteil am Gesamtumschlag	%	2006			16,7	31,7	70,0	38,4	41,0	20,8	6

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø		Stadt Bremen	Hamburg	Berlin ¹⁾	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln ²⁾	München	Stuttgart	Essen	Dortmund	Duisburg	Leipzig	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Max															
81-F-01	Flughäfen: Fluggäste	Anzahl je EW	2006			3,1	6,8	5,4	28,8	81,4	11,0	10,0	24,0	17,0	.	3,3	.	4,6	14,2	11
81-F-02	Flughäfen: Entwicklung der Fluggastzahlen in den letzten 5 Jahren	%	2005			-6,9	26,3	47,8	7,7	8,8	10,6	74,1	30,1	32,7	.	.	.	7,3	21,5	10
81-G-01	Flughäfen: Frachtmenge	t je 1.000 EW	2006			1,9	18,6	5,7	104,3	3.158,7	11,6	709,8	181,0	33,2	.	0,02	.	58,6	276,4	10
81-G-02	Flughäfen: Entwicklung der Frachtmengen in den letzten 5 Jahren	%	2006			-40,7	20,6	-37,4	15,7	38,0	-12,9	56,8	71,9	18,6	.	.	.	279,8	42,6	10

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

¹⁾ Summen der Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld ²⁾ Flughafen Köln-Bonn

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Produktplan 91 Finanzen / Personal

Vorbemerkungen

Der Produktplan Finanzen / Personal ist dadurch gekennzeichnet, dass er die Ebenen des Querschnittsressorts und des personalintensiven Fachressorts umfasst. Auf beiden Ebenen wurden in den letzten Jahren vermehrt Anstrengungen unternommen, sich bundesweit bzw. innerhalb der Stadtstaaten zu vergleichen. Bei den Themenkomplexen Haushalt (z. B. Länderanalyse), Sanierung (z. B. Sanierungsberichte), Personal (z. B. Stadtstaaten-Benchmarking) und Steuerverwaltung (z. B. AG Kennzahlen) werden seit Jahren die Vergleichbarkeit der eigenen Daten überprüft und verbessert sowie die Ergebnisse mit den übrigen Ländern verglichen und teilweise veröffentlicht.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Ein wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt des diesjährigen Benchmarking-Berichts liegt in der Konkretisierung der zentralen Ressortziele, der abgeleiteten Detailziele und der hierauf bezogenen Kennzahlen sowie in der Messbarmachung eines Zielerreichungsgrades. Hinsichtlich der Ableitung der zentralen Ziele über Detailziele zu den Benchmarking-Kennzahlen verzeichnet der PPI 91 zum letzten Bericht erhebliche Fortschritte. Bei den Themenschwerpunkten „Steuerverwaltung“ und „Personalmanagement“ existieren teilweise sogar exakt quantifizierte Zielvorgaben zu den ausgewiesenen Kennzahlen.

Zu beachten ist, dass ein Großteil der Ziele den Produktplan als Querschnittsressort abbildet und somit keine typischen Ressortziele darstellt. Für die Sicherstellung der Einhaltung dieser Ziele können im Ressort zwar Grundlagen geschaffen werden, der Grad der Zielerreichung kann jedoch nicht allein vom Handeln der Finanzbehörde beeinflusst werden.

Bei der Zuordnung der Kennzahlen zu den Detailzielen der Steuerverwaltung ist zudem zu beachten, dass sich die Ziele gegenseitig beeinflussen und insgesamt in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen sollten. So ist eine Kennzahl in diesem Bereich fast immer mehreren Detailzielen zuzuordnen.

Z1	Sanierung der bremischen Haushalte
Z1-1	Sicherstellung des bremischen Eigenbeitrages
Z1-2	Unterstützung der bremischen Ansprüche auf Schuldenhilfen und strukturelle Einnahmeverbesserungen (BverfG und Föderalismusreform)
Z2	Aufbau eines modernen Finanzmanagementsystems einschließlich Umstellung auf kaufmännisches Rechnungswesen
Z3	Weiterentwicklung der Verwaltungsmodernisierung
Z4	Weiterentwicklung der Personalverwaltung zu einem zukunftsorientierten Personalmanagement
Z4-1	Ausrichtung der Personalstruktur an den Herausforderungen des demografischen Wandels
Z4-2	Sicherstellung einer differenzierten Personalstruktur, insbesondere unter dem Gender-Gesichtspunkt
Z4-3	Erhöhung des Teilzeitanteils zur Beschäftigungssicherung und Ermöglichung individueller Lebensgestaltung
Z5	Optimierung einer effizienten und kundenorientierten Steuerverwaltung
Z5-1	Sicherstellung der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages (insbesondere die Gleichmäßigkeit der Besteuerung)
Z5-2	Beachtung des wirtschaftlichen Ressourceneinsatzes
Z5-3	Beachtung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit

Haushalt und Personal

Ausgabepositionen Produktplan "Finanzen / Personal"	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Veränd. 2002 - 2006		Anschlag 2007 1)
	Tsd. €					%		Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung/AIP etc.)	98.176	101.628	99.480	100.966	100.368	2.193	2,2	101.798
davon: Personalausgaben (Produktplan)	75.600	78.092	76.873	76.764	75.444	-156	-0,2	74.591
zugeordnete Anteile an Versorgung etc.	22.547	23.506	22.580	24.173	24.904	2.357	10,5	27.182
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	29	30	27	28	21	-8	-27,8	25
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten)	1.692	1.679	1.680	1.583	1.622	-69	-4,1	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	44.693	46.501	45.770	48.494	46.510	1.817	4,1	
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	30.094	16.314	18.164	20.095	26.570	-3.525	-11,7	16.694
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	271	27	0	0	139	-131	-48,5	0
Investitionsausgaben	4.964	4.491	6.519	5.208	4.469	-495	-10,0	3.702
Gesamtausgaben	133.234	122.432	124.164	126.269	131.407	-1.827	-1,4	122.194

1) Beschäftigungsvolumen 2002 bis 2006 inkl. Refinanzierte; **Anschlag 2007 ohne Refinanzierte.**

Benchmarkingergebnisse

Die **Sanierung der Bremischen Haushalte (Z1)** wird mit Kennzahlen der Haushaltsdaten der Länder (inkl. Gemeinden) hinterlegt. Insbesondere die Entwicklung der Primärausgaben verdeutlicht den Eigenbeitrag des Stadtstaates Bremen. Vorrangiges Ziel ist es, spätestens ab 2008 bei den Primärausgaben ein geringeres Niveau als Berlin und Hamburg aufzuweisen. Mit 5.200 € je Einwohner unterschreitet Bremen 2006 zwar das Niveau Berlins (5.300 € je Einw.), jedoch noch nicht das Niveau Hamburgs (4.900 € je Einwohner). Die Entwicklung der Primärausgaben in den letzten fünf Jahren zeigt jedoch die Eigenanstrengungen des Stadtstaates Bremen: Mit einer Abnahme der Primärausgaben von - 4,5 % verzeichnet Bremen den vierthöchsten Rückgang aller Bundesländer. Im Bundesdurchschnitt stiegen die Primärausgaben im gleichen Zeitraum um 1,8 %, in Hamburg sogar um 4,9 % an.

Die Benchmarking-AG hat im letzten Bericht das Ressort gebeten, in Ermangelung von Kennzahlen zur Wirkung der Leistungserbringung in Teilen des Ressorts zu prüfen, ob sich Kennzahlen bilden lassen, die etwas über den Input aussagen. Dabei sollte insbesondere die Anwendung von Instrumentarien der KLR geprüft werden. In dem jetzigen Bericht ist dieser Prüfauftrag den Zielen **Z2** und **Z3** zuzuordnen, die nicht mit Kennzahlen hinterlegt werden können. In Abarbeitung des Prüfauftrages erging im Rahmen der Stadtstaaten - Kooperation von Bremen an die KLR-Vertreter der Länder die Bitte, ein beispielhaftes Stadtstaaten-Benchmarking auf Basis von KLR-Daten im Bereich der Finanzbehörden zu entwickeln. Nach ersten Beratungen der eingerichteten Arbeitsgruppe soll zunächst der Bereich der Finanzämter als Pilotprojekt dienen. Aufgrund der unterschiedlichen Kostenträgerstruktur der Länder wird aktuell geprüft, ob ein Vergleich auf Ebene der Produktgruppen des Bund-Länder-Einheitsplans stattfinden kann. Für einen belastbaren Vergleich ist dabei insbesondere eine Abstimmung bei der Kostenerfassung (z. B. Personalkosten) und der Verrechnungssystematik (z. B. Overheadkosten) nötig. Berlin, Hamburg und Bremen befinden dabei noch im Abstimmungsprozess.

Im Bereich der Informationstechnologie inklusive E-Government (**Z3**) sollen zudem im Rahmen des noch zu entwickelnden "transparenten IT-Gesamt-Budgets" zukünftig Kennzahlen wie "Kosten des IT-Arbeitsplatzes" (darunter v. a. Kosten aller Prozesse aus dem Bereich Administration und Support, und die Kosten für Verwaltungsaufwand) sowie Kosten für die Koordination von Trainingsmaßnahmen für das IT-Personal und die Endanwender/innen dem Benchmarking-Prozess zugeführt werden.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Ø Städte**
				Min	Ø	Max				
91-A-01	Beschäftigte im kommunalen Bereich je 1.000 EW	Anzahl	2005				9,4	9,4	14,7	12,5
91-A-02	Beschäftigte im kommunalen Bereich: Anteil Frauen	%	2005				61,3	51,6	63,4	58,3
91-A-03	Beschäftigte im kommunalen Bereich: Anteil Schwerbehinderte	%	2005				6,4	5,6	9,7	6,7
91-A-04	Ausbildungsquote im kommunalen Bereich	%	2005				4,7	2,0	4,7	3,1
91-A-05	Durchschnittsalter der Beschäftigten im kommunalen Bereich	Jahre	2005				47,0	43,2	47,0	44,2
91-A-06	Krankheitsquote nach Kalendertagen im kommunalen Bereich	%	2005				.	5,4	6,3	5,9

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel XX

** Beteiligte Städte: Bremen, Düsseldorf, Köln, Stuttgart, Dortmund

Hinsichtlich der **Weiterentwicklung der Personalverwaltung zu einem zukunftsorientierten Personalmanagement (Z4)** wird insbesondere die Personalstruktur im Länder- und Städtevergleich näher betrachtet. Dabei fällt die mit einem Anteil der Frauen an den Gesamtbeschäftigten von 51 % sehr homogene Geschlechter-Aufteilung im Stadtstaat Bremen auf. Im kommunalen Bereich liegt der Frauenanteil jedoch bei über 61 %.

In Bezug auf die Altersstruktur im kommunalen Vergleich ist festzustellen, dass - trotz der wiederholten Spitzenposition bei der Ausbildungsquote - der Altersdurchschnitt mit 47 Jahren deutlich über dem Durchschnittswert der Vergleichsstädte (Düsseldorf, Köln, Stuttgart, Dortmund) liegt und sich zum Vorjahr sogar noch marginal erhöht hat. Dies basiert insbesondere auf einem hohen Anteil der über 50jährigen Beschäftigten.

Die schon in den Vorjahren im Ländervergleich überdurchschnittliche Teilzeitquote konnte 2005 noch geringfügig ausgebaut werden. Bremen nimmt mit einem Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten von fast 35 % den vierten Rang im Ländervergleich ein und ermöglicht damit auch weiterhin eine hohe individuelle Lebensgestaltung der Beschäftigten.

Zentrale Kennzahl der Effizienz des Personals im öffentlichen Dienst ist die Personalquote, d. h. die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten pro 1.000 Einwohner. Bremen liegt mit 34,9 Beschäftigten je 1.000 Einwohner im Vergleich der Stadtstaaten zwischen Hamburg (32,5) und Berlin mit 37 Beschäftigten je 1.000 Einwohner. Im Ländervergleich fällt dabei die klare Unterteilung in Westflächennländer mit niedrigeren Personalquoten (Rang 9 – 16) und Neue Länder bzw. Stadtstaaten mit höheren Personalquoten (Rang 1 – 8) auf. Im Großstädtevergleich (Bremen, Düsseldorf, Köln, Stuttgart, Dortmund) verzeichnet Bremen hingegen mit 9,4 Beschäftigten im kommunalen Bereich je 1.000 Einwohner den besten Effizienzwert, wobei zu beachten ist, dass die Zuordnung des Personals (kommunal / staatlich) nicht inhaltlich sondern institutionell (senatorische Behörde / Amt) erfolgt.

Bei dem Ziel der **Optimierung der Steuerverwaltung (Z5)** bilden die ausgewählten Kennzahlen sowohl die Steuerverwaltung insgesamt als auch die wichtigen Bereiche Veranlagung, Betriebsprüfung, Umsatzsteuer-Sonderprüfung und Lohnsteuer-Außenprüfung ab. Die bremischen Werte können dabei stets mit den Werten aller Bundesländer und teilweise auch mit direkten Zielvorgaben verglichen werden:

Die von der Länderarbeitsgruppe Kernkennzahlen ermittelten Ausgaben für das Personal der Finanzämter belegen eine deutlich höhere Belastung der Stadtstaaten gegenüber den Flächenländern. Innerhalb der Stadtstaaten verzeichnet Bremen mit 54 € je Einwohner jedoch deutlich geringere Personalausgaben als Hamburg (61 € je Einw.) und Berlin mit 67 € je Einwohner. Dies spiegelt sich auch bei den Werten wieder, die von den Bundesländern zur Ermittlung der Interventionsquote auf EU-Ebene gemeldet wurden: Die Ausgaben der Stadtstaaten liegen demnach deutlich über dem Niveau der Flächenländer und Bremen verzeichnet geringere Ausgaben als Hamburg und Berlin. Bei der Interventionsquote, also dem Anteil der Gesamtausgaben der Steuerverwaltung an dem jeweiligen Steueraufkommen verzeichnet Hamburg den mit Abstand niedrigsten Wert aller Bundesländer. Bremen liegt mit einem Anteil von 1,8 % im Bundesdurchschnitt und mit Rang 10 in der unteren Hälfte der Bundesländer.

Die abgebildeten Prüfungsintervalle ergeben für Bremen ein differenziertes Bild: Während die Hansestadt bei der Lohnsteuer-Außenprüfung und der Betriebsprüfung der Großbetriebe einen kürzeren Turnus als der Länderdurchschnitt aufweist, ist der Prüfungsturnus bei der Betriebsprüfung der Mittelbetriebe etwas höher als beim rechnerischen Durchschnitt der Länder. Diese Tendenz zeigt sich auch im

Vergleich zu den konkreten Zielvereinbarungen mit den Finanzämtern zur Anzahl zu prüfender Betriebe wieder.

Bei der Betriebsprüfung ist auffällig, dass Bremen sowohl bei den Personalausgaben je geprüften Betrieb als auch bei der zur Verfügung stehenden Zeit pro Prüfung die Spitzenposition einnimmt. Ein Indikator, inwieweit der Aufwand wirtschaftlich gerechtfertigt ist, ist die Ausgaben-Ertragsquote, die sich im Ländervergleich wie folgt darstellt: Während in Bremen die Ausgaben der Betriebsprüfung bei 5,2 % des Ertrages liegen, sind die Werte in Hamburg (5,6 %), Berlin (6,6 %) und sieben Flächenländern zum Teil deutlich höher, sechs Bundesländer weisen eine niedrigere Ausgaben-Ertragsquote auf.

Überwiegend positiv stellt sich in Bremen das je Prüfer erzielte Mehrergebnis dar:

Bei der Lohnsteuer-Außenprüfung wird mit 391 Tsd. € Mehrergebnis je Außenprüfer zwar nicht der Durchschnittswert der Länder (439 Tsd. €) erreicht, insgesamt verzeichnen jedoch nur fünf Flächenländer und kein Stadtstaat höhere Mehrergebnisse als die bremischen Außenprüfer. Bei der Umsatzsteuer-Sonderprüfung erzielt Bremen mit 1,1 Mio. € je Prüfer sogar das zweithöchste Mehrergebnis aller Bundesländer und übertrifft damit den Länderdurchschnitt (960 Tsd. €).

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Erreichung des Ziels „Sanierung der bremischen Haushalte“ ist nur teilweise durch das Ressort zu beeinflussen. Mit einer Entwicklung der Primärausgaben deutlich unter dem Schnitt der Bundesländer und unter der Entwicklung Hamburgs kommt Bremen dem vorrangigen Ziel, die Primärausgaben je Einwohner spätestens 2008 unter das Niveau Hamburgs zu senken, näher.

Im Bereich Personalmanagement gibt es weiter Abgrenzungsprobleme zwischen Landes- und Kommunalbediensteten, was sich an einer Position über den westlichen Flächenländern und im Großstädtevergleich unter den Vergleichsstädten zeigt.

Bei der Steuerverwaltung weist Bremen stadtstaatentypische höhere Ausgaben pro Einwohner für das Personal aus. Dafür kann Bremen z.T. auf gute Leistungsergebnisse verweisen.

Die Hinterlegung der Ziele Z2 und Z3 mit Kennzahlen steht weiter aus. Die Abstimmungsprozesse mit den anderen Bundesländern wenigsten Kennzahlen für den Input (KLR-Daten) darzustellen sind noch zu keinem Ergebnis gekommen. Die Benchmarking-AG bittet das Ressort, dieses weiter zu verfolgen. Insbesondere für den Bereich IT/E-Government sind zukünftig Kennzahlen wünschenswert.

Produktplan 91: Finanzen und Personal

Stand: 31.10.2007

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Breiten: Abweichung vom Bundeswert*		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	MV	BB	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*	
				Min	Max																			
Sanierung der Bremischen Haushalte	91-B-01 Primärausgaben (ohne Geberanteil im LFA) je Einwohner	Euro	2006			5.239	4.912	5.305	3.835	3.900	4.087	3.562	3.949	3.678	4.001	3.783	4.555	4.452	4.398	4.444	4.190	4.036	2	
	91-B-02 Primärausgaben (ohne Geberanteil im LFA): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	%	2006			-4,5	4,9	-12,1	1,5	4,0	5,1	-0,7	5,0	2,1	9,2	9,5	-3,2	0,8	3,9	-4,8	-6,3	1,8	13	
	91-B-03 Primärsaldo	Euro je EW	2006			-426,0	480,9	111,8	88,5	215,2	90,0	219,3	52,2	-44,6	-347,7	-3,9	158,3	158,3	284,4	209,3	175,6	124,0	16	
Weiterentwicklung der Personalverwaltung	91-C-01 Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Personalquote (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	BVQI je 1.000 EW	2005			34,9	32,5	37,0	31,6	28,9	32,1	29,6	29,5	31,4	30,2	28,7	35,0	35,4	32,9	37,4	33,8	31,2	5	
	91-C-02 Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil weiblich (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	%	2005			50,8	48,0	59,9	55,5	48,8	53,9	53,0	52,7	50,5	46,8	53,0	62,6	64,8	63,6	65,4	63,2	54,7	12	
	91-C-03 Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil Teilzeitbeschäftigte (ohne Krankenhäuser und Hochschulen)	%	2005			34,6	27,3	19,8	35,4	33,8	33,3	36,5	28,9	33,0	23,6	33,5	31,1	32,0	34,4	28,2	39,7	32,1	4	
	91-C-04 Erfüllung der Beschäftigtenquote von Schwerbehinderten durch die Obersten Landesbehörden	%	2005			6,4	5,5	6,3	4,5	4,8	6,9	4,5	5,6	4,8	5,6	4,8	5,0	4,6	4,8	4,1	4,5	4,5	2	
Optimierung einer effizienten und kundenorientierten Steuerverwaltung	91-D-01 Steuerverwaltung insgesamt: Ausgaben für Personal der Finanzämter pro 1.000 Einwohner	Euro	2006			53.850	60.990	67.486	44.193	46.252	50.674	47.654	49.667	48.657	46.249	48.176	48.756	43.571	43.897	43.116	36.978	48.119	3	
	91-E-01 EU-Umfrage Interventionsquote: Kosten der Steuerverwaltung in Prozent der Einnahmen	%	2006			1,8	0,9	2,6	1,6	1,7	1,6	2,2	1,7	2,0	1,7	2,0	2,0	4,0	2,3	3,1	2,9	3,0	1,8	10
	91-E-02 EU-Umfrage Interventionsquote: Kosten der Steuerverwaltung je Einwohner	Euro	2006			99,7	122,5	115,0	76,3	83,1	99,7	75,4	86,9	81,2	72,2	78,9	74,3	58,9	67,7	59,4	61,4	82,3	3	
	91-F-01 Veranlagung natürlicher Personen: Personalausgaben je Steuerpflichtiger	Euro	2006			61,4	65,1	69,4	45,0	44,8	46,8	45,0	49,3	53,3	50,6	50,9	48,9	45,2	50,7	49,3	41,6	41,6	3	
	91-G-01 Betriebsprüfung: Prüfungsturnus Großbetriebe	Jahre	2006			4,1	4,6	4,0	4,4	4,7	4,4	4,8	4,8	3,8	4,7	4,7	3,9	4,3	4,5	4,0	4,2	4,3	4,5	12
	91-G-02 Betriebsprüfung: Prüfungsturnus Mittelbetriebe	Jahre	2006			13,9	10,5	10,9	11,8	15,9	16,1	11,4	16,7	9,5	17,7	9,9	9,6	13,0	12,4	12,2	11,6	11,6	13,3	5
	91-G-03 Betriebsprüfung: Personalausgaben je geprüfter Betrieb	Euro	2006			3.507	3.422	3.227	1.964	2.509	3.247	2.371	3.187	1.869	2.487	2.487	1.855	2.023	2.448	1.847	2.336	2.120	2.120	1
	91-G-04 Betriebsprüfung: Zur Verfügung stehende Zeit pro Prüfung	h	2006			151,0	143,2	129,2	81,3	130,2	131,2	106,5	123,2	83,5	106,3	80,4	99,6	116,5	132,1	110,0	116,1	116,1	10 von 15	
	91-G-05 Betriebsprüfung: Ausgaben-Ertragsquote	%	2006			5,2	5,6	6,6	4,1	2,0	2,0	3,8	3,0	5,5	6,0	6,1	9,7	6,8	6,1	8,3	8,3	9,59	2	
	91-H-01 Umsatzsteuer-Sonderprüfung: durchschnittliches Mehrergebnis je eingesetzten Sonderprüfer	1.000 Euro	2006			1.102	990	998	1.889	997	694	805	1.063	753	753	708	501	276	463	542	563	910	959	2
	91-H-02 Umsatzsteuer-Sonderprüfung: durchgeführte Prüfungen je eingesetzten Sonderprüfer	Anzahl	2006			54,9	53,5	60,8	69,0	68,5	70,8	79,3	60,2	60,7	60,7	53,6	52,4	70,2	65,6	51,6	75,6	65,5	63,3	12
	91-H-03 Umsatzsteuer-Sonderprüfung: geprüfte Betriebe	%	2006			1,6	1,4	2,2	1,6	1,4	1,8	2,1	2,0	2,2	2,2	1,9	1,5	2,6	2,6	2,2	3,0	2,5	1,9	12
	91-I-01 Ausbildungsquote im Bereich der Steuerverwaltung	%	2006			5,7	7,0	7,8	6,0	3,0	6,2	2,6	4,7	9,6	3,8	5,9	7,6	0,9	1,0	2,2	0,4	1,6	4,3	8
	91-J-01 Lohnsteuer-Außenprüfung: Prüfungsturnus bei den Arbeitgebern mit 100 und mehr Arbeitnehmern	Jahr	2006			3,6	3,5	4,4	5,3	4,2	4,3	3,8	5,1	3,8	3,8	4,3	3,5	3,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,4	13,0
91-J-02 Lohnsteuer-Außenprüfung: durchschnittliches Mehrergebnis je eingesetzten Lohnsteuer-Außenprüfer	1.000 Euro	2006			391	378	222	399	362	670	755	544	324	324	287	407	115	275	200	181	192	439	6,0	

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

V. Prüfaufträge

Prüfaufträge

Produktplan 01 Bürgerschaft

Die Bürgerschaft wird gebeten zu prüfen, ob aufgabenbezogene Vergleichskennzahlen auf parlamentarischer Ebene gebildet werden können.

Produktplan 05 Bundes-und Europaangelegenheiten

Der Bereich Bundesangelegenheiten wird gebeten, die auf Arbeitsebene unternommenen Versuche unbedingt fortzusetzen, die Vergleichbarkeit bereits vorliegender Daten der Vertretungen der Länder beim Bund abzusichern und u. U. neue Vergleichsfelder zu ermitteln.

Des Weiteren werden die Bereiche Bundes- und Europaangelegenheiten gebeten zu prüfen, ob für den nächsten Benchmarking-Bericht Kennziffern mit Einwohnerbezug gebildet werden können.

Produktplan 07 Inneres

Das Ressort wird gebeten, den Aufbau eines Vergleichsrings im Polizeibereich voranzutreiben, um beim nächsten Bericht erste Ergebnisse darstellen zu können. Darüber hinaus wird das Ressort gebeten, zum nächsten Bericht Benchmarking- Ergebnisse zu den Bereichen Statistik, sowie Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen vorzulegen.

Produktplan 12 Sport

Die noch verbliebenen, aber deutlich verminderten Datenlücken sollen durch entsprechende Nachfragen in den Vergleichsstädten bis zur Erstellung des nächsten Berichtes geschlossen werden.

Im nächsten Benchmarking-Bericht sollen die Ergebnisse der Sportförderung verstärkt einfließen. Dazu sollen Kennzahlen zum Leistungs- bzw. Spitzensport entsprechend aufbereitet und im Städtevergleich dargestellt werden.

Außerdem soll im Folgebericht die in diesem Jahr erstmalig durchgeführte Erfassung der den Vereinen übergebenen kommunalen Sportplätze weiter geführt werden.

Produktplan 21 Bildung

Soweit möglich soll im weiteren Verlauf des Benchmarkingprozesses der Aspekt Stadtstaatenvergleich eine zusätzliche, hervorgehobene Bedeutung erhalten.

Produktplan 22 Kultur

Das Ressort wird gebeten, seine Ziele zu konkretisieren und ihnen adäquate Indikatoren zum Ressourceneinsatz und zur Erfolgskontrolle zuzuordnen. Hilfreich wäre es, wenn einige der dabei Verwendung findenden Indikatoren – nicht zuletzt aufgrund der besonderen Anforderungen an Bremen als Haushaltsnotlagenland – auch in Länder- und Städtevergleichen darzustellen und zu bewerten wären.

Produktplan 31 Arbeit

Das Ressort wird gebeten zu prüfen, ob eine Erweiterung des Kreises der Benchmarkingbeteiligten auf Städte- bzw. Länderebene bereits zum nächsten Bericht möglich ist.

Produktplan 41 Jugend und Soziales

Die AG Benchmarking und das Ressort haben vereinbart, im Vorfeld des Benchmarking-Berichts 2008 zu prüfen, ob weitere, geeignete Kennzahlen zu den Hilfen zur Erziehung im Hinblick auf das Thema „Kindeswohl-Sicherung“ in den Bericht aufgenommen werden können.

Produktplan 51 Gesundheit

Das Hafengesundheitsamt wirkt im Arbeitskreis der Küstenländer an der Entwicklung und Definition einheitlicher Standards mit. Die Begleit-AG regt an, nach Abschluss dieser Arbeiten eine Ergänzung des Kennzahlen-Sets des Produktplans um diese Daten zu prüfen, sofern sie budget- bzw. steuerungsrelevant sind.

Produktplan 81 Häfen

Das Ressort wird gebeten, zu prüfen, ob die zentralen Zielsetzungen des Ressorts spezifiziert werden können, damit in einem weiteren Schritt konkret umsetzbare Detailziele einem Benchmarking zugeführt werden können.

VI. Benchmarking der Stadt Bremerhaven

Benchmarking-Aktivitäten der Stadt Bremerhaven

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat bereits Anfang 2004 das Aufgabengebiet „Benchmarking“ an zentraler Stelle (Magistratskanzlei) institutionalisiert und gewährleistet dadurch, die auf dezentraler Ebene vormals vorhandenen Vergleichsaktivitäten in ein **strategisches Gesamtkonzept** zu integrieren und somit die Koordinierung und Transparenz der Informationen sicherzustellen. Bremerhaven verfügt seither über einen festen Stamm von sog. Benchmark-Städten, mit denen sich die Stadt seit ihrer Mitarbeit an den bremischen Benchmarking-Berichten regelmäßig vergleicht und die auch im vorliegenden Bericht die Basis für die nachfolgenden Vergleiche zu „Zentralen Strukturkennziffern“ darstellt.

Über diese Aktivitäten hinaus ist die Arbeit in **Vergleichsringsen** für die Bremerhavener Verwaltung sehr hilfreich. Da es von großem Interesse ist, in methodisch festgelegten und nachvollziehbaren Verfahren, z. B. geleitet durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), von den Erfahrungen anderer Städte zu profitieren, wird jedes neue Angebot zur Beteiligung an einem Vergleichsring geprüft und oftmals genutzt. Teilnahme und Ergebnisauswertung obliegen dabei den fachlich zuständigen Stellen, eine übergeordnete Bewertung durch die Verwaltungsspitze ist ebenfalls sichergestellt.

Weitere Vergleichs- und Auswertungsmöglichkeiten bieten sich für die Bremerhavener Verwaltung auf Basis der **Kosten- und Leistungsrechnung**, die hier bereits seit 2002 flächendeckend in Form einer Ist-Vollkostenrechnung vollzogen wird. Das bedeutet, dass insgesamt 431 Kostenstellen und 647 Kostenträger, die sich auf 163 Kostenträgergruppen und 42 Organisationseinheiten verteilen, bebucht werden. Über diese Anzahl von Kostenträgern hinaus sind für einige Bereiche noch weitergehende Unterkostenträger definiert worden, da sie besondere Auswertungsziele verfolgen. Zu den Kostenträgern werden 804 Leistungsdaten (Mengen) erfasst, von denen wiederum 462 für die Berechnung von Kennzahlen genutzt werden. Die restlichen dienen bei weitergehenden Analysen und Bewertungen als zusätzliche Leistungsinformation. Für alle 42 Organisationseinheiten werden Standardberichte erstellt, in 10 Ämtern wird zudem eine Plankostenrechnung generiert. Überdies werden auf Anfrage der Ämter Sonderberichte zur Verfügung gestellt.

Ein großer Erkenntniswert für die Kosten- und Leistungsrechnung resultiert aus der Buchung der Personalkosten auf die einzelnen Kostenstellen und Kostenträger. Da die Personalkosten naturgemäß einen Großteil der Gesamtkosten ausmachen, ist ihre verursachungsgerechte Zuordnung zwingende Basis für die Analyse und Optimierung des Personaleinsatzes innerhalb der jeweiligen Organisationseinheit. Grundsätzlich sind daher alle Mitarbeiter des Magistrats dazu verpflichtet, ihre Arbeitszeit den Kostenträgern zuzuordnen. Die Sachkosten werden über die kameralistische Mittelbewirtschaftung mittels einer elektronischen Zusatzkontierung von den Organisationseinheiten für die Kosten- und Leistungsrechnung erfasst. Hierdurch ist gewährleistet, dass jeder Beleg, mit der Ausnahme von Belegen für Anlagegüter, nur einmal kontiert werden muss. Die kalkulatorischen Kosten werden größtenteils zentral ermittelt (Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten, Interne Leistungsverrechnung, Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen) und in die Kosten- und Leistungsrechnung gebucht. Die Abschreibungen und Zinsen werden aus der Anlagenbuchhaltung übernommen, die zurzeit von zwei Bereichen direkt bebucht wird. Für alle anderen Bereiche werden die Daten der Inventarlisten derzeit noch zentral in die Anlagenbuchhaltung eingepflegt.

Es lässt sich zusammenfassend herausstellen, dass die Bremerhavener Verwaltung die vielfältigen Möglichkeiten der Vergleichsarbeit zu nutzen bemüht ist, dabei aber stets auf ein angemessenes Verhältnis zum damit verbundenen Aufwand Wert legt. Auch in dieser Hinsicht stellt die Zusammenarbeit in der Begleit-AG ein wichtiges Element dar, um die Vergleiche Bremerhavens mit seinen Benchmark-Städten auf Grundlage umfassender und gesicherter Daten weiter betreiben und vertiefen zu können.

Tabelle A: Einwohner

Stand: 16.10.2007

Städtevergleich		Einheit	Jahr	BHV, Abweichung vom Ø* Min Ø Max	Bremer- haven	Rostock	Oсна-brück	Oldenburg	Darmstadt	Regens- burg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach a.M.	Gera	Wilhelms- haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
A-A-01	Bevölkerungsentwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2006		-3,1	-0,4	-0,3	2,0	1,4	2,8	-0,8	-1,3	1,4	-0,2	-7,2	.	-0,4	1,4	10 von 11
A-A-02	Bevölkerungsentwicklung männlich in den letzten 5 Jahren	%	2005		-3,5	-1,6	0,5	3,0	2,1	4,1	-0,1	-1,0	2,1	3,4	-7,9	-1,2	0,1	1,7	11 von 12
A-A-03	Bevölkerungsentwicklung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	2005		-4,5	-1,3	-0,4	2,2	1,1	2,6	-0,1	-1,0	1,3	0,9	-8,3	-3,6	-0,7	0,8	11 von 12
A-B-01	Gesamtwanderungssaldo	je 1.000 EW	2005		-2,4	2,7	-2,8	2,2	2,0	8,7	-4,2	-0,7	2,7	-5,1	-7,9	-0,7	-0,1	4,5	8 von 12
A-B-02	Natürlicher Bevölkerungssaldo	je 1.000 EW	2005		-3,3	-1,2	-1,3	-1,2	0,1	-1,4	-3,6	-4,0	-0,2	2,2	-3,7	-6,1	-1,8	-2,8	8 von 12
A-C-01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		2005		1,47	1,30	1,12	1,17	1,34	1,17	1,17	1,19	1,35	1,51	1,25	1,29	1,25	1,18	2 von 12
A-D-01	Bevölkerungsdichte	EW/ qkm	2005		1.479	1.098	1.367	1.540	1.150	1.610	594	1.186	1.218	2.660	684	782	1.132	1.680	4 von 12
A-E-01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	2005		13,8	9,1	12,4	13,7	13,2	12,1	13,0	14,4	14,4	14,8	8,8	12,6	12,6	12,9	4 von 12
A-E-02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	2005		65,1	70,0	68,2	68,8	68,7	69,0	64,6	65,5	66,0	68,2	68,6	64,9	67,6	66,8	10 von 12
A-E-03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	2005		21,1	20,8	19,4	17,5	18,1	18,9	22,4	20,1	19,5	17,0	22,6	22,6	19,9	20,3	4 von 12
A-F-01	Ausländeranteil	%	2005		10,5	3,7	8,6	7,5	15,7	11,2	11,8	9,4	20,2	26,0	1,4	5,2	10,7	13,2	6 von 12
A-I-01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte	Euro / EW	2005		18.253	14.142	17.339	16.663	17.942	18.624	17.452	16.964	19.654	16.744	14.379	15.584	16.910	20.293	3 von 12
A-I-02	Primäreinkommen privater Haushalte	Euro / EW	2005		17.372	13.762	19.241	18.900	21.416	21.605	20.072	18.120	22.019	19.082	13.465	15.664	18.373	21.831	9 von 12

Quellangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle B: Beschäftigung

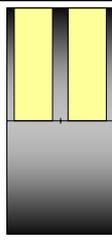
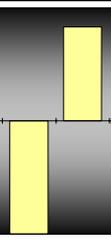
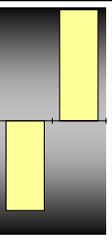
Städtevergleich	Einheit	Jahr	BHV: Abweichung vom Ø*		Bremer- haven	Rostock	Osna-brück	Oldenburg	Darmstadt	Regens- burg	Wolfsburg	Bottrop	Heilbronn	Offenbach a.M.	Gera	Wilhems- haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
			Min	Max															
B-A-01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige am Arbeitsort	2005	je 1.000 EW		510	493	686	627	843	1.025	914	382	743	531	506	522	651	589	9 von 12
B-B-01	Erwerbstätige am Arbeitsort: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	2005	%		-4,1	-5,1	-1,3	0,4	-2,0	2,1	8,8	0,0	-3,0	-5,0	-7,7	-2,5	-1,1	-1,1	9 von 12
B-C-01	SV Beschäftigte (Wohnort)	2006	je 1.000 EW		262	309	295	291	326	323	345	292		312	314	250	303	291	10 von 11
B-C-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	2005	je 1.000 EW		283	301	322	302	356	363	434	347	361	333	324	260	331	321	11 von 12
B-C-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	2005	je 1.000 EW		232	302	258	278	297	295	266	236	267	281	296	239	273	262	12 von 12
B-D-01	SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2006	%		-11,7	-13,9	-6,2	-5,4	-4,8	-2,0	-3,2	-4,8	-6,2	-10,3	-16,7	-12,5	-8,1	-7,1	9 von 12
B-D-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	%		-15,7	-21,6	-9,7	-8,2	-5,7	-2,0	-1,4	-8,6	-7,8	-9,1	-22,4	-16,3	-10,8	-9,6	9 von 12
B-D-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	%		-10,9	-14,7	-5,2	-2,4	-1,7	0,5	-0,1	-0,5	-5,7	-7,1	-18,8	-10,7	-6,9	-3,4	10 von 12
B-E-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort)	2006	je 1.000 EW		368	367	489	406	597	716	761	254		377	352	298	458	418	7 von 11
B-E-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	2005	je 1.000 EW		396	342	543	409	652	831	1.094	337	506	422	322	335	516	493	8 von 12
B-E-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich	2005	je 1.000 EW		321	373	420	399	543	603	442	192	434	321	362	268	397	346	9 von 12
B-F-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2006	%		-4,7	-9,1	-4,3	-2,5	-4,1	2,4	2,4	-3,6	-3,2	-9,2	-11,0	-8,4	-3,7	-5,2	8 von 12
B-F-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	%		-7,7	-18,7	-8,6	-6,0	-7,6	2,9	5,9	1,0	-9,7	-8,0	-19,9	-9,5	-5,9	-7,1	6 von 12
B-F-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten fünf Jahren	2005	%		-6,5	-9,8	-1,1	3,1	0,1	3,7	5,9	1,8	-3,6	-5,4	-15,5	-6,3	-2,4	-0,7	10 von 12
B-G-01	Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	2005	%		45,8	39,0	59,2	50,7	69,2	66,9	60,7		62,0	69,7	43,2	38,3	57,3	42,7	8 von 11
B-G-02	Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	2005	%		24,6	27,5	32,4	31,2	43,6	26,9	14,1		43,1	63,4	37,0	25,4	33,5	17,7	10 von 11
B-G-03	Pendlersaldo insgesamt	2006			12.298	11.645	31.519	18.303	38.347	51.552	50.150	-4.460	20.114	7.658	3.904	3.940	20.414	69.755	7 von 12
B-G-04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	2006	Anzahl		288	159	396	284	455	548	547	-147	343	173	108	160	338	304	6 von 12
B-H-01	Akademikerquote (Wohnort)	2005	%		5,2	13,5	12,0	12,5	20,7	17,3	8,2	7,2	7,4	8,6	11,1	5,3	11,4	12,2	12 von 12
B-H-02	Akademikerquote (Arbeitsort)	2005	%		6,5	13,9	9,3	9,6	19,7	12,6	11,8	5,5	7,6	13,1	10,6	6,2	11,5	11,4	10 von 12
B-I-01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	2005	%		1,0	0,7	2,5	0,7	0,5	0,3	0,1	1,2	1,3	0,6	0,8	0,7	0,8	0,5	4 von 12

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle C: Arbeitslosigkeit

Stand: 05.09.2007

Städtevergleich		Einheit	Jahr	BHV, Abweichung vom Ø*		Bremer- haven	Rostock	Oсна-brück	Oldenburg	Darmstadt	Regens- burg	Wolfsburg	Bottrop	Heilbronn	Offenbach a.M.	Gera	Wilhems- haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
C-A-01	Arbeitslosenquote	%	2006			22,4	19,5	12,0	13,7	11,9	10,1	11,1	14,0	10,0	16,4	19,7	16,7	14,7	15,0	1 von 12
C-A-02	Arbeitslosenquote Frauen	%	2006			21,0	18,3	11,5	12,3	11,5	9,4	13,0	14,0	10,3	15,6	19,9	15,6	14,2	13,9	1 von 12
C-B-01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			43,7	46,6	47,0	45,1	45,4	45,4	52,1	46,4	48,4	44,8	50,4	45,3	46,6	44,5	12 von 12
C-B-02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			12,5	12,7	11,6	10,9	10,4	11,7	12,4	10,5	10,6	11,8	8,9	8,7	11,3	9,4	2 von 12
C-B-03	Anteil der 55jährigen und älter an den Arbeitslosen insgesamt	%	2006			9,6	10,7	11,5	9,3	11,4	10,7	9,5	12,3	11,3	11,8	12,1	9,4	10,8	10,2	9 von 12
C-B-04	Anteil Langzeitarbeitslose (1 Jahr und mehr) an allen Arbeitslosen	%	2006			47,3	43,9	41,0	40,1	43,7	34,0	46,0	46,2	34,2	39,6	46,8	47,4	43,0	42,5	2 von 12

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle D: Wirtschaftskraft

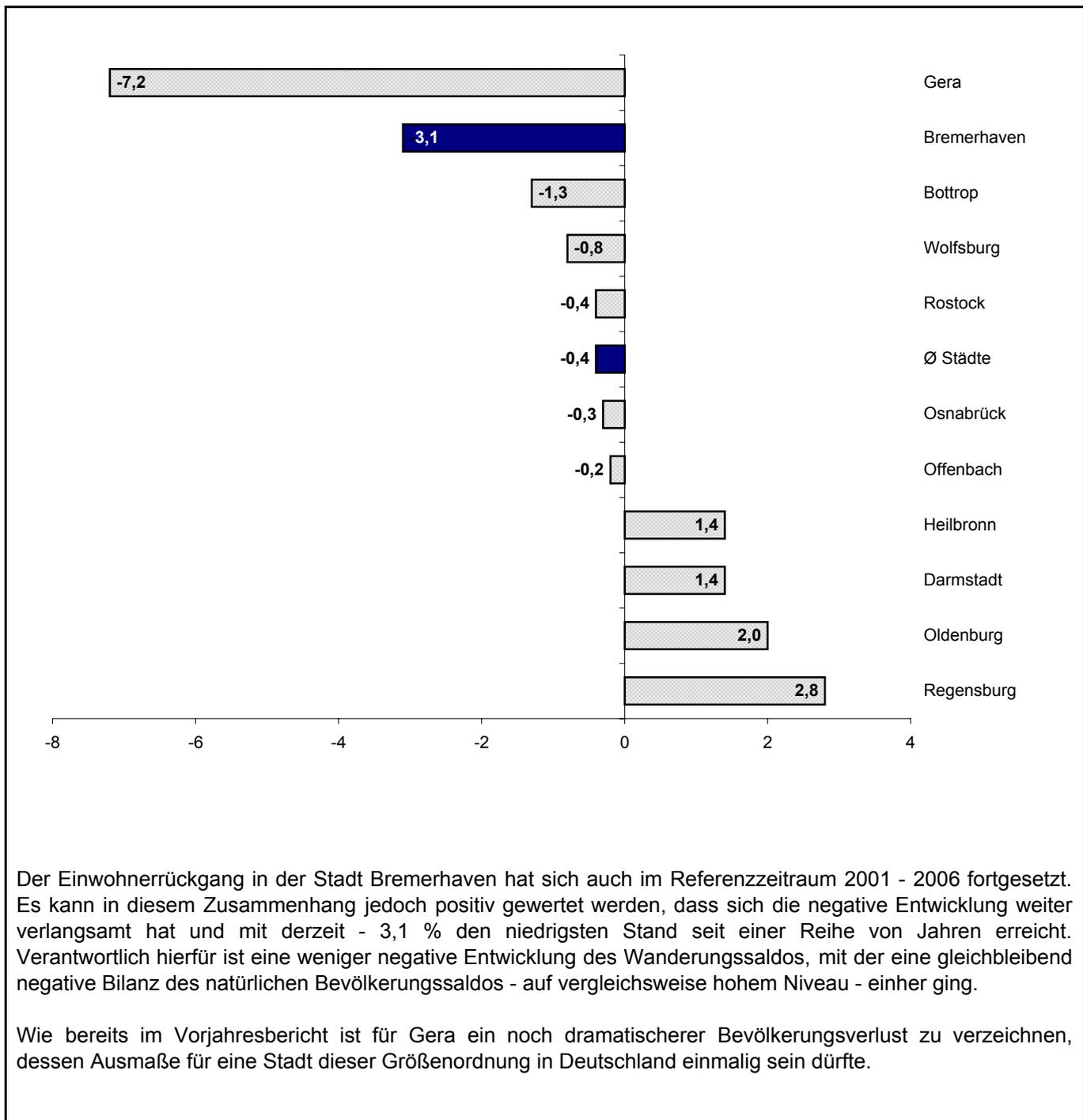
Stand: 05.09.2007

Städtevergleich		Einheit	Jahr	BHV, Abweichung vom Ø* Min Max	Bremer- haven	Rostock	Oсна-brück	Oldenburg	Darmstadt	Regens- burg	Wolfsburg	Boitrop	Heilbronn	Offenbach a.M.	Gera	Wilhems- haven	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
D-A-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)	Euro/EW	2005		29.358	24.533	36.795	34.114	53.291	63.035	72.920	<u>15.775</u>	42.681	36.491	20.051	31.583	38.281	38.723	9 von 12
D-B-01	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in den letzten 5 Jahren	%	2005		8,8	2,0	0,4	6,5	14,0	8,7	7,4	5,7	-8,1	1,6	-3,2	-12,0	3,8	11,6	2 von 12
D-C-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	Euro/ET	2005		57.597	49.753	53.654	54.448	63.252	61.509	79.768	41.259	57.431	68.766	<u>39.636</u>	60.471	56.813	65.770	6 von 12
D-D-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen: Entw. in den letzten 5 Jahren	%	2005		13,5	7,4	1,7	6,1	16,3	6,5	-1,4	5,8	-5,3	6,9	4,9	-9,8	4,9	12,9	2 von 12
D-E-01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)	je 1.000 EW	2006		-0,10	-0,36	-0,50	-0,15	-0,17	-0,40	-0,08	-0,08	0,11	0,03	-0,37	.	-0,29	-0,14	5 von 11
D-E-02	Gewerbemeldungen: Neuerichtungen abzgl. Aufgaben (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)	je 1.000 EW	2006		1,03	1,15	2,45	3,32	2,83	2,78	1,91	<u>0,98</u>	1,65	3,35	1,27	.	2,99	2,01	10 von 11
D-F-01	Insolvenzverfahren (Durchschnitt der letzten 5 Jahre)	je 10.000 EW	2005		12	25	12	16	11	9	11	12	20	16	14	27	15	20	9 von 12

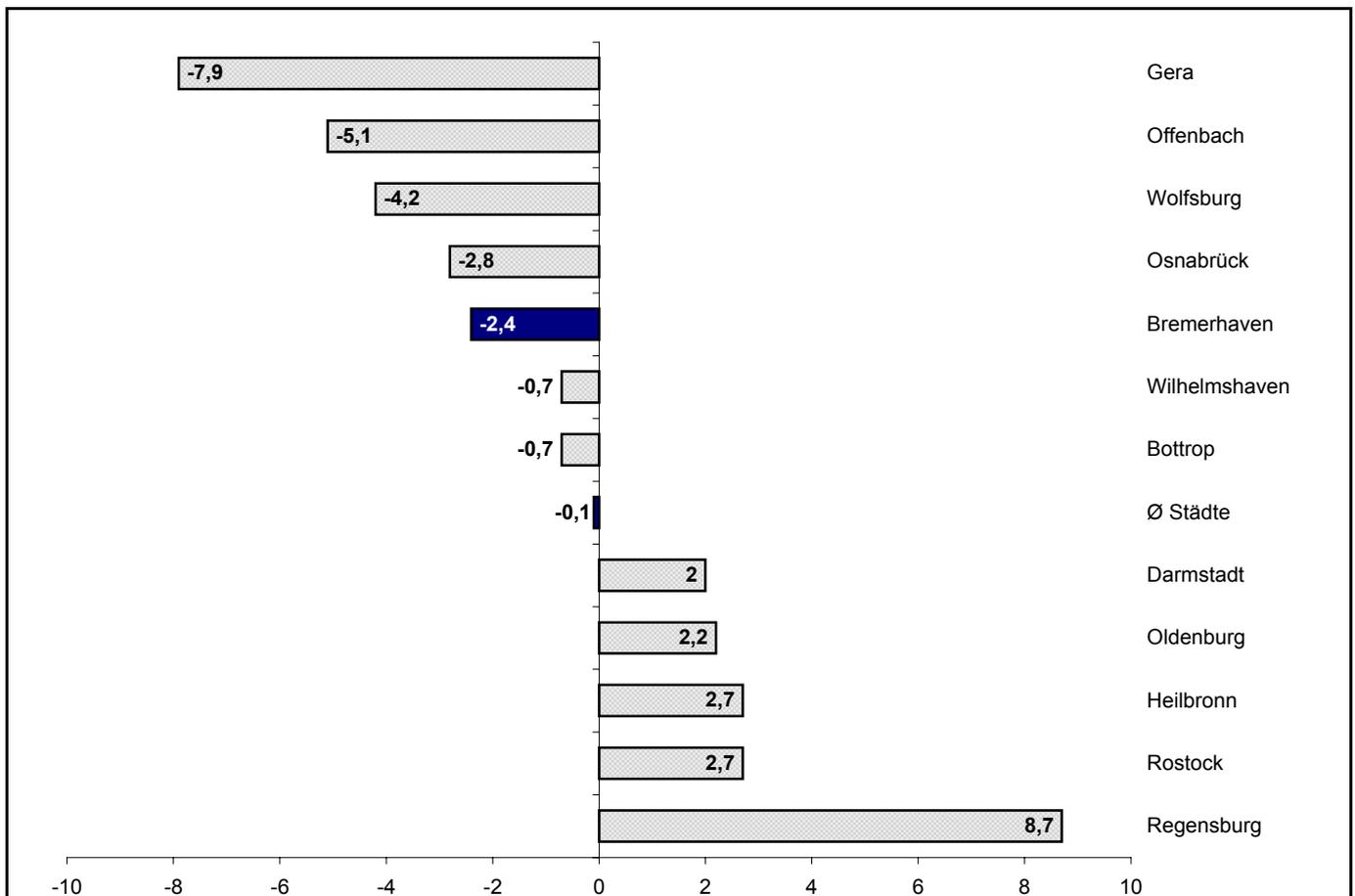
Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Einwohnerentwicklung in %)	2001 - 2006	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07

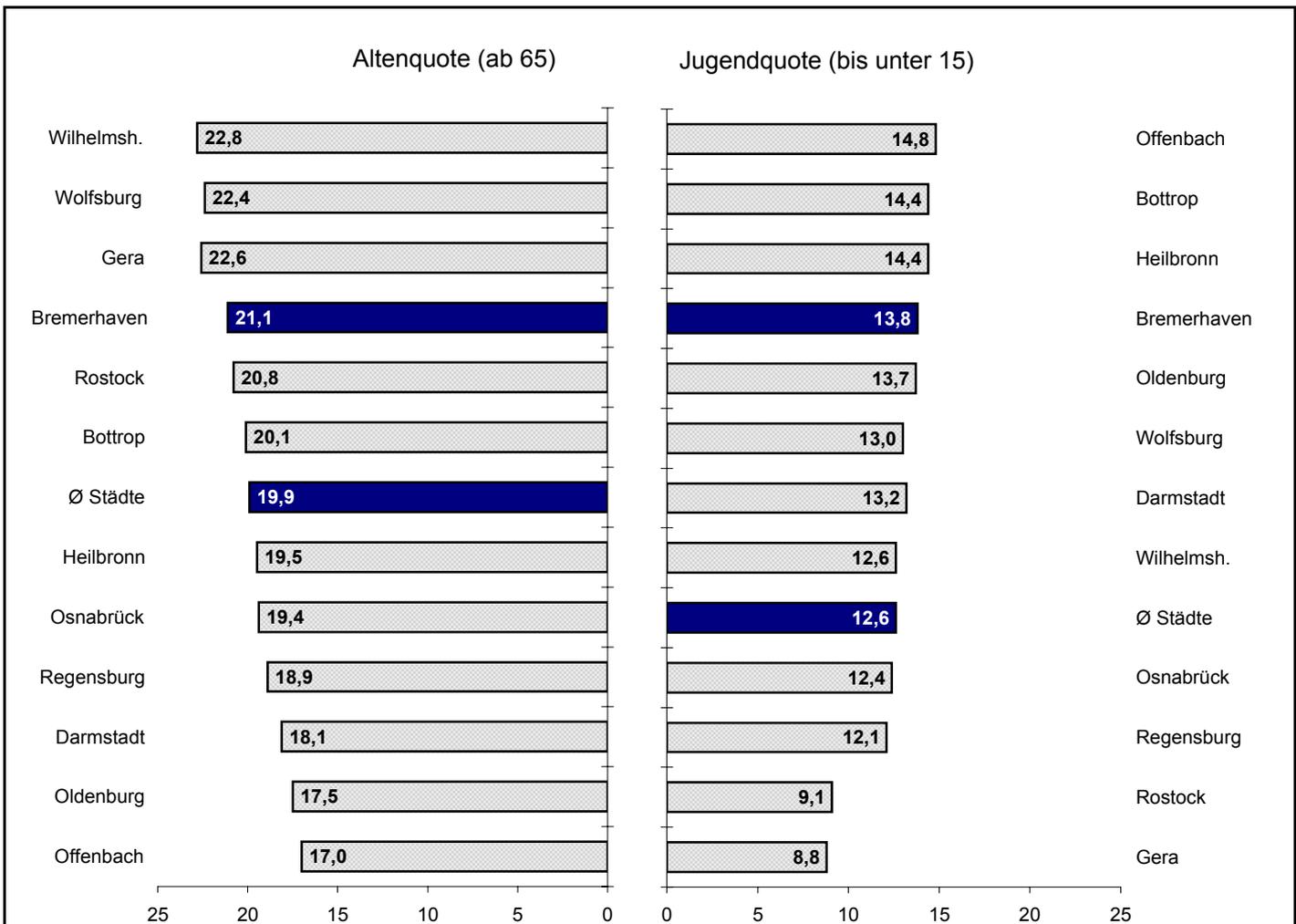


Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner)	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07



Einer der wesentlichen Faktoren, die zur Verlangsamung des Einwohnerrückgangs beigetragen haben, ist die kontinuierliche Verbesserung des Wanderungssaldos. Mit - 2,4 je 1.000 Einwohner nimmt Bremerhaven bei dieser Kennzahl mittlerweile Rang 8 unter den Vergleichsstädten ein (Vorjahr: - 5,3; Rang 10), was insbesondere auf die gesunkene Zahl der Fortzüge zurückzuführen ist. Dennoch konnte der Umfang der Zuzüge auch im Berichtsjahr die Zahl der Fortzüge nicht vollständig ausgleichen, so dass nach wie vor ein negativer Saldo ausgewiesen wird.

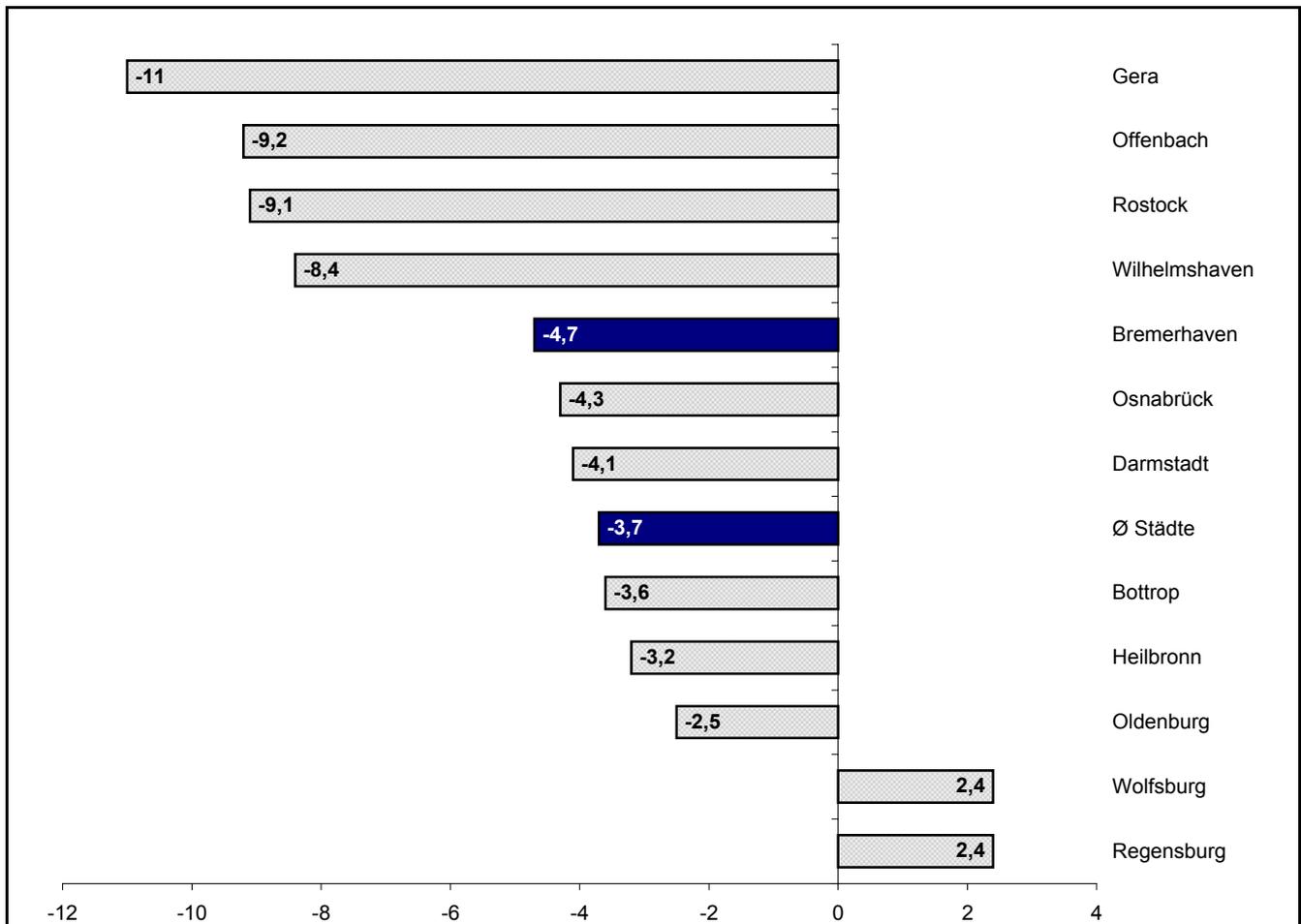
In der Gesamtschau ist auffällig, dass bei allen Städten, die bereits im letzten Bericht positive bzw. negative Wanderungssalden zu verzeichnen hatten, keine Trendumkehr erfolgt ist; lediglich die Veränderungswerte (und Ränge) variieren.



Die Veränderungen sowohl bei der Jugend- als auch bei der Altenquote verliefen 2005 im Gleichklang mit dem Durchschnitt der Vergleichsstädte: Gegenüber 2004 verringerte sich der Anteil der Jugendlichen um jeweils 0,2 %-Punkte und die Altenquote stieg währenddessen um einen halben Prozentpunkt. Gleichzeitig blieb auch der jeweilige Rang Bremerhavens bei dieser Kennzahl unverändert. Ebenso kann die bereits im Vorjahr getroffene Feststellung, dass nur in Bremerhaven beide Alterskategorien deutlich überproportional vertreten sind, auch für 2005 wiederholt werden.

Mithin ist erneut die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Bremerhaven über vergleichsweise wenig Erwerbspersonen - im Alter von 15 bis unter 65 Jahren - verfügt; dieser Anteil hat sich 2005 weiter (auf 65,1 % nach 65,3 % in 2004) reduziert.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitsplatzentwicklung in %)*	2001 - 2006	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07

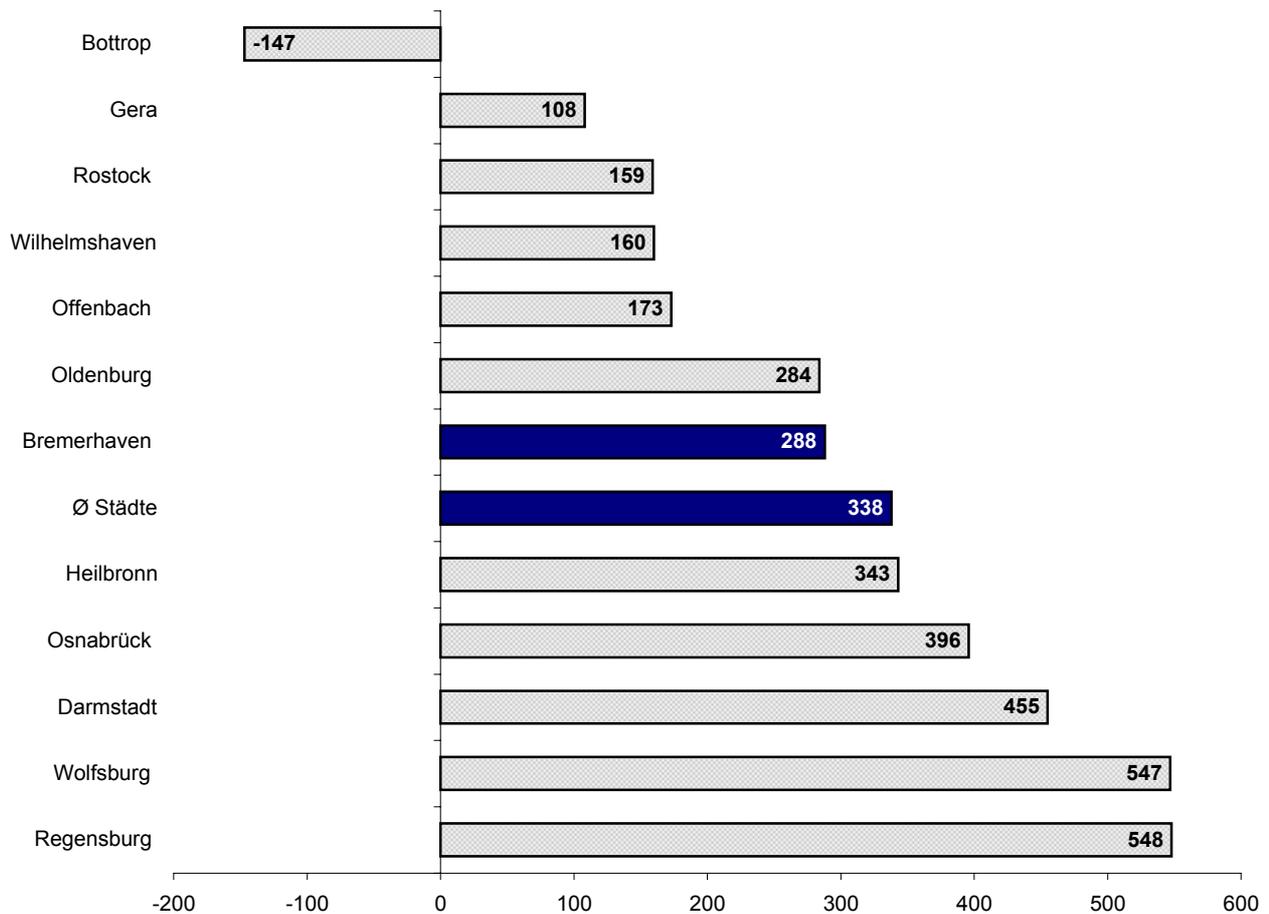


*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

Der Rückgang bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich im abgebildeten Fünf-Jahres-Zeitraum nicht im gleichen Maße entwickelt wie im Durchschnitt der Benchmarking-Städte. Dennoch ist infolge des überproportionalen Beschäftigungsabbaus in Offenbach am Main eine Rangverbesserung für Bremerhaven zu verzeichnen.

Gleichzeitig kann für Bremerhaven mit - 4,7 % erstmals seit über zehn Jahren auch eine weniger negative Entwicklung als für die Stadt Bremen (- 5,2 %) ausgewiesen werden. Dass diese Rückgänge allerdings auf sehr unterschiedlichem Niveau erfolgten, ist in diesem Zusammenhang deutlich hervorzuheben.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigte)*	2006	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07

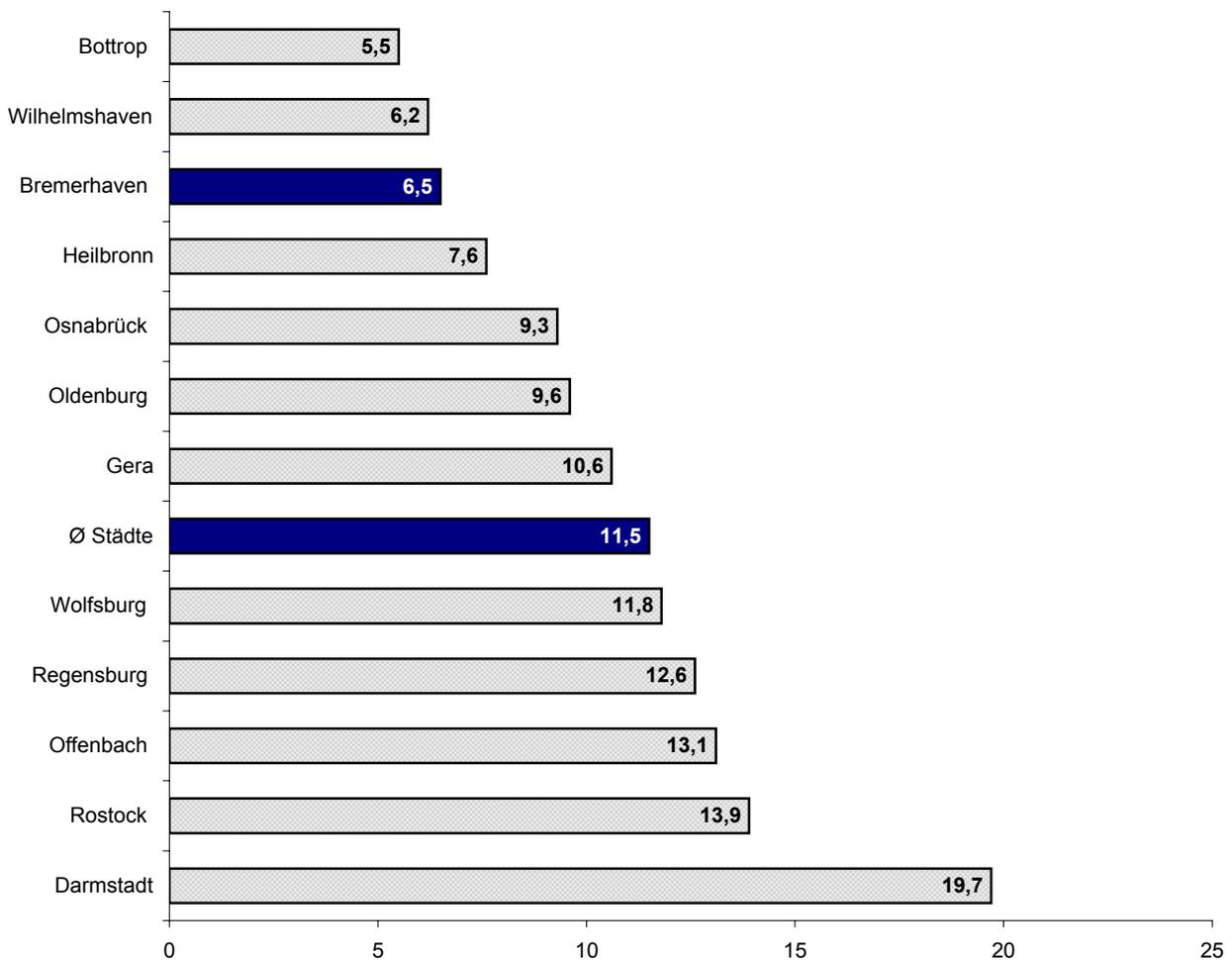


* am Arbeitsort

Der Vergleich der Pendlersalden weist keine besonderen Auffälligkeiten in der kurz- und mittelfristigen Entwicklung auf. Mit einem aktuellen Saldo von 288 je 1.000 Beschäftigten hat sich der Niveauunterschied zum Durchschnitt der übrigen Städte nur marginal verändert; die geringfügige Steigerung zum Vorjahr (281) blieb insofern ohne Auswirkungen. Immerhin setzt sich damit das kontinuierliche Wachstum dieser Kenngröße weiter fort, was nicht für jede der dargestellten Städte gilt.

Es ist wie bereits im vergangenen Berichtsjahr die Stadt Bottrop, deren Entwicklung besonders bemerkenswert ist: Insbesondere bedingt durch die außergewöhnliche Struktur im Ballungsraum Ruhrgebiet nimmt die Stadt nicht nur erneut den Spitzenplatz ein. Mit einem Saldo von aktuell - 147 weist sie darüber hinaus die mit Abstand größte Veränderung innerhalb eines Jahres auf (2005: - 107).

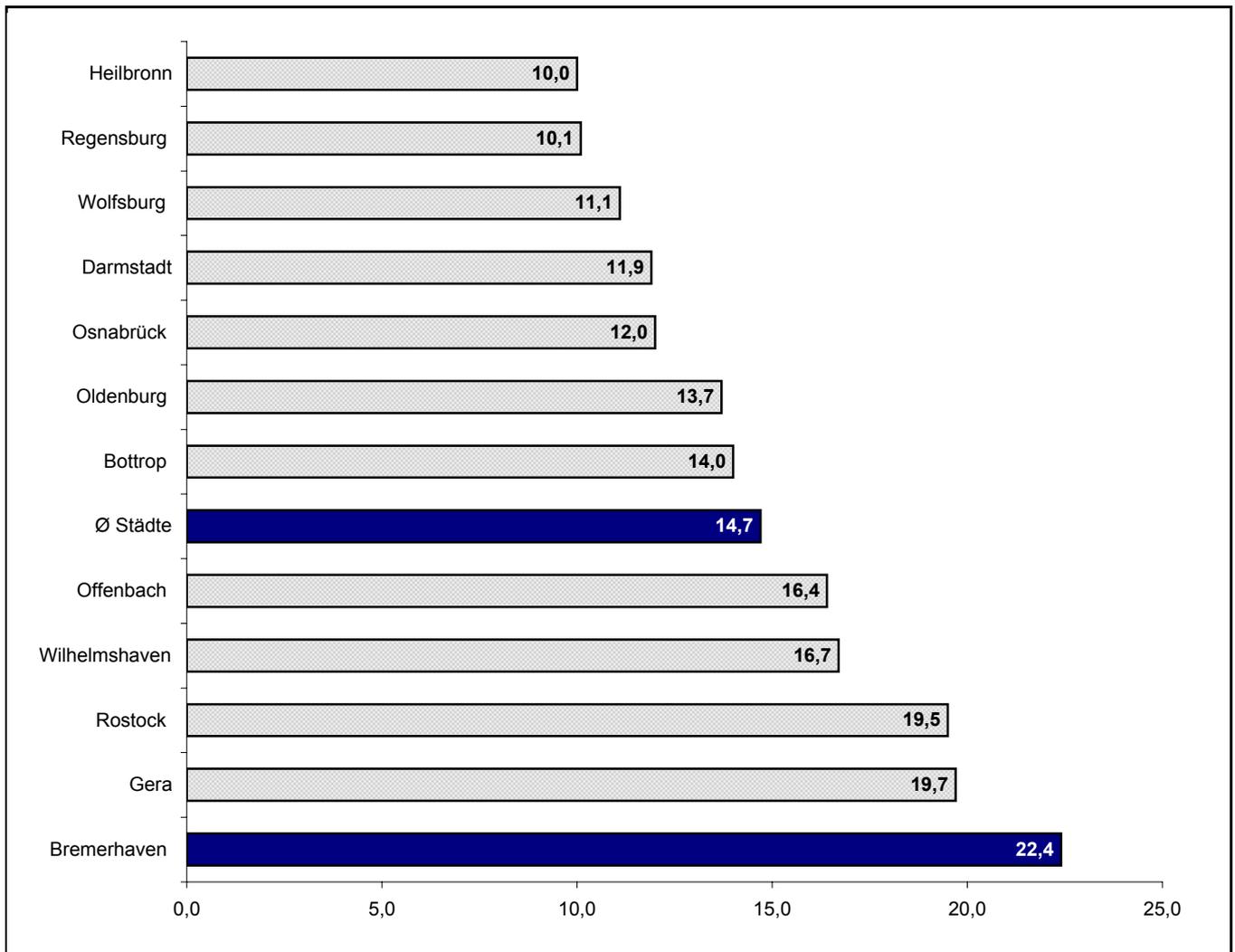
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Akademikerquote am Arbeitsort in %)	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07



Mit 6,5 % belegt Bremerhaven im Vergleich mit den Städten ähnlicher Größenordnung - wie bereits im Vorjahr - den drittletzten Rang vor Wilhelmshaven und Bottrop. Auch der letzte Rang bei der auf den Wohnort bezogenen Akademikerzahl (5,2 %) ist im aktuellen Berichtsjahr erneut Bremerhaven vorbehalten.

So ist auch im Vergleich zum ausgewiesenen Städtedurchschnitt keine Verbesserung der Bremerhavener Situation erkennbar. Der Nachholbedarf, der für den Wissenschaftsstandort Bremerhaven in dieser Hinsicht geltend zu machen ist, besteht mithin in hohem Maße fort.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitslosenquote in %)*	2006	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07

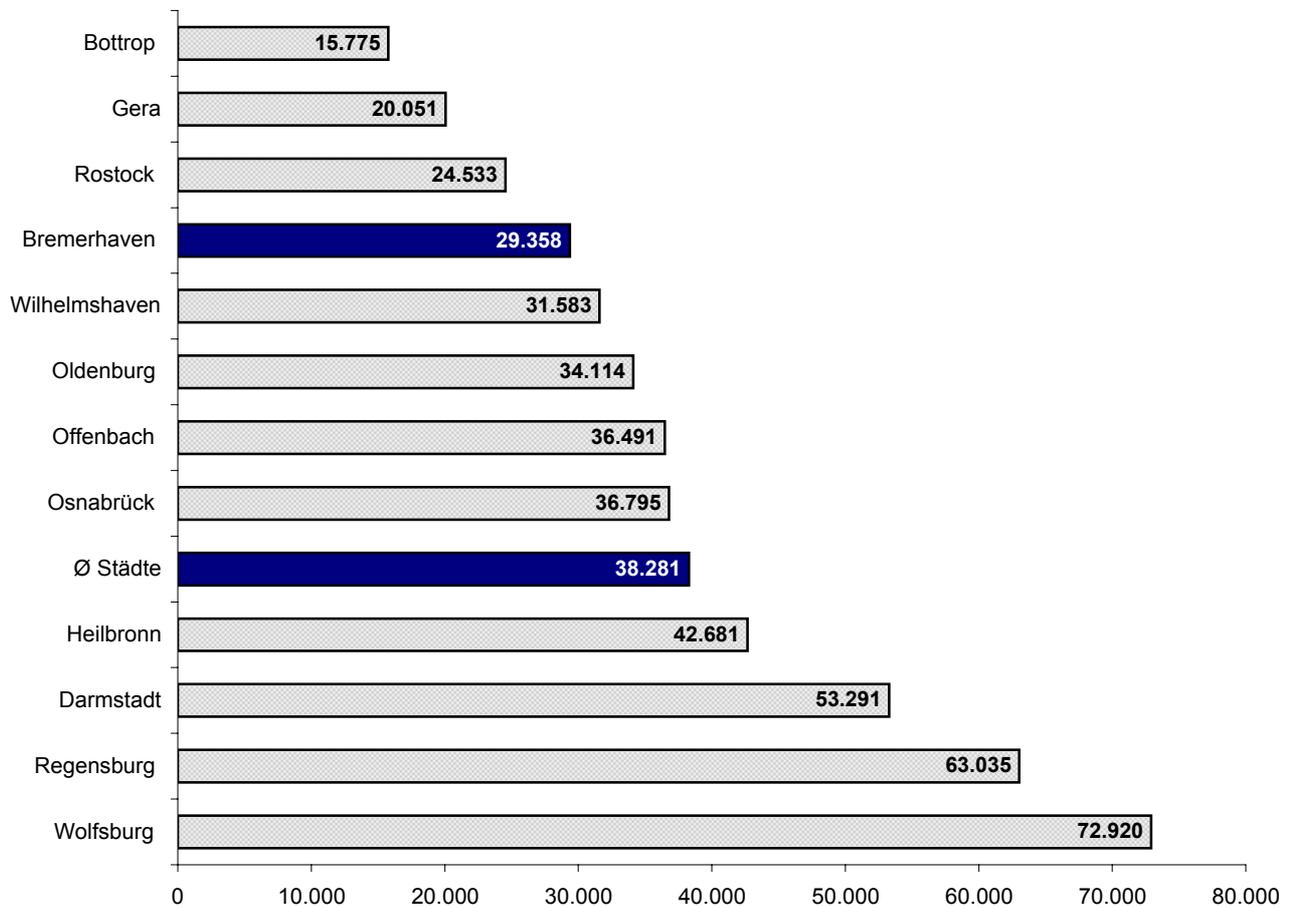


* Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Neben Wilhelmshaven konnte Bremerhaven im Jahr 2006 mit - 3,2 %-Punkten den höchsten Rückgang bei der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. An den erheblichen Niveauunterschieden zu den Vergleichsstädten hat sich damit jedoch kaum etwas geändert. Somit muss für Bremerhaven auch im zweiten Jahr nach Einführung der sogenannten "Hartz IV-Reformen" eine deutlich höhere Arbeitslosenquote als für Gera und Rostock ausgewiesen werden; bis zum Inkrafttreten dieser sozialgesetzlichen Änderungen waren die beiden ostdeutschen Städte überwiegend noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen.

Hervorzuheben ist hier auch ein Indikator, der auf die besonderen strukturellen Arbeitsmarktprobleme in Bremerhaven hinweist: Mit 47,3 % nimmt die Stadt (nach Wilhelmshaven) einen Spitzenwert bei der Langzeitarbeitslosigkeit ein.

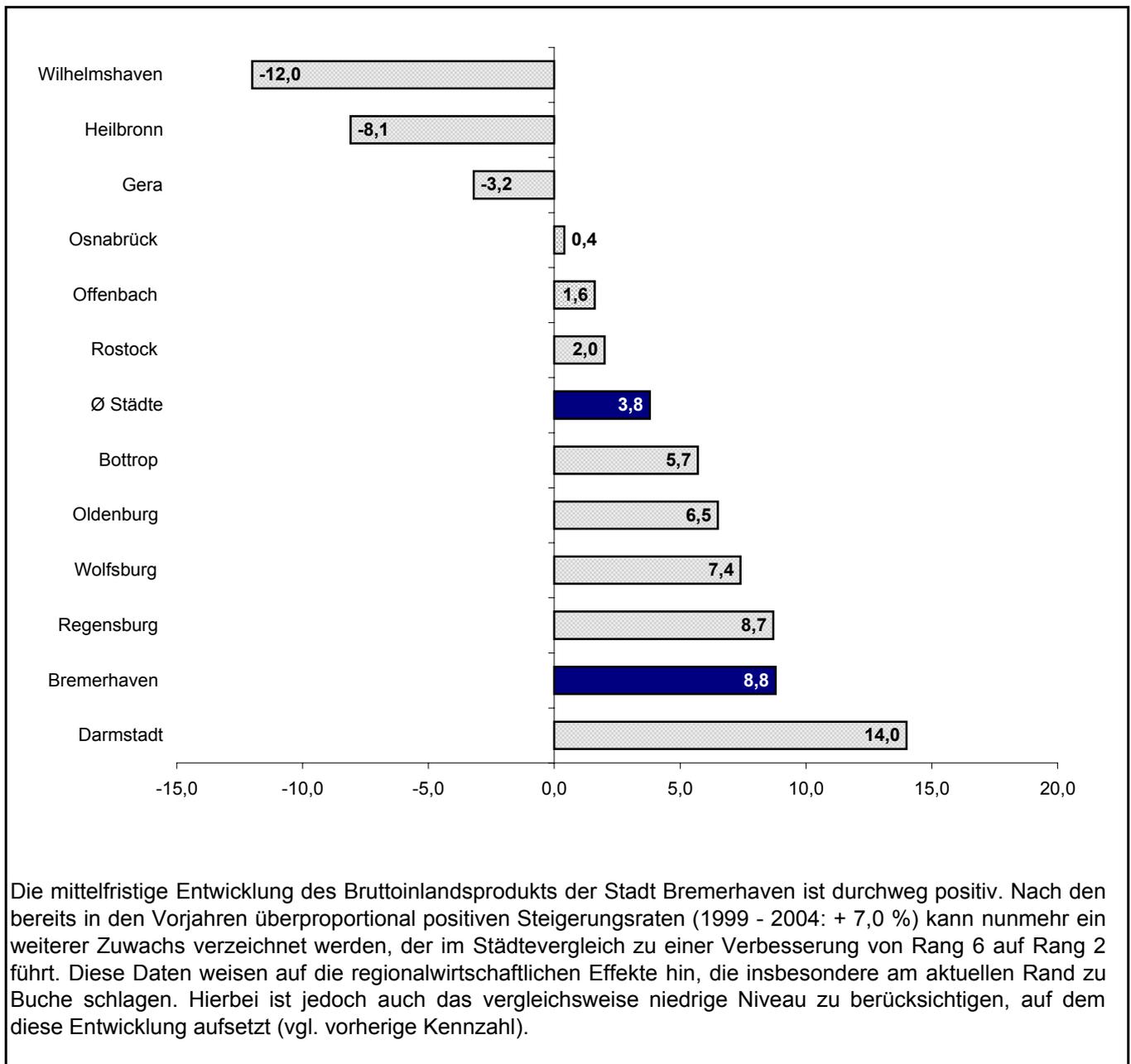
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Bruttoinlandsprodukt; nominal in € je Einwo)	2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07



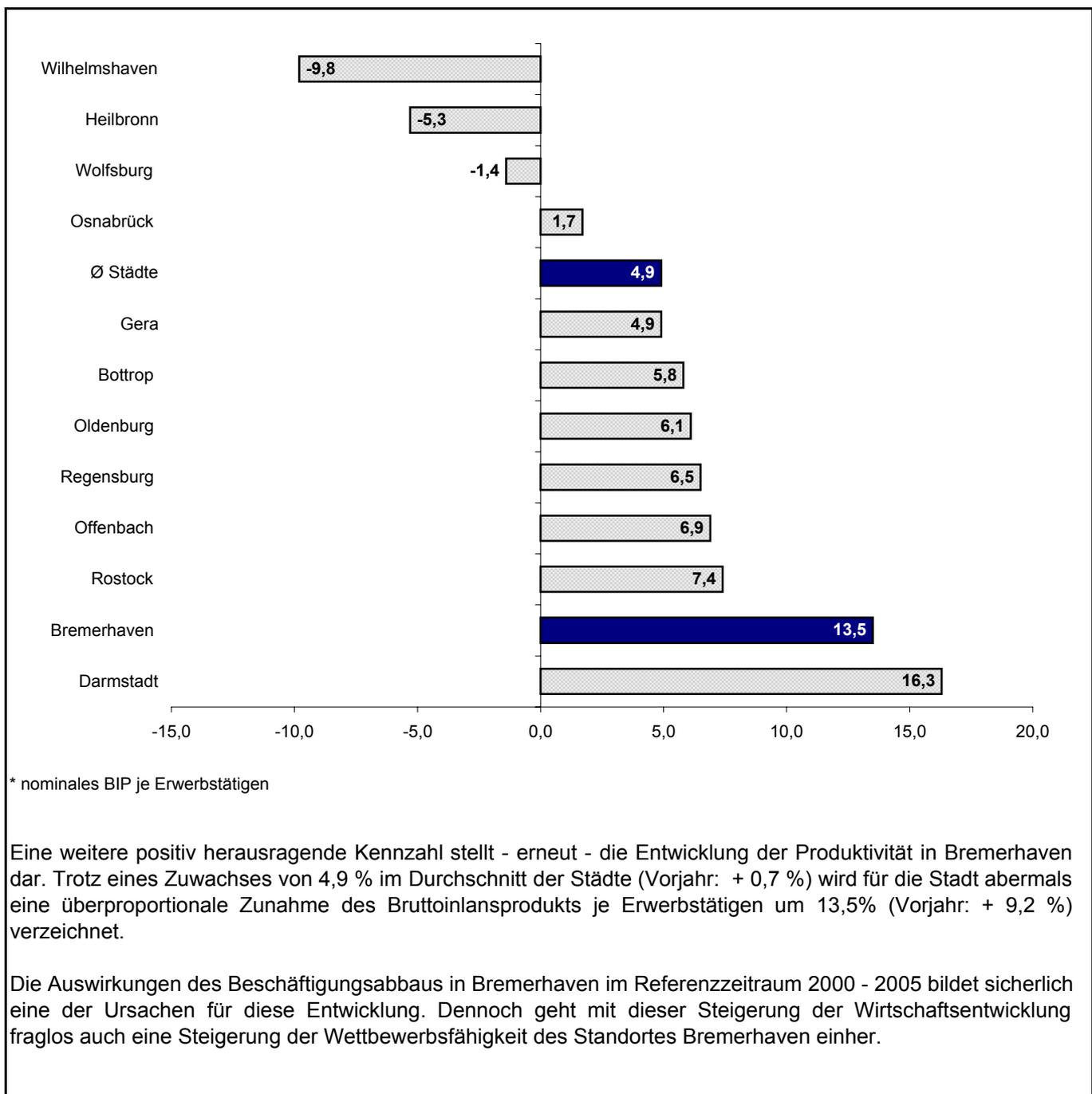
Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist nach wie vor ein nennenswerter Abstand zum Städtedurchschnitt festzustellen. Wie bereits im Vorjahr verfügen lediglich die beiden ostdeutschen Städte und Bottrop über weniger Wirtschaftskraft als Bremerhaven.

Immerhin kann herausgestellt werden, dass Bremerhaven 2005 leichte Zuwächse verzeichnen kann, die ungefähr dem Durchschnitt der Vergleichsstädte entsprechen. Das ist insofern positiv, als einige Städte durchaus auch Rückgänge hinnehmen mussten. Dennoch bleibt zu bilanzieren, dass die Anstrengungen zur Belebung der Bremerhavener Wirtschaftskraft in dieser Hinsicht offenbar noch keine hinreichenden positiven Effekte hervorgerufen haben.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung des nominalen BIP in %)	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07



Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung der Produktivität in %)*	2000 - 2005	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	22.10.07



VII. Anlagen

VII Anlagen

Der Anlagenteil des Berichts besteht aus zwei Teilen: Sortiert nach Produktplänen werden nachfolgend im Kapitel 7.1 die Quellenangaben und Anmerkungen zu den einzelnen Kennziffern dargestellt. Kapitel 7.2 befindet sich auf der beigefügten CD. Diese enthält, ebenfalls nach Tabellen bzw. Produktplänen getrennt, die Zeitreihen zu den Kennziffern in Form von Excel-Tabellen. Ergänzt wird die CD durch den gesamten Text- und Tabellenteil des Berichts als pdf-Datei sowie Informationen zu den für die Berechnung der Kennziffern verwendeten Basiszahlen.

7.1 Quellenangaben und Anmerkungen zu den Kennziffern

Abkürzungen:

AK VGR d L	Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
BA Arbeit	Bundesagentur für Arbeit
BKA	Bundeskriminalamt
BV	Beschäftigungsvolumen
StaBA	Statistisches Bundesamt
Statistik regional	Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
VZÄ	Vollzeitäquivalente

A Einwohner

Quellen

- AK VGR d Länder
- con_sens: Kennzahlenvergleich der 16 großen Großstädte
- StaBA: Statistisches Jahrbuch
- Statistik regional

Anmerkungen

A-A	Bevölkerung: Die Jahresdurchschnittsbevölkerung ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. 2006: Bevölkerung am 30.06.
A-B-01	Zu- und Fortzüge über Kreisgrenzen
A-C-01	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bundesstatistik) und Statistik der Geburten (Bundesstatistik). Mittlere Kinderzahl je Frau, definiert als Summe der altersgruppenspezifischen Geburtenraten.
A-D-01	Bevölkerungsstand am 31.12., Gebietsstand am 31.12.
A-E	Bevölkerungsstand am 31.12.
A-F-01	Bevölkerungsstand am 31.12.
A-G-01	Basis: Mikrozensus
A-H-01	Zahl der Empfänger von Leistungen der Grundsicherung nach SGB II (Alg 2, Sozialgeld) je 1.000 Einwohner zum Stichtag 31.12.
A-I	<ul style="list-style-type: none">▪ Verfügbares Einkommen: Primäreinkommen (=Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen) zuzüglich monetärer Sozialleistungen und sonstiger laufender Transfers, aber abzüglich Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von privaten Haushalten zu leisten sind.▪ Primäreinkommen: Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen.▪ Einwohner: Die Jahresdurchschnittsbevölkerung ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. 2006: Bevölkerung am 30.06.

B Beschäftigung

Quellen

- AK VGR d L
 - BA Arbeit
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

B-A Erwerbstätige: Berechnungsstand 08/2006 (Länder: 02/2007). Die Ergebnisse beziehen sich immer auf den zum jeweiligen Veröffentlichungstermin maßgeblichen Berechnungsstand.

B-C
B-D Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999).
B-E
B-F

B-G

- Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999).
- Der Pendlersaldo wird errechnet aus der Differenz der Beschäftigten am Arbeitsort abzüglich der Beschäftigten am Wohnort.

B-H

- Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999).
- Erfasst sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule.

B-I-01 Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer (ab 2002 einschließlich Kleingewerbe) zum Zeitpunkt der Antragstellung des Insolvenzverfahrens an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.

C Arbeitslosigkeit

Quellen

- BA Arbeit
-

Anmerkungen

C-A Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Der Städtedurchschnitt wird auf der Grundlage der jeweils vorliegenden Arbeitslosenquoten und arbeitslosen Personen insgesamt berechnet.

D Wirtschaftskraft

Quellen

- AK VGR d L
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

D-A-01 Bruttoinlandsprodukt: Berechnungsstand 08/2006 (Länder: 02/2007). Die Ergebnisse
D-B-01 beziehen sich immer auf den zum jeweiligen Veröffentlichungstermin maßgeblichen
D-C-01 Berechnungsstand.
D-D-01

- D-E Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeanmeldungen bzw. -abmeldungen ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.
- Zuzug: Wiedereröffnung nach Verlegung.
 - Fortzug: Verlegung in einen anderen Meldebezirk.
 - Neuerrichtung: Neugründung und Gründung nach dem Umwandlungsgesetz.
 - Aufgabe: vollständige Aufgabe und Aufgabe nach dem Umwandlungsgesetz.
-
- D-F-01 Das Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird.
-

01 Bürgerschaft

Quellen

- Bremische Bürgerschaft
 - Deutscher Städtetag: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden
-

Anmerkungen

- 01-A Ratsmitglieder: Stand 01.01.
- 01-B HH: ohne Servicefunktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.).
- 01-C HH: ohne Servicefunktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.).
-

02 Rechnungshof

Quellen

- StaBA: Fachserie 14 R2. 1.-4. Vj.
 - Rechnungshof
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

- 02-A-01 Ausgabenvolumen: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte, Tabelle. 4.1.1. Bereinigte Ausgaben.
- 02-B-01 Prüfungsdienst ohne Kollegium.
- 02-C-01
- Ausgaben des Rechnungshof: Bei den dargestellten Werten handelt es sich um das Haushaltsvolumen (Haushalts-Anschläge) der Rechnungshöfe bzw. Rechnungsprüfungsämter. Die Aufteilung des Haushaltsvolumen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen in Stadt und Land entspricht der Aufteilung des gesamten Haushaltsvolumen von Land und Stadt. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht. Prüfungsthemen wählt der Rechnungshof mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention aus. Die hier für den Rechnungshof Bremen vorgenommene Aufteilung ist auf die Rechnungshöfe Hamburg und Berlin jedoch nicht übertragbar, weil sie jeweils nur einen Haushaltsplan haben.
 - Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06.
- 02-C-02
- Ausgaben des Rechnungshofes: Das Haushaltsvolumen der Rechnungshöfe setzt sich sehr unterschiedlich zusammen, einige Rechnungshöfe haben noch untergeordnete Dienststellen, bei einigen sind z. B. Versorgungsausgaben enthalten. Bei anderen sind diese zentral veranschlagt.
 - Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06.
-

-
- 02-C-03 Die Aufteilung des Haushaltsvolumen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen in Stadt und Land entspricht der Aufteilung des gesamten Haushaltsvolumen von Land und Stadt. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht. Prüfungsthemen wählt der Rechnungshof mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention aus.
-

05 Bundes- und Europaangelegenheiten

Quellen

- Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

- 05-A Vergleich Bremens mit den anderen Ländern nur bedingt aussagekräftig. Die Leitung des Ressorts und die zentralen Dienste werden in Berlin wahrgenommen. Hinweis zu Berlin: Die Landesvertretung Berlin ist aufgrund des Standortvorteils als Abteilung (beschränkt auf die Bundesgesetzgebung) in die Senatskanzlei Berlin integriert und damit mit den anderen Ländern nicht vergleichbar.
- 05-B-01 Die Wahrnehmung der Leitungsaufgaben für die gesamte Europa-Abteilung sowie der europabezogenen Aufgaben der Senatskanzlei erfolgt i. w. von Brüssel aus; Hamburg und Schleswig-Holstein: gemeinsame Erfassung.
- 05-C
- Zum Ländervergleich werden hier die ODA-Zahlen (Official Development Assistance) verwandt, die die gesamten Ausgaben der Länder widerspiegeln (für HB insbesondere aus dem Bereich Bildung und Wissenschaft). Die direkten Projektzuschüsse aus dem Haushalt der Bevollmächtigten wurden von 818 Tsd. € (2003) über 579 Tsd. € (2004) und € 489 Tsd. € (2005) auf 416 Tsd. € (Eckwert 2006/07) zurückgeführt.
 - Einwohner: Die Jahresdurchschnittsbevölkerung ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. 2006: Bevölkerung am 30.06.
-

07 Inneres

Quellen

- BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik
 - Senator für Inneres und Sport
 - StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1
 - StaBA: Fachserie 14, Reihe 6
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

- 07-A-01
- Einwohner: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.
 - Polizeibeamte: Ab 2006 wird Hannover (Stadt) nicht mehr erfasst. Für Bremen, Hamburg und Berlin wurden gem. Absprache mit SfF vom 8. Juni 2007 16,3% Landesanteile abgezogen. Bei allen Städten wurde - so vorhanden - der Anteil der WSP vom BV des Vollzugs abgezogen..
- 07-A-02
- Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12..
 - Beschäftigte: VZÄ
- 07-B
- Erfasste Straftaten.
 - Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06.
- 07-C-01
- Erfasste Straftaten.
 - Polizeibeamte: Ab 2006 wird Hannover (Stadt) nicht mehr erfasst. Für Bremen, Hamburg und Berlin wurden gem. Absprache mit SfF vom 8. Juni 2007 16,3% Landesanteile abgezogen. Bei allen Städten wurde - so vorhanden - der Anteil der WSP vom BV des Vollzugs abgezogen.
-

07-D	<ul style="list-style-type: none"> ▪ UHZ: Unfallhäufigkeitsziffer, VHZ: Verunglücktenhäufigkeitsziffer. ▪ Ab 2006 wird Hannover (Stadt) nicht mehr erfasst. ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06.
07-E-01	Bremen verfügt nach der Polizeireform über insg. 18 Polizeireviere, wovon 7 einen 24 h Dienst leisten, die restlichen zwischen 08:00 Uhr und 20:00 Uhr geöffnet sind. Ferner gibt es noch insg. 12 Polizeistationen, die Außenstellen Borgfeld, Oberneuland, Tenever, Weserpark, Arbergen/Mahndorf, Flughafen, Marßel, Grambke, Farge, Lüssum, AWD-Dome, sowie das Kontaktbüro Obernstraße. Diese verfügen über eingeschränkte Öffnungszeiten. Ab 2006 wird Hannover (Stadt) nicht mehr erfasst.
07-F	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausgaben: Bereinigte Ausgaben. ▪ Personalkosten = Personalausgaben je Beschäftigten (VZÄ). ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06.
07-G-01	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ab 2006 wird Hannover (Stadt) nicht mehr erfasst.
07-G-02	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auf Grund technischer Probleme konnte die Anzahl der Notrufe in 2006 von Hamburg nicht geliefert werden. ▪ Zu den ausgelösten Einsätzen konnten von Frankfurt keine Angaben gemacht werden. ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06.
07-G-03	Die Frage nach dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bremer Bürger ("Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrem Stadtteil?") wurde im Befragungszeitraum von 2002-2005 von 75% aller Befragten mit "sicher" bzw. "eher sicher" beantwortet. Dies bedeutet eine Steigerung von 1,5% im Vergleich zur vorherigen Befragung im Zeitraum von 1999-2001. Zur Auswahl standen auch die Antworten "eher unsicher" und "sehr unsicher". Diese Daten werden alle 4 Jahre erhoben. Ein Vergleich mit anderen Städten ist z.Zt. nicht möglich, da dort keine oder andere Daten erhoben werden.
07-H	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundlage: KGST-Vergleichsring. Am Vergleichsring beteiligte Städte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig, München. ▪ Median: 10
07-I-02	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundlage: KGSt-Vergleichsring. Am Vergleichsring beteiligte Städte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig, München. ▪ Einwohner: Bevölkerung am 31.12.
07-J-01	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundlage: KGST-Vergleichsring. Am Vergleichsring beteiligte Städte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig, München. ▪ Einwohner: Bevölkerung am 31.12.
07-K-01	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Stellen, die erforderlich sind, um eine Funktion 24 h zu besetzen. Grundlage: KGST-Vergleichsring. Am Vergleichsring beteiligte Städte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig, München. ▪ Median: 4,36
07-L	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundlage: KGST-Vergleichsring. Am Vergleichsring beteiligte Städte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig, München. ▪ Einwohner: Bevölkerung am 31.12. ▪ 07-L-03: Median 130.400 ▪ 07-L-06: Median 35.000
07-M	Bremen: StA-Bezirk Bremen-Mitte, HH: StA-Bezirk Mitte, Dortmund: StA-Bezirk Innenstadt
07-N-01	Das exakte Vollzeitäquivalent liegt nicht vor, daher wird berechnet: Anzahl der Vollzeitstellen + (Anzahl der Teilzeitstellen / 2).
07-N-02	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stuttgart 2006: Anzahl der zugelassenen Fahrzeuge als Circa-Angabe. ▪ Das exakte Vollzeitäquivalent liegt nicht vor, daher wird berechnet: Anzahl der Vollzeitstellen + (Anzahl der Teilzeitstellen / 2).

07-O-01 Terminsituation bei den Statistiken des gemeinsamen Frühwarnsystems der amtlichen Statistik in Bund und Ländern

11 Justiz

Quellen

- Senator für Justiz und Verfassung
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

Kennziffern mit Einwohnerbezug: Jahresdurchschnittsbevölkerung. Dies ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. 2006: Bevölkerungsstand am 30.06.

- 11-A-01
 - Jahresdurchschnittliche Anzahl der inhaftierten Personen. Die durchschnittl. Anzahl der Inhaftierten wurde aus den Gesamthafttagen (geteilt durch 365 bzw. bei Schaltjahren 366) ermittelt.
 - Datengrundlage: Zahlenaustausch der Bundesländer zum Tageshaftkostensatz, hier: Gesamthafttage.
-
- 11-B-01
 - Durchschnittliche Tageshaftkosten eines Gefangenen ohne Baukosten unter Zugrundelegung des vom Strafvollzugsausschuss der Länder verabschiedeten bundeseinheitlichen Berechnungsschemas.
 - Datengrundlage: Zahlenaustausch der Bundesländer.
-
- 11-C-01
 - Kosten des Strafvollzuges (Haushaltszuschüsse ohne Baukosten) unter Zugrundelegung des vom Strafvollzugsausschuss der Länder verabschiedeten bundeseinheitlichen Berechnungsschemas.
 - Datengrundlage: Zahlenaustausch der Bundesländer.
-
- 11-D-01 Durchschnittswerte 2006 Stadtstaaten: 55,9, Flächenländer West 45,4. Datenquelle: Landesjustizverwaltungen
-
- 11-E-01 Datengrundlagen für 2005: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Staats- und Anwaltschaftssachen insgesamt, Js-Sachen insgesamt (Tabelle E L.1.3.II), Neuzugänge - Stand: 7.11.2006 -
-
- 11-F-01 Datengrundlagen für 2005: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Amtsgericht, Familiensachen (Tabelle Z1 A.4 Nr. 2), Eingänge -Stand: 07.11.2006-
-
- 11-F-02 Datengrundlagen für 2005: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Amtsgericht, Zivilsachen (Tabelle Z 1.4 Nr. 2), Eingänge - Stand: 07.11.2006 -
-
- 11-F-03 Datengrundlagen für 2005: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Amtsgericht, Strafsachen insgesamt (Tabelle S 1.4 - Spruchkörper insgesamt), Eingänge - Stand: 07.11.2006 -
-
- 11-G-01
 - Datengrundlagen für 2005: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Landgericht, Zivil- und Handelssachen - I. Instanz - (Tabelle Z 2.3.1 Nr. 2 - Zivilk. - und Z 2.3.2 Nr. 2 - Kammer f. Handelss. -), Eingänge - Stand: 07.11.2006-
 - Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerungsstand am 30.06.
-
- 11-G-02 Datengrundlagen für 2005: Zahlen der sog. "Berliner Übersicht", hier: Basiszahlen der Länder: Landgericht, Strafsachen - I. Instanz - insgesamt (Tabelle S 3.3 - Spruchkörper insgesamt), Eingänge - Stand: 07.11.2006 -
-
- 11-H-01
 - Datengrundlage 2006: Statistik der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Länderübersicht, Nr. 1 und Nr. 2, Allgemeine Kammern und Asylkammern, Eingänge. Die Kennzahl wurde inhaltlich verändert: Ab 2004 Eingänge ohne Numerus-clausus-Sachen.
 - Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerungsstand am 30.06.
-
- 11-I-01 Statistik der Finanzgerichtsbarkeit, Länderübersicht, Nr. 1 Klagen und Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz zusammen, Eingänge.
-

- 11-J-01 Datengrundlagen für 2006: Zahlen der Länderübersicht über die Geschäftstätigkeit der Sozial- und der Landessozialgerichte 2006, hier: Tätigkeit der Sozialgerichte, eingegangene Klagen im Jahre 2006.
-
- 11-K-01 Datengrundlagen für 2005: Länderdaten zur Tätigkeit der Arbeitsgerichte im Jahre 2005, hier: Urteilsverfahren, eingegangene Klagen im Jahre 2005
-

12 Sport

Quellen

- Senator für Inneres und Sport
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

- 12-A ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerungsstand am 30.06.
-
- 12-B ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerungsstand am 30.06.
 ▪ Bremen: Bäder der Bremer Bäder GmbH.
 ▪ Zuschuss: konsumtive Mittel
-

21 Bildung

Quellen

- KMK: Dokumentation 181
 - Senatorin für Bildung und Wissenschaft
 - StaBA: Im Focus: Ausgaben je Schüler/in
-

Anmerkungen

- 21-C-01 Die Kennzahl sagt aus, wie viele Unterrichtsstunden verfügbar wären, um jedem Schüler Einzelunterricht und damit die ungeteilte Aufmerksamkeit durch die Lehrkraft zukommen zu lassen.
-
- 21-D-02 Abgänger: Aus den Klassen 7 und 8 und nach erfolglosem Besuch des 9. Schuljahrs.
-
- 21-E-01 Anteil der Absolventen der allgemein bildenden und beruflichen Schulen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung (= Durchschnitt der 17- bis unter 20-jährigen (12 Schuljahre) bzw. 18 - unter 21-jährigen (13 Schuljahre) deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung am 31.12. des jeweiligen Vorjahres).
-
- 21-F-01 Grundlage: StBA, Fachserie 11 R1. Die Wiederholerquote wird berechnet aus der Anzahl der Nichtversetzten und der freiwilligen Wiederholer dividiert durch die Gesamtzahl der Schüler/innen im gleichen Jahrgang. Jahr = Schuljahr (z.B.: 2004 = Schuljahr 2004/2005)
-
- 21-G ▪ Ergebnisse des KGSt-Vergleichsringes Schulverwaltung. Beteiligte Städte: Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Karlsruhe, Krefeld, Leipzig, Nürnberg, Stuttgart.
 ▪ 2005: Städtedurchschnitt ohne Krefeld.
 ▪ Zu den Betriebskosten zählen: Abfallbeseitigungs-, Strom-, Wärme-, Versicherungs-, Reinigungs- Grünflächenpflege-, Außenreinigungs- und sonstige Betriebskosten. Personalkosten Hausmeister zählen nicht dazu sondern werden gesondert ausgewiesen.
-

22 Kultur

Quellen

- Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik
- Senator für Kultur/ KulturEinrichtungsförderung Bremen
- StaBA: Fachserie 14, R 3.1
- StaBA: Statistisches Jahrbuch
- Statistik regional

Anmerkungen

Kennziffern mit Einwohnerbezug: Soweit nicht anders angegeben, wird die Jahresdurchschnittsbevölkerung als Bezugsgröße verwendet. Diese wird als arithmetisches Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte berechnet.

- | | |
|--------------|--|
| 22-A
22-B | <ul style="list-style-type: none">▪ In den vorhergehenden BM-Berichten wurde der Kulturfinanzbericht des StaBA als Quelle verwendet. Darin wird der Bereich "Kultur" anders abgegrenzt als in der nun verwendeten Fachserie 14, die Vergleichbarkeit mit früheren Jahrgängen ist daher eingeschränkt.▪ Ausgaben = bereinigte Ausgaben insgesamt abzüglich unmittelbare Einnahmen. |
| 22-D | Zeitbezug = Spielzeit, das angegebene Berichtsjahr bezieht sich auf das Ende der Spielzeit, z.B. "2004" = Spielzeit 2003/2004 |
| 22-E-03 | Basierend auf Ergebnissen des Vergleichsring "IKV Reformbetriebe". Beteiligte Städte: Witten, Schwerte, Bremen, Dortmund, Frankfurt/Oder |
| 22-F-02 | Basierend auf Ergebnissen des Vergleichsring "IKV Reformbetriebe". Beteiligte Städte: Witten, Schwerte, Bremen, Dortmund, Frankfurt/Oder |
| 22-G-03 | Basierend auf Ergebnissen des Vergleichsring "IKV Reformbetriebe". Beteiligte Städte: Witten, Schwerte, Bremen, Dortmund, Frankfurt/Oder |

24 Hochschulen und Forschung

Quellen

- Senatorin für Bildung und Wissenschaft/Sonderauswertung der Hochschulstatistik durch das StaBA
- Statistik regional

Anmerkungen

Ab 2003: Fusion der Universitäten Duisburg und Essen zur Universität Duisburg-Essen, die Darstellung der Kennzahlen erfolgt unter Essen. Bei Kennzahlen mit Einwohnerbezug liegt die Summe der Bevölkerung der beiden Städte zugrunde.

- | | |
|---------|--|
| 24-A-01 | <ul style="list-style-type: none">▪ Studierende: in einem Fachstudium immatrikulierte Personen, ohne Beurlaubte, Gasthörer und Teilnehmer an Studienkollegs.▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06. |
| 24-B-01 | <ul style="list-style-type: none">▪ Studierende: in einem Fachstudium immatrikulierte Personen, ohne Beurlaubte, Gasthörer und Teilnehmer an Studienkollegs.▪ Die Versorgungsquote (...) gibt an, wie hoch der Anteil auswärtiger Studierender (d.h. Hochschulzugangsberechtigung wurde nicht im Vergleichsland/ der Vergleichsstadt erworben) wäre, wenn alle Studierende mit im Vergleichsland/ der Vergleichsstadt erworbener Hochschulzugangsberechtigung an den heimischen Hochschulen eingeschrieben wären. |
| 24-C | <ul style="list-style-type: none">▪ Absolventen: Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung (nur Erststudium).▪ Absolventenquote: Verhältnis der jeweils aktuellen Absolventendaten eines Jahres zu den Studienanfängerzahlen im 1. Hochschulsemester vor 4 Jahren. |

- | | |
|------|---|
| 24-D | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundmittel: Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. 2006: Bevölkerung am 30.06. ▪ Absolventen: Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung (nur Erststudium). |
| 24-E | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Drittmittel: Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre, die zusätzlich von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. ▪ Grundmittel: Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. |
| 24-E | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Drittmittel: Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre, die zusätzlich von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. ▪ Grundmittel: Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. |

31 Arbeit

Quellen

- Bundesagentur für Arbeit (BA)
- Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
- Statistik regional

Anmerkungen

- | | |
|---------|--|
| 31-A | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hamburg nimmt keine Erhebung der Vermittlung der geförderten TN vor. ▪ Eingesetzte Mittel: Die Darstellung der Mittel umfasst Landes- und ESF - Mittel. ▪ Teilnehmer/in: Für einen Teil der Förderprogramme erfolgt in Hamburg keine belastbare Erfassung von TN-Daten. Ein Verzicht auf diese Daten führt zu nicht vertretbaren Verzerrungen der Werte der entsprechenden Kennziffern. ▪ Arbeitslose sind Arbeitssuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die beschäftigungslos sind bzw. lediglich eine geringfügige Beschäftigung (unter 15 Stunden in der Woche) ausüben. ▪ Einwohner: Bevölkerung am 31.12.2006. |
| 31-B | Bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung am 31.12.2005. |
| 31-C-01 | Jahresstatistik der Versorgungsverwaltungen 2005. |
| 31-C-02 | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Jahresstatistik der Versorgungsverwaltungen 2005. ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. |
| 31-C-03 | |
| 31-C-04 | |
| 31-C-05 | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Jahresbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen 2005/2006. Ausgaben: Leistungen nach SGB IX. ▪ Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung. |
| 31-C-06 | |

41 Jugend und Soziales – Teilbereich Soziales

Quellen

- Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
- Statistik regional (=Fortschreibung des Bevölkerungsstandes)

Anmerkungen

- Soweit nicht anders angegeben, sind die Daten dem Kennzahlenvergleich der großen Großstädte für das Jahr 2006 entnommen und beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2006. Im Kennzahlenvergleich der großen Großstädte wird die Dichteberechnung nicht auf der Basis der Fortschreibung der Volkszählung - wie beim zentralen Benchmarking der Senatorin für Finanzen - sondern auf der Grundlage der Einwohnermeldedatei (Einwohner mit Hauptwohnsitz am 31.12. des Jahres) vorgenommen. Das bedeutet, dass die hier ausgewiesenen Dichten nicht exakt mit den Dichtenberechnungen im Kennzahlenvergleich der großen Großstädte übereinstimmen. Gleichfalls sind auch die Mittelwerte nicht identisch, was zum einen auch an der unterschiedlichen Bevölkerungsberechnung liegt, zum anderen aber auch daran, dass nicht alle am Großstädte-Benchmarking beteiligten Städte in das zentrale Benchmarking des Senator für Finanzen einfließen.
- Kennziffern mit Einwohnerbezug: Soweit nicht anders angegeben, wird die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.2006 als Bezugsgröße verwendet.

41-K-01 ▪ Anzahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII Kapitel 3 und 4 a. v. E.
 ▪ Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II lt. amtlicher Statistik der Bundesagentur für Arbeit für das SGB II, revidierte Daten Dezember 2006.

41-L Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II lt. amtlicher Statistik der Bundesagentur für Arbeit für das SGB II, revidierte Daten Dezember 2006.

41-N-02 bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung am 31.12.2005
 41-N-03

41-O ▪ Statistiken der BA zu den Geldleistungen SGB II.
 ▪ Für die Stadt Hannover liegen keine Daten vor.
 ▪ 41-O-01: Eingetragen ist die Summe ALG II + Sozialgeld gemäß dieser Statistik der BA zum SGB II.

41-P ▪ Statistiken der BA zu den Geldleistungen SGB II. Eingetragen ist die Summe ALG II + Sozialgeld gemäß dieser Statistik der BA zum SGB II. Für die Stadt Hannover liegen keine Daten vor.
 ▪ Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II lt. amtlicher Statistik der Bundesagentur für Arbeit für das SGB II, revidierte Daten Dezember 2006.
 ▪ Bedarfsgemeinschaften: Daten wurden aus den Statistiken der BA zum SGB II eingespielt, revidierte Daten Dez. 2006. Zu berücksichtigen ist, dass seit dem 1.7.2006 unter 25-jährige im Haushalt der Eltern lebende Leistungsempfänger/-innen wieder der BG der Eltern zugezählt werden, dieses wirkt sich in einem entsprechenden "künstlichen" Rückgang der Anzahl der BG aus, der sich nicht in der Entwicklung der Leistungsempfänger/-innen und der Ausgaben spiegelt, da diese weiterbestehen.
 ▪ Die Daten sind Kosten der Unterkunft inkl. Heizung, es handelt sich um Haushaltsdaten der Städte (nicht um die Daten aus dem EDV-Verfahren A2LL der BA/Argen).

41-Q Berlin: unplausible Werte, keine Veröffentlichung.

41-R Ausgaben: Bruttogesamtausgaben 2006.

41-S-01 ▪ Aus den Originärdaten des Kennzahlenvergleichs für 2006 errechnet. Dieses Datum wird dort nicht mehr ausgewiesen, sondern nur noch getrennt nach "a.v.E." und "i.v.E.". Berechnungsbasis Einwohner: Einwohner laut Melderegister mit Hauptwohnsitz am 31.12.2006. In den Werten der Stadt Bremen sind Ausgaben für Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII enthalten. Für München liegen keine Daten i.v.E. vor. .

41-S-02 ▪ Die Zahl der Hilfeempfänger umfasst Pflegeversicherte mit ergänzendem Pflegesachleistungsbedarf und nicht-versicherte Pflegebedürftige, die entweder Pflegegeld oder Pflegesachleistungen beziehen.
 41-S-03 ▪ Ausgewiesen sind die Bruttoausgaben

41-S-04 In Bayern werden die Leistungen der stationären HzP von den Bezirken getragen / erbracht. Es liegen deshalb keine Daten für München vor.

41-S-05 Ausgaben: In den Werten der Stadt Bremen sind Ausgaben für Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII enthalten. In Bayern werden die Leistungen der stationären HzP von den Bezirken getragen / erbracht. Es liegen deshalb keine Daten für München vor. Ausgaben = Bruttogesamtausgaben.
 41-S-06

- 41-T
- Die Strukturen/Verfahren in den Städten/Ländern sind sehr unterschiedlich. So werden z.B. in Bayern die Ausgaben vom Land getragen, d.h. den Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber.
 - Ausgaben: Bruttogesamtausgaben.
 - Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung.

41-U Daten noch nicht freigegeben

41 Jugend und Soziales – Teilbereich Jugend

Quellen

- Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
- StaBA: Kindertagesbetreuung regional (Kennziffer 41-D-03, 41-D-04)
- StaBA: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen (Kennziffer 41-H-01, 41-H-02, 41-I-01)
- Bevölkerungszahlen: Statistik regional

Anmerkungen

- 41 Kitas:
- Tageseinrichtungen für Kinder sind Einrichtungen, in denen Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie erzieherisch und pflegerisch betreut werden.
 - Zeitbezug = Kindergartenjahr, z.B. 2006 = Kindergartenjahr 2006/2007; Ausnahme: 41-D-03 und 41-D-04
- 41-B-01 Ausgaben: Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen) auf Basis des Referenzwertes ohne Miete und außergewöhnliche Aufwendungen
- 41-B-02 Ausgaben: Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen).
- 41-B-03 Ausgaben: Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen) für alle Plätze. Die Ausgaben für die Plätze ohne Spielkreise betragen 15.365.524 Euro. Alle Plätze ohne Tagespflege.
- 41-B-04 Ausgaben: Nettokosten (Kosten abzgl. Einnahmen). Anstieg zu 2005, da 2005 nicht alle Träger erfasst wurden (privat-gewerblich, Elternvereine).
- 41-C-01 In Bremen handelt es sich um die Versorgungsquote ohne Tagespflege und Spielkreise. Versorgungsquote incl. Spielkreise: 11,86 %.
- 41-D-03 ▪ Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Kreisvergleich.
- 41-D-04 ▪ Anzahl der Betreuten Kinder: Stand 15.03., bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres
- 41-E-01 ▪ Differenzierung nach Altersgruppen:
 - 0 bis unter 3: NI, BB: 3,0 qm; HB, SL: 3,5 qm.
 - 3 bis unter 14: NI, SL: 2,0 qm; HB, BB: 2,5 qm.
- Differenzierung nach Stundenumfang und Art der Betreuung: HH (von 2,2 bis 3,5 qm), BW (von 2,2 bis 3,0 qm), NRW (von 2,7 bis 5,7 qm).
- Keine Gruppenraumvorgaben in qm: BY, HE, RP; SH und ST orientieren sich an Altersgruppenregelung.
- 41-F-01 Basis: Kalkulation 2005.
- 41-F-02 Ohne Berücksichtigung von Elternvereinen, da hier die Elternbeiträge nicht bekannt sind.
- 41-H Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung.
- 41-I-01 Zu den Einrichtungen der Jugendhilfe zählen Einrichtungen sowohl der öffentlichen als auch der freien Träger.
- 41-J ▪ Jugendeinwohner: Bevölkerung von 0 bis unter 21 Jahre.
- Einwohner: Jahresdurchschnittsbevölkerung.

51 Gesundheit

Quellen

- Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
- Statistik regional

Anmerkungen

- 51-A-01
- Berechnung: Patienten am Behandlungsort / Patienten am Wohnort.
 - Patienten am Wohnort: im Bundeswert sind Ausländer und Patienten unbekannter Herkunft enthalten.
- 51-B-01
- Voll- und teilstationär, ohne Hochschulkliniken.
- 51-B-02
- Für Ländervergleiche der Krankenhaus Kennzahlen sollte immer die bereinigte Variante eingesetzt werden.
- 51-B-03
- Vom Einfluss auswärtiger Patienten (Wohnort nicht im Land Bremen) bereinigter Wert.
 - 2006: bezogen auf die Versorgungsquote 2005.
- 51-C
- Zugelassene Betten: Voll- und teilstationär, einschließlich Hochschulkliniken (§ 108 Nr. 1 SGB V) und Krankenhäusern nach § 108 Nr. 3 SGB V mit einem Versorgungsvertrag.
 - Für Ländervergleiche der Krankenhaus Kennzahlen sollte immer die bereinigte Variante eingesetzt werden.
 - 51-C-02: Unter Berücksichtigung der Versorgungsquote. 2006: bezogen auf die Versorgungsquote 2005.
- 51-D-01
- Die Entwicklung von 2002 bis 2004 unter dem Vorbehalt methodischer Brüche in der Fallzählweise (bedingt durch die Einführung des Fallpauschalen-Entgeltsystems).
- 51-E-01
- Starke jährliche Schwankungen durch Neufestsetzung und Fortschreibung der Krankenhauspläne möglich. Ab 2003 Bettennutzung incl. Psychiatrie (nur vollstationär) in %

68 Umwelt, Bau, Verkehr

Quellen

- Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Anmerkungen

- 68-A
- 68-B
- 68-C-01
- 68-E
- Grundlage: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sowie Geschäftsberichte der ÖPNV-Unternehmen.
- 5-Jahresdurchschnitt aus den Jahren 2001 bis 2005.
- Der Städtedurchschnitt wird aus den Werten der Stadt Bremen sowie zwei weiterer vergleichbarer Städte - die der Veröffentlichung ihrer Kennzahlenwerte nicht zugestimmt haben – errechnet.

71 Wirtschaft

Quellen

- AK VGR d Länder
- BA Arbeit
- Deutsche Bundesbank
- Deutsches Patent- und Markenamt
- Eurostat
- Senator für Wirtschaft und Häfen
- Statistik regional (- lokal)

Anmerkungen

71-A	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung (Bundesstatistik)
71-B 71-C 71-D 71-E	Bruttoinlandsprodukt, Erwerbstätige: Berechnungsstand 08/2006 (Länder: 02/2007). Die Ergebnisse beziehen sich immer auf den zum jeweiligen Veröffentlichungstermin maßgeblichen Berechnungsstand.
71-F-01	Die Zahl ergibt sich aus dem Verhältnis von Kaufkraftbindung in der Stadt und dem Kaufkraftzufluss von außerhalb. Zentralität >100 bedeutet, dass die Zuflüsse die Abflüsse übersteigen
71-I-01	Gewerbeneuerrichtung: Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes (Neugründung und Gründung nach dem Umwandlungsgesetz), incl. Kleinunternehmen (z.B. Ich-AGs oder Neben-erwerbsbetriebe)
71-J	Interne FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors: alle zur Durchführung von FuE im Wirtschaftssektor verwendeten Mittel, unabhängig von ihrer Finanzierungsquelle
71-K-01	Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz
71-L	Summe der mittelbaren und unmittelbaren Direktinvestitionen.
71-M-01	Bruttoanlageinvestitionen: Berechnungsstand 08/2006.
71-N	Meldungen nach Anmeldersitz. 2004: wegen methodischer Veränderungen (PCT-Reform) sind die absoluten Werte nicht mit den vorangehenden Berichtsjahren vergleichbar
71-O 71-P	Betrieb im Sinne der Beschäftigtenstatistik ist eine regional und wirtschaftsfachlich abgegrenzte Einheit, in der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer tätig sind. Der Betrieb kann aus einer oder mehreren Niederlassungen eines Unternehmens bestehen. Als Betrieb wird immer die Einheit bezeichnet, für die die Agentur für Arbeit eine Betriebsnummer vergeben hat. Dabei erfolgt die regionale Abgrenzung auf der Grundlage des Gemeindegrenzschlüssels.

81 Häfen

Quellen

- Senator für Wirtschaft und Häfen
- Statistik regional
- StaBA: Fachserie 8, R 6.2

Anmerkungen

81-B	TEU: "Twenty-foot Equivalent Unit".
81-F	<ul style="list-style-type: none">▪ Fluggäste: Summe der Zu- und Aussteiger sowie Durchgang.▪ Einwohner: Die Jahresdurchschnittsbevölkerung ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. 2006: Bevölkerung am 30.06.
81-G	<ul style="list-style-type: none">▪ Frachtmenge: Summe der Ein- und Ausladungen sowie des Durchgangs (inkl. Trucking).▪ Einwohner: Die Jahresdurchschnittsbevölkerung ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. 2006: Bevölkerung am 30.06.

91 Finanzen/ Personal

Quellen

- Senatorin für Finanzen
 - StaBA
 - Statistik regional
-

Anmerkungen

- 91-A Ergebnisse des Vergleichsringes "Personal in Großstädten". Beteiligte Städte sind: Bremen, Stuttgart, Köln, Düsseldorf, Dortmund
-
- 91-B
- Basierend auf: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2 - Kassenstatistik.
 - Primärausgaben: Bereinigte Ausgaben abzüglich Zinsausgaben an öff. Bereich und andere Bereiche. LFA-Zahlungen der Geberländer sind abgezogen (tatsächliche kassenwirksame Zahlungen im HH-Jahr).
 - Primäreinnahmen: Bereinigte Einnahmen abzüglich Vermögensveräußerungen (OGr 13); Bremen und Saarland ohne Einnahmen aus Sanierungs-BEZ (1994-2004: Saarland: 1,6; 1,6; 1,6; 1,6; 1,6; 1,2; 1,05; 0,9; 0,75; 0,6; 0,5 Mrd. DM; Bremen: 1,8; 1,8; 1,8; 1,8; 1,8; 1,8; 1,6; 1,4; 1,2; 1,0; 0,7 Mrd. DM).
 - Einwohner am 30.06.
-
- 91-C
- Personal im öffentlichen Dienst: Stand 30.06.
 - Bevölkerung am 31.12.
-
- 91-D-01 Der verwendete Begriff "Personalausgaben" umfasst - entsprechend der Definition der AG Kernkennzahlen - die laufenden Gehaltszahlungen.
-
- 91-E Der bei diesen Kennziffern verwendete Begriff "Kosten" umfasst neben allen durch das Personal verursachten Kosten (incl. z.B. zu erwartender Versorgungsleistungen) die Sachkosten bei den Finanzämtern, bei den vorgesetzten Behörden und bei den Rechenzentren.
-
- 91-E-01 EU-weit wird die sog. Interventionsquote (Relation der Kosten der Steuerverwaltung zu den Einnahmen) für die einzelnen Staaten erhoben. Zur Ermittlung der Quote für die BRD melden die einzelnen Bundesländern die Gesamtkosten der Steuerverwaltung an das Bundeszentralamt für Steuern. Unter Berücksichtigung der vom Bundeszentralamt ergänzten Steuereinnahmen (inclusive Bundesanteile) kann die Interventionsquote auch für die einzelnen Bundesländer errechnet werden.
-
- 91-E-02 Die von den einzelnen Bundesländern ermittelten Kosten für die Interventionsquote werden vom SF in Relation zu den Einwohnerzahlen gesetzt.
-
- 91-F-01 Der verwendete Begriff "Personalausgaben" umfasst - entsprechend der Definition der AG Kernkennzahlen - die laufenden Gehaltszahlungen.
-
- 91-G
- Der verwendete Begriff "Personalausgaben" umfasst - entsprechend der Definition der AG Kernkennzahlen - die laufenden Gehaltszahlungen.
 - Die Ausgaben-Ertragsquote ergibt sich aus der Relation der Personalausgaben zu den Mehrergebnissen lt. der Statistik der Betriebsprüfung.
-
- 91-H
- Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung führt anlassbezogenen Prüfungen - unabhängig von der allgemeinen Betriebsprüfung - durch.
 - Da sich die Kennzahlen für die USt-Sonderprüfung nunmehr aus der BMF-Statistik ergeben, ist die jetzige Kennzahl nicht mit dem Vorjahreswert "Prüfung je Mitarbeiter" vergleichbar.
 - Geprüfte Betriebe: Die Empfehlung der FMK beträgt 2%
-
- 91-I-01 Die Studenten des Internationalen Studiengangs Steuer- und Wirtschaftsrecht in Bremen sind nicht berücksichtigt.
-